Donnerstag, 29. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 76 - 13.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

US-Vorwahlen: Trotz seiner Niederlage in Connecticut ist der demokratische Präsidentschaftsbewerber Mondale seinem Rivalen Hart noch immer weit voraus. Nach den bisherigen Vorwahlen sind ihm insgesamt 692, Hart nur 422 Delegierte sicher.

Israel: Regierung und Opposition haben sich auf Neuwahlen am 23. Juli geeinigt.

Bayern: Die Nachzählung der Münchener Stadtratswahl vom 18. März wird erst einen Tag nach der Stichwahlentscheidung über den Oberbürgermeister am 1. April beginnen und vermutlich zwei Wochen dauern. (S. 4)

Golfkrieg: Irak hat erstmals die mit Exocet-Raketen bewaffneten französischen Kampfflugzeuge Super-Étendard eingesetzt. Beim iranischen Öl-Terminal Kharg wurde ein Tanker getroffen.

Chile: Vier Tote, Dutzende Verletzte und rund 440 Festnahmen sind die Bilanz des jüngsten Tages des nationalen Protests.

Steuerschätzung: Nach der jüngsten Erhebung werden die Einnahmen des Bundes 1984 mit 200,6 Milliarden Mark nur um 0,5 Milliarden über der letzten Schätzung vom November 1983 liegen. Nach Angaben Stoltenbergs müsse an der Politik der strengen Ausgabenbegrenzung unbedingt festgehalten werden.

Atomwaffen: Die Sowjetunion lagert im nichtsowjetischen Teil Osteuropas 4000 Atomsprengköpfe für Kurzstreckenraketen, Flugzeuge und Artilleriegeschütze, teilte der stellvertretende US-Außenminister Burt mit. (S. 8)

Baden-Württemberg: Das umgebildete Kabinett von Ministerpräsident Späth weist nur ein neues Gesicht auf: Die Karlsruher Abgeordnete Barbara Schäfer wurde Sozialministerin. (S. 4)

Heute: Minister Wörner besucht Türkei. – US-Verteidigungsminister Weinberger in Den Haag. – Flick-Ausschuß hört von Brauchitsch. – Letzte Sitzung des Kießling-Ausschusses.

WELT-Report Hamburg

Die Freie und Hansestadt galt einst als das „Musterländle" des Nordens. Vor zehn Jahren begann jedoch die Krise, die inzwischen handfest geworden ist. Resignation ist in der Stadt jedoch nicht zu spüren. Die Voraussetzungen für den Wiederaufstieg sind da. Die WELT zeichnet ein zehnseitiges Porträt.

WIRTSCHAFT

Philips: Nach einem Gewinnsprung 1983 rechnet der Konzern für das laufende Jahr mit einer weiteren Verbesserung der Erträge durch aggressive Marktstrategie und ständige Anpassungen des Personalbestands. (S. 11)

AT&T-Computer: Drei Monate nach der zwangsweisen Trennung von ihren regionalen Telefongesellschaften steigt American Telephone & Telegraph ins Computergeschäft ein. (S. 10)

Betriebsräte: Auf 5,7 Milliarden DM im Jahr beziffert die Wirtschaft die Kosten, die sie nach dem Betriebsverfassungsgesetz unter anderem für die Freistellung von Betriebsräten, für Betriebsratswahlen oder Belegschaftsversammlungen aufbringen müsse.

Commerzbank: Nach drei Jahren ohne Ausschüttung soll für 1983 eine Dividende von sechs DM pro 50-DM-Aktie gezahlt werden.

Börse: Bei geringen Umsätzen konnten sich die Notierungen an den Aktienbörsen gut behaupten. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 150,1 (150,0). Dollarmittelkurs 2,6035 (2,5868) Mark. Goldpreis pro Feinunze 385,75 (388,85) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Der Graben zwischen großen europäischen Worten und kleinen europäischen Taten ist immer breiter, immer tiefer geworden «

Gaston Thorn, Präsident der EG-Kommission (S. 1 und 4)
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

KULTUR

Film: Kultusminister Maier hat klargestellt, daß Bayern mit der Kündigung der Verwaltungsvereinbarung über die Filmbewertungsstelle der Länder in Wiesbaden nicht deren Auflösung bezwecke. Vielmehr handele es sich um eine „Änderungskündigung", die eine Verbesserung der Rechtsgrundlagen ermöglichen solle.

Dramatikerpreis: Mit 25 000 Mark und einer Aufführungsgarantie ist ein Dramatikerpreis ausgestattet, den der Bund der Theatergemeinden (Bonn) gestiftet hat.

SPORT

Fußball: In einem Länderspiel schlug die deutsche Nationalmannschaft die Sowjetunion in Hannover 2:1 (1:1). (S. 7)

Fußball: Im Halbfinale des DFB-Pokals spielen: Schalke 04 – Bayern München und Mönchengladbach – Bremen.

AUS ALLER WELT

Auslieferung: Der als Sprayer von Zürich bekanntgewordene Harald Nägeli kann an die Schweiz ausgeliefert werden. Das Bundesverfassungsgericht lehnte es ab, eine Verfassungsbeschwerde gegen das Auslieferungsurteil des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichts anzunehmen.

Satelliten-Schutz: Die US-Luftwaffe plant die Entwicklung eines kleinen bemannten Raum-Flugzeugs zum Schutz amerikanischer Satelliten vor sowjetischen Angriffen. Es soll innerhalb von wenigen Minuten starten und in den außer-atmosphärischen Raum vorstoßen können. (S. 15)

Wetter: Wechselnd bewölkt, einzelne Schauer. Um 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Letzte Woche war's anders. Über die „Ausgewogenheit" im Fernsehen S. 2

Guinea: Sekou Touré – er versprach Freiheit, doch er brachte Elend und Schrecken S. 3

Schleswig-Holstein: Hinter den Kulissen des Kernkraftwerkes Krümmel gärt es S. 4

Diskussionsrunde: Nahost wartet auf EG-Initiativen; Bonn unterstützt die USA S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 5

Das Politische Buch: „Geschichte und Identität der Deutschen"; Rezension von B. Willms S. 6

Fernsehen: Die Angst vor dem Routine-Gift; Carlo von Tiedemanns erste TV-Show S. 7

Radsport: Der Weltmeister aus den USA nennt seinen Dackel spöttisch „Hinault" S. 7

Bonn: Kündigen die Sozialdemokraten den Konsens im NATO-Bündnis auf? S. 8

Bingen: Eine ganze Stadt geht wegen einer Mauer im Rhein auf die Barrikaden S. 16

USA bereiten strategischen Schutzschild im All vor

Besorgnis in Europa: Können SS-20-Raketen nicht abgefangen werden?

R. MONIAC/SAD, Bonn

Die Vereinigten Staaten wollen unverzüglich ein Forschungsprogramm zum Bau eines Raketenabwehrsystems starten, das Präsident Ronald Reagan schon vor Jahresfrist gefordert hatte. Über die getroffene Entscheidung berichtete am Dienstag US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger. Das neue Raketenabwehrsystem soll revolutionäre Techniken, wie zum Beispiel die Verwendung von Laserstrahlen im Weltraum verwenden. Es zielt vorrangig auf die Zerstörung feindlicher Interkontinentalraketen ab.

Diese Ankündigungen haben bei den europäischen Verbündeten der USA in der NATO zu der Befürchtung geführt, die Sicherheitslage des Kontinents könnte sich mit der Installierung einer solchen amerikanischen strategischen Weltraumverteidigung schlagartig verschlechtern. Die europäischen NATO-Partner fragen sich, wie Europa künftig eine strategische Atomdrohung aus der Sowjetunion abfangen soll. Bisher - so heißt es auch im Bundesverteidigungsministerium - habe der Kontinent von der Fähigkeit der USA zum „Zweitschlag" profitiert und sei in den letzten Jahren stärker als je zuvor unter dem „Abschreckungsschirm" Amerikas verankert gewesen. Mit der Entwicklung eines „strategischen Schutzschildes" im Weltraum würde für die USA die „Zweitschlagfähigkeit" zur Sicherung des Weltfriedens unter den im atomaren Zeitalter bestehenden Bedingungen entbehrlich. Und genau an diesem Punkt setzen die Fragen ein, die Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner genau so wie sein britischer Amtskollege Heseltine an US-Verteidigungsminister Weinberger auf der bevorstehenden Sitzung der nuklearen Planungsgruppe der NATO richten wollen. Die Fragen heißen: Könnte ein derartiges neues Verteidigungssystem auch die ballistischen Mittelstreckenraketen der Sowjetunion vom Typ SS 20 abfangen? Wenn nicht, wie neutralisiert Westeuropa deren Drohwirkung? Würde sich Europa schließlich ohne den strategischen Schutz durch die Weltmacht USA der vollen Wucht der Bedrohung durch die Sowjetunion gegenübersehen, wäre schließlich Europa strategisch und sicherheitspolitisch von den USA abgekoppelt?

SEITE 8:
UdSSR baut Atomwaffenlager aus

Reagans Idee von der Entwicklung einer Raketenabwehr, die die bisherige Bedrohung durch interkontinentale sowjetische Raketen unwirksam machen würde, gehört zu den umstrittensten Vorschlägen, die der Präsident gemacht hat. Fachleute aus den verschiedensten Wissenschaftsbereichen haben sich im vergangenen Jahr mit Studien zu Wort gemeldet, die auf der einen Seite beweisen sollen, daß die Abwehr ballistischer Raketen realisierbar sei, auf der anderen Seite den Nachweis führen sollen, daß kein lückenloses Abwehrsystem vorstellbar ist und man deshalb kein Geld für ein derartiges Vorhaben ausgeben solle.

Darüber hinaus stieß Reagens Plan auch aus politischen Gründen auf Bedenken: Der noch gültige amerikanisch-sowjetische Vertrag über das Verbot der Errichtung von Raketenabwehrsystemen von 1972 schließt die Erforschung der technischen Möglichkeiten für den Bau eines solchen Systems nicht aus, doch ist schon fraglich, wie weit eine „Entwicklung" durch den Vertrag erlaubt ist. Eine Indienststellung wäre nur durch eine Aufgabe des sogenannten ABM-Vertrages möglich.

Verteidigungsminister Weinberger sagte, man habe die Absicht, die For-

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Wer folgt?

Von HERBERT KREMP

Wer ist bereit, uns auf dem Weg zur politischen Union mit dem erklärten Ziel der Vereinigten Staaten von Europa zu folgen?" Diese Frage stellte der Bundeskanzler gestern vor dem Parlament. Die Antwort kleidete er in die Figur der Erwartung. Er hoffe, so sagte er, daß alle Partner der Gemeinschaft folgen werden – „mit einem klaren Ja".

Die Erwartung wird sich nicht erfüllen. Wer von den Zehn oder demnächst Zwölf will die politische Union? Wer will eigentlich zu der politischen Revolution zurückkehren, die in einer glücklichen Stunde nach dem großen Krieg in die Römischen Verträge fuhr? Blieben die Vereinigten Staaten von Europa nicht eine Vision und vor der Geburt dazu verurteilt, sich in Rechnungen und Quittungen aufzulösen?

Den Nationalstaaten Europas geht es wie alten Leuten und ewigen Kindern. Sie haben ein zu großes Gedächtnis und zu viel Eigenwillen. Die Köpfe bestehen aus imaginären Museen. Nach dem Kriege hatten die Deutschen keinen Nationalstaat mehr. Deshalb waren sie bereit, ein anderes Europa zu wünschen. Sie trieben die anderen an, es ihnen gleich zu tun und machten, wie Valéry in seiner unsterblichen Definition der Europäer sagte, aus ihrer Verzweiflung noch ein Lied. Tatsächlich – in Rom wurde das Lied in Noten gefaßt. Aber daraus wurde kein politischer Schlachtgesang, sondern ein Jauchzen und Stöhnen der Fourage.

Staatenbünde und Bundesstaaten entstehen unter Druck. Nach dem Kriege waren es die Not und die Rote Armee an der Elbe, die für den Geistesblitz des Vereinigten Europa empfänglich machten. Es gab einige Jahre, da schienen die Museen zu fusionieren. Als es dann besser ging und die Amerikaner ihre schützende Hand ausbreiteten, der Druck mithin nachließ, strömten die alten Ideen, das Sinnen nach Nutzen und Hegemonie in die Herzen zurück. Daran starb die Revolution. Historiker erinnerten an den Attisch-Delischen Seebund im 5. vorchristlichen Jahrhundert. Die Vereinigung der 200 griechischen Staaten unter Athen verfiel, nachdem die gröbsten Gefahren der Perserkriege abgewendet waren.

Wirtschaftsinteressen allein schaffen kein politisches Europa. Im Gegenteil – gerade sehen wir diese Interessen am Werk, das vorhandene Europa zu zerstören. Ist das vielleicht die neue Herausforderung? Sind die Sowjetunion und das unilateralistische Amerika Herausforderungen? Die Wachstumskräfte der pazifischen Region? Sie verlangen Antworten. Schreiten die Europäer wirklich erst zur Tat, wenn sie das Gefühl haben, verloren zu sein?

Kohl ruft EG-Partner zu Einigkeit auf

Vogel kündigt Unterstützung der Regierung an / Unzufrieden mit Agrarkompromiß

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern alle Partner der Europäischen Gemeinschaft aufgerufen, sich in der gegenwärtigen kritischen Lage vor nationaler und politischer Kurzsichtigkeit zu hüten und das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Jetzt komme es darauf an, das auf dem Brüsseler Europa-Gipfel erzielte Einvernehmen über haushalts- und agrarpolitische Fragen zu erhalten und so rasch wie möglich „durch die noch fehlenden Schlußsteine zu vervollkommnen", sagte Kohl in einer Regierungserklärung zur Europapolitik vor dem Bundestag.

Der Kanzler äußerte großes Bedauern darüber, daß die Landwirtschaftsminister und die Außenminister der EG am Dienstag in Brüssel trotz nochmaliger Anstrengungen keine Einigung über die beim Gipfel offen gebliebenen Probleme der britischen Ausgleichsforderungen und der künftigen Milchproduktion hatten erzielen können. Der französische Staatspräsident François Mitterrand habe sich bereit erklärt, abermals zu Gesprächen in alle EG-Hauptstädte zu reisen. Mitterrand habe ferner seine Absicht bekräftigt, „noch vor Juni dieses Jahres eine Sondertagung des Europäischen Rates einzuberufen, wenn sich eine Einigung mit hinreichender Sicherheit abzeichnet". Kohl betonte, er sei bereit, einer Einladung hierzu jederzeit zu folgen.

Nach Angaben von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher haben die EG-Partner in der jüngsten Außenministerratssitzung den Briten zugestanden, daß das in Aussicht genommene Korrektursystem für den Haushaltsausgleich schon 1985 nach einer einmaligen Zahlung von einer Milliarde Ecu (2,25 Milliarden Mark) für 1984 in Kraft treten könne. Nun gehe es darum, die britische Regierung bis zur nächsten Außenministerratssitzung am 9. April davon zu überzeugen, daß der neue Vorschlag auch für London akzeptabel sein sollte.

SEITE 4:
Weitere Beiträge

Wie Genscher außerdem mitteilte, hat die EG-Kommission den Auftrag erhalten, Modellrechnungen für die Auswirkungen des geplanten neuen Finanzierungssystems vorzulegen. Damit sollen sich die EG-Finanzminister am kommenden Montag befassen.

In der Bundestagsdebatte kündigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel zwar an, die Opposition wolle die Regierung „auf konstruktive Weise unterstützen", soweit sie in der Europapolitik auf dem richtigen Wege sei. Er äußerte sich aber unzufrieden über den sachlichen Inhalt des in Brüssel grundsätzlich erzielten Agrarkompromisses. Die SPD verstehe die lebhaften Proteste, vor allem der bäuerlichen Kleinproduzenten.

Scharfe Kritik an Fehlentwicklungen der Gemeinschaft, besonders an der „Einstimmigkeitspraxis", äußerte EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, die wegen Thorns Teilnahme an den Brüsseler Ministerratssitzungen verlesen werden mußte. In der Gemeinschaft sei eine prinzipielle Umkehr notwendig, betonte Thorn.

Alleinerzieher erhalten Steuervorteile

HEINZ HECK, Bonn

Alleinerziehende sollen Aufwendungen für die Betreuung ihrer Kinder als außergewöhnliche Belastungen geltend machen können. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den das Bundeskabinett gestern verabschiedet hat. Die Neuregelung war durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. November 1982 erforderlich geworden. Aufwendungen für Unterricht und Freizeitbetätigung werden steuerlich nicht berücksichtigt.

Die Aufwendungen werden um die zumutbare Belastung gekürzt, die mit steigendem Einkommen wächst. Für das erste Kind können dann bis zu 4000 und für jedes weitere Kind zusätzlich bis zu 2000 Mark geltend gemacht werden (DIE WELT vom 21. März). Bei Arbeitnehmern kann der Betreuungskostenabzug durch Eintragung eines Freibetrags auf der Lohnsteuerkarte steuermindernd berücksichtigt werden. Die Neuregelung soll bereits rückwirkend von 1980 an gelten. Sie kann auch für frühere Jahre (frühestens 1971) in Anspruch genommen werden, wenn die Steuerbescheide noch nicht bestandskräftig sind. Die durch die Neuregelung entstehenden Steuermindereinnahmen werden auf mindestens 100 Millionen Mark jährlich geschätzt.

Die Neuregelung ist Teil des gestern vom Kabinett verabschiedeten Entwurfs eines Steuerbereinigungsgesetzes 1985, dessen Änderungen zu insgesamt 34 Steuergesetzen und Rechtsverordnungen spätestens am 1. Januar 1985 in Kraft treten sollen.

Blüm rügt Preispolitik der Pharmaindustrie

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesregierung droht mit einem Bündel von staatlichen Maßnahmen, falls es der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen nicht gelingt, die Arzneimittelpreise und damit die Ausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig machte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gestern bei der Eröffnung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen deutlich, daß er nicht daran denke, die Ausgaben in den einzelnen Leistungsbereichen des Medizinbetriebs weiter linear fortzuschreiben.

Die Ausgaben orientierten sich bisher an der Entwicklung der Grundlohnsumme (1984 etwa 3,5 Prozent). Blüm will bei einigen Leistungsbereichen ein „Minuswachstum" erreichen. Das gelte insbesondere für die Pharmaindustrie. Bereits im Februar habe durch die Preiserhöhungen dieser Branche das Preisniveau um 2,6 Prozent über dem Durchschnittsniveau des Vorjahres (plus 5,8 Prozent) gelegen. Blüm: Durch ihre „übermäßige und nicht am Gesamtwohl orientierte Preispolitik" habe die Arzneimittelindustrie „die Bemühungen um Kostendämpfung in der gesetzlichen Krankenversicherung konterkariert". Damit gefährde sie die Entlastung der Sozialabgaben.

Immerhin, so Blüm, seien durch die Beitragssenkung von rund 1 000 Krankenkassen um etwa ein halbes Prozent die Sozialabgaben um cirka 4,5 Milliarden Mark entlastet worden. Dies diene dem Ziel der Regierung, die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen.

Steuerentlastung in zwei Stufen

Stoltenberg bleibt bei seinen Plänen / Koalitionsgespräch mit Strauß am Montag

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Stoltenberg hält an seinem Plan einer Steuerreform in zwei Stufen 1986 und 1988 fest. Dagegen plädieren vor allem die Steuerexperten beider Koalitionsfraktionen für die Reform des Familienlastenausgleichs und des Lohn- und Einkommensteuertarifs in einem Schritt spätestens 1987.

Stoltenberg hat am Dienstag den Bundeskanzler mündlich und gestern die Spitzen der Koalitionsfraktionen (Dregger, Mischnick, Waigel) und die Länder schriftlich über seine Pläne unterrichtet. Montag ist ein Koalitionsgespräch vorgesehen, für das unter anderem CSU-Chef Strauß seine Teilnahme zugesagt hat. Für die Verbesserung des Familienlastenausgleichs sieht Stoltenberg rund fünf Milliarden Mark Entlastung durch Anhebung des Kinderfreibetrags von derzeit 432 auf 2400 Mark vor. Im Gespräch sind zusätzliche Maßnahmen aus Haushaltsmitteln von etwa zwei Milliarden Mark. Allerdings ist mit erheblichem politischen Druck zur höheren Dotierung dieses Pakets zu rechnen.

Zur Tarifreform hat Stoltenberg ein Modell mit mehreren Varianten und einem Entlastungseffekt von rund 20 Milliarden Mark vorgelegt. Davon entfallen rund zwei Milliarden auf eine Erhöhung des Grundfreibetrags von 4212/8424 (Ledige / Verheiratete) um 300/600 Mark. Die Tarifkorrektur konzentriert sich vornehmlich auf Jahreseinkommen bis zu 60000/120000 Mark.

In Übereinstimmung mit seinen Länderkollegen sieht Stoltenberg die Notwendigkeit zur teilweisen Kompensation der Steuerausfälle durch eine Erhöhung der indirekten Steuern, vor allem der auch den Ländern zufließenden Mehrwertsteuer um einen Punkt. Nach dem geltenden Verteilungsschema haben Länder und Gemeinden 57,5 Prozent der Ausfälle bei der Lohn- und Einkommensteuer zu tragen. Über das Ausmaß der Kompensation (die Rede ist von 40 bis 50 Prozent) soll erst entschieden werden, wenn die zu erwartenden Haushaltsrisiken (vor allem EG-Mehrbelastungen) genauer bekannt sind.

Auch gegen die Teilkompensation wenden sich die Steuerpolitiker der Koalition. Vor allem eine Mehrwertsteuererhöhung wird abgelehnt. Nach Meinung des Obmanns der Unionsfraktion im Finanzausschuß, von Wartenberg, werde sich die Teilkompensation durch Steuererhöhungen politisch nicht durchsetzen lassen. Zudem würde sie die Aufmerksamkeit auf die Be- und nicht die Entlastung lenken.

„Bremsen für Investoren wegräumen"

PETER GILLIES, Bonn

Wenn nicht jetzt eine neue Gründungs- und Innovationswelle angestoßen wird, dürfte die deutsche Industrie in einem Jahrzehnt den Anschluß an die internationale Entwicklung verloren haben. Christian Schwarz-Schilling (CDU), Bundespostminister, fordert seine Partei und die Bundesregierung deshalb auf, die „Bremsklötze" für Existenzgründungen wegzuräumen. Aus dem derzeit diskutierten Steuerpaket will er eine Milliarde Mark abzweigen, um die Hürden für Jungunternehmer zu beseitigen.

Schwarz-Schilling legte in einer Innovations-Studie ein Bündel von Maßnahmen vor, mit dem Gründungshemmnisse zu beseitigen seien. Im Gespräch mit Journalisten beklagte er die schiefe Diskussion über die Finanzpolitik. Sie werde so geführt, „als sei die Staatsschuld schon verringert". Dieser Eindruck sei jedoch falsch, denn die Staatsschulden kletterten weiter. „Der Stoltenberg spart phantastisch – aber wann bekommen wir unser Geld zurück?" höre er immer wieder. Auch seine Partei, die CDU, scheue sich vor der Diskussion, wie man am wirkungsvollsten die Bremsklötze für Innovatoren wegräumen könne.

Der Postminister, verankert im Mittelstand seiner Partei, will mit seinem Programm offenbar auf dem bevorstehenden Parteitag der CDU Anfang Mai in Stuttgart eine Debatte anstoßen. Es basiert auf einem Kabinettsbeschluß vom 18. Mai 1983, „ist aber in Vergessenheit geraten", beklagt Schwarz-Schilling. Das Paket sollte 1986 in Kraft treten und hat folgende Schwerpunkte: Senkung der Steuern, die in Verlustjahren aus der Substanz gezahlt werden müssen (Vermögensteuer), Abbau der Gewerbesteuer und der Doppelbelastung von Kapitalgesellschaften, bessere steuerliche Verlustbewältigung; erleichterter Zugang für Jungunternehmer zu Kapitalgebern und zur Börse; Förderung von Risikokapital-Organisationen; Abbau möglichst aller steuerlichen und bürokratischen Hürden, die eine Existenzgründung behindern.

Warum legt sich der Postminister mit seiner Partei und der Regierung an, die doch beide jetzt den Steuerzahler und die Familien entlasten wollen, aber keine Milliarde für Unternehmensgründer locker zu machen bereit sind? Es gehe nicht darum, die Unternehmen zu begünstigen, widerspricht Schwarz-Schilling, sondern darum, neue Wachstumsfelder zu erschließen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aufregungspille

Von Peter Jentsch

Da wendet sich einer an die Öffentlichkeit, beruft sich auf eine „Geheimstudie" der Pharmaindustrie, kolportiert einige Zahlen, vermengt sie mit seinem „gesunden Menschenverstand" und kocht aus diesen Zutaten ein Urteil, das die Verschreibungspraxis der Ärzte pauschal als „riskant" verdammt. Professor Friedhelm Farthmann (SPD), Fachmann für alternative Medizin?

Er erklärt zum Beispiel, daß bei 790 000 Schwangerschaften rund 50 000 mal Sexualhormone und 12 000 mal Diuretika (harntreibende Mittel) verordnet worden seien. Da sich der Minister daran erinnerte, daß diese Präparate für Schwangere gefährlich sein können, warf er den Ärzten „riskante Verschreibungspraktiken" vor. Daß aber Schwangerschaften zu etwa sechs Prozent (und das entspricht exakt der Verordnungszahl von Sexualhormonen) nur durch die Gabe dieser Hormone wegen drohenden Aborts aufrechterhalten werden können, das sagte der Fachminister nicht.

Wenn Kindern 950 000 mal Beruhigungsmittel verordnet werden, dann ist das sicher viel. Aber von den 8,1 Millionen Kindern in der Bundesrepublik leiden elf Prozent an neurotischen Störungen. Das sind 950 000 Kinder, denen geholfen werden muß. Bedauerlich ist nicht die Hilfe durch den Arzt und das Medikament, sondern die Tatsache, daß sich die Arztpraxen zur gesellschaftspolitischen Reparaturwerkstatt entwickeln. Aber das kann man nicht wie Farthmann den Medizinern vorwerfen.

Der Minister irrte auch in Bezug auf die „Geheimstudie". Diese marktwirtschaftliche Studie, deren Material keine gesundheitspolitischen Interpretationen zuläßt, erhalten die auftraggebenden Firmen und fallweise auch das Bundesgesundheitsamt. Geheim ist sie also nicht.

Farthmann ist immerhin Aufsichtsminister auch für die Ärzte. In dieser Verantwortung sollte man eine besondere Sorgfaltspflicht von ihm erwarten. Wenn er solche Unterlagen hat, müßte er erst einmal recherchieren, wie es sich damit verhält. Ganz besonders wichtig ist solche Sorgfalt, wenn allgemein bekannt ist, daß gerade eine gewisse, der SPD nicht ferne Hamburger Illustrierte einen Bericht über „die *schleichende Vergiftung der Nation" durch Arzneimittel zu* lancieren ansetzt – kein Minister darf einen Kumpaneiverdacht riskieren. Bei alledem mag es ja sein, daß wirklich zu viel verschrieben wird. Aber solche Schnellschüsse diskreditieren auch jede ernsthafte spätere Untersuchung und Kritik.

Siegen und schnupfen

Von Günter Friedländer

Wer Statistiken liebt, mag das Eindringen kolumbianischer Polizei in die größte Kokainfabrik der Erde besonders interessant finden: 13,8 Tonnen Kokain – 25 Prozent des jährlichen Absatzes in den USA – wurden gefunden und vernichtet, 726 Prozent mehr als die bisher größte beschlagnahmte Menge. An die tausend Arbeiter beschäftigte diese Traumfabrik im Amazonasgebiet, wo die Grenzen Kolumbiens, Ecuadors, Perus und Brasiliens zusammenstoßen.

Aber wichtiger sind die Begleitumstände: In der Buchhaltung fand man Quittungen mit Unterschriften von Kolumbiens führenden Rauschgifthändlern, gegen die man nun mehr als Gerüchte vorbringen kann. Und der ganze Komplex wurde von Kämpfern der „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens" (FARC) beschützt, der neben der M-19 größten Guerrilla-Gruppe Kolumbiens, die den Beinamen „Der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei" trägt. Man soll sogar ein schriftliches Abkommen zwischen den Rauschgifthändlern und der FARC gefunden haben: Die Rebellen erhielten für den militärischen Schutz – der sich allerdings als unwirksam erwies – Waffen, Geld und Rauschgift, um Kolumbien für die Revolution zu erobern.

Die unheilige Allianz der Rauschgift-Mafia und der marxistischen Revolution ist seit langem bekannt, wurde aber nie recht ernst genommen. Tatsächlich ist die kommunistische Guerrilla durchaus daran interessiert, die Ordnung auch mit Rauschmitteln zu zerstören, während die Rauschgift-Mafia politische Kreise zu beeinflussen sucht. Man darf hoffen, daß Kolumbiens Parlament die bereits begonnene Untersuchung des Einflusses „heißer Gelder" energisch fortsetzt.

Was man zu alledem vermißt, sind die Gutachten jener Weltverbesserer, die den USA täglich vorwerfen, mit Nestlé statt Muttermilch und chemischer Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft die Dritte Welt vergiften. Wenigsten eine Neudefinition der Doktrin ihres Meisters könnten sie uns schenken: Opium ist Opium für das Volk.

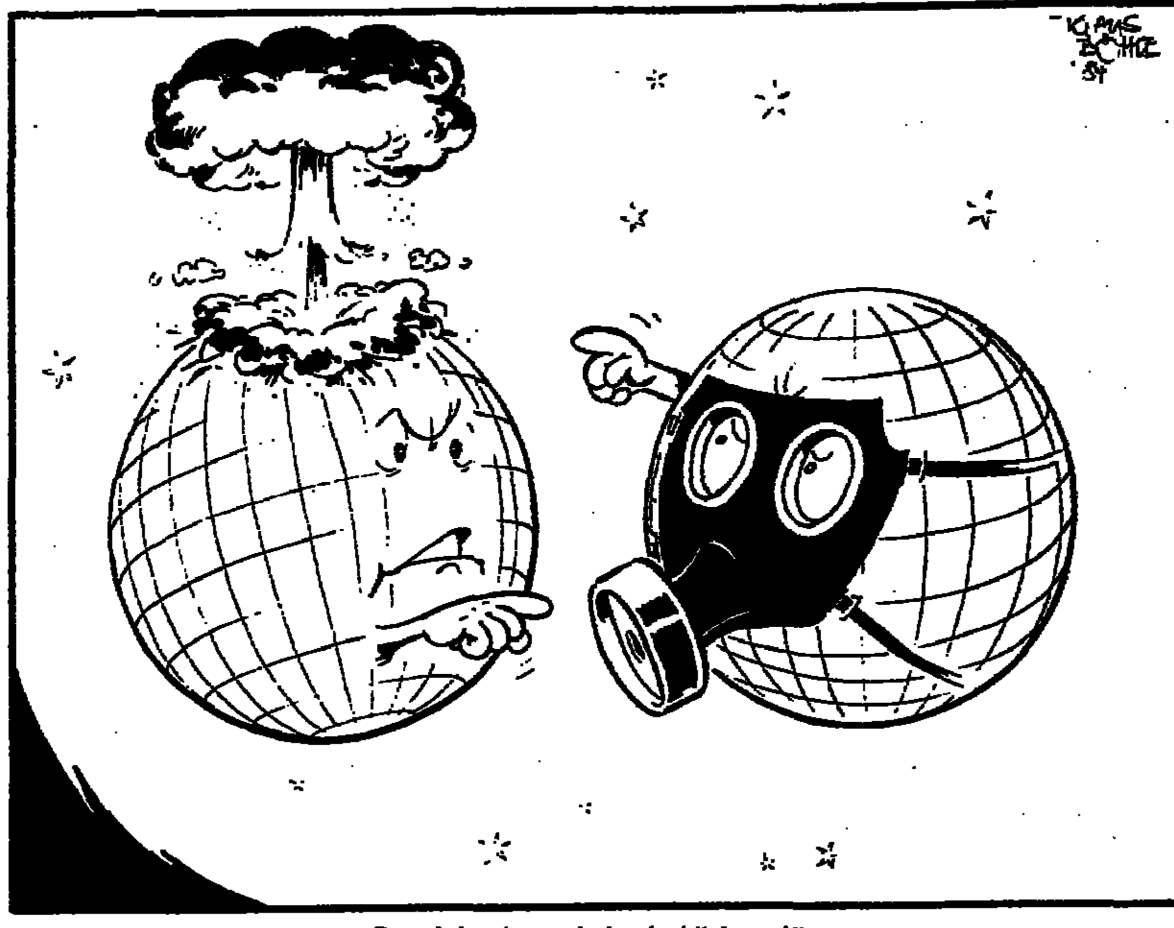
Qual der Wahl

Von Eugen Wolmarshof

Teifi, Teifi, i mach a Heifi, hat sich so mancher Münchner Wähler angesichts der Möglichkeiten des Häufelns gesagt. Aber dazu gibt es im Bayerischen Gemeindewahlgesetz auch noch die Möglichkeit des Panaschierens – Wörter wie diese werden im alpinen Sprachraum gern phonetisch geschrieben, wenn auch sonst meist inoffiziell; der Schwalangschör (Angehörige einer leichten Kavallerieeinheint, der Chevaux legers) gehört etwa dazu – und alle diese Stimmen sind quer über die Parteien leicht verteilt, aber schwer ausgezählt. Jetzt müssen die ehrenamtlichen Helfer Überstunden machen, verschaffen unzähligen hauptamtlichen Beamten zusätzliche Arbeit und geraten obendrein in der Verdacht, fahrlässig, grob fahrlässig oder vorsätzlich zugunsten der eigenen Sache Stimmen kassiert, kaschiert, manipuliert oder sonstwas zu haben.

Was haben wir uns über die Leute im Busch von El Salvador aufzuhalten, wenn es da mal mit der Auszählung nicht klappt? So knirscht es hörbar durch die isarnahen Amtsstuben. Andere fragen sich, ob dies tragische Geschehen wieder einmal gewisse küstennahe Kreise ermuntern könnte, ihren Minderwertigkeitskomplex über das vielbesprochene Nordsüdgefälle durch Witzeleien über die des Zählens angeblich nicht kundigen Untertanen Franz Josefs I. zu kompensieren.

Stellen wir also klar, daß das Bayerische Gemeindewahlgesetz der Ausdruck vorbildlicher demokratischer Bürgergesinnung ist. Der Wähler soll die Möglichkeit haben, gerade im bürgernahen Bereich die Kandidaten herauszupicken, die ihm gefallen, mit einer Stimme, mit drei Stimmen, von links bis rechts durch die Parteien und Grüppchen. Die Bayern waren zu fortschrittlich, das ist alles. Sie haben eine Wahlordnung der Zukunft aufgelegt, bevor der Wählerkreuzchencomputer der Zukunft erfunden und dem mündigen Bürger der Umgang mit demselben beigebracht worden war. Die heute höhnen, werden morgen kommen, um zu kopieren – sobald sie's kapieren.



„Das sieht aber sehr bedrohlich aus!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Letzte Woche war's anders

Von Heinz-Dietrich Ortlieb

Damit in unserem öffentlich-rechtlichen Fernsehen die Meinungs- und Informationsfreiheit des Fernsehpublikums nicht der Meinungsfreiheit der quasibeamteten Fernsehjournalisten zum Opfer fielen, wurde diesem Duopol „innere Pluralität" durch Ausgewogenheit der Sendungen verordnet. Eine schwer zu realisierende Auflage, deren Beachtung von den Fernseh- und Rundfunkräten zu kontrollieren ist.

Es mag schon als fragwürdig angesehen werden, daß diese Gremien nach dem Parteienproporz oder nach berufsständischen Gesichtspunkten besetzt werden. Doch dürfte hier wohl jedes Auswahlprinzip seine Vor- und Nachteile haben, solange es nicht ermöglicht, Menschen ausfindig zu machen, die relativ immun gegen Zeitkrankheiten und gegen Partei- und Gruppeninteressen sind. In ihrer derzeitigen Besetzung lassen diese Gremien eine solche Immunität vermissen. So werden Einwände gegen unkorrekte politische Kommentare und Berichte meist nur von Vertretern derjenigen Parteien und Gruppen erhoben, die sich selber benachteiligt fühlen.

Die Unzulänglichkeit dieser Aufsichtsgremien zeigt im übrigen das gleiche Dilemma, das bei uns auch in anderen Beiräten und Kuratorien zu finden ist. Infolge ihrer Zusammensetzung aus Überlasteten erhalten die Aktivitäten dieser „Räte", soweit nicht eben handfeste Interessen der von ihnen Vertretenen im Spiele sind, allzu schnell den Charakter des Gelegentlichen und Zufälligen.

Diese Schwächen werden durch die Spaltung der Aufsichtsgremien in politische Freundeskreise noch vergrößert. Solche Freundeskreise kontrollieren sich nämlich weit mehr gegenseitig als die Mitarbeiter der jeweiligen Anstalt, zu deren Aufsicht sie bestellt sind. Werden zu ihren Sitzungen auch die ihnen politisch nahestehenden oder für nahestehend gehaltenen Mitarbeiter von Rundfunk und Fernsehen hinzugezogen, dann sind die Kontrolleure bald selbst die Kontrollierten.

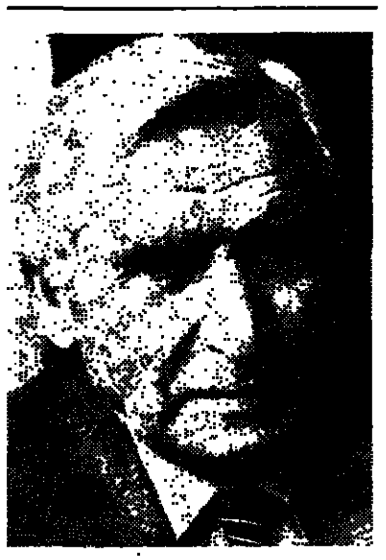
Es ist aber fast naturnotwendig, daß bei den meisten Journalisten nichts verhaßter ist als das Verlangen nach Ausgewogenheit. Die einen sind auf Massenwirkung bedacht und suchen deshalb ihren Lesern, Hörern oder Zuschauern wenn nicht zum Munde, so doch zum voreingenommenen Herzen zu reden. Andere scheren sich gerade nicht darum, sondern wollen ihre eigenen Voreingenommenheiten an den Mann bringen. Beim Fernsehen begnügt sich Bemühen um „Ausgewogenheit" daher nicht selten mit folgender zweifelhafter Methode: Eine Beschwerde über die extrem einseitige Berichterstattung oder Analyse in einer Sendung erfährt die stereotype Antwort, dies sei eben die persönliche Sicht des Mitarbeiters gewesen. Die ihr entgegengesetzte Ansicht habe man eine Woche früher hören oder sehen können. Außerdem könnte von einem Journalisten nicht verlangt werden, daß er hinter seiner Zeit zurückbleibe. Als ob die Wahrheit als ein Mittelding zwischen extremen Subjektivitäten von jedem Fernseher gesucht und auch gefunden würde, sofern er beide Sendungen überhaupt sehen konnte; als ob die Wahrheit und die zutreffende Vorausschau gerade bei denen läge, die stets dem Modischen ihrer Zeit vorauszueilen suchten.

Allerdings, gerade wer wie der Journalist von Berufs wegen dem Tagesgeschehen zugewandt ist, kann sich dem Kurzfristigen und Modischen kaum entziehen. Die in den Massenmedien Tätigen sind daher besonders anfällig dafür, alles Neue für fortschrittlich zu halten und von jeder Kritik des Bestehenden progressive Wirkungen zu erwarten. Da sie immer wieder in die Lage kommen, unsere komplizierte Welt, die sie selbst meist auch nicht besser verstehen als andere, in ihren Zusammenhängen allgemeinverständlich machen zu müssen, neigen gerade Journalisten zu Vereinfachungen bei der Darstellung von Ursachen und Wirkungen. Dafür aber liefern Ideologien mit ihren Klischeevorstellungen die besten Hilfsmittel.

Von niemanden ist in den fünfziger Jahren die versimpelnde Verherrlichung der Marktwirtschaft durch die neoliberale Theorie so eifrig aufgegriffen worden wie von unserer Presse. Ebenso wären Neomarxismus und Anarcholiberalismus in den letzten Jahrzehnten vielleicht eine belächelte Skurrilität geblieben, hätten Feuilletonisten und politische Journalisten, unterstützt von Literatur und Theater, nicht gerade diese Arten von Weltinterpretation als interessante Neuheit, wenn nicht gar als letzt*gültige Wahrheit verbreiten helfen.*

Wieviel wirksamer als die Presse ist da noch das Fernsehen, von dem tagtäglich der Augenschein als vermeintliche Wirklichkeit in jedes Wohnzimmer gebracht werden kann. Diese Scheinwirklichkeit durch einseitige Auswahl und unzureichende Kommentare hat seinerzeit dazu beigetragen, die Studentenrevolte hochzuspielen und die Bildungsreform fehlzuleiten. Sie verleiht auch heute noch Minderheiten der Straße und Schriftstellercliquen eine Bedeutung, die ihnen weder quantitativ noch qualitativ zukommt. Ob die „äußere Pluralität" des „Privaten Fernsehens" hier Abhilfe schaffen wird, ist mehr als zweifelhaft. Denn wo ist eine neue Generation von Journalisten (nicht nur einzelne!) ausfindig zu machen, die Mut und Fähigkeit zu der Aussage besäße, daß der Fortschritt keine Einbahnstraße in eindeutiger Richtung ist – und schon gar nicht in jener, in der wir heute immer noch so eilfertig joggen?

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, emeritierter Ordinarius für Volkswirtschaft, leitete jahrelang das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv (HWWA) FOTO: CHRISTA KUJATH

IM GESPRÄCH H. J. Langmann

Rodenstocks Nachfolger

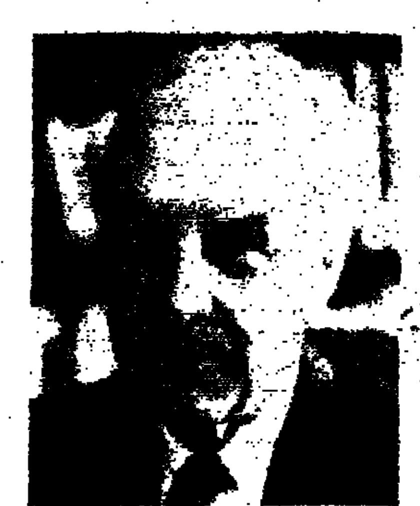
Von Joachim Weber

Ein wenig spröde wirkt er auf den ersten Blick, kühl und distanziert, der promovierte Physiker vom Jahrgang 1924, der die Nachfolge von Rolf Rodenstock auf dem Sessel des BDI-Präsidenten übernehmen soll: Hans Joachim Langmann, Vorsitzender von Gesellschafterrat und Geschäftsleitung des Chemiekonzerns E. Merck, Darmstadt.

In der Tat ist der gebürtige Mecklenburger kein Showman, der Charme und einnehmendes Wesen als Waffen einsetzen würde. Für Einführungsgeplauder ist ihm seine Zeit zu schade, er kommt lieber schnell zur Sache. Trotz seiner immer noch nicht abgeschüttelten Neigung zu wissenschaftlicher Präzision hat er allerdings auch Freude an griffigen Formulierungen, die er meist ganz am Rande, quasi hinter dem Komma, serviert. Beispiel: „Man redet viel von Forschungsförderung. Manchmal meine ich, etwas weniger Forschungshemmung täte es auch".

Was Langmann – auch für den neuen Posten – auszeichnet, ist sein ausgeprägter Sinn für Fakten, für die Realität, fürs „Machbare" (ein Wort, das er gern benutzt). Dabei beschränkt er sich keineswegs nur auf Statistiken und Geschäftszahlen, mit denen er allerdings gerne und souverän jongliert. Wer sich mit ihm auseinandersetzt (was in der näheren Umgebung des streitbar-hartnäckigen Vollblut-Unternehmers wörtlich zu nehmen ist), lernt schnell die Breite seiner Kenntnisse, nicht zuletzt auf gesellschaftspolitischem Gebiet, schätzen – oder fürchten.

Bescheiden ist er, ohne die eigenen Fähigkeiten zu unterschätzen. Ausdruck unternehmerischen Selbstbewußtseins ist nicht zuletzt die Rechtsform „seines" Darmstädter Unternehmens (2,6 Milliarden Mark Weltumsatz, 16 700 Mitarbeiter): „E. Merck", ohne jeden Zusatz, nach wie vor Einzelfirma mit voller Haftung aller Gesellschafter und wenig Neigung, sich aus fremden Quellen – beispielsweise der Börse – zu finanzieren.



In der Kürze liegt die Würze: Langmann FOTO: DPA

Bei Merck hat Langmann deutliche Akzente gesetzt. Aus der einstigen Apotheke, dem *Pharma-Spezialisten*, wurde ein breit angelegtes Chemieimperium, das als weltgrößter Hersteller von Flüssigkristallen beispielsweise auch ein festes Bein im Zukunftsmarkt der Elektronik hat.

Daß Langmann neben seinem „Hauptberuf" auch noch Zeit gefunden hat, sich umfangreiche Erfahrung in der Verbandsarbeit (Handelskammerpräsident, Chemieverbandspräsident, BDI-Präsidialmitglied) zuzulegen, ist seiner eisernen Disziplin zu verdanken. Seine eigene Arbeit ist straff organisiert, ein strenger Zeitplan führt das Regiment. Wenn der Chef sein Büro verläßt, so wird aus Darmstadt kolportiert, dann geht draußen schon der Schlagbaum hoch, damit der Vielbeschäftigte keine Sekunde verliert.

In den BDI-Mitgliedsverbänden freut man sich schon auf den „Neuen". Er, so hofft man, wird den Dachverband wieder etwas härter in den Griff nehmen als sein Vorgänger. Und das nicht nur als „Interimslösung", wie es nach außen zunächst erscheinen mag: Wenn sein Kollege Tyll Necker 1985 die BDI-Spitze übernimmt, soll Langmann (der zu Necker ein langjähriges gutes Verhältnis hat) die Finanzen dirigieren, sozusagen im Team mit dem Nachfolger.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Zu Blüms „Omnibus" meint das Blatt:

Die Absicht ist vernünftig, aber gute Absichten bieten noch keine Gewähr für gute Gesetze. Blüm hat ein umfangreiches Artikelgesetz zusammengestellt; er hat in seinem Ministerium alle Ecken ausgekehrt, um änderungsbedürftige Vorschriften zu finden, die entfernt etwas mit der Auflockerung der Arbeitsmarktverhältnisse zu tun haben. So ist ein Gesetzentwurf mit 33 mehr oder minder gewichtigen Artikeln entstanden. Omnibus-Gesetz nennt man das im Beamtenjargon. Entscheidend ist jedoch die Frage, ob Blüms „Omnibus" in die richtige Richtung fährt. Notwendig und vernünftig ist es, den Arbeitgebern mehr als bisher die Möglichkeit zu geben, auch befristete Arbeitsverträge abzuschließen. Auch scheint es angebracht, die Fristen für die Leiharbeit zu verlängern. Doch warum muß damit die Absicht verbunden werden, die Überstunden zu reglementieren?

Münchner Merkur

Zum neuen FDP-Programm heißt es hier:

Gemessen an den Worten der Liberalen, wollen sie – unter vielen anderen, versteht sich – in einer zunehmend verwalteten Welt die ständig durch bürokratische Strukturen *und* Machtansprüche von Verbänden sowie durch konservatives Ordnungsdenken bedrohte Freiheit retten. Möglicherweise gibt es nun wirklich einige die denken: Wenn wir die FDP nicht hätten ... Die meisten kommen jedoch vermutlich eher zu dem Schluß: Falls den Liberalen in der Theorie-Diskussion nicht mehr einfällt, hätten sie sich besser auf die tägliche politische Arbeit konzentriert. Aber höchstwahrscheinlich wäre ihnen da auch nichts Berauschendes eingefallen.

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Klinikum Aachen wird von dem Essener Blatt kommentiert:

So kann eine Bankrotterklärung auch klingen: „Wir haben die Kostenentwicklung stets im Auge behalten und durch Beamteneinsatz kontrolliert." So NRW-Bauminister Zöpel im Zusammenhang mit der Diskussion um das Klinikum Aachen. Man beachte die Feinheiten: Die Regierung hatte alles „im Auge", die Kontrolle übernahmen Beamte. Und wer hat gehandelt?

THE TIMES

Die Zeitung nimmt unter dem Titel „Eine afrikanische Tragödie" zum Tode des guineischen Staatschefs Ahmed Sekou Touré Stellung:

Präsident Sekou Touré von Guinea war im wahrsten Sinne des Wortes eine tragische Figur. Sein Leben könnte das Thema einer klassischen shakespearischen Tragödie mit ihrem vertrauten Leitmotiv sein: Der Held wurde durch die absolute Macht auf verhängnisvolle Weise korrumpiert. Ein Dramatiker hätte ihn wahr*scheinlich eher von der Hand* eines Mörders sterben lassen als unter dem Messer eines Chirurgen und hätte eine größere weibliche Rolle hinzugefügt...

Die PLO als „Interessen"-Vertretung der Palästinenser

Wie die Junge Union das Selbstbestimmungsrecht deutet / Von Enno v. Loewenstern

In einer Zeit hochkomplizierter und hochkontroverser, allerdings auch hochwichtiger naher Fragen – Sparpolitik, 35-Stunden-Woche, was auch immer – schweift der Vorstand der Jungen Union in die Ferne: „Solange die Palästinenser ihr Selbstbestimmungsrecht nicht wahrnehmen können, sollte nach Ansicht der Jungen Union die PLO als Interessenvertretung der Palästinenser anerkannt werden". Sie fordere für die Palästinenser das gleiche Selbstbestimmungsrecht wie für die Juden.

Man hatte sich zunächst mit „der Erblast des Schmidt'schen Waffenversprechens an Saudi-Arabien" befaßt und dazu ganz vernünftig resolviert, daß keine Waffen in den Nahen Osten geliefert werden sollten. Auch der Vorschlag, gemäßigte arabische Regierungen nur durch politische und wirtschaftliche Maßnahmen zu fördern, ist zwar nicht neu, aber in dieser allgemeinen Form durchaus vertretbar. Dann aber folgt das ausdrückliche Indossament für eine Gruppierung, die wahrlich nicht gemäßigt ist und die mit einer solchen politischen Maßnahme soviel Schaden anrichten könnte, wie mancher arabische Staat mit Waffen anrichten kann.

Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ist in mehrfacher Hinsicht eingeschränkt. Diejenigen Araber beispielsweise, die unter israelischer Besatzungsmacht leben, können naturgemäß nicht viel mehr Selbstbestimmungsrechte beanspruchen als die Einwohner anderer besetzter Gebiete. Auch in Deutschland war das Selbstbestimmungsrecht nach dem 8. Mai 1945 erheblich eingeschränkt. Dies hatte damit zu tun, daß man den Besiegten nicht traute. Dabei war mit dem 8. Mai der Kriegszustand in Europa beendet; dennoch gingen die Besatzungsmächte zu recht davon aus, daß sie sich zunächst durch Kontrolle vergewissern mußten, ob die besiegten Deutschen noch einmal gefährlich werden konnten. Für Israel ist der Kriegszustand leider keineswegs beendet, sieht man von der ägyptischen Seite ab; seine übrigen Nachbarn bedrohen es direkt und bemühen sich überdies, die Araber in den besetzten Gebieten gegen Israel aufzuwiegeln oder jedenfalls die Aufwiegler zu unterstützen.

Zum anderen ist es bis heute umstritten, ob es so etwas wie ein „Volk der Palästinenser" überhaupt gibt, ob man nicht allenfalls von einem Volk Jordaniens ausgehen muß. Ein Selbstbestimmungsrecht der Kurden beispielsweise, einer sehr viel deutlicher definierten Volksgruppe, wird von keiner politischen Seite empfohlen. Vom Selbstbestimmungsrecht der Libanesen oder bestimmter Gruppen derselben ist auch selten die Rede. Die Araber, bei denen Staatengrenzen, Volksgruppen, Stämme und religiöse Schismata aktuelle politische Rollen spielen, sind sehr schwer auf einen einheitlichen politischen Willensbereich festzulegen.

Drittens aber gibt es im arabischen Raum ohnehin verzweifelt wenig Selbstbestimmung. Das würde nämlich einen demokratischen Abstimmungsvorgang voraussetzen, der selbstverständlich nicht nur irgendeine Staaten- oder Separatstaatenbildung zum Gegenstand haben könnte, sondern ganz allgemein das Recht, freiheitlich über sich selber, seine Meinungsäußerung und sonstige Persönlichkeitsentfaltung, zu entscheiden. Gerade bei den Palästinensern ist die freie Meinungsäußerung und das politische Handeln nach der eigenen Meinung besonders gründlich unterbunden – durch die PLO. Wer da auch nur in den israelisch besetzten Gebieten für eine friedliche Lösung und für eine redliche Zusammenarbeit mit den Israelis eintritt, riskiert mindestens sein Haus, wenn nicht sein Leben. In den Palästinenserlagern außerhalb der besetzten Gebiete, wo keine israelische Besatzungsmacht hinreicht, sieht das noch viel schlimmer aus. Die Täter dieser Unterdrückung jeglicher Selbstbestimmung sind bekannt. Ihre Organisation heißt PLO. Ausgerechnet diese Organisation aber soll nach dem Willen des JU-Vorstands als „Interessen"-Vertretung (sic!) der Palästinenser anerkannt werden.

Und schließlich ist zu bemerken, daß auch eine völlig demokratisch und druckfrei zustandegekommene „Selbstbestimmung" nicht akzeptabel ist, wo sie die Rechte anderer verletzt. Man weiß freilich, daß die überwiegende Mehrheit der Palästinenser den Krieg und den PLO-Terror satt hat und gern mit Israel einen Modus vivendi fände, zumal da sie ja sehen, wieviel besser man in einem nach israelischer Art verfaßten Staat lebt als in einer dieser Monarchien oder sonstigen Alleinherrschaften arabischen Zuschnitts. Aber die PLO verlangt die Vernichtung des jüdischen Staates. Das würde auch dadurch nicht legitimiert, wenn wirklich eine Mehrheit der ehemaligen und jetzigen bewohner des Jordantales dies bejahten. Was würde die Junge Union dazu sagen, wenn wir tatsächlich *eine Mehrheit Heimat*vertriebener in der Bundesrepublik hätten, die etwa die Vertreibung der Polen ans den Gebieten innerhalb der Grenzen von 1937 verlangte?

Die Grünen brachten viel Farbe ins Hohe Haus

Heute vor einem Jahr begann für den Bundestag ein neuer Abschnitt seiner Geschichte. Erstmals zogen die Grünen in das Hohe Haus ein; zum Schrecken vieler etablierter Politiker.

Von STEFAN HEYDECK

„Wir wollen uns im Bundestag einmischen", verkündete heute vor einem Jahr Petra Kelly als Sprecherin der Fraktion der Grünen vor dem Parlament in Bonn. Sie war dort hin zusammen mit den anderen 27 Abgeordneten und Nachrückern in einem kunterbunten Zug mit Transparenten, Spruchbändern und einer von einem Schimmel (umweltfreundlich) gezogenen Kutsche an der Spitze zur konstituierenden Sitzung des 10. Bundestags gezogen.

Die Grünen, so Petra Kelly damals, würden „weder untertauchen noch aussteigen". Wie auch immer das zu verstehen war: Die Neu-Parlamentarier sind diesem Satz in verschiedenster Form immer wieder gerecht geworden. Als „erstes Erfolgserlebnis" setzten sie durch, im Plenarsaal – wenn auch wie in einer Schulklasse immer zu zweit nebeneinander – kameragerecht zwischen den „Etablierten", die Otto Schily mit Blick auf mögliche Bündnisse inzwischen „Alt-Parteien" nennt, angesiedelt zu werden.

Vorausgegangen war die Wahlnacht vom 6. März. Da durch- und erleiden einige hundert in der Stadthalle von Bad Godesberg über Stunden „Wechselbäder", werden zwischen Hochs und Tiefs hin- und hergerissen. Denn: Erst sind sie nach den Hochrechnungen erstmals im Bundestag „drin". Prompt kommt unter dem Motto „wie auch sonst" selbstbewußt Freude auf. Dann sind sie aber, so zeigen ARD und ZDF, „draußen" – und damit gescheitert. Genauso umgehend macht sich tiefe Trauer bis hin zur offen gezeigten Wut breit. Doch am Ende der Zitterpartie können oder wollen sich viele nicht mehr so recht über das 5,6 Prozent-Ergebnis begeistern.

Nicht zu denjenigen, die zwischen Depression und Erfolgserlebnis schwanken, gehört an diesem Abend Petra Kelly. Mit 2 167 432 Wähler-Stimmen (zur Wahl waren insgesamt rund 39 Millionen Bundesbürger gegangen) im Rücken und dem damaligen Grünen-Geschäftsführer Lukas Beckmann an der Seite verbrennt sie zur „Geisterstunde", kurz nach Mitternacht, direkt vor dem Bundeshaus eine Papp-Rakete. Dies offensichtlich in dem Glauben, daß nunmehr das Gesetz zum Schutz der Bannmeile für sie außer Kraft sei und daß für die damals rund drei Jahre alte „Anti-Partei-Partei" (so ein Kelly-Schlagwort) ab sofort Sonderregelungen bestünden.

Einem solchen Irrtum ist sie offenbar – genauso wie etliche andere ihrer Fraktionskollegen – aufgesessen: Allein die Immunität von Petra Kelly hat das Parlament inzwischen bereits viermal aufheben müssen. Gerichtsverhandlungen stehen bevor.

Heute wird eingestanden, daß es damals „Kinderkrankheiten" gegeben hat. Mehr noch: Es wird eingeräumt, daß diese wenn auch in anderer Form immer noch fortbestehen.

Bei ihren Gehversuchen im „Raumschiff Bonn", wo nach dem von ihnen in die Welt gesetzten Begriff eigentlich geschwebt werden müßte, fielen sie zunächst fast reihenweise auf die Nase. Statt der Öffentlichkeit und erst recht ihrer Basis die Grünen-Ziele von einer sauberen Umwelt, von „mehr Menschlichkeit" und „mehr politischer Transparenz" zu demonstrieren und präsentieren, verzettelten sich die parlamentarischen New-Comer so manchesmal.

Mit einem von Beobachtern als „Fotoaktionismus" bezeichneten und belächelten Darstellungsdrang wurde versucht, politische Aktivitäten und Initiativen zu ersetzen und auszugleichen. So zum Beispiel mit einer als Protest gegen die zunächst unbefriedigenden Raumverhältnisse gedachten Open-Air-Fraktionssitzung vor dem Abgeordneten-Hochhaus am Tulpenfeld. Daß sich zur gleichen Stunde ihre Sprecher für das „unbürokratische Verfahren" bei der Zimmerbeschaffung gegenüber dem Bundestagspräsidium bedanken, blieb dabei unerwähnt. Ähnliches galt auch unter anderem für den von Mitgliedern aus der Berliner Hausbesetzer-Szene im Plenarsaal verursachten Eklat. Natürlich distanzierten sich die Grünen von den Farbbeutelwürfen. Doch dabei war der Trupp von einem ihrer prominentesten Mitglieder von der Spree an den Rhein „gebeten" worden. Oder es wurde als „alternatives Beförderungsmittel" ein Dienstfahrrad angeschafft, das inzwischen durch einen Dienstwagen ersetzt wurde.

Solche und ähnliche Vorfälle füllten in den zurückliegenden Monaten nicht nur die Spalten der Boulevard-Zeitungen. Denn: Da scheiterten die Grünen einmal mit dem Versuch, Werner Vogel als Alterspräsident plakativ durchzubringen. Dem stand aber seine NS-Vergangenheit im Weg. Da erlitten sie Schiffbruch mit ihrem im Forschungs- und Technologieausschuß durchaus geschätzten und angesehenen Mitglied Klaus Hecker. Den drückten sie nach wochenlangen Diskussionen aus der Fraktion heraus, weil ihm Mitarbeiterinnen sexuelle Belästigungen vorgeworfen hatten. Und da warf als vorerst letzter Fall Gert Bastian das Handtuch. Er hatte es offensichtlich nicht mehr „ertragen" können, daß ihn – als ehemaligen General – genauso wie bei den anderen „herkömmlichen" Parteien keiner mit „menschlicher Wärme" überhäufte und seine Wünsche nach geänderten Strukturen nicht zu seiner Zufriedenheit erfüllt wurden.

Dennoch hat die inzwischen noch 27 Abgeordnete starke Fraktion durch ihre Präsenz im Parlament gewisse Änderungen bewirkt. Gleichgeblieben ist zwar, daß Mitglieder von CDU/CSU und FDP, aber auch der SPD weiter verkünden: „Mit denen reden wir nicht." Aber, das kann man wenden und drehen, durch die Grünen ist ein bißchen mehr an Spontanität und Lebendigkeit ins „Hohe Haus" gekommen. Das räumen sogar „Etablierte" ein. So haben es die Parlaments-Neulinge bisher geschafft, sieben Aktuelle Stunden durchzusetzen. Das waren jeweils 60 Minuten, in denen sich die Regierung und alle Fraktionen außer der Reihe zu teilweise brisanten Themen äußern mußten.

Darüber hinaus gab es – nach der hauseigenen Statistik der Grünen – acht Gesetzesinitiativen, 18 große und 117 kleine sowie 488 sonstige Anfragen. Weiter wurden drei Klagen beim obersten deutschen Gericht eingereicht. Daß dennoch vieles bei den Grünen im Bundestag möglicherweise schon vom Ansatz und der Fragestellung her unbefriedigend geblieben ist, geht aus ihrem Rechenschaftsbericht hervor.

Dort wird festgestellt, daß die überwiegende Zahl der Antworten auf ihre auskunftsheischenden Fragen als „ausweichend oder nur teilweise beantwortet" eingeschätzt werden müssen. Dafür ist aber nach diesem Papier ihr bisher noch als Nachrücker vorgesehener Pressesprecher Heinz Suhr mehr als stolz auf die Flut von Pressemitteilungen. „Täglich", so wird berichtet, würden „zwischen drei bis sechs Pressemitteilungen abgefaßt und verbreitet". Hinzugefügt wird offensichtlich mit Blick darauf, daß ein großer Teil von ihnen ungelesen in die Papierkörbe wandern, diese Menge sei „eigentlich viel zu viel".

Eines der wesentlichsten Probleme der schon wiederholt Totgesagten sehen die Grünen selbst darin, daß sie sich ständig nabelschauartig mit sich selbst befassen. So geht es in stundenlangen Diskussionen immer wieder darum, ob die ihnen von der Basis verordnete Rotation nach zwei Jahren sinnvoll ist und machbar sei und wie die Arbeitsstrukturen effektiver gestaltet werden können. Hier steht der nächste Machtkampf bereits bevor. Dazu wird es kommen, wenn in der nächsten Woche der dreiköpfige Sprecherrat neu gewählt werden soll.

Allerdings geht Otto Schily, der sich gegen den Titel Fraktionsmanager wehrt, davon aus, daß bis zum Ende der Legislaturperiode „keiner mehr" abspringt. Weitere Absprünge würden das K. o. für die Grünen im Bundestag bedeuten. Denn dann wären gut sieben Millionen Mark an Fraktionszuschüssen aus Mitteln der öffentlichen Hand weg. Parlamentarische Arbeit wäre praktisch nicht mehr möglich.

Doch derartige Gefahren scheinen die Grünen im Bundestag genauso wenig zu sehen oder sehen zu wollen, wie den anhaltenden Konflikt mit ihren Nachrückern und der Basis. Trotz aller Kritik meinen sie selbstbewußt in ihrem Rechenschaftsbericht: „Ein bißchen abgehoben, aber mit voller Kraft voraus ...".



29. März 1983: Petra Kelly, Otto Schily und Marieluise Beck-Oberdorf auf dem Weg zu ihrer ersten Bundestagssitzung. FOTO: SVEN SIMON



Als Freiheitsheld verehrt, als Diktator verhaßt: Guineas Präsident Ahmed Sekou Touré FOTO: AP

Er versprach Freiheit, doch er brachte Elend und Schrecken

Einst galt er als aufgehender Stern der afrikanischen Unabhängigkeit, doch dann stürzte er sein Land in einen permanenten Ausnahmezustand: Guineas verstorbener Präsident Sekou Touré hinterläßt ein trauriges Erbe.

Von HEINZ BARTH

Sie hatten ihn, bevor er sich selbst demaskierte, als einen der Gründerväter der afrikanischen Unabhängigkeit glorifiziert. Doch kein Land des schwarzen Kontinents war unfreier als das Guinea Ahmed Sekou Tourés, das über ein Vierteljahrhundert unter der bösartigen Zwangsherrschaft dieses ehemaligen Postangestellten litt, der jetzt auf einer Intensiv-Station in Cleveland (Ohio) mit 62 Jahren starb.

Sein Ruhm in der Dritten Welt, die ihn zunächst wie einen Freiheitshelden verehrte, war längst bei vielen dem Abscheu vor einer Diktatur gewichen, wie sie keines der Entwicklungsländer anmaßender hervorbrachte. Es war ein Ruhm gewesen, der sich auf die pathetische Herausforderung gründete, mit der Sekou Touré 1958 durchsetzte, daß Guinea als einziger Staat des frankophonen Afrika aus de Gaulles „Communauté Française" ausschied.

„Lieber arm und frei als reich und versklavt", lautete die anspruchsvolle Parole, mit der er diesen Bruch mit Frankreich vollzog. Was „Versklavung" betrifft, hatte er von den verhaßten Kolonialmächten nichts zu lernen. Er schaffte sich einen Einparteienstaat, dessen Gewaltmethoden das GULag-System der Sowjetunion in den Schatten stellten. Die Illusionen waren grenzenlos gewesen, als er das Tuch zwischen Guinea und Frankreich zerschnitt. Nur knapp fünf Prozent stimmten bei der Volksbefragung von 1958 für den Verbleib in der französischen Gemeinschaft.

Bald sollte auf diese Entscheidung ein schauerliches Erwachen folgen. In Paris stellte der tief gekränkte General schlagartig jede Hilfe für Guinea ein. Die französischen Beamten und Experten, die das Land verließen, zerstörten ihre Büros und verbrannten die Archive. 1965 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Conakry abgebrochen. Zu diesem Zeitpunkt war Guinea trotz des Reichtums seiner Bodenschätze bereits tief in die wirtschaftliche Misere versunken. Obwohl es zunächst an ausländischer Hilfe nicht fehlte, wirkte sich die Verstaatlichung des Handels verhängnisvoll aus.

Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verfolgte Sekou Touré einen extrem marxistischen Kurs. Durch Gesetz wurde jeder Guineer und jede Guineerin zum Mitglied der „Staatspartei" erklärt. Die Menschen wurden in die Partei hineingeboren und dazu gepreßt, bei Kundgebungen weiß uniformiert in Leinengewänden, „Made in Japan", anzutreten.

Der Personenkult, der mit dem Staats- und Parteichef getrieben wurde, erreichte unvorstellbare Ausmaße. Der Widerstand, der sich bald bemerkbar machte, führte dazu, daß im Lauf der Zeit von 5,2 Millionen Einwohnern fast zwei Millionen das Land verließen. Allein in Senegal und Sierra Leone leben je eine halbe Million Flüchtlinge. Als im November 1970 ein Kommando von Regime-Gegnern, unterstützt von portugiesischen Söldnern, am Strand von Conakry landete, erreichte die politische Verfolgung durch die „Volksgerichte" Sekou Tourés ihren Höhepunkt.

Öffentliche Hinrichtungen, die zu Volksfesten ausarteten, waren an der Tagesordnung. Prominente Mitglieder der Opposition wie der frühere Innenminister Keita und der erste Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit, Diallo Telli, verschwanden in den Kerkern Sekou Tourés, wo sie verhungerten. Auf dem Höhepunkt der Verfolgungen unterhielt die linke Diktatur fünfzehn Konzentrationslager. Der Verfolgungswahn des Diktators deckte zwischen 1958 und 1970 nicht weniger als zwölf wirkliche oder erfundene „Verschwörungen" auf, die in der Regel als Vorwand für eine Serie von Hinrichtungen dienten.

Das Erstaunliche ist, wie lange es dauerte, bevor der Westen die Geduld mit diesem Regime des Schreckens verlor. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit glaubte die Bundesrepublik in Guinea eines der Länder entdeckt zu haben, das ein besonders lohnendes Objekt für Entwicklungshilfe war. Nachdem Sekou Touré 1959 und 1964 Bonn zweimal besucht hatte, wurde Guinea geradezu ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungshilfe. Großzügig reagierte auch Präsident Kennedy, als der über die sowjetische Unterstützung bitter enttäuschte Sekou Touré während der Kuba-Krise russischen Transport-Flugzeugen die Zwischenlandung verweigert hatte.

Erst in der Spätphase seines Regimes begann der Staats- und Parteichef, auf dessen Foltermethoden „Amnesty International" merkwürdig spät aufmerksam geworden war, unter dem Druck des drohenden Staatsbankrotts und der zunehmenden Abhängigkeit von westlichen Krediten sein Unterdrückungs-System zu liberalisieren. Immerhin sollte es noch bis 1978 dauern, bevor der Bruch mit Frankreich durch einen Staatsbesuch von Präsident Giscard d'Estaing in Conakry geheilt wurde.

Es war das Ende der Isolierung, die Sekou Touré seinem Land aufgezwungen hatte. Aus Angst vor einem Putsch hatte er es seit 1971 nicht mehr gewagt, Guinea zu verlassen. *Eine neue Etappe im Verhältnis zu* Frankreich begann, nachdem François Mitterrand französischer Staatspräsident geworden war. Im September 1982 wurde Sekou Touré zu einem offiziellen Besuch im Elysee empfangen und ein Gegenbesuch Mitterrands in Conakry war für Ende 1984 vorgesehen.

Praktisch war mit der außenpolitischen Öffnung seit 1978 Sekou Tourés Fehde mit dem Westen beendet – nicht aus ideologischer Überzeugung, aber unter dem Zwang der Verelendung, in die er das Land durch seine Mißwirtschaft geführt hatte. Seine „Revolutionäre Volksrepublik" steht anderen afrikanischen Entwicklungsländern als erschreckendes Beispiel für das Versagen sozialistischer Experimentiersucht vor Augen.

Am Ende seiner bewegten, an grausamen Irrtümern reichen Existenz war der Diktator davon überzeugt, daß Guinea von der Sowjetunion durch betrügerische und niemals eingehaltene Abkommen ausgebeutet wurde – eine schmerzliche Erkenntnis für einen Politiker, der einst ein glühender Stalin-Bewunderer war und als der aufgehende Stern der afrikanischen Unabhängigkeit ein fast legendäres Ansehen selbst in weiten Teilen der freien Welt genoß. Guinea lebte unter ihm in einem permanenten Ausnahmezustand.

Wer sein Nachfolger wird, ist umstritten. Er tritt ein undankbares Erbe des Mannes an, der seinem Volk die stolze Freiheit der Armen versprach, aber ihm am Ende nichts anderes als Schrecken, Unterdrückung und Elend zu bieten hatte.

Und wieder gibt es Streit ums Zählen

Von EBERHARD NITSCHKE

Die „Volkszählung 1983" ist am Urteil des Bundesverfassungsgerichts gescheitert und vorerst verschoben. Jetzt droht sogar der „Mikrozensus", eine alljährliche Datenerhebung in Haushalten über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, zu scheitern. Egon Hölder, Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, fürchtet eine allgemeine Erosion: „Wir spüren, daß irrationale Elemente in den Vordergrund treten. Was wird morgen sein? Gibt es dann auch keine Ausfuhr-Statistiken mehr?"

Die ängstliche Frage hat einen aktuellen Bezug. Im Hamburger Rathaus trafen sich zu einer zweitägigen Konferenz die Datenschützer der Länder, um über den „Mikrozensus" zu beraten – in der Mehrzahl Persönlichkeiten, die der Statistik und ihren Belangen überaus kritisch gegenüberstehen. Ausgelöst worden ist das Treffen durch einen Brief des hessischen Datenschutzbeauftragten Spiros Simitis an den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner, in dem dieser aufgefordert wird, den „Mikrozensus " nicht zuzulassen. Begründung: Das „Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativ-Statitik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Februar 1984" sei ohne Änderung mit der „verfassungskonformen Durchführung einer Bundesstatistik nicht zu vereinbaren".

Was Simitis stört: Bei den Befragten soll es sich nicht um Freiwillige handeln, und weder Interviewer-Auswahl noch Art und Dauer der personenbezogenen Datenerhebung seien in dem Gesetz so geregelt, wie es das Bundesverfassungsgericht angeregt habe.

Dagegen vertritt Präsident Hölder in Wiesbaden für sein Amt die Auffassung: „Das Gesetz kann um einige Vorschriften erweitert werden. Deswegen ist es aber in seiner jetzigen Gestalt nicht verfassungswidrig. Und was die Freiwilligkeit betrifft: Wir brauchen eine Vielzahl von Erkenntnissen über den Zustand der Gesellschaft, gerade auch wegen der Arbeitslosen-Problematik. Ein Verzicht auf die Auskunftspflicht bedeutet, daß die Lasten des Staates nur noch von Gutwilligen getragen werden brauchen."

Genau ein Prozent der Bevölkerung, rund 60 000 Personen, unter denen sich bisher noch nie wegen der jeweils rund 20 Minuten Befragung Unwillen regte, müssen für den „Mikrozensus" laut gesetzlicher Festlegung befragt werden. Die Erhebungsliste, ausgedruckt für „Mai 1984", sieht Fragen über Wohnung und Miete, über das Arbeitsverhältnis, das Einkommen, über Urlaubs- und Erholungsreisen vor.

Simitis hat mit starkem Rückenwind von der SPD argumentiert, daß nach dem Urteil in Sachen Volkszählung einfach alles, was mit der Erhebung von Daten zu tun habe, gesetzlich neu bestimmt werden müsse. Dagegen macht das Statistische Bundesamt geltend, die beiden entscheidenden Gründe, mit denen die Volkszählung 1983 aufgehoben worden sei, wären beim Mikrozensus überhaupt nicht relevant. Die Anonymität des Auskunftsgebers sei gesichert und es gebe keine Weiterleitung an die Melderegister von Gemeinden.

Für alle Fälle halten die Statistiker ein „Rettungsboot" bereit. In Wiesbaden rechnet man damit, daß das Bundesverfassungsgericht bis zu einer gesetzlichen Neuregelung „Übergangsmaßnahmen" tolerieren wird.

Hinter den Kulissen von Krümmel gärt es

Kernkraftwerk nach zehn Jahren fertiggestellt

Von UWE BAHNSEN

Zwei Regierungschefs und zwei Strommanager, die allesamt reichlich dornige Probleme miteinander haben, demonstrierten gestern in Krümmel an der Oberelbe energiepolitische und energiewirtschaftliche Gemeinsamkeit – jedenfalls im Hinblick auf ein nun abgeschlossenes Großprojekt: Nach zehnjähriger Bauzeit ist das Kernkraftwerk Krümmel fertiggestellt.

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel nutzten den Anlaß zu einer erneuten Bekundung jener norddeutschen Zusammengehörigkeit, die beide seit einigen Monaten bei jeder Gelegenheit zelebrieren.

Auch die beiden Vorstandssprecher der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) und der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW),



Hermann Krämer und Hans Werner Oberlack, tauschten Artigkeiten aus. Beide Unternehmen sind je zur Hälfte an der Bau- und Betriebsgesellschaft, der Kernkraftwerk Krümmel GmbH, beteiligt und übernahmen die gesamte Anlage nun formell vom Generalunternehmer für das ganze Vorhaben, der Kraftwerk Union AG. Ministerpräsident Uwe Barschel händigte den KKK-Geschäftsführern die atomrechtliche Genehmigung für den Leistungsbetrieb aus. Kurze Reden, der obligate Händedruck, Lächeln für die Kameras – nach einer Stunde war alles vorüber.

Rund zehn Jahre Bauzeit vergingen bis zu diesem Tag – das Doppelte der ursprünglich kalkulierten Zeitspanne. Für die Kosten gilt das leider auch: Statt der zunächst veranschlagten 1,7 werden nun insgesamt 3,6 Milliarden Mark aufgewendet. Krümmel war, anders als Brokdorf, nie ein Symbol für die zum Teil äußerst rabiaten Auseinandersetzungen um die Kernenergie; juristisch allerdings wurde das Projekt noch schärfer angegriffen als das Vorhaben in der Wilstermarsch. Die insgesamt vierzehn Teilerrichtungsgenehmigungen für das Kernkraftwerk Krümmel zeigen, wie hart vor den Verwaltungsgerichten gefochten wurde.

Freilich wäre es nicht fair, die Verdoppelung der Bauzeit und der Kosten nur jenen Bürgerinitiativen anzulasten, die gegen das Projekt zu Felde zogen – auch die innerhalb des letzten Jahrzehnts zum Teil drastisch heraufgesetzten Sicherheitsstandards waren ein überaus gewichtiger Verzögerungsfaktor.

Inzwischen hat der Atommeiler bei Elbkilometer 580,5 bereits einen mehrmonatigen Probebetrieb absolviert, der insgesamt zur großen Zufriedenheit der Techniker verlief. Wenn das Kraftwerk mit seiner vollen Leistung am Netz sein wird, werden die Brennelemente im Druckbehälter des Reaktors mit einem Urangehalt von rund 155 Tonnen die Energie für 1260 Megawatt elektrischer Leistung liefern – mit einer Reaktorladung bis zu 33 Milliarden Kilowattstunden Strom.

Die Erzeugung dieser Strommenge in einem Kohlekraftwerk würde rund 10 Millionen Tonnen Kohle erfordern. Die Betreiber NWK und HEW werden nun Kohlekraftwerke aus dem Grundlastbereich herausnehmen und im Mittellastbereich einsetzen können. Das verringert die Umweltbelastung und verbessert die Versorgungsstruktur, auch wenn die zunächst sehr hohen Abschreibungskosten den Kostenvorteil der Kernenergie vorerst nicht wirksam werden lassen. Mittlerweile füllen die baubegleitenden Dokumente mit Zeugnissen und Prüfergebnissen aller Detailkomponenten der Anlage rund 120 000 Aktenordner. Ein besonderes Team samt Computer wird ausschließlich mit der Fortschreibung dieser Unterlagen beschäftigt sein.

Stoff für eine sonst bei derartigen Anlässen übliche Pressekonferenz bietet das Kraftwerk in Hülle und Fülle; doch die Hauptakteure verzichteten darauf, sich in einem solchen Rahmen bohrenden Fragen zu stellen. Für diese Abstinenz gibt es Gründe: Die Herren sind sich in der Sache nicht grün. Das beginnt schon bei dem bereits nicht mehr gespannten, sondern mittlerweile nicht mehr vorhandenen Verhältnis zwischen Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und HEW-Chef Hans Werner Oberlack.

Dohnanyi hält den obersten Strommanager der Hansestadt für komplett unfähig und möchte ihn so schnell wie möglich verabschieden, hat ihm das auch auf wenig aristokratische Weise ins Gesicht gesagt. Die übrigen Vorstandsmitglieder beurteilt Dohnanyi kaum besser. Mit seinem Kieler Kollegen Uwe Barschel teilt er zwar die Überzeugung, daß die Regierungschefs der vier Küstenländer alle im selben norddeutschen Boot sitzen und nur durch gemeinsamen Ruderschlag vorankommen; doch in der Energiepolitik sind beide uneins: Dohnanyi und seine Rathausregenten bewerten die Kernenerige so skeptisch wie umgekehrt Barschel und das Kieler Kabinett die Pläne Hamburgs, neue Kohlekraftwerke zu bauen und den Kernenergieanteil in der Stromversorgung der Stadt zu begrenzen.

Die Herren Krämer und Oberlack schließlich beschäftigt derzeit ein Streitpunkt, der ganz schnell zu einem brisanten Thema auch für die Ministerpräsidenten werden kann: Die HEW und die NWK haben gemeinsame Stromversorgungsgebiete in Schleswig-Holstein, und zwar auf der Grundlage eines Vertrages aus dem Jahr 1939. Nach der Rechtsauffassung der NWK läuft dieses Abkommen im nächsten Jahr aus, nach Meinung der HEW jedoch nicht vor 1992. Für die HEW geht es um 16 Prozent ihrer gesamten Stromproduktion. Ein Stopp dieser Lieferungen nach Schleswig-Holstein wäre für das ohnehin finanziell angeschlagene Hamburger Unternehmen eine betriebswirtschaftliche Katastrophe ersten Ranges.

„Zusammenarbeit Bonn – Paris hoffnungsvoll"

BERNT CONRAD, Bonn

Bundestagspräsident Rainer Barzel und der Präsident der französischen Nationalversammlung Louis Mermaz, haben übereinstimmend die wichtige Rolle unterstrichen, die der deutsch-französischen Freundschaft gerade angesichts der gegenwärtigen EG-Krise zukomme.

Mermaz, der gestern zu einem fünftägigen Besuch in Bonn eingetroffen ist, bezeichnete die Verständigung zwischen Bonn und Paris als einen „fortgeschrittenen Bestandteil des Aufbaus Europas". Bei all den Problemen, vor denen Europa zur Zeit stehe, liefere diese Zusammenarbeit Grund zur Hoffnung.

Der sozialistische Politiker nannte die „außergewöhnliche Kooperation" von Deutschen und Franzosen eine „tiefgreifende, unantastbare Tatsache". Die langfristigen Interessen beider Staaten seien identisch und entsprächen den Interessen des Kontinents. „Die eigentlicheFreundschaft aber hat sich tief im Innern des französischen und des deutschen Volkes entwickelt", sagte Mermaz bei einem von Barzel gegebenen Abendessen in der Godesberger Redoute.

Nicht zuletzt dank der deutsch-französischen Zusammenarbeit sei in der EG schon viel erreicht worden, fuhr der Parlamentspräsident fort. Aber viele Möglichkeiten der Römischen Verträge würden noch nicht genutzt. Dies gelte für die Anpassung der Wirtschaftspolitiken ebenso wie für die Kooperation bei der wissenschaftlichen und technischen Forschung. Mermaz betonte, Präsident Mitterrand unternehme große Anstrengungen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Gemeinschaft zu überwinden. Bundestagspräsident Barzel sagte, aus den großen Worten und guten Absichten des deutsch-französischen Vertrages von 1963 sei eine für alle Welt wirksame Realität geworden.

Lothar Späth und sein neues Kabinett

xhk. Stuttgart

Das neue Kabinett Lothar Späths (CDU) weist nur ein neues Gesicht auf: Die Karlsruher CDU-Landtagsabgeordnete Barbara Schäfer ist zum Minister für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung ernannt worden. Frau Schäfer löste Dietmar Schlee ab, der das Innenressort übernimmt. Diese Stelle wurde Ende 1983 vakant und von Justizminister Heinz Eyrich kommissarisch verwaltet, als der damalige Innenminister Roman Herzog Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts wurde. Eyrich bleibt weiterhin Justizminister, bekam jedoch den Posten des Ministers für Bundesangelegenheiten hinzu.

Annemarie Griesinger, die jetzige Vertreterin des Landes in Bonn, geht in den Ruhestand. De facto wird das Land in Bonn jedoch künftig von Gustav Wabro vertreten sein. Wabro, ein leitender Beamter des Staatsministeriums, erhält für die neue Aufgabe Staatssekretärsrang. Im Amt bleiben Wirtschaftsminister Eberle, Finanzminister Palm, Kultusminister Mayer-Vorfelder sowie Wissenschaftsminister Engler. Neu geschaffen wurde das von Roland Gerstner geführte Amt eines besonderen Staatssekretärs für Umweltfragen.

600 Beamte sollen das Münchner Zahlen-Wirrwarr entflechten

PETER SCHMALZ, München

Bayerns Innenministerium ist seit gestern auf dem Beamten-Klau. Gesucht werden 600 Staatsdiener, die für längere Zeit vom Amt abkömmlich sind und das kleine Einmaleins so gut beherrschen, daß demnächst eine bisher offene Frage doch noch beantwortet werden kann: Was steht denn wirklich auf den 519 350 Stimmzetteln, die von den Münchner Bürgern am 18. März bei der Stadtratswahl korrekt ausgefüllt wurden? Haben tatsächlich die Grünen und die SPD eine knappe, aber entscheidende Mehrheit von 41 der 80 Münchner Ratssitze – oder fällt nicht doch ein SPD-Sitz dem Münchner Block zu, womit das bürgerliche Lager mit 40 Sitzen gleichauf liegen würde mit den Rot-Grünen?

Dreimal schon verkündete Wahlleiter Peter Gauweiler ein vorläufiges Endergebnis, dreimal mußte er erkennen, das menschliche Schwächen auch durch konzentrierten Computereinsatz nicht auszugleichen sind. Keines der Ergebnisse konnte den Gütesiegel „korrekt" erhalten und Gauweiler sah sich genötigt, eine vollständige Neuauszählung zu fordern.

Ein Wunsch, dem sich alle Parteien anschlossen und dem die bayerische Staatsregierung nun nachkam. Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse, so die Staatskanzlei nach der Kabinettssitzung, sei die Regierung zu der Auffassung gekommen, „daß Unregelmäßigkeiten in bisher nicht näher feststellbarem Umfang vorgekommen sein müssen". Wegen der politischen Bedeutung des Vorgangs habe Innenminister Karl Hillermeier gebeten, „eine unverzügliche rechtsaufsichtliche Überprüfung des gesamten Münchner Wahlergebnisses" vornehmen zu dürfen. Die Erlaubnis gab's einstimmig.

Seit gestern nun bemüht sich das Ministerium am Odeonsplatz, den Kabinettsauftrag auf organisatorische Beine zu stellen. 50 000 Stunden sind für die Nachzählung notwendig, hat die Regierung von Oberbayern als Aufsichtsbehörde der bayerischen Landeshauptstadt errechnet. Sämtliche tausend Mitarbeiter dieser Behörde wären damit eine Woche beschäftigt. Nach einer ersten Strategiesitzung im Innenministerium wurde beschlossen: 600 Beamte sollen in zwei Schichten ans Zählwerk, die Zähler werden aus allen staatlichen Behörden in und um München herausbefohlen, die Nachprüfung beginnt am Montag mit einer Einweisung in die komplizierte Materie und endet voraussichtlich zwei Wochen später.

Damit aber fühlen sich viele Münchner um einen besonderen Reiz bei der Stichwahl betrogen, bei der Amtsinhaber Erich Kiesl (CSU) und sein Vorgänger Georg Kronawitter (SPD) am Sonntag zum entscheidenden Rennen um den Oberbürgermeisterstuhl antreten. Denn stünden sich Bürgerliche und Linke im 40:40-Patt gegenüber, dann wäre die 81. Stimme des Oberbürgermeisters das Zünglein an der Waage. Schon ist die Forderung zu hören, nun müsse auch die Stichwahl verschoben werden. Doch dafür sieht die Regierung keine Veranlassung. „Die bayerische Oberbürgermeisterwahl ist eine von der Stadtratswahl völlig selbständige Wahl", betont der Sprecher des Innenministeriums, Ministerialrat Alfons Metzger.

Derweilen aber versucht SPD-Kandidat Kronawitter, noch schnell politisches Kapital aus dem Zähl-Desaster zu schlagen. Er hält die Neuzählung zwar auch für notwendig, spricht aber im gleichen Atemzug von einem „Verwirrspiel, um Herrn Kiesl noch eine Chance zu geben, die er längst nicht mehr hat". Kronawitters Absicht ist durchsichtig: Da sollen Zweifel gehegt werden, ob die mißliche Falschzählerei nicht doch vielleicht parteipolitische Hintergründe hatte, um der CSU ein wenig zu helfen. Aber auch Kiesl machte einen taktischen Fehler, als er berichtete, die 27 Bezirke, in denen 500 000 Stimmen mehr gezählt wurden als überhaupt möglich, seien solche „mit großen SPD-Mehrheiten".

Dabei kennen Kiesl wie Kronawitter nur zu gut die wahren Gründe des Verwirrspiels. Entsprechend den Sitzen im Stadtrat verfügt jeder Wähler über 80 Stimmen, die er einer Partei geschlossen geben kann, die er aber auch bis zu höchtens drei je Kandidat über alle Listen verstreuen kann. Verteilt er so nicht alle 80 Stimmen auf einzelne Kandidaten, kann er die restlichen wiederum einer Partei zukommen lassen. Gefallen ihm aber auf dieser Liste einige Leute nicht, kann er sie durchstreichen.

Dieser Wust von Wahlmöglichkeiten macht den Wählern offensichtlich Spaß, denn schon mehr als jeder zweite Wähler verändert seinen Stimmzettel. Den Zählern aber wird's zur Qual. 40 Wahlbelehrungen ließ Wahlleiter Gauweiler den 8800 ehrenamtlichen Zählern anbieten, aber nicht alle hielten sie für nötig.

Die organisatorischen Mängel dieser Wahl werden vom neuen Stadtrat einer kritischen Würdigung unterzogen werden müssen. So auch der Umstand, daß zum Zählen eingeteilte Lehrer vom Kreisverwaltungsreferat den Hinweis bekamen, sie müßten wenn nötig auch am Montag zur Verfügung stehen, vom Schulamt aber aufgefordert wurden, montags unbedingt zum Unterricht zu erscheinen. Und vom Zahlen-Wirrwarr scheint nun auch Georg Kronawitter gepackt. Im Mittagsmagazin des Bayerischen Rundfunks gestand er gestern: „Ich gehe sehr zuversichtlich in die Stichwahl am 1. Oktober ... ".

Seite 2: Die Qual der Wahl

Auch der grüne Graf muß rotieren

Fraktion erhebt Anspruch auf Posten des Vizepräsidenten des Landtages

XING-HU KUO, Stuttgart

Die neunköpfige, völlig erneuerte grüne Fraktion im Stuttgarter Landtag präsentiert sich als Querschnitt des Bildungsbürgertums, allerdings des radikalen Teils der akademischen Welt: Ärzte, Lehrer, Sprachwissenschaftler, Chemiker, Rechtsanwälte werden künftig die verstärkte Stimme – bisher hatte die grüne Gruppe nur sechs Abgeordnete – der Ökologen sein.

Bekannteste Vertreter im Landtag sind der 36jährige Rezzo Schlauch und der 28jährige Fritz Kuhn: beide hatten sich während des Landtagswahlkampfes zu „Spitzenkandidaten", wenn auch vor allem durch die Medien „ernannt", und aus der Masse der anderen „Namenlosen" herausprofiliert. Rechtsanwalt Schlauch war bereits als parlamentarischer Berater bei der Gruppe tätig, der Sprachwissenschaftler Kuhn war ebenfalls zeitweilig in dieser Eigenschaft bekannt geworden.

Erstmalig haben die Grünen im Stuttgarter Landtag eine Frau und einen Adlingen in ihren Reihen: die (arbeitslose) Lehrerin Waltraud Ulshöfer, die nach eigenen Worten „aus dem Wahlkreis von Lothar Späth", aus Bietigheim im Kreis Ludwigsburg, kommt.

Andreas Graf Bernstorff aus Heidelberg, von Beruf Lehrer und Journalist der linken Zeitung „taz", ist mit 38 Jahren nicht nur der älteste grüne Abgeordnete (der jüngste ist Kuhn mit 28), sondern offenbar auch der konsequenteste Vertreter einer „Basisanbindung": scharf kritisierte er die frühere Landtagsgruppe wegen ihrer „basisfernen" Politik, sie hätte nur sich selber als „Bezugsgruppe" gesehen. Winfried Kretchmann, ein Abgeordneter der jetzt abgelösten Landtagsgruppe, wies diese Kritik „entschieden" zurück.

Bei dieser „Basisnähe" des Grafen, der nach eigenen Worten bereits in der linken Studentenbewegung der 60er Jahre und im Naturschutz aktiv war, ist es kaum verwunderlich, daß Benstorff zusammen mit den Abgeordneten Hans-Dieter Stürmer (Freiburg) und Fritz Kuhn entsprechend den Beschlüssen der jeweiligen „Basis" rotieren muß. Mitte 1986 müssen die drei genannten ihre Sitze an „Nachrücker" abgeben, die sich ebenfalls bei der Pressevorstellung vorstellten: darunter eine 59jährige Frau aus einem Dorf bei Tübingen, die sich schlicht als „Mutter und Großmutter" präsentierte.

Ein Kuriosum ist die Rotation in Freiburg: während Stürmer aus dem Wahlkreis I nach zwei Jahren aus dem Landtag ausscheiden muß, darf Thilo Weichert aus dem Wahlkreis Freiburg II die vier Jahre voll absolvieren. So unterschiedlich haben die jeweiligen „Basisverbände" in einer Stadt entschieden.

Mehrere Abgeordnete erklärten im Brustton der Überzeugung, zumindest in Baden-Württemberg sei das Thema Rotation vom Tisch. Beobachter rechnen allerdings damit, daß spätestens 1986 diese Frage, wenn die drei Genannten „rotieren" und die anderen nicht, erneut akut wird.

Fritz Kuhn unterstrich, daß die Fraktion alle ihr zustehenden Rechte in Anspruch nehmen werde. Darüber hinaus forderte er einen Vizepräsidenten-Posten im Landtag: dies ist jedoch kein einklagbares Privileg, sondern allenfalls ein Gewohnheitsrecht, das bisher der FDP zugute kam, die von den Grünen auf den vierten Platz verdrängt wurde.

An die Adresse der CDU richtete sich die Ankündigung, daß Späth in einem Punkt Recht habe: die großen Auseinandersetzungen im Landtag werde es künftig zwischen CDU und Grünen geben, nicht zwischen der Regierungspartei und den anderen Oppositionsparteien SPD und FDP.

Seite 3: Die Grünen

Nell-Breuning spricht von Klassenkampf

KNA / DW. München

Als ausgesprochenen „Klassenkampf" der Arbeitsplatzbesitzer gegen die „von Arbeitsplatz entblößten Nur-Arbeitslosen" hat der Nestor der katholischen Sozialwissenschaft, der Frankfurter Jesuit Professor Oswald von Nell-Breuning, die „knallharte Forderung" von Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich bezeichnet. Das Angebot: „Wir sind so gnädig, euch fünf Arbeitsstunden zu überlassen, aber - wohlverstanden! - der Lohn für diese Stunden bleibt bei uns", könne man nur als Hohn empfinden, schreibt von Nell-Breuning in der April-Ausgabe der Jesuitenzeitschrift „Stimmen der Zeit". Selbstlose Solidarität wäre es, meint er, wenn Arbeitnehmer mit 40 Wochenstunden fünf davon nebst Lohn an arbeitslose Kollegen abtreten würden.

Nach Ansicht Nell-Breunings hätten die deutschen Gewerkschaften in der derzeitigen Situation eine einzigartige Gelegenheit gehabt, den Vorwurf, Solidarität bedeute bei ihnen nur Kampfgemeinschaft der Starken gegen gemeinsame Gegner, zu widerlegen. Maßstab für die Lohnfrage könne immer nur die wirtschaftliche Gesamtlage in ihrer ganzen Komplexität sein.

Außenminister Wu kommt nach Europa

AP, Peking

Der chinesische Außenminister Wu Xueqian ist gestern zu einer Reise in sechs europäische und arabische Länder aufgebrochen. Er besucht Jugoslawien, Rumänien, Österreich, Frankreich, Tunesien und Kuwait. In Paris will Wu mit Vertretern der Europäischen Gemeinschaft unter anderem über die Verlängerung des zum Jahresende abgelaufenen Textil- und Handelsabkommens beraten.

Der Nachrichtenagentur Xinhua sagte Wu vor seiner Abreise, es sei ein wichtiger Bestandteil der chinesischen Außenpolitik, gute Beziehungen der Zusammenarbeit mit Westeuropa zu entwickeln. Auch sei es notwendig und nützlich, regelmäßige Kontakte mit Jugoslawien und Rumänien zu pflegen und Möglichkeiten zur Lockerung der internationalen Spannungen, zur Sicherung des Weltfriedens und einer verstärkten Zusammenarbeit zu erörtern.

5,7 Milliarden für Betriebsverfassung

AP, Köln

Die jährlichen Kosten, die die Wirtschaft nach dem Betriebsverfassungsgesetz unter anderem für die Freistellung von Betriebsräten, für Betriebsratswahlen oder Belegschaftsversammlungen aufbringen muß, liegen nach eigenen Schätzungen bei 5,7 Milliarden Mark pro Jahr. Eine Umfrage unter 2 800 Betrieben hat nach Angaben des Instituts für Deutsche Wirtschaft (IW) ergeben, daß allein für die Tätigkeit der Betriebsräte 3,4 Milliarden Mark aufgewendet werden muß.

Pro Mitarbeiter kostet das Betriebsverfassungsgesetz jährlich durchschnittlich 336 Mark. Die Aufwendungen sind unterschiedlich: für Kleinunternehmen mit fünf bis 20 Beschäftigten 12 Mark pro Jahr und Mitarbeiter, für Großunternehmen mit 2 000 bis 3 000 Mitarbeitern durchschnittlich 264 Mark Mehrkosten.

„Keine Deutschen in Sowjet-Lagern"

Co. Bonn

Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt hat dem Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrenter Deutschlands mitgeteilt, es lägen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß in Straf- oder Gefangenenlagern der Sowjetunion noch ehemalige deutsche Soldaten festgehalten würden. Der Verband hatte sich aufgrund von Angaben eines Heimkehrers in dieser Frage an die Bundesregierung gewandt.

Unter Berufung auf jüngste Auskünfte des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes und der im Auftrag der Bundesregierung tätigen „Wissenschaflichen Kommission für die deutschen Kriegsgefangenen" erklärte Mertes, ein glaubwürdiger Nachweis für die Existenz solcher „Schweigelager" sei nicht zu erbringen, obwohl alle diesbezüglichen Hinweise gründlich überprüft worden seien. Möglich sei allerdings, „daß der eine oder andere ehemalige deutsche Soldat, der in sowjetische Kriegsgegangenschaft geriet und als vermißt gemeldet wurde, aus persönlichen Gründen in der Sowjetunion verblieben ist, ohne noch ein Lebenszeichen zu geben".

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Regierungserklärung des Kanzlers zum Brüsseler Gipfel / Thorn kritisiert Einstimmigkeitspraxis

Thorn sieht tiefen Graben zwischen europäischen Worten und den Taten

BERNT CONRAD, Bonn

Der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Gaston Thorn, hat den EG-Partnern vorgehalten, in den letzten Jahren durch „Eurokratenschelte, Zahlmeisterklagen und buchhalterisches Gezänk" das europäische politische Klima in falscher Weise beeinflußt zu haben. „Der Graben zwischen großen europäischen Worten und kleinen europäischen Taten ist immer breiter, immer tiefer geworden", erklärte Thorn in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, die wegen der dringend benötigten Anwesenheit des Kommissionspräsidenten in Brüssel verlesen werden mußte.

Scharf kritisierte Thorn vor allem die „weit über das Notwenige hinausgehende Tendenz zur Einstimmigkeitspraxis" in der Gemeinschaft. Diese Praxis stehe im Gegensatz zu Geist und Buchstaben der Römischen Verträge, die gerade jetzt nach dem Scheitern des Brüsseler Europa-Gipfels so sehr beschworen würden.

Folge man den Verträgen, so hätte der EG-Ministerrat nach einer 1965 auslaufenden Übergangszeit in der großen Mehrzahl der Fälle auf der Grundlage von Kommissionsvorschlägen mit qualifizierter Mehrheit entscheiden müssen. Dagegen hätte er Vorschläge der Kommission nur einstimmig abändern können, fuhr Thorn fort.

„Die Einstimmigkeitspraxis stellt die Verhältnisse geradezu auf den Kopf. Bei den meisten halbwegs wichtigen Entscheidungen werden die Vorschläge der Kommission entweder einstimmig angenommen oder gar nicht. Es bedarf keiner großen Phantsie, um sich vorzustellen, welch ungeheure Versuchung das im Denken und Handeln mancher Politiker bedeutet, die zu Ministerrats-Sitzungen nach Brüssel kommen, sich aber in erster Linie ihrem nationalen Publikum verpflichtet fühlen. Wem etwas nicht paßt, der brucht nur zu mauern und schon ist alles blockiert. Wird denn Kompromißlosigkeit auf diese Weise nicht geradezu vorprogrammiert?" fragte der Kommissionspräsident.

Durch eine solche Praxis ist die EG nach den Worten Thorns „wieder unmerklich von der Entscheidungsbildung einer Gemeinschaft zu klassischen Regierungsverhandlungen zwischen uneingeschränkt souveränen Staaten zurückgekehrt". Infolge dessen sei der Brüsseler Gipfel auch nicht allein an 500 Millionen Mark gescheitert. „Da stießen auch unterschiedliche Auffassungen von Art und Aufgabe der Gemeinschaft aufeinander. Ja, ich befürchte, es war auch eine Frage des Glaubens an das europäische Einigungswerk und an seine Zukunft."

In diesem Zusammenhang versicherte Thorn, finanzielle Ausgaben für Europa seien sehr wohl mit nationaler Sparsamkeit zu vereinbaren. „Es sei denn, man hat den Glauben in die Zukunft dieses Europas verloren." Dringend erwartete Entscheidungen der EG über ein gemeinsames Forschungsprogramm seien nicht nur wegen britischer, sondern auch wegen deutscher Einwände aufgeschoben worden. „Man sei nicht sicher, ob die nötigen Mittel auch wirklich zur Verfügung stünden, hieß es vor allem in Bonn", sagte der Kommissionspräsident.

Thorn kritisierte ferner, daß die Deutschen ebenso wie die Briten und Holländer die vorgeschlagene Steuer auf Öle und Fette abgelehnt und daß Bonn mit Rücksicht auf seine Landwirte für den Abbau des Grenzausgleichs eine Regelung durchgesetzt habe, die erhebliche Mehrausgaben für die EG verursachen werde.

Angesichts dieser Entwicklungen appellierte Thorn an alle Verantwortlichen: „Wenn Sie wirklich überzeugt sind, daß es keine Alternative zur Europäischen Gemeinschaft gibt, wenn Sie diese Gemeinschaft festigen und ausbauen wollen, dann geben Sie ihr bitte auch die nötigen Mittel, um ihre Entwicklung im nächsten Jahrzehnt zu sichern."

Thorn erneuerte seinen Vorschlag, eine Konferenz vorzubereiten, die Europa über die gegenwärtigen aktuellen Streitigkeiten hinaus politisch und institutionell weiterentwickelt. „Erst am Ende dieser Konferenz wird sich feststellen lassen, ob es Partner gibt, die den anderen nicht oder nur teilweise folgen können. Erst dann wird es sinnvol sein, zu zählen."

Kohl: Die Fehlentwicklungen zu beseitigen kostet Opfer und Mühen

Co., Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat im Bundestag die Absicht der Bundesregierung bekräftigt, an ihrem Europa-Kurs festzuhalten. „Die heute zu überwindenden Schwierigkeiten sind ein Ergebnis langjähriger Fehlentwicklungen. Sie zu beseitigen kostet Mühe und Opfer. Es geht darum, ob Europa fähig ist, die Interessen seiner Nationalstaaten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und sich zu einigen", sagte Kohl in einer Regierungserklärung zum Verlauf des gescheiterten Brüsseler Europa-Gipfels vom 19. und 20. März.

Der Kanzler wies darauf hin, daß die Agrarminister schon im Vorfeld der Gipfelkonferenz Einigung über die Einführung einer „Garantieschwelle im Bereich der Milch", über die Agrarpreise für 1984/85 und über einen Abbau des deutschen Grenzausgleichs erzielt hatten. Dazu erklärte er: „Ich verstehe die Sorgen unserer Bauern, die sich in einer schwierigen Lage befinden. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden es nicht zulassen, daß sie als Prügelknaben für die verfehlte Politik früherer Jahre herhalten müssen."

Einvernehmen habe auf dem Gipfel auch über eine finanzielle Leitlinie zur Herstellung einer strikten Haushaltsdisziplin, über einen Mechanismus zur gerechteren Lastenverteilung, über eine intensivere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Technologie und über den Ausbau des Binnenmarktes bestanden, fuhr Kohl fort. Offen geblieben seien die Frage der irischen Beteiligung an der Rückführung der Milchproduktion und das Problem der britischen finanziellen Entlastung. Er selbst habe versucht, die Verhandlungen mit einem eigenen Vorschlag für die britischen Ausgleichszahlungen zu retten. Doch Großbritannien habe dies nicht akzeptiert.

Der Kanzler betonte: „Jetzt kommt alles darauf an, das erzielte Einvernehmen zu erhalten und schließlich durch die noch fehlenden Schlußsteine zu vervollständigen." Generell erinnerte Kohl an die Notwendigkeit, die Einigung Europas auch „politisch auszuformen". Man müsse fragen, wer von den Partnern bereit sei, „uns auf dem Weg zur Politischen Union Europas mit dem erklärten Ziel der Vereinigten Staaten von Europa zu folgen".

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel sicherte dem Kanzler zu: „Die SPD wünscht nicht, daß Sie an der europäischen Aufgabe scheitern. Wir wünschen, daß Sie sie meistern." Deshalb sei die Opposition bereit, die Bundesregierung „auf konstruktive Weise zu unterstützen", das heißt richtigen Schritten zuzustimmen und falsche Schritte anzulehnen. Die SPD verzichte deshalb auf die Frage, ob Kohl bei den Gipfeltreffen in Stuttgart, Athen und Brüssel wirklich alles getan habe, um ein Scheitern zu verhindern.

Über den Inhalt des von den EG-Landwirtschaftsministern erzielten Agrar-Kompromisses äußerte sich der Oppositionsführer allerdings „mehr als unzufrieden". Allgemein verfestige sich in der Öffentlichkeit der Eindruck, die EG sei nur ein Europa der Landwirtschaft. „Dies muß endlich auch ein Europa der Arbeitnehmer werden."

Nachdrücklich warnte Vogel die Regierung davor, die nach SPD-Berechnungen benötigten Mehraufwendungen für die EG von rund 30 Millionen Mark durch Kürzungen bei den sozial Schwächeren zu finanzieren.

Für die Grünen forderte Petra Kelly „ein Europa, das sich als ökologische und unabhängige Friedensgemeinschaft versteht und die selbstmörderische Feindseligkeit der Supermächte beendet, anstatt sie zu verschärfen".

In seiner Eigenschaft als FDP-Abgeordneter wandte sich Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gegen Forderungen, Großbritannien aus der EG hinauszudrängen oder es zu isolieren. „Wir sind uns bewußt, daß Europa nur vollständig ist, wenn dieses wichtige Land politisch nicht zwischen Amerika und Europa steht, sondern Teil unseres demokratischen Europas ist. Und in London sollte man erkennen, daß die Vorteile der EG-Mitgliedschaft nicht nur für die anderen Neun, sondern auch für England überwiegen."

Nahost wartet auf EG-Initiativen

Bonn will lieber Bemühungen der USA unterstützen / Eine Diskussionsrunde

BERNT CONRAD, Bonn

Amerikaner und Europäer sind ratlos, wie es im Nahen Osten weitergehen soll. Bonn hält selbständige europäische Initiativen für nutzlos und zieht eine Unterstützung amerikanischer Ausgleichsbemühungen vor. Washington aber wird in nächster Zeit mit Rücksicht auf die Präsidentenwahl kaum nahöstliche Aktivitäten entfalten. Dies ergab eine mit amerikanischer Beteiligung abgehaltene Diskussion von Politikern, Wissenschaftlern und Diplomaten in Bonn.

Für die EG-Partner ist die Frage „was tun?" gerade angesicht der bitteren Enttäuschung vieler Araber über den amerikanischen Rückzug aus Libanon aktuell. Denn Washingtons schwache Vorstellung in Beirut hat den Wunsch nahöstlicher Regierungen nach europäischen Initiativen verstärkt. Einige EG-Staaten sind dazu auch durchaus bereit, wie sich bei der Vorbereitung des zurückliegenden Brüsseler Europagipfels gezeigt hat. Nur das vergebliche Tauziehen mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher um die künftigen EG-Beiträge hat verhindert, daß es dort zu einer Diskussion über den Text einer Nahost-Entschließung gekommen ist.

Nicht Hochstapler sein

In Bonn stehen derartige Resolutionen gegenwärtig nicht sehr hoch im Kurs, wie überhaupt die Rolle Europas im Nahen Osten äußerst zurückhaltend beurteilt wird. Ein deutscher Experte bemerkte dazu bei der oben erwähnten Diskussion: „In einer Region, in der geschossen wird, zählen nur die Mächte, die selbst schießen oder zu schießen bereit sind. Andere können im Grunde nicht mehr tun als Händchen halten und gut zureden."

Ein Regierungspolitiker formulierte es so: „Die Europäer dürfen im Nahen Osten nicht Hochstapler sein. Schon in der Oppositionszeit hat die CDU/CSU gefordert: 'Weg von der Selbsttäuschung, daß die Europäer im Nahen Osten etwas bewirken könnten!' Für uns kann es nur um eine Unterstützung der amerikanischen Bemühungen gehen."

Das gilt speziell auch für den syrischen Staatspräsidenten Assad, von dem Sachkenner übereinstimmend meinten, er wolle trotz enger Verbindung mit Moskau kein Satellit des Kreml sein, aber auch nicht von Washington abhängig werden. „Wir haben Damaskus gegenüber einen analytisch und damit auch realpolitisch falschen Standpunkt eingenommen", gestand ein amerikanischer Diskussionsteilnehmer selbstkritisch ein. „Aber die Europäer können den Syrern nichts bieten. Wir haben für sie politisch einfach nichts", ergänzte ein deutscher Fachmann.

Weshalb ist Washingtons Engagement in Libanon mit dem Ziel, Syriens Vorherrschaftsanspruch und damit auch Moskaus Einfluß zurückzudrängen, so eklatant gescheitert? Ein deutscher Teilnehmer meinte: „Militärische Macht muß sinnvoll eingesetzt werden. Sie hilft nichts, wenn dahinter, wie beim amerikanischen Kontingent der Friedenstruppe, Unentschlossenheit steht. Der Respekt vor der militärischen Macht des Westens ist in Libanon am 17. Mai 1983 verloren gegangen, als die Syrer begannen, auf Beirut zu schießen und die westliche Friedensmacht nicht antwortete. Auch als dann direkt auf westliche Soldaten geschossen wurde, passierte im Grunde nichts."

Ein Amerikaner versuchte, die Entscheidungsschwäche so zu erklären: „Ich hätte nicht gedacht, daß das Vietnam-Syndrom bei uns unterschwellig noch so weiterlebt. Im amerikanischen Fernsehen fingen die Sendungen aus Beirut immer mit Blut und Toten an. Diese Sendungen – parallel zu blutigen Bildern aus Mittelamerika – hatten große Wirkung. Damit wird man in Zukunft rechnen müssen. Im Nahen Osten jedenfalls hat das amerikanische Zurückweichen den Eindruck vermittelt, wir seien zu einer 'uncertain trumpet' (einem unsicheren Kantonisten) geworden."

Sorge über den Golfkrieg

Das kann Auswirkungen auf die arabischen Golfstaaten haben, die der Entwicklung des Krieges zwischen Iran und Irak mit wachsender Unruhe zusehen. Für den Fall einer akuten Bedrohung des Öltransports durch die Straße von Hormuz stünden die Amerikaner, wie man in der Bonner Diskussionrunde hören konnte, ohnehin vor der unpopulären Entscheidung: „Sollen wir militärische Macht einsetzen, um die Volkswirtschaften Europas und Japans zu schützen?"

Was den arabisch-israelischen Konflikt betrifft, so glauben amerikanische Fachleute angesichts der Konsolidierung der israelischen Siedlungen im Westjordanland sogar bei einem eventuellen Wahlsieg der Arbeiterpartei nicht mehr an eine Lösung des Palästinenserproblems aufgrund des Camp David-Abkommens oder des Reagan-Plans. Können Pläne im Nahen Osten überhaupt weiterhelfen? Ein Bonner Diplomat mit Orient-Erfahrung winkte ab: „Ich kenne keine Region der Welt, in der man so wenig mit politischen Konzeptionen und Strategien arbeiten kann. Man kann dort eigentlich nur taktieren, und zwar kurzfristig."

Europäer über Arbeitszeit zerstritten

Das Parlament in Straßburg verabschiedet Plan für wirtschaftlichen Aufschwung

ULRICH LÜKE, Straßburg

Gegen die Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten hat das Europäische Parlament am Dienstag abend einen „Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung in Europa" verabschiedet. Kernpunkte des Konzepts der Europa-Parlamentarier sind die Zurückdrängung der Staatsverschuldung, eine Beschränkung von Sozialleistungen, maßvollere Lohnerhöhungen, das Senken der Inflationsrate EG-weit unter vier Prozent sowie wirklicher Ausbau des Binnenmarktes und die Ausweitung der Darlehenstätigkeit der Gemeinschaft.

Der Plan geht auf ein Gutachten der Wirtschaftsexperten Michel Albert (Paris) und James Ball (London) zurück, auf dessen Basis ein Sonderausschuß des Parlaments die konkreten Vorschläge entwickelte. Die ganztägige Debatte der Abgeordneten zeigte jedoch, daß abgesehen von einer teilweisen Übereinstimmung in der Analyse der aktuellen Wirtschaftskrise Konsens nur noch für europäische Lösungsansätze möglich war. In den konkreten allgemeinwirtschaftlichen Schritten gab es dagegen zwischen der bürgerlichen Mehrheit und der linken Minderheit des Parlaments keine Übereinstimmung. Redner vieler Fraktionen machten dafür auch den bevorstehenden Wahlkampf für das neue Europa-Parlament verantwortlich.

Hauptstreitpunkt in der Auseinandersetzung waren die Fragen der Arbeitszeitverkürzung und staatlicher Beschäftigungsprogramme. Sozialdemokraten und Sozialisten traten, unterstützt von den Kommunisten, für eine zehnprozentige Arbeitszeitverkürzung in den nächsten zwei Jahren ein, also für die 36-Stunden-Woche ab 1986. Sie forderten überdies – gemäß ihrem Wahlmanifest – staatliche Beschäftigungsprogramme auf europäischer Ebene in Höhe eines Prozentes des Bruttosozialprodukts, was EG-weit 60 Milliarden Mark ausmachte.

Die Ablehnung dieser Anträge veranlaßte beide Fraktionen, den Gesamtplan in der Endabstimmung abzulehnen. Der deutsche Sozialdemokrat Thomas von der Vring bezeichnete das Mehrheitskonzept als „Konzept des Unternehmerlagers", das nicht den Interessen der Völker Europas entspreche.

Die Mehrheit sprach sich zwar auch für Arbeitszeitverkürzungen aus, „jedoch unter der Voraussetzung, daß die von den Unternehmen zu tragenden Lohnkosten nicht steigen", wie der belgische Berichterstatter der Christdemokraten, Fernand Herman, formulierte. Aus der Kritik am Verhalten der EG-Staaten ließen sich nach Hermans Meinung auch die notwendigen Schritte ablesen: „Eine wachsende Unterstützung für die in Schwierigkeiten befindlichen Sektoren, eine Verstärkung der Grenzkontrollen, ein stärkerer Schutz der nationalen öffentlichen Aufträge haben die Vorteile, die der Gemeinsame Markt bot, schrittweise verkleinert." Oder mit den Worten des CDU-Abgeordneten Philip von Bismarck: „Wir haben zwar die Zölle abgeschafft, aber die Zöllner blieben."

Von Illusionen über die Wirksamkeit einzelner Teile ihres Planes waren die Abgeordneten aus Straßburg jedoch weit entfernt: „Für die Lösung der Beschäftigungskrise gibt es kein rasches und schmerzloses Wundermittel. Nur ein Bündel von harten, nachhaltigen und wenig spektakulären Maßnahmen kann uns auf dem Weg des Wiederaufschwungs voranbringen", meinte Herman unter dem Beifall seiner Kollegen.

Streik, weil Frau Thatcher Londons Stadtrat abschafft

C. GEISSMAR, London

Ken Livingstone, 37, Vorsitzender des Groß-Londoner Stadtrats, schlug allen Ernstes vor, für 20 Millionen Mark aus den Mitteln des Pensionsfonds der städtischen Londoner Angestellten das Rathaus von Liverpool zu kaufen. Millionen Londoner Bürger hatten gestern viel Zeit, darüber und über die Kommunalpolitik ihres Stadtratsvorsitzenden nachzudenken. Denn „London Transport" streikte für 24 Stunden.

Der Streik der Nahverkehrsbetriebe galt dem Plan der Regierung Thatcher, Ken Livingstone und seine Groß-Londoner Stadtverwaltung abzuschaffen. Die Wahlsiege der Konservativen im Mai 1979 und Juni 1983 haben in der Labour Party eine nahezu totale innere Lähmung ausgelöst. Aber was die Partei auf Landesebene nicht mehr schafft, das kompensieren Ken Livingstone und seine politischen Freunde in Englands roten Rathäusern. Livingstone schuf „atomwaffenfreie" Zonen, diskutierte mit IRA-Terroristen, lud den Moskauer Oberbürgermeister ein und läßt für Millionen ein Homosexuellen-Center bauen. Er sorgte aber auch für aufgeblähte kommunale Haushalte.

Seine Parteifreunde in Liverpool wollen jetzt sogar einen ungesetzlichen, ungedeckten Haushalt verabschieden, der Liverpoool konkursreif macht. Deshalb will Livingstone das Rathaus kaufen. Diese Finanzpolitik war das Signal für Frau Thatcher, in ihrem Wahlprogramm 1983 die Abschaffung des Groß-Londoner Stadtrats anzukündigen. Die Londoner Bezirksverwaltungen sollen erhalten bleiben. Übergeordnete kommunale Einrichtungen, die für die ganze Stadt wichtig sind, werden von Körperschaften verwaltet. (SAD)

In El Salvador ist zählen so schwierig wie wählen

Für einfacheres Wahlgesetz / Zweite Runde im Mai

W. THOMAS, San Salvador

„Reagan würdigt die Wahlen", lautete die Schlagzeile der Zeitung „Prensa Grafica". Eine andere Überschrift auf Seite eins verkündete: „Es kann keinen Betrug geben, sagt die zentrale Wahlbehörde". Das offizielle Ergebnis des Urnengangs in El Salvador, der vor drei Tagen stattgefunden hatte, solle frühestens Ende dieser Woche feststehen.

Der schleppende Auszählungsprozeß hat zu zusätzlicher Kritik an der Organisation dieser Präsidentschaftswahlen geführt. Die Zahlen der Christdemokraten (Duarte 45 Prozent, sein Rivale der Arena-Partei, Roberto d'Aubuisson 29,4) bestätigen den Trend der offiziellen Auszählungen. Die Christdemokraten konnten deshalb so schnell informieren, weil ihre Helfer in den Wahllokalen das Ergebnis der ersten Auszählungen sofort der Parteizentrale meldeten. Dort steht eine moderne Computeranlage. Nach den Zahlenangaben der Arena-Partei liegen die Christdemokraten mit acht Prozent gegenüber der Arena in Führung: 42:34.

Die vermutlich erforderliche Stichwahl zwischen Duarte und d'Aubuisson soll nun am 6. Mai stattfinden. Die Duarte-Partei will jedoch zuvor das Wahlgesetz ändern lassen. Sie möchte zu dem einfacheren System der Vergangenheit zurückkehren, das den Wählern überall die Gelegenheit gab, ihre Stimmen abzugeben, solange sie ihre Kennkarte präsentierten. Josè Antonio Morales Ehrlich, der stellvertretende Generalsekretär der Christdemokraten, sagte: „Das neue System (Wahllisten und zugeteilte Wahllokale) ist für ein Land wie El Salvador zu kompliziert."

Wenn am 6. Mai wieder wie früher gewählt werden soll, muß das Parlament in Aktion treten. Um eine Gesetzesänderung durchzusetzen, brauchen die Christdemokraten die Stimmen der konservativen „Partei der nationalen Versöhnung" (PCN), der dritten politischen Kraft. Nach den Ermittlungen der Christdemokraten hat der PCN-Kandidat Josè Francisco Guerrero am Sonntag 18,6 Prozent erhalten. Guerrero sollte kooperationsbereit sein: Auch er hatte zunächst nicht wählen können, weil in seinem Wahllokal Stimmzettel fehlten.

Guerrero, der bisher Chefberater des Übergangspräsidenten Alvaro Magana war, wird auch in Zukunft eine Schlüsselrolle in der salvadorianischen Politik spielen. Die Christdemokraten wollen ihm und einigen seiner Parteifreunde Kabinettsposten anbieten, um die nächste Regierung auf eine breitere Basis zu stellen. Wie es heißt, ist Guerrero am Außenministerium interessiert – und er soll es auch erhalten. Von 1968–1971 war er schon einmal Außenminister. Außenminister Fidel Chavez Mena, der prominenteste Nachwuchspolitiker der Christdemokraten, soll Bürgermeister der Hauptstadt oder Präsident des neuen Parlamentes werden. Die Parlamentswahlen sind für März 1985 vorgesehen.

Wie wird sich d'Aubuisson verhalten, wenn er auch die zweite Runde gegen Duarte verliert? Ein diplomatischer Beobachter meinte: „Es besteht die Gefahr, daß sich die Arena radikalisiert." Präsident Magana, der am 1. Juni seine mehr als zweijährige Amtszeit beendet, scheint ähnliche Befürchtungen zu haben. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rentenmodell mit Mängeln

„Neues Rentenmodell – Rentenreform bei leeren Kassen"; WELT vom 20. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Experten im Arbeitsministerium wären gut beraten, wenn sie das neue Rentenmodell ganz schnell wieder vergessen. Sie schaffen dadurch zwar die Gleichstellung von Mann und Frau, dafür aber neue Ungereimtheiten durch verschiedene Klassen von Witwen- und Witwerrentnern. Einige erhalten 60 % der Rente des Verstorbenen, einige 40 % oder auch nur 20 %. Die Männer würden wieder, wie gehabt, nur selten eine Witwerrente erhalten, und das alles bei gleicher Beitragsleistung! Keine private Lebens- und Rentenversicherung könnte auf die Idee kommen, die Hinterbliebenen zu fragen, ob noch eine andere Versicherung besteht, die dann zum Teil angerechnet würde.

Wem ist also mit diesem Rentenmodell geholfen? Mir scheint, es ist lediglich eine Sanierung der Rentenversicherung durch die Hintertür. Aber es werden ja „nur" etwa 11 % der Frauen betroffen und da diese keine Lobby haben, denkt man wohl im Arbeitsministerium, daß die Sache über die Bühne geht.

Auch die Argumentation, daß die Hinterbliebenenrente nur eine Unterhaltsersatzfunktion habe, ist doch an den Haaren herbeigezogen. Es heißt vielmehr: „Die Witwe eines Verstorbenen erhält eine Witwenrente von 60 % der Versichertenrente". Heiratet diese Witwe, so ist sie logischerweise keine Witwe mehr und dadurch entfällt der Rentenanspruch. Dabei ist es gleichgültig, ob der neue Mann zur Unterhaltsleistung in der Lage ist. Auch der Grund des geringeren Verwaltungsaufwandes ist fehl am Platze, denn bisher ist offenbar noch nicht darüber nachgedacht, was mit freiwilligen Beiträgen oder Höherversicherungsbeiträgen geschehen soll. Diese Rentenanteile müßten ja auf jeden Fall unbeschränkt gezahlt werden und der Verwaltungsaufwand würde dadurch gewiß nicht geringer.

Man sollte sich endlich wieder darauf besinnen, daß die Rentenversicherung eine Versicherung ist, für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber erhebliche Beiträge aufgebracht haben. Aus diesem Grunde besteht auch ein Anspruch auf Zahlung, auch beim Zusammenfall von zwei Renten. Statt dessen soll jetzt zu dem Gerede von dem „Generationenvertrag" auch noch die Vokabel „Unterhaltsersatzfunktion" kommen. Die Verantwortlichen sollten darüber nachdenken, aus welchem Grunde die Kassen der Rentenversicherung leer sind. Ich bin der Meinung, daß man nicht die Versicherten, die 35 und 40 Jahre ihre Beiträge entrichtet haben, dafür verantwortlich machen kann.

Mit bester Empfehlung
Ursula Kracht,
Bückeburg

Ohne Mehrheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Inhalt Ihres Kommentars „Kannibalen im Sender" in der WELT vom 16. März gibt Anlaß zu folgender Erwiderung:

- Der WDR hat, ebenso wie die anderen Rundfunkanstalten, weder direkt noch über Tochtergesellschaften, eine Mehrheitsbeteiligung an der Firma EuroVideo und kann daher auf die Geschäftsführung der „EuroVideo" keinen unmittelbaren Einfluß nehmen.
- Es ist unzutreffend, daß die Firma EuroVideo „50 kannibalistische Zombie-Zerfleischungswerke" auf den Markt brachte. Von den über 200 Filmen im Programm der EuroVideo waren weniger als 10 Horrorfilme. Alle diese Filme waren von der Freiwilligen Selbstkontrolle (FSK) freigegeben und sind in den Kinos gelaufen. Nach der Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften wurden sie von EuroVideo freiwillig aus dem Programm genommen und, soweit dies möglich war, sogar zurückgekauft. EuroVideo vertreibt solche Filme seit längerem nicht mehr und nimmt auch Filme, die indizierungsverdächtig sind, nicht mehr in ihr Programm auf.
- Unseres Wissens hatte Radio Bremen keine Rechte, den Film „Man Eater" auch nur in Ausschnitten auszustrahlen. Die verantwortliche Redaktion hat es offensichtlich auch nicht gestört, daß dieser Film aufgrund der Indizierung Jugendlichen nicht zugänglich gemacht werden darf.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Frank,
EUROVIDEO Bildprogramm GmbH,
Ismaning / München

Wort des Tages

„Das dämonische Antlitz der Macht darf uns nicht lähmen. Statt ihm mit mutloser oder zynischer Resignation zu begegnen, müssen wir ihm mit kalter Entschlossenheit und dennoch heißen Herzens entgegentreten: mit dem Einsatz aller höheren Geistes- und Willenskräfte, um wider allem Anschein dem Dämon ein Stück vernünftiger Weltordnung abzutrotzen."

Gerhard Ritter, dt. Historiker (1888 – 1967)

Willkommen?

„Für Honeckers Besuch ein 'Omnibus-Gesetz'"; WELT vom 20. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

so sehr ich mich freue, daß die WELT in Sachen „Honecker-Moral" eine gewisse Vorreiterrolle übernahm, indem erstmalig die ethische Brisanz des Besuches dieses Staatsmannes in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich angerissen wurde, finde ich doch vor Erschütterung kaum Worte über die Leichtfertigkeit, in der dieser Parteiführer erwartet wird.

Nach der Befreiung der noch Lebenden aus den Konzentrationslagern Adolf Hitlers hatte die „DDR"-Regierung diese Lager erneut gefüllt mit politischen Gegnern. Sie hat inzwischen die Konsequenz aus der Holocaust-„Affäre" gezogen und ihre „Juden" in neuzeitlichere Zwangsarbeit-Fabriken überführt. Die Hitler-Lager wurden in Gedenkstätten auch für Humanismus-Pilgerer aus der freien Welt umgewandelt. Auch werden Honeckers „Juden" nicht vergast, sondern an die freie Welt verkauft. So hat es das Apartheits-Regime in Mitteldeutschland als Hitler-Nachfolge verstanden, die Gefühle und die Empörung der Menschheit in klingende Devisen einzutauschen. Herzlich willkommen, Herr Honecker?

Mit freundlichem Gruß
M. Wiegman,
Uhldingen

Personalien

VERANSTALTUNG

Mit einer Edelkastanie, „castanea sativa" will der rheinland-pfälzische Minister **Otto Meyer**, zuständig für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, die geplante „Allee der Völker" im Bereich der Bonner Bundesgartenschau bereichern. Zwar hat die Stadt Bonn den endgültigen Standort dieser Anlage noch nicht festgelegt, Minister Meyer aber, auch stellvertretender Ministerpräsident des Landes, will jetzt nicht mehr warten. Am 6. April reist er in Bonn samt Baum an. Ein Standort wurde auch schon ausgesucht, gegenüber dem Weinberg im Rheinauenpark. Die cleveren Pfälzer weisen die beschenkte Stadt Bonn darauf hin, daß ja die Edelkastanie, die wie der Weinbau von den Römern im Rheinland eingeführt worden ist, sich hervorragend, wenn erst einmal die Maronen gereift sind, mit einem pfälzischen Federweißen verzehren ließen.

AUSZEICHNUNG

Der Arzt und Wissenschaftler Dr. **Georges Köhler** aus Effringen-Kirchen wird mit dem Wilhelm-Warner-Preis 1984 ausgezeichnet. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis soll am 3. April in Hamburg an den Preisträger überreicht werden. Der 1946 in München geborene Wissenschaftler ist gegenwärtig im „Basel Institute for Immunology" tätig, wo er das Verfahren zur Herstellung einer Zelle für bestimmte Antikörperzellen entwickelt hat. Nach Ansicht der Stiftung kommt dieser Entdeckung eine entscheidende Bedeutung in der Krebsforschung zu.

POLITIKER

Für Verwirrung sorgen in Baden-Württemberg immer wieder die drei Politiker mit Namen **Hauser**, zumal sie in sehr nahen Wahlkreisen tätig sind: der Bundestagsabgeordnete **Otto Hauser** aus Eßlingen, der Landtagsabgeordnete **Josef Hauser** aus Göppingen und der Oberbürgermeister **Werner Hauser** aus Kirchheim Teck. Obwohl miteinander nicht verwandt, gibt es noch eine Gemeinsamkeit: Alle drei Politiker sind CDU-Mitglieder. Schon häufig gab es Verwechslungen. Heute sichern sich Angerufene ab: „Welcher Hauser sind Sie?" lautet die Standardfrage.

Lieber Hammer als Amboß sein...

Geschichte und Identität der Deutschen: Ein Sammelband der Adenauer-Stiftung

Die nationale Frage der Deutschen ist noch kein „Medienereignis" – zu ihrem Glück, möchte man fast sagen –, aber das Bewußtsein, daß wir an einem Punkt angelangt sind, an dem die nationale Frage sich als die Unausweichlichkeit darstellt, die sie eigentlich immer war, breitet sich aus. Dieser Punkt ist das Ende der Nachkriegszeit und damit der Beginn einer Ära, in der die Unpolitik der Schuldkomplexe und der irrationalen Utopien von einer Politik abgelöst wird, die ihre Zukunftsbedeutung darin erkennt, daß sie sich auf ihre eigenen Fundamente besinnt.

Diese Fundamente müssen ins politische Bewußtsein zurückgeholt werden, wenn der Orientierungslosigkeit und der Entfremdung sowie der Gefahr begegnet werden soll, daß Deutschland nichts anderes bleibt als Mittel in der Hand von Supermächten. Nach Kants „Kategorischem Imperativ" aber darf kein Volk als Mittel, sondern muß stets als sein eigener Zweck anerkannt werden – jedenfalls solange es sich um Freiheit handeln soll.

Solche Neubesinnung bildet den Kern der Arbeit an der Rekonstruktion des politischen Selbstbewußtseins der Deutschen, die allerorts in Deutschland weitergeht und mit dem Stichwort der nationalen Identität bezeichnet wird. Jetzt legt die Konrad-Adenauer-Stiftung einen wichtigen Beitrag zur Diskussion vor. 17 Autoren aus den Bereichen von Wissenschaft und politischer Bildung, dazu der ehemalige Bundesminister Bruno Heck, heute Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, sowie der CDU-Abgeordnete Herbert Hupka, behandeln Geschichte, Aktualität und den weltpolitischen Rahmen der deutschen Identitätsfrage.

Durch die Aufnahme des Begriffs „Heimat" in die Themenstellung und die an diesen Begriff sich anknüpfenden Überlegungen zu „Identität" verliert sich über weite Strecken die politische Linie dieser Publikation. Aber auch hier ist ein wichtiger Grundsatz festzuhalten: Der Zusammenhang von Heimaterlebnis und Heimatbewußtsein mit dem Aufbau stabiler, individueller Identität kann nicht geleugnet werden – „Heimat" als Gegenstand wissenschaftlicher Zuwendung kann nicht mehr ironisiert werden.

Die Ergebnisse sind freilich nicht immer neu. Wenn der Psychologe Molt meint, daß Heimatverlust den einzelnen am Aufbau stabiler Identität hindere, so ist das natürlich nichts anderes als die alte Erkenntnis von Entfremdung als Folge raschen sozialen Wandels. Wenn er dagegen eine dosierte, auf konkrete Regionen bezogene Anwendung des Subsidiaritätsprinzips empfiehlt, so ist dies immerhin die Erinnerung, daß dieses wichtige Prinzip einer alternativen – nämlich der katholischen – Soziallehre keineswegs zum alten Eisen gehört.

Eines machen jedoch gerade die Beiträge, die von „Heimat" ausgehen, deutlich: Heimat ist zunächst keine politische Kategorie, und Nation und nationale Identität sind keine Fragen von unmittelbaren Erfahrungen oder der Empirie. Man hätte sich gewünscht, daß über diesen Unterschied, der die Beiträge des Bandes deutlich in zwei Kategorien – soziologisch-psychologische und eben politische – unterteilt, mehr nachgedacht worden wäre. Man wäre dann vielleicht zu dem Resultat gelangt, daß zur Bewältigung des Problems „Nationale Identität" oder „Nationalbewußtsein" ganz andere Denkvoraussetzungen aktiviert werden müssen als die der subjektiv-unmittelbaren Erfahrung von Individuen.

Hätte man sich diese Gedanken gemacht, dann wäre der fragwürdigste Aufsatz des Bandes, nämlich der Vergleich des Nationalbewußtseins mit dem Monster von Loch Ness durch den Soziologen Erwin K. Scheuch, vielleicht anders ausgefallen. Man sollte nicht vergessen, daß nach Aristoteles jeder Gegenstand, dem man sich wissenschaftlich annähert, seine entsprechende Methode erfordert. Scheuchs Versuch, Nationalbewußtsein demoskopisch festzustellen, führt zu jenem monströsen Vergleich mit dem schottischen Untier – eine wissenschaftliche Eskapade, die übrigens schon in

---

Klaus Weigelt (Hrsg.):
Heimat und Nation
Studien zur politischen Bildung, Band 7, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Verlag Hase & Köhler, Mainz. 342 S., 28 Mark.

---

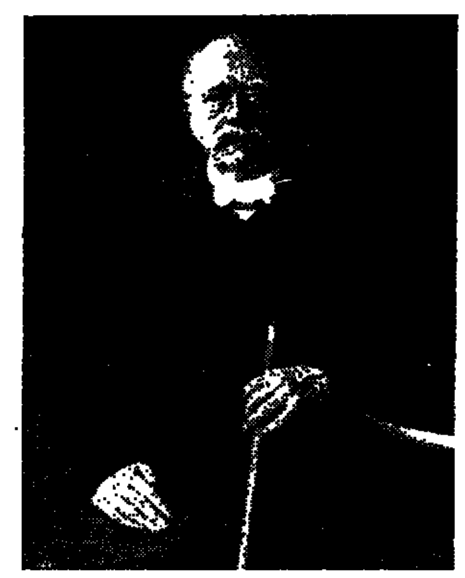
demselben Band von dem Politologen Hättich mild, aber entschlossen zurückgewiesen wird.

Die Edition enthält, was bei ihrer Herkunft nicht verwundert, einige retrospektive Beiträge zum Komplex „Konrad Andenauer und die Deutsche Frage". Diese Beiträge überraschen im großen und ganzen im angenehmen Sinne: Man hätte hier durchaus mehr Parteilichkeit und weniger Ausgewogenheit erwarten können.

Vorzüglich in ihrer sachlichen Abwägung und ihrem historischen Informationsgehalt sind die Aufsätze von Jörg-Dieter Gauger (Konrad-Adenauer-Stiftung), Klaus Motschmann (Politologe, Berlin) und Georg Stadtmüller (Historiker, München), während man bei den Arbeiten von Klaus Weigelt eher den Eindruck hat, daß ihm das Bedürfnis, nur ja nichts am Status quo in Deutschland zu verändern, wichtiger ist als das denkerische Risiko, das Thema der Identität entschlossen anzupacken.

Einen Schritt weiter geht der sehr nachdenkliche Aufsatz von Peter R. Hofstätter, dem bekannten Sozialpsychologen: Er sieht in der Ungeduld, mit der die nationale Frage gestellt wird, eher eine Gefahr. Auch er bestätigt allerdings in gewisser Weise die These vom Ende der Nachkriegszeit, insofern er vorschlägt, aus der Präambel des Grundgesetzes das Wort „Übergangszeit" zu entfernen.

Die Spitze der Argumentationen von der politischen Bildung her stellen die Bemerkungen von Klaus Hornung (Politologe, Reutlingen) dar, der zu Recht und ganz ohne Larmoyanz daran erinnert, daß die „Kulturrevolution" unseres Bildungssystems seit den späteren sechziger Jahren auch deshalb katastrophale Folgen für die Identität ganzer gegenwärtiger Generationen gehabt hat, weil sie über die bis dahin durchaus präsenten Fragen der Bildung nationalen Bewußtseins in ideologischer Barbarei hinweggefegt ist.



In der Mitte Europas ist Passivität nicht möglich: Reichskanzler Bismarck FOTO: KESTER

Im Vergleich damit markiert der Beitrag des Berliner Politologen Alexander Schwan einen Tiefpunkt. Schwan setzt zu wenig philosophisch-historisches Denkwerkzeug für ein Thema dieser Größenordnung ein. Ausdrücklich distanziert er sich von Hans-Joachim Arndts These, das politisch Bestimmende unserer Lage sei immer noch die Tatsache, daß wir die „Besiegten von 1945" sind. Aber Schwans eigene Konstruktion einer „Staatsräson" der Bundesrepublik Deutschland bestätigt geradezu Arndts These.

Die Richtlinien aller Politik der Bundesrepublik Deutschland werden nach Schwan aus einer „Verantwortlichkeit" gewonnen, die ihre Schuld den Deutschen nun einmal auferlegt hat. Er verkennt den Unterschied zwischen der Denkebene der Nation als der Wirklichkeit historischen Schicksals und der der Begriffe „Freiheit und Demokratie". Das Pathos von „Freiheit und Demokratie!!!" genügt ebensowenig, irgendwo oder irgendwie Politik zu machen oder auch bloß zu denken, wie das Pathos „Frieden!!!".

Der Ruf nach „Freiheit und Demokratie" ist hier nur noch eine Beschwörung, und die Formel „Freiheit vor Einheit" dient schließlich nur dazu, die Tatsache zu verbergen, daß man deutschlandpolitisch nichts anderes zu bieten hat als den Status quo – und zwar den von gestern. „Freiheit" und „Einheit" sind nur dann *Alternativen*, wenn man von aller geschichtlichen Wirklichkeit absieht – ein typischer, abstrakter Liberalismus. Die Geschichte lehrt, daß Freiheit nur in einer entschlossenen Einheit auf die Dauer zu verwirklichen ist – aber der Ruf nach Freiheit wird in dieser entleerten Politikattitüde zu nichts anderem mehr als zur Verteidigung von Privilegien.

Die Gegnerschaft von Schwan gegen die Idee der Nation scheint indes noch weniger zu sein als eine entschlossene politische Position. Das Problem ist wahrscheinlich viel trivialer. Es begegnet einem in der neueren Diskussion über die Identität immer wieder: Manche Intellektuelle möchten bei der gepflegten Unverbindlichkeit ihrer gehobenen „Reeducation" bleiben, und sie wehren sich – wie dies denn die wissenschaftliche Borniertheit aller Zeiten getan hat – entschlossen gegen Gedanken, für deren Bewältigung ihnen Rüstzeug und Wille fehlen.

Dieses Defizit der vorliegenden Sammlung wird schließlich durch die Beiträge von Manfred Hättich (Politologe in München und Direktor der Akademie Tutzing) und Michael Stürmer (Historiker, Erlangen) wettgemacht. Zwar macht Hättich seine „sozialethische" Relativierung der Idee der Nation nicht ganz plausibel, aber seine Thesen sind ein solider Ausgangspunkt für weitere Diskussionen.

Immer entschlossener wird der Zugriff Michael Stürmers auf den Gedanken der Nation. Seine energische Behandlung des Themas „Die Deutsche Frage als europäisches Problem" liefert eine scharfe Auseinandersetzung mit den Verzerrungen deutscher Geschichte, die seine Historiker-Kollegen jahrzehntelang betrieben haben, und sie endet mit einem wahrhaft beherzigenswerten Bismarck-Zitat als Aufforderung zu aktiver Deutschlandpolitik:

„Eine passive Planlosigkeit, die froh ist, wenn sie in Ruhe gelassen wird, können wir in der Mitte von Europa nicht durchführen ... Wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, um Hammer zu werden."

BERNARD WILLMS



Politischer Einfluß durch die Demonstration militärischer Stärke: Aufmarsch zum Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau FOTO: CAMERA PRESS

Moskaus teure Streitkräfte

Eine sorgsame Studie über die sowjetische Militärmacht

Die Wissenschaft, die sich in unserem Lande mit Osteuropa und zumal mit der Sowjetunion befaßt, leidet – von rühmlichen Ausnahmen abgesehen – noch immer unter einem bedenklichen Mangel: Der Militärapparat, das wesentliche Mittel von Moskaus imperialer und expansiver Politik, bleibt in Studien und Analysen weithin unbeachtet.

Um so wichtiger werden Bücher, die dieses Vakuum sachkundig mit Information und Interpretation zu füllen vermögen, das Werden, Wesen und Wirken des militärischen Werkzeugs der sowjetischen Weltmacht mit Akribie untersuchen – ihres einzigen Werkzeugs übrigens, da die UdSSR ja mit wirtschaftlicher Kraft und kultureller Ausstrahlung politisch kaum Eindruck machen und Einflüsse ausüben kann. Hans-Christian Pilster hat eine solche Arbeit (schon vor einiger Zeit) vorgelegt.

Das Buch – ungemein dicht in einem kargen ud nüchternen Stil geschrieben – wird seinem Titel wörtlich gerecht; es spannt den Bogen vom historischen Rußland zur aktuellen Sowjetunion, erklärt also das Wirken und das Wesen dieser überdimensionierten Militärmacht aus ihrem Werden, zu dem konservative Tradition und revolutionäre Ideologie sozusagen die Treibstoffmischung lieferten. Die Dynamik des Moskauer Kurses resultiert fürwahr nicht nur aus einem fanatischen Ringen um die Realisierung einer dogmatischen Utopie, sondern ebenso aus einer Mentalität, die sich – durch Geschichte und Geographie geprägt – mit der pragmatischen Rezeptur des Leninismus in Strategie umsetzt. Daten, Fakten und Zitate belegen die Darstellung, die sich durch Präzision und damit durch Verläßlichkeit (zumal bei der Schilderung von Stärken und Schwächen) auszeichnet, hitzige Leidenschaft und Polemik vermeidet, folglich die Basis für ein kühles Kalkül abgibt.

Der Autor, Generalmajor außer Diensten, ist ein Kenner der Materie, der als ehemaliger Abteilungsleiter Auswertung, Analyse,

---

Hans-Christian Pilster:
Rußland–Sowjetunion
Werden, Wesen und Wirken einer Militärmacht. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Herford. 464 S., 54 Mark.

Berichterstattung im Bundesnachrichtendienst aus der Erfahrung von Jahrzehnten geschöpft hat. Die sorgsame Recherche, die der Inhalt der Studie verrät, und das differenzierte Urteil, in das sie mündet, verleihen der Arbeit ihren Wert, was es erlaubt, ihr den Rang eines Standardwerks zu bestätigen.

Die Bedeutung dieser umfassenden Lagebeurteilung für das Verständnis der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik wird im Vorwort von General a. D. Ulrich de Maizière, ehemals Generalinspekteur der Bundeswehr, eindringlich betont.

WOLFRAM v. RAVEN

Wer war damals wer?

Erstaunliche Aufschlüsse über Leute im Dritten Reich

Die Flut von Publikationen über das Dritte Reich nimmt, so scheint es, mit zunehmendem zeitlichen Abstand davon eher zu als ab. Längst haben, bei jetzt mehr als 20 000 Titeln über dieses Thema, sogar Fachleute aufhören müssen, jeden einzelnen davon zur Kenntnis zu nehmen. Da erschien die Absicht des in London und Jerusalem wirkenden Historikers Wistrich begrüßenswert, den gesamten Komplex mittels eines übersichtlich geordneten, repräsentativen und zuverlässigen Personenlexikons greifbarer zu strukturieren. Das Reich Hitlers sollte anhand von nahezu 400 Biographien solcher Persönlichkeiten anschaulich werden, die von 1933 bis 1945 auf den unterschiedlichsten Lebensgebieten eine wie auch immer geartete herausragende Rolle spielten.

Die deutsche Ausgabe dieses bereits vor Jahresfrist in London erschienenen Nachschlagewerks liegt nun als eine der ersten Veröffentlichungen des neugegründeten Harnack Verlages vor. Das Ergebnis weckt ein zwiespältiges Urteil. Zum einen merkt man auf fast jeder Seite, daß der Autor als langjähriger Mitarbeiter der Wiener Library, des wohl umfangreichsten Archivs über das Dritte Reich, in Quellenmaterial geradezu baden konnte. In vielen Fällen gelang es ihm, komplexe Daten und Ereignisse handlich zusammenzufassen. Auch die Vielgestaltigkeit des Hitlerreiches, das eben kein einförmiger Führerstaat war und in dem es fast so etwas wie Pluralismus gegeben hat, wird immer wieder deutlich.

So wird mancher Benutzer des „Wistrich" überrascht lesen, daß der später als „entartet" verfemte Emil Nolde gläubiger Nationalsozialist, selbst Parteimitglied der ersten Stunde und ein antisemitischer Eiferer war. In einer anderen Biographie, der des nationaldeutschen Juden Max Naumann, wird Vorhandensein und Tragik jener deutschen Juden deutlich, die selbst zur Vertreibung ostjüdischer Einwanderer und zum „totalen Aufgehen der deutschen Juden in der deut schen Volksgemeinschaft" aufriefen.

Auch über das Schicksal anderer prominenter deutscher Juden erfährt man bei Wistrich bislang unbekannt Aufschlußreiches. So liest man über den Atomphysiker und Nobelpreisträger Gustav Hertz, daß er sich 1934 geweigert hatte, als Leiter des Berliner Physikalischen Instituts eine Loyalitätserklärung für Hitler zu unterschreiben und daß er deswegen die Hochschule verlassen mußte. Er erhielt dann eine Anstellung als Leiter eines Forschungslabors der Firma Siemens, wo er sich auch während des Krieges weiter mit Fragen der Atomforschung beschäftigen konnte. 1945 wurde er von den Sowjets als „Beutewissenschaftler" nach Sotschi deportiert. Allein diese hier zitierten feinen Grautöne in dem sonst oft vorherrschenden Schwarz-Weiß zeitgeschichtlicher Darstellung lohnen die Lektüre des Buches.

Eine Reihe von Schönheits- und leider auch Strukturfehlern vergällen dennoch die Freude an dieser Neuerscheinung. Dazu gehören eigenartige Schreibweisen und eine Menge schwammig wertender oder nichtssagender Formulierungen.

Daß Heydrich als Reichsprotektor statt korrekt als Stellvertretender Reichsprotektor für Böhmen und Mähren bezeichnet wird; daß der Staatssekretär beim Reichsprotektor, der SS-Führer Karl Hermann Frank, als „praktisch unbegrenzter Machthaber in der von den Deutschen besetzten Tschechoslowakei" erscheint, wo es doch allenfalls um das Protektorat, nicht aber um die Slowakei und das Sudentenland gehen kann; daß bei den Abbildungen dieser Karl

---

Robert Wistrich:
Wer war wer im Dritten Reich
Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft. Aus dem Englischen von Joachim Rehork. Harnack Verlag, München. 320 S., zahlr. Abb., 54 Mark.

Hermann Frank mit dem Reichsrechtsführer und späteren Generalgouverneur in Polen, Hans Frank, verwechselt wird – das alles kann den Kenner nicht irritieren, schränkt aber den Benutzungswert eines solchen Lexikons in erheblichem Maße ein.

Auch die Auswahl der aufgenommenen Persönlichkeiten läßt leider keine nachvollziehbare Struktur erkennen. Sicher war es nicht immer einfach, „wichtige" von „unwichtigen" Personen zu unterscheiden; je nach Betrachtung lassen sich Akzente immer anders setzen. Bei vielen Themengebieten, etwa dem Komplex der SS, sind Wistrichs Vorlieben aber ganz indiskutabel.

Man kann einerseits vielleicht begrüßen, daß etwa mit dem Stichwort Kehr, Josef (1904) ein kleiner Oberscharführer, also Feldwebel, als Mitglied einer KZ-Wachmannschaft in seinem Lebenslauf über eineinhalb Spalten vorgeführt wird. Daß aber die Ober- und Oberstgruppenführer Felix Steiner und Paul Hausser, jene beiden Generäle also, die das Unternehmen Waffen-SS erst aufbauten, prägten und militärisch wesentlich führten, weder mit Lebensläufen und nicht einmal als Stichwort im Register auftauchen, während andererseits Bruno Brehm, Hans Albers und der Tennisspieler Gottfried Freiherr von Cramm etwas geschwätzig ausgepinselt werden – das ist einer der empfindlichsten Mängel des gutgemeinten und an vielen Einzelstellen vorzüglich gelungenen Buches.

GÜNTHER DESCHNER

Verurteilt zur Opposition in Permanenz?

Acht Sozialdemokraten fragen, wohin die Sicherheitspolitik ihrer Partei treibt

Auf ihrem Bundesparteitag im Mai wird sich die SPD auch wieder mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen. Wohin die Denkrichtung nach der Wende auf dem Nachrüstungsparteitag in Köln im November 1983 geht, haben gerade in den vergangenen Wochen der Parteivorsitzende Willy Brandt sowie die Vordenker Egon Bahr, Horst Ehmke und Andreas von Bülow deutlich gemacht: So schnell wie möglich Abbau der nuklearen Mittel- und

---

Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hrsg.):
Wohin treibt die SPD?
Olzog Verlag, München. 192 S., 16,80 Mark.

Kurzstreckenwaffen und als nächstes Ziel eine zügig immer mehr erweiterte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa um das Zentrum Deutschland herum.

„Wohin treibt die SPD?", fragt auch ein Buch, das jetzt erschienen ist und in dem acht engagierte Sozialdemokraten aus dem Mitte-Rechts-Spektrum der Partei sich zur „Wende oder Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik" äußern, wie der Untertitel lautet. Außerdem sind die Rede des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, mit der er sich auf dem Kölner Parteitag vergeblich dem Abmarsch aus dem NATO-Nachrüstungsbeschluß entgegenzustemmen versuchte, und die Ansprache des inzwischen verstorbenen Manès Sperber anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels dokumentiert.

Grundlage der bisherigen sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik, auf die sich auch die Ostpolitik ab Ende der sechziger Jahre gestützt habe, so heißt es im Vorwort, sei die „durch hautnahe Erfahrungen im geteilten Deutschland und Berlin geprägte Erkenntnis (gewesen), daß der macht- und geopolitische Magnetismus der Sowjetunion eines westeuropäischen und atlantischen Gegengewichts bedarf. Und es ist die weitere Erkenntnis, daß Entspannung in Europa nur dann möglich ist, wenn auch die Sowjetführung erkannt hat, daß sie einem eng mit den USA verbündeten Westeuropa keine Bedingungen aufzwingen kann". Im Sommer und Herbst 1983 hätte sich in der Frage der westlichen Nachrüstung in der SPD allerdings ein „Wandel vollzogen, dessen erstaunliche Merkmale die Geschwindigkeit und der relativ hohe Konformitätsgrad" gewesen seien.

Der Bonner Friedensforscher Professor Karl Kaiser zeigt in dem Buch deshalb die Prioritäten einer sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik auf. Der Freiburger Historiker Heinrich August Winkler betont in seinem Beitrag die Notwendigkeit einer regierungsfähigen Opposition und warnt die SPD, nicht unter der Hand zu „weimarisieren". Die Berliner Politologin Gesine Schwan sieht die SPD gegenüber der westlichen Freiheit herausgefordert. Der Berliner Jura-Ordinarius Friedrich-Wilhelm Baer-Kaupert beschäftigt sich mit sowjetischer Drohpolitik und westdeutscher Desinformation. Der Berliner Politologe Hartmut Jäckel, unter Peter Glotz einst Senatsdirektor (Staatssekretär) in der Wissenschaftsverwaltung der Stadt, warnt vor einer SPD-Politik, durch die die Partei ihre Glaubwürdigkeit verliere. Der IG-Bergbau-Funktionär und Vorsitzende des zweitgrößten Parteiunterbezirks Recklinghausen, Horst Niggemeier, geht der Frage nach, wie die SPD sich gegenüber Kommunisten abgrenzt. Jürgen Maruhn, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie Tutzing und Mitglied des „Seeheimer Kreises" der SPD, betont die Notwendigkeit sozialdemokratischen Selbstbewußtseins gegen schiefe Bündnisse. Der ehemalige GEW-Funktionär und heutige Privatdozent an der FU Berlin, Manfred Wilke, dokumentiert, wie sich die SPD in den Veröffentlichungen der SED darstellt.

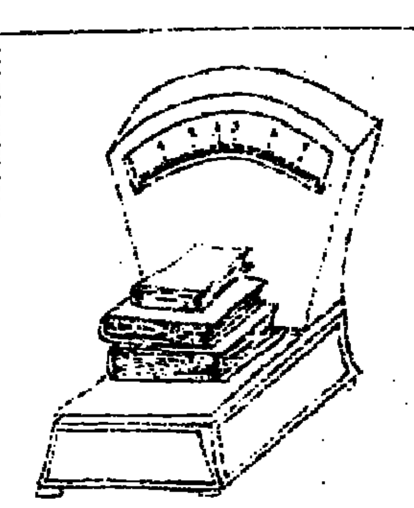


Warnt vor Racheakten gegen Andersdenkende: Karl Kaiser FOTO: DARCHINGER

„Wir müssen Klarheit über den Standpunkt der Sozialdemokratie gewinnen." Diese Forderung zieht sich wie ein roter Faden auch durch Kaisers Beitrag. Er spricht von „Zerfaserung des außen- und sicherheitspolitischen Profils" der SPD, die die Glaubwürdigkeit der Partei untergrabe und die Opposition für sie zum Dauerschicksal machen werde. Es sei für die Zukunft der SPD „katastrophal", in ihren Spitzengremien „Vertreter zu haben, die gleichzeitig für und gegen die NATO-Mitgliedschaft eintreten". "Racheakte von Parteigremien" gegen Vertreter eines prowestlichen Kurses hätten bereits eine „lähmende Demoralisierung" ausgelöst.

Zumindest in der Wortwahl ist Kaiser in einer weiteren Forderung nicht sehr entfernt von Aussagen Willy Brandts und Egon Bahrs: Die EG „muß weitere politische Zuständigkeiten erhalten. Sie sollte die europäische Säule der NATO werden". Aber, so Kaiser: Damit müsse sich die SPD auch „dem in den eigenen Reihen wiederentstehenden neutralistischen Nationalismus entgegenstemmen".

PETER PHILIPPS



Architekt Europas

Das Phänomen der deutsch-französischen Freundschaft ist zum alltäglichen Ereignis geworden. Aber erst die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg brachte entscheidende Veränderungen. Der beginnende Integrationsprozeß in den 50er Jahren war für Europa eine Pionierzeit besonderer Art, verbunden mit den Namen Adenauer, Schuman, de Gasperi und Monnet. In der Literatur ist allerdings das Wirken Robert Schumans bislang arg vernachlässigt worden. Der Österreicher Rudolf Mittendorfer hat nun die erste deutschsprachige Biographie über ihn verfaßt: **„Robert Schuman – Architekt des neuen Europa"** (Olms Verlag, Hildesheim. 555 S., 68 Mark). Der Autor schildert auf der Grundlage bislang nicht publizierter Unterlagen die Persönlichkeit Schumans und seine Verdienste um die Einigung Europas. R. S.

Begrenzte Interessen?

Das Buch **„Die Politik der Sowjetunion in Afrika"** von Winrich Kühne (Nomos Verlagsges., Baden-Baden, 299 S., 34 Mark) ist eine gründliche und gut dokumentierte Studie für Experten. Hier weht nicht der beißende Wind des Kalten Krieges, sondern es wird versucht, die Position der Sowjetunion leidenschaftslos anhand vieler Quellen darzulegen. Selbst wenn man dem Verfasser nicht überall folgt, bleibt seine profunde Sachkenntnis unabweisbar. Manchmal glaubt man fast die Arbeit eines Geheimdienstes vor sich zu haben, so genau sind beispielsweise auf militärischem Gebiet die Angaben über die jeweiligen Mannschaftsstärken, über Umfang und Qualität der Bewaffnung. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß das sowjetische Interesse „begrenzt" sei; er glaubt nicht, daß nach Lage der Dinge die Gefahr eines Einsatzes der Truppen des Warschauer Paktes in Afrika zu befürchten sei. Winrich Kühne sieht im Augenblick lebenswichtige westliche Interessen in Afrika nicht bedroht. – Wer das Problem Afrika und die Sowjetunion von allen Seiten abklopfen will, wird auf die Lektüre dieses Buches nicht verzichten können. F. S.

Inferno ohne Gnade

Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, ein historisches Faktum unbarmherziger Grausamkeit, wird seit kurzem dokumentarisch aufgearbeitet. Die jüngste Veröffentlichung brachte Wilfried Ahrens heraus: **„Verbrechen an Deutschen"** (Wilfried Ahrens Verlag, Arget. 328 S., 38 Mark). Aus 3500 aktenkundigen Dokumenten wählte er 100 aus, wobei er vor allem noch nicht veröffentlichten Aussagen den Vorzug gab. Den Dokumenten ist jeweils ein Kernsatz aus dem Inhalt als Überschrift vorangestellt. Die Gliederung bot sich durch die einzelnen Landschaften und Territorien von Ostpreußen über Schlesien und das Sudetenland bis nach Jugoslawien an. Die Berichte der Betroffenen erschüttern; in den Lagern kam es zu Mord, Vergewaltigungen, brutalen körperlichen Züchtigungen, Plünderungen: ein Inferno ohne Gnade. Wer unsere Zeit begreifen will, muß wissen, was damals geschah. -ka

Dialog in Rußland

Seit der Oktober-Revolution sind fast 67 Jahre vergangen, zwei Menschenalter, während deren die Tradition religiöser Lehre abbrach. Nun liegt ein Briefwechsel zwischen russischen Menschen vor, der nicht nur das anhaltende, tiefe Interesse an religiösen Grundfragen, sondern auch die entsprechenden Kenntnisse offenbart: **„Mit-Leiden"** (Russische Christen und Atheisten im Dialog. Vorwort von Lew Kopelew. GZW-Verlag, Zollikon/Schweiz. 133 S., 14 Mark). Es geht um die alten Fragen der Theodizee, der Gerechtigkeit Gottes, die aktueller denn je sind. Die Bibel, russische Religionsphilosophen wie Solowjov und Berdjajew sind praktisch nicht zugänglich, dennoch kennt man sie und beruft sich darauf. Das vorliegende Buch bietet in brieflichen Diskussionen Raum für verschiedene Standpunkte; hier handelt es sich nicht um spekulative Modebegriffe, sondern um existentielle Probleme, die leidenschaftlich erörtert werden. B. G.

Nachrichten drüben ...

„Der sozialistische Journalist ist Funktionär der Partei der Arbeiterklasse" – das ist keine Unterstellung des Klassenfeindes. Es ist die verbindliche Definition eines Wörterbuches aus der „DDR". Gunter Holzweißig zitiert es in seiner Einführung **„Massenmedien in der DDR"** (Verlag Gebr. Holzapfel, Berlin. 152 S., 9,80 Mark). Dieser Grundsatz der Parteilichkeit gilt für alle Journalisten und für alle Medien. Das legt Holzweißig in vier Kapiteln dar, die sich mit „Honeckers Medienpolitik", den „Lenkungsmechanismen", dem „'sozialistischen' Journalisten" und dem „Medienangebot" beschäftigen. Bemerkenswert ist auch der „Literatur- und Forschungsbericht" im Anhang, weil er deutlich macht, wie wenig sich die „DDR"-Forschung bisher mit diesem wichtigen Gebiet befaßt hat. P. D.

Präsentiert seine erste TV-Show: Carlo v. Tiedemann

Angst vorm Routine-Gift

Den Hamburgern und allen drumherum ist er seit Jahr und Tag lieb und teuer: Da wird im Kaufmannsladen anno '80 geratscht, daß er nun geheiratet und den Weg ins Solide eingeschlagen habe; da wird anno '81 bekanntgemacht wie per Anschlag auf dem Markte, daß das frischgeborene Töchterchen Teresa-Fides nun exakte 4320 Gramm auf die Waage bringt; da huscht gewaltige Spannung, gemischt mit Verlustangst, durch den vierten Saal im riesigen Congress Centrum, wie anno '84, wenn der angekündigte Wuschelkopf mit dem Oberlippenbart und der wonnig-flapsigen Jungmännerstimme nicht zur Moderation einer Modenschau erscheint, weil er weiter südlich eine Riesendisco auf Trab

Show & Co. mit Carlo – ZDF, 19.30 Uhr

bringt. Und da schwört die 62jährige Dame aus Elmshorn Stein und Bein, sie zahle keine Fernsehgebühren mehr, wenn Besagter von der „Aktuellen Schaubude" Abschied nähme. Auch anno '84.

Die Hamburger waren auch bei manchen seiner Zech- und sonstigen Touren dabei; waren dabei, als er, auch in diesem Jahr, 40 wurde. Seit dreizehn Jahren sind sie immer dabei. Er ist halt eine Person des öffentlichen Lebens, die auf der Straße oder am Strand, im Kaufhaus oder in der Diskothek so vertraulich mit dem Vornamen angeredet wird, als wäre er Bundeskanzler oder Fußballstar. Man liebt seine lockere Lebens- und Redens-Art.

Ein Mann, wie gemacht für das Medium, das die Botschaft sei, dieser Carlo von Tiedemann. Und ausgerechnet der geht nun „fremd", nach Mainz, und wird dort pro Jahr vier Shows mit viel Musik und selbst geführten Interviews machen – nach fast 350 „Schaubuden" und an die viermal so vielen Rundfunksendungen. Da bedurfte es schon so einer Art konzertierter Aktion aller ortsansässigen Presseorgane, die Norddeutschen zu beruhigen: Nein, „unser" Carlo bleibt euch erhalten, noch. Nur daß er jetzt nicht mehr 6000 Mark pro Monat bekommt, sondern pro „Schaubude" 2000. Das macht, nach vier samstagabendlichen Dreiviertelstunden pro Monat, auch nicht viel weniger.

Der Sohn eines hundert Jahre alt gewordenen preußischen Generalleutnants und einer Mutter, die so hieß wie einer seiner Lieblingsautoren, Kleist, dieser so überhaupt nicht „preußisch" und keineswegs zum Leidwesen des Vaters noch weniger soldatisch veranlagte Sproß wollte schon von Jugend an Journalist werden. So lernte er zunächst im Hamburger Adreßbuch-Verlag Zeitungskaufmann, schrieb erste Artikel in Cuxhaven, wechselte dann zum „Hamburger Abendblatt" und für den Springer-Auslandsdienst. nach Buenos Aires, bevor er Ende 1971 beim NDR landete, wo er seit 1976 gemeinsam mit Viktoria Voncampe die beliebte „Schaubude" moderierte und erst vor kurzem beinahe unkündbar geworden wäre, hätte er seinen Vertrag nicht gelöst. Augenfälligster Grund: besagte Mainzer Show-Reihe.

Der geografische Aufstieg ist für von Tiedemann zugleich so etwas wie der Abschluß einer beträchtlichen Lebensphase, die ihm zuweilen solche Prädikate wie „Bruder Leichtfuß" und „Hansdampf" eingebracht hat, nur weil er gesagt hat, so wie Charles Bukowski schreibt, so habe er auch eine Zeitlang gelebt.

Dabei war und ist das auch wieder mal nur die eine Seite. Er verlor seine Eltern; dann verunglückte auch noch seine Schwester tödlich; dann ging ihm der Fiskus an die Tasche, den er zeitweilig übersehen zu haben schien. Und das alles habe ihn nachdenklicher gemacht.



Von lockerer Lebens- und Redensart: C. v. Tiedemann FOTO: TELEBUNK

Die Zeiten immerhin, da er nach eigenem Geständnis seine regionale Popularität „ungeniert" in klingende Münze umgesetzt hat, sind für ihn mit Übernahme der neuen Aufgabe vorbei. Der Sorge, im Schoße des einen Senders zu verbeamten („kreativitätsfeindlich", „Gift der Routine"), hat er sich durch die Zusage enthoben, dem anderen als freier Mitarbeiter Ideen und Stimme zu widmen.

Und für ebenso wichtig ist ihm, daß das Fernsehen auf der Suche nach Zellkuren für seine Unterhaltungssendungen mehr auf die Lokkerheit und Unbekümmertheit der jungen Generation schaut, sagt der politisch eher konservative Mozart- und Andy-Williams-Fan. Das will er denn auch in seine neuen ZDF-Shows einbringen – mit Musik, populären Leuten, Quiz und „menschlichen" Interviews.

Beim Gottschalk und beim Elstner – daß dem Carlo nur sein Optimismus bleiben möge.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Gegen die Ausstrahlung **jugendgefährdender Spielfilme** im Luxemburger Fernsehen „RTL-plus" hat sich der Chef der Mainzer Staatskanzlei, Staatssekretär Hanns-Eberhard Schleyer, gewandt. Die Bundesregierung solle in Luxemburg darauf dringen, daß von „RTL-plus" künftig keine gegen die Gesetze der Bundesrepublik verstoßenden Filme gesendet werden, forderte Schleyer in einem Brief an das Bonner Auswärtige Amt. Anlaß für die Initiative Schleyers ist der am 20. Januar kurz nach 22.00 Uhr ausgestrahlte Spielfilm „Der Hexenjäger". Die Bundesprüfstelle habe diesen Streifen in die Liste jugendgefährdender Schriften aufgenommen. dpa

KRITIK

Harmloser als die Realität

Berlin Kreuzberg, Mutter analphabetische Trinkerin, die mit einem arbeitslosen Gauner zusammenlebt, der Junge ist verwahrlost, versäumt die Schule, hilft sich selber mit kleinen Diebstählen: eine Ansammlung von Hoffnungslosigkeiten in dem Fernsehspiel **Was soll bloß aus dir werden** (ZDF).

Kommt da ein Lehrer daher, der den Jungen akzeptiert, der seine Not erkennt. Er will ihn mit den Mitteln der Teilhabe an seinen Nöten gewinnen, ihn wenigstens zum regelmäßigen Schulbesuch bewegen. Diese Versuche und die Aufmüpfigkeit des Jungen, das niederdrückende Milieu, aber auch das allmähliche Wachsen einer neuen emotionalen Regung, die man vorsichtig Vertrauen nennen könnte oder auch Zuversicht – das ist Inhalt des Films.

Jochen Ziem hat das Buch aus eigener Erfahrung geschrieben, Horst Flick setzte es in einer Art gütigem Realismus in Szene, es kam ein Stück heraus, das sicherlich harmloser ist, als die nachprüfbare Wirklichkeit, aber erschütternd genug, um aufzurühren. „Da kannst du nicht einfach nur hingucken!"

Freilich, die großen Tanderadei-Bosse werden schelten: Schon wieder ein Stück Soziales auf dem Schirm, wann endlich haben wir den Bildschirm soweit, daß er nur noch Glanz und Glamour ausstrahlt?

VALENTIN POLCUCH

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Fußball-Länderspiel
Bundesrepublik Deutschland – CSSR
11.40 Gott und die Welt
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Aidas Reisen
Opernrevue mit Marjon Lambriks
Regie: John Scholz-Conway
16.55 Was ist was
11. Teil: Naturkatastrophen
Mit Professor Heinz Haber
17.25 Alpha 5
17.50 Tagesschau
Anschl. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Eckstein
Bestandsaufnahme
Friedrich Zimmermanns Innenpolitik
Friedrich Zimmermann tritt mit Leidenschaft für eine konsequente Umweltpolitik ein, er weigert sich aber, dem Umweltschutz Verfassungsrang zu geben. Er möchte Datenschutz, aber einen computerlesbaren Personalausweis. Er wünscht sich künstlerische Filme, aber sie sollen Kassenerfolge sein. Er möchte durchsetzen, was im Kabinett ausgehandelt wird, aber auch „über die Köpfe der FDP hinweg". Politische Gegner nennen das Widersprüchliche in Zimmermann Verpackung, populistische Fassade für eine erzkonservative Politik. Freunde erkennen seine Fähigkeit, schnell zu entscheiden und logisch zu denken, ohne seine Gewfühle zu unterdrücken.
21.00 Ein Lied für Luxemburg
Deutsche Endausscheidung für den Grand Prix Eurovision 1984
22.30 Tagesthemen
23.00 Treffpunkt im Unendlichen
Die Lebensreise des Klaus Mann
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Sache mit dem „G"
Gutenberg und die Folgen (3)
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kuschelbären
Die Räuberleiter nach Hause
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Georg Danzer
17.50 Tom und Jerry
18.20 Mann, halt die Luft an
In den Fängen der Staatsgewalt
19.00 heute
19.30 Show & Co. mit Carlo
Musik und Gäste bei Carlo v. Tiedemann
Regie: Pit Weyrich
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Die zweite Chance. Ehe in der Lebensmitte
Die Zeit der Märchen ist vorüber. Die Kinder sind aus dem Gröbsten. Das Gespräch zwischen Mann und Frau dürfte nicht mehr so themenbezogen sein wie in den Jahren des gemeinsamen Anfangs und Aufbaus. Im Beruf sind die Weichen gestellt. „Große" Entscheidungen werden kaum noch gefordert. Was haben die zwei sich jetzt noch zu sagen? Nach so viel' Jahren Ehe sollte die „Demaskierung" vollzogen sein: beide Partner kennen nicht nur die Sonnenseite des anderen.
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Arbeitszeit und Arbeitskampf
Moderation: Dieter Balkhausen und Günter Ederer
Anschl. heute



Jacqueline Clarke und David Jason in einer Szene des Films „Mann, halt die Luft an" (ZDF, 18.20 Uhr). FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Schwester Maria Bonaventura
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Regie: Douglas Sirk
21.35 Filmtip
21.45 Festangestellt bei Stiegl
Arbeitslosen-Initiativen
22.15 Nachtstudio
1. Neue Töne aus der Neuen Welt
2. Begegnung mit George Sand
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.45 Film als Hobby – Video als Hobby
19.15 Aufstieg zu den Göttern
Beobachtungen bei den Sherpa
20.00 Tagesschau
20.15 Sein größter Bluff
Englischer Spielfilm (1954)
Regie: Ronald Neame
21.40 Bücherjournal
22.25 100 Lehrer und 1 Schüler
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
19.00 Im Kittchen ist kein Zimmer frei
Franz.-ital. Spielfilm (1959)
22.20 Allerlei Theater
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Sherlock Holmes (1)
Kriminalfilm

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Sutotp
Eine Liebesgeschichte nach einer Erzählung von Heinrich Mann
21.05 Die tausend Gesichter der Salome
Nur für Baden-Württemberg
21.50 Ravensburger Moritheater
22.05 Franzosen unter uns

BAYERN
18.15 Wegweiser
Rund ums Auto und Motorrad
18.45 Rundschau
19.00 Die Abiturientin
Fernsehspiel von Ladislas Fodor
20.20 Galante Miniaturen
Küsse
20.40 Z. E. N.
20.45 Arbeitslos – was tun?
21.30 Rundschau
21.45 Serenade für zwei Pistolen
Französischer Spielfilm (1953)
23.25 Rundschau
23.30 Actualités

LÄNDERSPIEL / 2:1-Sieg über die UdSSR, aber ein neues Leistungstief

Brehme traf in der 89. Minute, nur die Pokalauslosung war spannend

ud, **Hannover**

Der spannendste Augenblick des Fußball-Länderspiels zwischen Deutschland und der Sowjetunion in Hannover war die Halbzeit. Da nämlich verbanden sich für den kurzen Augenblick der Auslosung des Halbfinales im deutschen Pokal ruhmreiche Vergangenheit und hoffnungsvolle Zukunft. Fritz Walter, Weltmeister von 1954 zog die Lose, die Spiele Schalke 04 – Bayern München und Mönchengladbach – Bremen versprechen wenigstens hochklassigere, attraktivere Spiele als es das Gekicke des Teams von Jupp Derwall Team war. Im letzten Heimspiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft vor der Europameisterschaft in Frankreich wurde noch einmal deutlich, daß unter den Stars der Bundesliga offensichtlich die Ratlosigkeit, das Mittelmaß oder das Desinteresse vorherrscht. Das Niveau im Vergleich mit der Olympiamannschaft der Sowjets war mager.

Das Spiel in Hannover vor nur 42 000 Zuschauer ging 2:1 aus, Rudi Völler gleich die sowjetische Führung aus der vierten Minute schon drei Minuten später aus. Auswechselspieler Andreas Brehme erzielte in der 89. Minute den Siegtreffer. Doch das Ergebnis ist unwichtiger als die Erkenntnis, daß die deutsche Mannschaft in ihrer immer neu zusammengebastelten Besetzung nichts weiter ist als internationaler Durchschnitt.

Der Trost ist immer der gleiche, schon seit einigen Länderspielen, weil der Bundestrainer noch nie seit der Weltmeisterschaft in Spanien zweimal hintereinander die gleiche Mannschaft ins Spiel schicken konnte: „Dieses Team wird es nicht mehr geben." Auch vor dem Spiel in Hannover wurde so geredet. Zum Teil zurecht: Rummenigge grippekrank, Schuster am Zeh verletzt, Stielike von Real Madrid nicht freigegeben – gleich drei wichtige Spieler fehlten also. Was dabei herauskommt, war deutlich bei der schnellen Führung der sowjetischen Mannschaft zu beobachten. Herget, als Libero noch immer eine Notlösung, verursachte unbedrängt in einer harmlosen Situation einen Eckstoß. Dieser segelte dann, weil sich niemand so recht für den hohen Ball zuständig fühlte, an der gesamten deutschen Abwehr vorbei, ehe ihn Milewski viel zu kurz abwehrte.

Was in dieser Situation deutlich wurde, war die fehlende Harmonie besonders in der deutschen Hintermannschaft, die eine Mischung aus Mann-und Raumdeckung versuchte und dabei ins Schwimmen geriet. Briegel und Förster hatten ihre direkten Gegenspieler, wurden von denen aber aus der Abwehr herausgelockt. Rolff war eher offensiver Mittelfeldspieler, Bruns trieb sich auf der rechten Seite herum – und in der Mitte klaffte eine Lücke.

Immerhin: Nur drei Minuten nach dem sowjetischen Führungstreffer konnte Torwart Tschanow einen plazierten Kopfball von ihm nur abklatschen, der Ball kam vor die Füße von Völler und es hieß 1:1. Nach diesem turbulenten Auftakt zeigten sich aber immer wieder die deutschen Schwächen, die darin lagen, daß in Abwehr und Mittelfeld kein Spieler so recht wußte, welche Position er eigentlich einnehmen sollte.

In dieser Situation war besonders Libero Herget überfordert. Ihm gelang es nicht, seine konfusen Nebenspieler zu geordneter Abwehrarbeit zu zwingen. Was dabei herauskam, waren Chancen für die sowjetische Mannschaft. Gurinowitsch fand in der 23. Minute das leere Tor nicht, eine Minute später rettete Schumacher gegen den gleichen Spieler, in der 28. Minute verstolperte Pudischew den Ball, dann war es wieder Schumacher, der gegen Stukaschow das 1:2 verhinderte (31.).

In der zweiten Halbzeit ersetzte der Bremer Otten Verteidiger Rolff, Stuttgarts Torwart Roleder absprachegemäß Harald Schumacher. Roleder, 30 Jahre alt, kam so zu einem ersten Länderspiel. Er ist bereits der 45. Spieler, den Jupp Derwall seit Beginn seiner Amtszeit testete. Ein Indiz für die Unsicherheit des Bundestrainers?

Deutschland: Schumacher (30 Jahre/46 Länderspiele) – Herget (28/4) – Rolff (24/8), K.-H. Förster (26/56), Briegel (28/48) – Bruns (29/2), Matthäus (23/21), Meier (25/11) – Milewski (26/3), Völler (23/13), Allofs (27/28). – **Schiedsrichter:** Namoglu (Türkei). – **Zuschauer:** 42 000. – **Tore:** 0:1 Litowtschenko (4.), 1:1 Völler (8.), 2:1 Brehme (89.).

WERBUNG

Kompromiß mit dem DFB

sid, **Hannover**

Leichte Änderungen in zwei Punkten haben dafür gesorgt, daß der Deutsche Fußball-Bund (DFB) und seine Stars bei den Werbe-Richtlinien , die vor dem Länderspiel gegen Belgien in Brüssel für großen Wirbel gesorgt hatten, vor einer Einigung stehen. „Im Prinzip haben wir einen gemeinsamen Nenner gefunden", bestätigte Karl-Heinz Förster, der in Hannover an Stelle des Rummenigge als Kapitän amtierte.

Entschärft wurde vor allem der Passus, wonach die Nationalspieler ihre persönlichen Werbeverträge vorzeigen sollten. Dies soll nach der überarbeiteten Fassung des sogenannten Regelheftes nur noch bei möglichen Interessen-Kollisionen geschehen. Zudem sind dann nur DFB-Präsident Hermann Neuberger oder im Verhinderungsfall sein Vertreter berechtigt, Auskünfte zu verlangen. Ausrücklich ausgeklammert bleibt dabei die Höhe der Vergütungen.

Der DFB will verhindern, daß – wie bei der WM '82 in Spanien geschehen – Verträge der Spieler mit der Zahl der Einsätze gekoppelt werden. Verband und Spieler wollen enger zusammenarbeiten und einen Werbepool gründen, in den alle Einnahmen fließen, die in gemeinsamen Werbe-Aktivitäten (zum Beispiel Schallplatten-Aufnahmen) erzielt werden. Darüber hinaus sind die Spieler bereit, die Einnahmen aus persönlichen Verträgen, die sie nur wegen ihres Status als Nationalspieler abgeschlossen haben, teilweise an den DFB weiterzuleiten. Bei solchen Verträgen soll der Spieler 70 Prozent und der DFB 30 Prozent erhalten.

STAND ● PUNKT

Und nichts gelernt . . .

Der sowjetische Fußball, gescheitert an Portugal, ist bei der Endrunde der Europameisterschaft in Frankreich nicht vertreten. Das ist keine neue Situation für das Moskauer Sportministerium, und es reagierte auch wie gewohnt: mit der totalen Auswechslung des sogenannten Trainerkollektivs. Seit 1952 und einigen Anfangserfolgen (Europameister 1960, Olympiasieger 1952) ist der 21. Nationaltrainer am Werke.

Herr Nikalajew ist auch ein neuer Mann. Er trainiert die Junioren, also die Spieler, die eine bessere Zukunft garantieren sollen. Im Spiel gegen die deutsche Juniorenauswahl (1:1) wurden zwei seiner Talente des Feldes verwiesen, vier wurden verwarnt. Der belgische Schiedsrichter sagte: „So etwas habe ich noch nicht erlebt. Ich war froh, daß ich das Spiel abpfeifen durfte."

Erziehung zur Brutalität? Herr Nikalajew nahm's, als käme er vom Teetrinken: „Seit der Weltmeisterschaft in Sapnien ist der Fußball härter geworden." Da endet denn die Mär von den ach so gescheiten, wissenschaftlich ausgebildeten Analytikern im sowjetischen Sport. Wer aus der Weltmeisterschaft nichts anderes als Fouls gelernt hat, nichts anderes, als den brutalen Weg zum Erfolg, muß zurecht zuschauen, wenn der europäische Titel vergeben wird. Rote und gelbe Karten als Wegweiser in eine rosarote Zukunft? Armes Moskauer Sportministerium, schon wieder das falsche Trainerkollektiv.

-que

HANDBALL

Neues Statut gesucht

sid, **Düsseldorf**

Der Deutsche Handball-Bund (DHB) plant eine Änderung der Satzungen, um einen zweiten „Fall Klempel" zu vermeiden. Gegen den 222maligen polnischen Nationalspieler Jerzy Klempel und seinen Verein war vom Verband am Dienstag ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Amateurordnung eingeleitet worden. Der Rekordtorschütze soll von seinem Klub, Frisch Auf Göppingen, 100 000 Mark netto pro Jahr und eine Appartement-Wohnung erhalten haben.

Ludwig Stegemeier, Rechtsanwalt des Verbandes, erklärte, daß auf dem nächsten Bundestag im Mai ein entsprechender Antrag auf Satzungsänderung eingebracht wird. „Die genauen Details müssen noch abgeklärt werden, doch die Amateurordnung muß den neuen Kriterien angepaßt werden", sagte Stegemeier. Ausländische Spieler, vor allem aus Staaten des Ostblocks, sollen in Zukunft nur noch mit einer Arbeitsgenehmigung in der Bundesliga spielen dürfen. Klempel besaß diese nicht, war somit auf Einkünfte aus dem Handball angewiesen.

Für die Spieler im allgemeinen soll gelten, daß sie nicht nur Handball spielen sollen, sondern auch eine regelmäßige Beschäftigung nachweisen müssen. „Ich glaube, das ist die einzige Möglichkeit, um Schwarzzahlungen unter dem Tisch zu verhindern", meinte Stegemeier. Frisch Auf Göppingen droht als härteste Strafe der Ausschluß aus der Bundesliga, weil es einen Spieler wie einen Profi bezahlt hat. Der Vertrag mit Klempel liegt dem Verband vor.

Parreira trat zurück

Rio de Janeiro (sid) – Carlos Alberto Parreira, Fußball-Nationaltrainer des dreimaligen Weltmeisters Brasilien, ist von seinem Amt zurückgetreten. Der brasilianische Fußballverband hatte seine Forderung nach Gehaltserhöhung abgelehnt.

Chemiepokal in Halle

Halle (sid) – Zum Auftakt des 13. Chemiepokals in Halle sind bereits zwei der acht Teilnehmer aus der Bundesrepublik ausgeschieden. Leichtgewichts-Meister Reiner Gies (Kaiserslautern) unterlag dem „DDR"-Boxer Andreas Mehnert nach Punkten. Werner Schäfer (Mühlheim) mußte eine Punktniederlage gegen Herbert Thier („DDR") hinnehmen.

Leverkusen: Fusion

Leverkusen (sid) – Ab 1. Juli gibt es in Leverkusen endgültig den Großverein (6000 Mitglieder) „Turn- und Sportvereinigung TSV Bayer 04". Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung stimmte jetzt auch Bayer 04 der Fusion mit TuS 04 Leverkusen zu. Der bisherige TuS-Präsident Günter Böhme soll Präsident des neuen Klubs werden.

Fair-Play-Trophäe

Bamberg (dpa) – Der 20 Jahre Rollkunstläufer Thomas Scherhag (Koblenz) ist vom Verband der Deutschen Sportjournalisten (VDS) in Bamberg mit der Fair-Play-Trophäe (eine Stiftung von Max Schmeling) ausgezeichnet worden. Der Junioren-Europameister hatte die Ehrung zum „Sportler des Jahres der Stadt Koblenz" abgelehnt, nachdem er erfahren hatte, daß ihn Freunde und Verwandte bei der Wahl begünstigt hatten.

Skispringen abgesagt

Willingen (dpa) – Die für Sonntag vorgesehene deutsche Meisterschaft im Skispringen auf der 90-Meter-Großschanze in Willingen wurde endgültig abgesagt. Der Grund ist die unsichere Schneelage.

Noch ein Vorstand

Düsseldorf (dpa) – Innerhalb von zwei Jahren präsentiert der Eishockey-Bundesligaverein Düsseldorfer EG seinen dritten Präsidenten. Auf der Jahreshauptversammlung wählten die Mitglieder den Kaufmann Josef Klüh zum neuen Vereinschef.



FUSSBALL

Olympia-Qualifikation: Frankreich – Deutschland 1:1 (1:0). – **Junioren-Länderspiel** (U 21): Deutschland – UdSSR 1:1 (0:1). – **Länderspiel:** Schweiz – Polen 1:1 (0:1). – **DFB-Pokal,** Viertelfinale, Wiederholungsspiel: Schalke 04 – Hertha BSC 2:0 (2:0). – **2. Liga,** Nachholspiel: Stuttgarter Kikkers – Hessen Kassel 1:0 (1:0).

VOLLEYBALL

Deutsche Meisterschaft, Endrunde, Damen: VfL Oythe – USC Münster 3:1, Viktoria Aschaffenburg – SV Lohhof 2:3.

HANDBALL

Pokal, Männer, 1. Runde (Nachholspiel): TuSeM Essen – Grün-Weiß Dankersen 18:11. – **Freundschaftsspiel:** Reinickendorfer Füchse Berlin – Anilana Lodz 14:23.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Boca Raton, 1. Runde: Connors (USA) – Gilbert (USA) 6:4, 6:4, Noah (Frankreich) – Drewett (Australien) 6:2, 6:2. – **Damen-Turnier** in Boston, 1. Runde: Kohde (Deutschland) – Mesker (Holland) 6:1, 6:2, Bunge (Deutschland) – Kim (USA) 7:6, 6:0.

RADSPORT / Profis aus England und Amerika laufen Franzosen und Belgiern den Rang ab

Der Weltmeister nennt seinen Dackel „Hinault"

KLAUS BLUME, **Bonn**

Das waren noch Zeiten, als im großen Profi-Radsport alles seine Tradition hatte. Als die Sieger der schweren klassischen Eintagsrennen in Nordfrankreich, Belgien und Holland stets stolz auf eine uralte flämische Ahnengalerie verweisen konnten – oder zumindest auf eine in Westfriesland. Denn Flamen und Friesen bildeten gewissermaßen den Adel des Radsports. Doch heute? Weltmeister ist Greg Lemond, ein Amerikaner mit sonnigem Gemüt aus dem Nest Lakewood, und die Königsetappe der letzten Tour de France über den Pyrenäengipfel Aubisque gewann der Schotte Robert Millar, ein äußerst distinguierter Herr aus Glasgow.

Am Sonntag beginnt mit der klassischen Flandern-Rundfahrt die Saison der großen Eintagsrennen, und bei den Kneipenwirten in Westflandern stehen nicht mehr deren flämischen Landsleute am höchsten in Kurs, sondern andere Fahrer. Diese inoffiziellen Buchmacher preisen in diesen Tagen Favoriten mit angelsächsischen Namen an: Stephen Roche und Sean Kelly aus Irland, Phil Anderson aus Australien, Greg Lemond und Jonathan Boyer aus den USA, Robert Millar aus Schottland, Paul Sherwen aus England, Eric McKenzie aus Neuseeland aber auch Kim Andersen aus Dänemark. Die Szene hat sich grundlegend gewandelt.

Was hat diese Männer ins radsportverrückte Westeuropa verschlagen? Eric McKenzie zum Beispiel machte sich im Frühjahr 1981 von Auckland aus auf den Weg nach Belgien – des Radsports wegen. Er fuhr Kirmesrennen für Amateure und lebte recht und schlecht von den Spesen. Als Eric die ersten 20 Rennen gewonnen hatte, als die belgischen Amateur-Stars verdutzt dreinschauten, bot der große Eddy Merckx dem jungen Neuseeländer eine Art privates Stipendium an: Merckx half ihm bei der Finanzierung einer billigen Unterkunft. McKenzie bedankte sich auf seine Weise: Er gewann gleich nochmal 40 Rennen. Eric McKenzie hatte in kürzester Zeit sein Handwerk gelernt – fast zu gut. Als er 1982 den Profi-Klassiker "Meisterschaft von Zürich" gewann, fand der Schweizer Doping-Experte Hans Howald Spuren verbotenen künstlichen Kortisons im Urin des Neuseeländers. Der Sieg wurde ihm aberkannt.

Oder da ist der große Sean Kelly aus Irland, seit 1977 Profi nach einem Grundsatz, der sich nach irischer Whisky-Reklame anhört: „Mild in der Art, aber stark in der Tat." Kelly gilt als perfekter Rennfahrer, was außer ihm nur ganz wenige sind. Er ist äußerst spurtstark, deshalb wird er oft fälschlicherweise als Nur-Sprinter eingestuft, er klettert gut und hat beim Einzelzeitfahren das Gefühl für das optimale Tempo. Kelly lebt auf seinem Landsitz in der Nähe Brüssels, gemeinsam mit seiner irischen Frau. Jeden Morgen hissen die beiden auf ihrem Hof mitten im belgischen Brabant die irische Fahne.

In diesem Jahr, sagen die französischen Journalisten-Kollegen, werde der Australier Phil Anderson die Tour de France gewinnen. Das hört sich an, als sei ein Känguruh Favorit für das Derby in Epsom. Dieser Phil Anderson wäre heute längst ein wohlbestallter Grafiker in Melbourne, wenn ihn nicht 1979 die abenteuerliche Idee gepackt hätte, seinen Lebensunterhalt künftig als Radfahrer zu verdienen. Als er damals zum ersten Mal mit dem Fahrrad über den Col d'Aubisque klettern mußte, konnte er die Nacht darauf nicht schlafen. Ihm raubte der Gedanke den Schlaf, augenblicklich einen Sofortflug nach Melbourne zu buchen – ohne Rückkehrmöglichkeit. Doch vom Aubisque aus ging kein Flugzeug nach Australien. So blieb Phil in Europa und biß sich durch. Bereits 1982 trug er bei der Tour de France neun Tage lang das Gelbe Trikot des Spitzenreiters – heute ist er längst ein Star.

Hans-Christian Andersen hätte dieses Märchen erfinden können: Ein Bauernsohn aus Jütland zieht in die weite Welt hinaus. Er arbeitet redlich. Doch dann trifft ihn das Schicksal wie mit Keulenschlägen. Krank liegt er danieder, und das Heimweh packt ihn schlimmer denn je. Doch dann naht das Happy-End: Ein reicher Mijnher aus Holland macht ihn zu seinem Sekretär, und der Bauernsohn aus dem fernen Jütland stellt sich derart geschickt an, daß alsbald ganz Paris seine Freude an ihm hat. Aus dem fernen Jütland reisen sie nun an, um den unaufhaltsamen Aufstieg einer der ihren mitzuverfolgen. Nur ein Märchen? Es ist die Geschichte des dänischen Rad-Profis Kim Andersen, der im vorigen Jahr als Adjutant des großen holländischen Tour-Siegers Joop Zoetemelk Karriere machte. Als er damals zum ersten Mal bei der Tour de France das Gelbe Trikot überstreifte, sagte sein französischer Teamchef Jean-Pierre Danguillaume ungerührt: „C'est la vie, Kim."

Star der Stars ist der Amerikaner Greg Lemond, Profi-Weltmeister der Straßenfahrer 1983. Gemeinsam mit dem französischen Tour-Überraschungssieger Laurent Fignon hat er den französischen Super-Star Bernard Hinault (Jahresverdienst: rund eine Million Mark) aus dem französischen Renault-Team hinausgeboxt. Mit 17 Jahren war Lemond nach Frankreich gekommen, um Radrennen zu bestreiten. Der Amateurclub US Créteil zahlte ihm rund 1800 Mark monatliche Unterstützung und mietete für ihn ein bescheidenes Appartement in Chapelle-sur-Erdre bei Nantes. Heute lebt der 22jährige gemeinsam mit seiner amerikanischen Frau Cathie und seinem Dackel „Hinault" im flämischen Courtrai. Er ist begeistert, weil er als am höchsten dekorierter Rad-Profi endlich auch dort wohnt, wo die Rennfahrer das meiste Ansehen genießen.

Kündigt SPD Konsens im NATO-Bündnis auf?

Egon Bahr im Zentrum einer innerparteilichen Debatte

PETER PHILIPPS, Bonn

An dem SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr und seinen Vorstellungen über eine Reform der westlichen Allianz scheint sich die weitere sicherheitspolitische Debatte in der SPD zu reiben. Die härtesten Gegenargumente kommen dabei von dem Bonner Friedensforscher Karl Kaiser, der bereits während der Nachrüstungsdebatte im vergangenen Herbst mit anderen SPD-Professoren vor einem „Ausfransen" gewarnt hatte.

In einem Beitrag für die „Zeit" unterstreicht Kaiser, daß die SPD „ungeachtet der Turbulenzen über den NATO-Doppelbeschluß den seit 1960 bestehenden sicherheitspolitischen Konsens, namentlich das Festhalten am Bündnis und der Westorientierung, nachhaltig bekräftigt" habe. Aber die SPD stehe gegenwärtig vor der Gefahr, diesen Konsens zu verlassen. Dies, so Kaiser, zeigten Egon Bahrs Überlegungen über die „atomaren Klassenunterschiede" in Europa. Seit der Diskussion über die Neutronenwaffe habe Bahr „die Erosion der sicherheitspolitischen Basis der SPD/FDP-Koalition und den langsamen Abfall der SPD vom Nachrüstungsbeschluß mit entscheidenden Stichworten und Konzepten" bereits beeinflußt.

Eine Generalrevision

Bahr habe zwar eine „entscheidende Niederlage" einstecken müssen. Die zuständige Parteikommission habe *es im Januar „nach einer teilweise* heftigen Diskussion" abgelehnt, den Vorschlag in den Leitantrag für den Essener Parteitag im Mai aufzunehmen, daß alle Kernwaffen grundsätzlich vom Boden der Staaten zurückzuziehen seien, die darüber nicht verfügen. Das Abstimmungsergebnis habe das Bemühen der Parteiführung widergespiegelt, „ein weiteres Abrutschen der SPD aufzuhalten". Aber Bahr schiebe diese Mehrheitsentscheidung beiseite, „um über öffentliche Meinungsbekundungen den bevorstehenden Parteitag auf seine Seite zu ziehen".

Es gehe, so Kaiser, „um mehr als den Rückzug von Kernwaffen aus Nichtkernwaffenstaaten". Bahrs Überlegungen liefen „auf nichts weniger als eine Generalrevision der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland" hinaus. Die Bewaffnung der Sowjetunion, „mit der sie das gesamte westeuropäische Vorfeld mit Raketen erreichen kann, bleibt unberührt, während sich die Gegenmacht USA zurückziehen muß". Damit gingen die Forderungen des SPD-Bundestagsabgeordneten noch weit über die Forderungen der Friedensbewegung hinaus. Kaiser: „Die Forderung nach einer derartig extremen Asymmetrie zwischen Ost und West ist nur nachvollziehbar, wenn man die politische Auswirkung der sowjetischen Machtprojektion nicht verstehen kann oder will." Die bei Bahr und anderen Sozialdemokraten wie Günter Gaus „feststellbare Sehnsucht nach der Strategie der massiven Vergeltung" bedeute eine „Einladung zur völligen Verunsicherung Zentraleuropas: Begrenzte Aggressionen werden wieder möglich; Berlin wäre nicht mehr haltbar, konventioneller Krieg wieder wahrscheinlicher".

„Letztlich Pappwände"

Kaiser wirft Bahr vor, daß es sicherlich bei ihm „treffliche Schutzzitate" gebe, die das Bekenntnis zum Bündnis belegten, daß dies aber in Wirklichkeit „letztlich Pappwände" seien, hinter denen eine andere Wirklichkeit sichtbar werde: „Die Vorstellung eines sich abkapselnden und die Veränderung der Nachkriegsverhältnisse bewirkenden Deutschlands." Die Debatte in der Sozialdemokratie über die Nachrüstung habe „am Ende zwar die Bindung zur NATO bekräftigt, jedoch auch einiges Grundgestein gelockert".

Auf dem Parteiforum „Selbstbehauptung Europas" hatte Bahr am *Dienstagabend davon gesprochen,* daß die Sowjetunion zur Zeit „ihre Mittel zur Bedrohung" Westeuropas erhöhe. Die Bundesrepublik Deutschland sei „auf dem Gebiet der Sicherheit ein Kleinststaat", unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Kraft, und es gebe deshalb auch „keine Sicherheit außerhalb der Bündnisse, die heute Sicherheit für Europa bedeuten".

Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat jetzt in der SPD-Theoriezeitschrift „Neue Gesellschaft" den von den SPD-Professoren gegen Bahr und andere Mitglieder der Parteiführung erhobenen Vorwurf zurückgewiesen, sie verschwiegen die Bedrohung durch die Sowjetunion und hätten sich in eine Äquidistanz zu den beiden Großmächten begeben. Glotz: „Wir haben nicht den gleichen Abstand, da wir ja zum westlichen Bündnis gehören." Aber die SPD sei nicht zu einer „Re-Ideologisierung des Ost-West-Konflikts bereit".

Strategischer Schutzschild im Weltraum

● Fortsetzung von Seite 1

schungs- und Entwicklungsarbeiten so schnell wie möglich voranzutreiben. Jedes Jahr könne möglicherweise neue Aussichten für die Lösung der noch offenen Probleme bringen, so daß man unter Umständen viel eher am Ziel sei als man bisher annehmen könne. Aus diesem Grund legte sich der Pentagon-Chef auch nicht auf einen Termin für die Entwicklung des Abwehrsystems fest. Präsident Reagan hatte vor einem Jahr davon gesprochen, daß eine Abwehr von Raketen gegen Ende dieses Jahrhunderts möglich erscheine.

Der US-Kongreß hat bisher erst zwei Milliarden Dollar an Mitteln für die Forschungsarbeiten bereitgestellt. Ob sich Mehrheiten für die in den nächsten fünf Jahren erforderlichen 25 Milliarden Dollar finden werden, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Ein in diesem Monat veröffentlichter Bericht unabhängiger Wissenschaftler könnte die Diskussion im Kongreß negativ beeinflussen. Die Studie kam zu dem Schluß, daß eine lückenlose Verteidigung der amerikanischen Bevölkerung gegen feindliche Raketenangriffe „technisch unerreichbar" sei. Jedes bisher bekannte technische System könnte nach dieser Darstellung vom Angreifer durch jeweils billigere Methoden unterlaufen werden.

Innerhalb der Regierung konzentrieren sich die Überlegungen inzwischen in erster Linie auf Systeme, die die eigenen Raketenfelder gegen feindliche Angriffe absichern könnten. Dies, so wird argumentiert, würde dem Gegner die Möglichkeit eines erfolgreichen Erstschlags nehmen. Ein solches begrenztes System allein könnte daher stabilisierend wirken.

Ein Luftwaffen-General, der sich als Leiter des Raumfähren-Programms der zivilen amerikanischen Weltraumbehörde Nasa einen Namen gemacht hatte, soll künftig das militärische Forschungsprogramm dirigieren. Generalleutnant James Abrahamson wurde am Dienstag im Pentagon von Weinberger als Direktor des 25-Milliarden-Dollar-Programms vorgestellt.

Der 50jährige General, der früher Testpilot war und unter anderem einst auch als Astronaut ausersehen war, hat einen hervorragenden Ruf als Manager. Jetzt soll er diesen Ruf erneut beweisen, indem er die bisher stark zersplitterten Kompetenzen für die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems in einer Hand vereinigt und dem Programm die Richtung weist.

UdSSR baut Atomwaffenlager aus

4000 Sprengköpfe in Osteuropa / Neue Stellungen für SS-20-Raketen werden eingerichtet

C. v. BROCKDORFF, Brüssel

Die Vereinigten Staaten haben zum erstenmal offiziell bekanntgegeben, daß die Sowjetunion im nichtsowjetischen Teil Osteuropas 4 000 Atomsprengköpfe gelagert hat. Dabei handele es sich um Atomwaffen für Kurzstrecken-Raketen, Flugzeuge und Artilleriegeschütze. Dies gab der stellvertretende amerikanische Außenminister Richard Burt in Brüssel nach einer Tagung der besonderen Konsultationsgruppe der NATO-Staaten bekannt.

Burt teilte gleichzeitig mit, daß die Sowjetunion an drei neuen Stellungen für ihre 5 000 Kilometer weit reichende SS-20-Rakete arbeitet. Nach deren Fertigstellung werde die Sowjetunion insgesamt über 405 SS-20-Starter mit 1 215 Atomsprengköpfen verfügen. Zwei der neuen Stellungen würden ostwärts des Urals gebaut, eine westlich davon. SS-20-Raketen sind jedoch nur auf sowjetischem Territorim - und nicht außerhalb - stationiert.

Die Mitteilung Burts, daß in osteuropäischen Staaten, vornehmlich der „DDR" und Tschechoslowokei, 4 000 sowjetische Atomsprengkörper gelagert seien, hat in der NATO überrascht. Bisher ist dies Zahl nie öffentlich genannt worden. In der NATO wurde immer wieder auf die hohe Zahl der Trägerwaffen verwiesen, mit denen Atomsprengköpfe ins Ziel gebracht werden könnten. Nie aber war direkt von der Zahl der sowjetischen Sprengköpfe in Osteuropa die Rede.

Beobachter in Brüssel vertraten die Ansicht, Washington habe sich zur öffentlichen Nennung der Zahl entschlossen, um Moskau unter Druck zu setzen, damit die UdSSR wieder an den Verhandlungstisch in Genf zurückkehrt, den sie einseitig im November verlassen hatte. Die Sowjetunion hat stets auch bestritten, daß in Osteuropa außerhalb der sowjetischen Grenzen Atomwaffen gelagert seien. Burt nannte diese Behauptung „unglaublich".

Im Namen der Konsultationsgruppe, in der die Abrüstungsdirektoren der Außenministerien der NATO-Staaten vertreten sind - für die Bundesrepublik Deutschland Botschafter Friedrich Ruth - wiederholte Burt die Bereitschaft Washingtons zur sofortigen Wiederaufname der Genfer Gespräche. Er appellierte an die Sowjetunion, dem NATO-Appell zu folgen.

Nach Burts Worten hat die Sowjetunion im nichtsowjetischen Teil Osteuropas 1 600 Flugzeuge stationiert, die ausgerüstet seien, die Atombombe abzuwerfen. Ferner verfüge Moskau in diesem Gebiet über „hunderte" von nuklearfähigen Artilleriegeschützen. Dazu gehörten neue Raketen mit einer Reichweite von 900 Kilometern, sowie „FROG"-Raketen mit 120 Kilometern Reichweite. In der „DDR" seien 40 Nachfolgemuster der „FROG" eingetroffen, die als SS-21 bekannt sind.

Der überraschende Hinweis Burts auf die sowjetischen Sprengköpfe hatte aber vermutlich noch einen anderen Hintergrund. Er könnte nach Ansicht von Beobachtern auch im Hinblick auf die Entwicklung in den Niederlanden gegeben worden sein.

In der Allianz blickt man mit wachsender Beunruhigung nach Den Haag, wo die Regierung Lubbers unter dem Druck der Kirchen und eigener Christdemokraten steht, sich der geplanten Stationierung von 48 Cruise Missiles zu versagen. In der NATO würde man eine Absage der Niederlande für einen Rückschlag für die gesamte Allianz halten. Wenngleich in Brüssel mit Nachdruck auch darauf hingewiesen wird, daß Hollands politischer Einfluß in einem solchen Fall im Bündnis erhebliche Einbußen erfahren würde. (SAD)

Bischof auf Distanz zu Raketen-Gegnern

Vor dem Weinberger-Besuch in Den Haag: Regierung tadelt Sowjetbotschafter

SAD, Den Haag

Am Vorabend eines kurzen Besuchs von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger in Den Haag hat gestern der Bischof von Rotterdam, Bär, Aufsehen erregt: Der katholische Oberhirte distanzierte sich von einem Aufruf des „Niederländischen Rats der Kirchen", der sich scharf gegen die geplante Raketenstationierung in dem NATO-Land ausspricht. Dieser Rat, in dem elf Religionsgemeinschaften mit insgesamt neun Millionen Mitgliedern zusammenwirken, hatte alle politischen Verantwortlichen des Landes aufgefordert, die Aufstellung von Cruise Missile nicht zuzulassen.

Bischof Bär, der auch als höchster Seelsorger der niederländischen Streitkräfte amtiert, wies darauf hin, daß die Mitwirkung der katholischen Kirche an diesem Appell keineswegs von allen Bischöfen gedeckt werde. „Jeder Katholik", so Bär, „der aufgrund seiner eigenen Überzeugung und Gewissensentscheidung die Stationierung nicht ablehnt, hat auch aus der Sicht der Kirche das Recht zu *einer solchen Haltung*".

Kritik an den Antiraketenaufrufen kam auch vom „Interkirchlichen Komittee für zweiseitige Abrüstung". Sein Sprecher sagte: „Diese Appelle gehen einfach vorbei an der Gewissensnot einer sehr großen Gruppe von Gläubigen, die aufgrund ihres eigenen ethischen Urteils und ihrer eigenen Einschätzung der politische-militärischen Situation eine Stationierung der Mittelstreckenraketen befürworten".

In einer ungewöhnlich scharf formulierten Stellungnahme hat der Sprecher des niederländischen Außenministeriums dem sowjetischen Botschafater in Den Haag, Beletzki, der Einmischung in innere Angelegenheiten seines Gastlandes beschuldigt. Auf einer von der Universität Nimwegen organisierten Veranstaltung hatte Beletzki erklärt, die Sowjetunion werde niemals Atomwaffen gegen holländische Ziele einsetzen, wenn die Niederlande eine Stationierung der US-Marschflugkörper auf ihrem Territorium verweigern.

Der Sprecher des Haager Außenministeriums bezeichnete diese Worte des Botschafters als „unpassende Drohung" und als eine Form „politischer Erpressung". Er stellte die rhetorische Frage, ob Beletzki damit etwa sagen wollte, daß ein sowjetischer Atomangriff bevorstehe, wenn die maximal 48 Marschflugkörper in Holland stationiert werden. Bei der Rede des sowjetischen Missionschefs handele es sich um jeinen unzulässigen Versuch, die öffentliche Diskussion in den Niederlanden über das Raketen-Thema zu beeinflußen. Im Juni sollen Regierung und als letzte Instanz das Parlament über die Beteiligung Hollands an der NATO-Nachrüstung entscheiden.

Weinberger besucht am Donnerstag Den Haag als Unterbrechung seiner Anreise zur Tagung der nuklearen NATO-Planungsgruppe in der Türkei. Politische Beobachter in Holland vermuten, daß Weinberger bei seinen geheimen Gesprächen mit niederländischen Regierungsmitgliedern die These vertreten werde, es käme nicht auf die Zahl von 48 Cruise Missile an, sondern, daß sich die Niederlande nicht durch eine Verweigerung der Stationierung von der NATO distanzieren.

Lambsdorff gibt Verstoß gegen Parteiengesetz zu

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat während seiner Zeit als Schatzmeister der nordrhein-westfälischen FDP gegen das Parteienfinanzierungsgesetz verstoßen. So wurden entgegen den Vorschriften die Namen von Spendern nicht der Bundespartei für deren Rechenschaftsbericht mitgeteilt. Vor dem Flick-Untersuchungsausschuß sagte Lambsdorff gestern auf die Frage von Otto Schily (Grüne), ob dies „bewußt" geschehen sei: „Ja, Sie können davon ausgehen." Damals sei die Offenlegung von Spendern bei allen Parteien „allgemein nicht üblich" gewesen.

Zu Beginn seiner dritten Vernehmung warf er dem „Spiegel", es gehe dem Magazin nur noch um „Denunziationen". So habe ein „Spiegel"-Redakteur der Bonner Staatsanwaltschaft am 12. März 1984 unter Berufung auf zwei Zeugen mitgeteilt, er hätte im Februar/März 1982 gegen Mitternacht in Düsseldorf Schriftstücke vernichtet. Die Staatsanwaltschaft hätte, „obwohl sie ihre Ermittlungen schon im November vorigen Jahres abgeschlossen hatte", bei der sofortigen Zeugenvernehmung festgestellt, daß an der Anschuldigung „kein wahres Wort ist".

In einer dreiseitigen Erklärung, mit der „Fehlinterpretationen oder Mißverständnisse" vermieden werden sollten, stellte Lambsdorff zu Zahlungen des Flick-Konzerns an die NRW-FDP klar, daß die Beträge auf Konten von dem Landesverband nahestehenden Institutionen eingegangen seien. *Lambsdorff lehnte unter Berufung* auf das laufende Parteispendenverfahren wiederholt Detailfragen ab. Er bekräftigte erneut, „als Amtsträger" keine Flick-Spenden entgegengenommen zu haben. Es seien aber „gelegentlich" Schecks von Dritten „ohne mein Zutun" eingegangen. Die „Aquisition" von Spenden hätte er nicht mehr vorgenommen. An Gesprächen der FDP-Spitze mit der Wirtschaft, bei denen allenfalls auf finanzielle Probleme der Partei generell hingewiesen worden sei, habe er als FDP-Vorstandsmitglied teilgenommen.

Massiv setzte er sich gegen Beschuldigungen der früheren Sekretärin des jetzigen Landeschatzmeisters Hans Gattermann, Gertrud Rech, zur Wehr. In einer vorbereiteten Neun-Punkte-Erklärung meinte Lambsdorff, sie sage notorisch die Unwahrheit, sei seit Jahren vernehmungsunfähig und wegen Verleumdung verurteilt.

Falsche Erwartungen

Ha. (Brüssel) – Recht daran getan hat die EG-Kommission, daß sie ihre vor einem Jahr begonnenen Sondierungsgespräche über ein Handelsabkommen der Gemeinschaft mit Ungarn nicht an die große Glocke gehängt hat. Inzwischen ist nämlich deutlich geworden, daß beide Seiten sehr unterschiedliche Vorstellungen vom Inhalt einer derartigen Übereinkunft haben.

Die Ungarn verlangen bei gewerblichen Erzeugnissen die gleiche Behandlung wie die Mitglieder des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt). Im Agrarbereich hoffen sie die Brüsseler Marktordnungsbestimmungen unterlaufen zu können. Sie selbst wollen der EG jedoch nicht den Grundsatz der Reziprozität zuerkennen und verweigern der Gemeinschaft auch eine Schutzklausel. Selbst wenn man den niedrigeren Entwicklungsstand ihrer Wirtschaft berücksichtigt, sind diese Bedingungen überzogen.

Allerdings hat die Kommission von vornherein gewußt, daß sich Budapest nicht mit einer nichtssagenden Vereinbarung zufriedengeben würde, die der EG zwar die politische Anerkennung bringen, aber keine handelspolitischen Opfer abverlangen würde. Bevor sie ihre Konsultationen aufnahm, versuchte die Kommission daher, sich bei den Außenministern Klarheit über deren Konzessionsbereitschaft zu verschaffen.

Jetzt wird es darauf ankommen, falsche Erwartungen zurechtzurükken. Dafür ist wichtig, daß die Gespräche nicht ins politische Rampenlicht geraten. Publizität schadet ebenso wie hektische Betriebsamkeit. Freilich sollte sich die Gemeinschaft nicht hinter einer protektionistischen Wand verstecken.

Argentinien fehlt Weitsicht

Von KAREN SÖHLER

Die Euphorie, mit der sich die Argentinier im Dezember vergangenen Jahres – nach acht Jahren Militärherrschaft – in das Abenteuer Demokratie gestürzt haben, hätte dem neuen Präsidenten Raúl Alfonsín und seinen Ministern eine hervorragende Startbasis geboten, die Wirtschaft des Landes in eine neue Richtung zu lenken. Denn die Festigung der Demokratie hängt nicht zuletzt von der wirtschaftlichen Erholung ab, die aber nur gelingen kann, wenn die Regierung ein klares, schlüssiges Konzept vorlegt, das Vertrauen im In- und Ausland schafft.

Jedoch muß darauf offensichtlich weiter verzichtet werden. Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun beschränkte sich bisher auf zahlreiche Absichtserklärungen. In dem zum Jahreswechsel verabschiedeten Maßnahmenbündel zur wirtschaftlichen Sanierung und dem in der vergangenen Woche vorgelegten Haushaltsentwurf waren aber nicht einmal gute Vorsätze erkennbar. Klar sind lediglich die für 1984 gesteckten Ziele: Haushaltsdefizit von derzeit 14 Prozent auf vier Prozent des Bruttosozialprodukts zu reduzieren, Inflationsrate von 436 Prozent im vergangenen Jahr auf 130 Prozent zu senken, Wachstum nach einem Prozent 1983 auf fünf Prozent anzuheben. Und es steht zu befürchten, daß diese Ziele nicht durch das Freisetzen produktiver Kräfte erreicht werden sollen, sondern durch staatliche Eingriffe und mehr Dirigismus.

Bislang hat sich die Regierung mit *Ad-hoc-Maßnahmen* begnügt: Einkommens-, Tarif- und Zinsgefüge, eventuelle Abwertungen, Preise und Importvorschriften werden monatlich neu geregelt. Ein längerfristiges Programm fehlt bisher völlig. Vor Mitte des Jahres wird es auch nicht erwartet. Kein Wunder, wenn zahlreiche Unternehmer mit Kritik nicht sparen. Für sie bleibt ungewiß, auf welcher Grundlage sie planen sollen.

Die ständige Unsicherheit, was der nächste Monat bringen wird, hemmt die für Strukturänderungen notwendige Investitionsfreude der Unternehmer und schreckt potentielle ausländische Investoren ab. Das kann nicht im Sinn der neuen Regierung sein. Denn schon im vergangenen Jahr schrumpften die ausländischen Direktinvestitionen um 53,1 Prozent auf 283,3 Millionen Dollar. Daß die neue Regierung zusichert, ausländischen Investoren eine liberale Haltung entgegenzubringen, ändert wenig an diesem undurchsichtigen Gebaren.

Ein solches Verhalten kann sich Argentinien im Grunde gar nicht leisten. Die argentinische Wirtschaft steckt so tief im Sumpf, daß es sich ohne Hilfe von außen daraus nicht befreien kann. Die relativen Exporterfolge – drei Milliarden Dollar Handelsbilanzüberschuß 1983 bei einer Auslandsverschuldung von knapp 45 Milliarden Dollar – beruhen nämlich im wesentlichen auf den Erträgen im landwirtschaftlichen Sektor und auf der Importdrosselung, die in diesem Jahr mit Sicherheit nicht aufrechterhalten werden können. Denn die Begrenzung bezog sich nicht nur auf „überflüßige Konsumware, sondern auch auf für Unternehmen wichtige Investitionsgüter.

Die verarbeitende Industrie befindet sich in einer schwierigen Situation: Die Fabriken sind veraltet, die Unternehmen verfügen nur über klägliche Reserven, sie sind überwiegend unterkapitalisiert und werden von den Banken oftmals nur mühsam über Wasser gehalten. Um diese Strukturschwäche zu überwinden, braucht das europäischste Land Südamerikas ausländische Unternehmer und ausländisches Kapital für den gezielten *Aufbau* brachliegender Wirtschaftszweige.

Daß Argentinien sich in dieser Situation trotz vorhandener Devisenreserven weigert, die am 31. März fälligen Schulden zu begleichen und stattdessen seine Gläubiger unter Druck setzt, ist unverständlich und kurzsichtig. Denn auch dieses Land der südlichen Hemisphäre wird noch über Jahre Kreditnehmer bleiben und auf die Unterstützung von multilateralen Institutionen, Regierungen und Geschäftsbanken angewiesen sein. Wenn überhaupt könnte Argentinien höchstens einen Pyrrhus-Sieg davontragen.

AGRARPOLITIK / Kiechle: Die Garantiemengenregelung war schon längst fällig

Auf die Landwirtschaft kommen jetzt drei bis vier schwierige Jahre zu

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Landwirtschaft steht nach Ansicht von Ernährungsminister Ignaz Kiechle vor drei bis vier schwierigen Jahren. Die einseitige wachstumsorientierte EG-Agrarpolitik der siebziger Jahre müsse korrigiert werden. Denn die Überschüsse saugten jegliche freie Finanzmasse in der EG auf.

Um die Produktion zu steuern, hätte die EG die Garantiemengenregelung, die jetzt bei Milch eingeführt werden soll, schon lange haben müssen. Die Garantiemengenregelung - Ignaz Kiechle vermied auch gestern bei der Einbringung des Agrarberichts 1984 im Bundestag das Wort Quote - sei „eine Zukunftslösung für die Landwirtschaft, da sie die Voraussetzung für eine an Kosten und Inflationsraten orientierte Preispolitik ist". Die Garantiemenge für Milch betrage fünf Jahre lang 97,8 Millionen Tonnen. Während einer einjährigen Übergangszeit 1984/85 werde die Menge allerdings um eine Million Tonnen höher angesetzt. Um dies zu finanzieren, werde die Mitverantwortungs-Abgabe der Erzeuger für ein Jahr um ein auf drei Prozentpunkte angehoben.

Für die Quotenregelung müßten noch zahlreiche technische Details entschieden werden, definitiv lasse sich sagen, daß in der Bundesrepublik 1983 als Referenzjahr für die einzelbetrieblichen Garantiemengen zugrundegelegt werde, um die Härtefälle zu begrenzen. Es werde überlegt, je nach der Produktiossteigerung zwischen 1981 und 1983 die Quoten für die Landwirte in unterschiedlichem Maße zu verringern. Ein Handel mit Garantiemengen sei nicht vorgesehen. Eine Übertragung solle jedoch beim Verkauf des Betriebes oder von Teilflächen möglich sein. Überlegt werde auch, ob durch die Gewährung einer zeitlich begrenzten Rente die EG-Kommission Quoten aus dem Markt herauskaufen kann, um die Milchproduktion weiter zu drücken.

Die Garantiemengenregelung sei ein hundertprozentiges Mittel, um zumindest bei der Milchproduktion künftig Agrarfabriken zu verhindern. Denn bei dieser Regelung gebe es kein unkontrolliertes Mengenwachstum mehr. Der bäuerliche Familienbetrieb stehe im Zentrum der agrarpolitischen Bemühungen der Bundesregierung. Die Anhebung der Vorsteuerpauschale von acht auf elf Prozent, wodurch die Preissenkungen aufgrund des vorgesehenen Abbaus des Grenzausgleichs ausgeglichen werden sollen, bedeute ebenfalls eine starke Stütze für die bäuerliche Veredelungsproduktion, da nur sie in diese Regelung einbezogen wird.

Überhaupt sei beim Abbau des Grenzausgleichs ein Kompromiß gefunden worden, ohne daß die deutschen Bauern die Zeche bezahlen müssen. Außerdem habe sich die EG zu einem System durchgerungen, das neue Währungsausgleichsbeträge nur noch in Abwertungsländern entstehen läßt. In diesem Zusammenhang ging Kiechle auf die dadurch ausgelösten Anreize für die Produktion und für die Auswirkungen auf die Inflation nicht ein. Beim Währungsausgleich und beim Garantiemengenmodell habe sich die deutsche Position durchsetzen lassen. Bei den eigentlichen Preisverhandlungen sei nicht mehr als eine quasi Nullrunde möglich gewesen.

AUF EIN WORT

„Es gibt sicherlich technische Bereiche, in denen andere Nationen einen Vorsprung haben. Aber es gibt auch Bereiche, in denen die deutsche Industrie ganz klar die Führung hält, mit ganz moderner Technologie."

Dr. Hans Albers, Vorstandsmitglied der Carl Schenck AG, Darmstadt
FOTO: DIE WELT

ERNÄHRUNG

Nach Stagnation wieder Wachstum

HENNER LAVALL, Bonn

Das spürbar bessere Konsumklima läßt die deutsche Ernährungsindustrie für 1984 wieder ein leichtes Wachstum erwarten, nachdem im vergangenen Jahr allenfalls eine Stagnation zu verzeichnen war. Arend Oetker, der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), bezifferte gestern in Bonn den Umsatz der Branche auf 148,4 Milliarden Mark, ein Plus von nominal 1,6 Prozent gegenüber 1982. Allerdings habe bei den 36 BVE-Fachverbänden mit ihren rund 4500 Betrieben bereits im zweiten Halbjahr 1983 ein Aufschwung eingesetzt, mit dessen Fortsetzung man jetzt rechne.

Verschärfter Wettbewerb im Handel und in der Industrie drückten nach Oetkers weiteren Worten im Berichtsjahr erheblich auf die Preise. Dadurch habe die Ernährungswirtschaft zwar wesentlich zur Preisstabilität beigetragen, dies sei aber nicht freiwillig geschehen. Die notwendigen Rationalisierungen führten zu einem Abbau der Beschäftigten um 16 200 auf nunmehr 434 000 Personen. Oetker *wollte nicht ausschließen*, daß der Beschäftigtenabbau sich auch im laufenden fortsetzt, wenn auch in geringerem Maße.

Viel hänge von den leider noch ungelösten Fragen der Europäischen Gemeinschaft (Haushalt und Agrarpolitik) und den damit zusammenhängenden protektionistischen Gefahren ab. Dies gelte gerade für den Export der Ernährungsindustrie, der im zweiten Halbjahr 1983 ebenfalls wieder zulegen konnte. Eindeutige Chancen für weitere Ausfuhrsteigerungen sieht Oetker bei den hochveredelten Produkten wie Süßwaren und Feinkosterzeugnissen.

KOOPERATION

EG-Vermittlung hat sich bewährt

WILHELM HADLER, Brüssel

Als eine nützliche Einrichtung hat sich erneut das von der EG-Kommission geschaffene Büro für Unternehmenskooperation erwiesen. Nach einer Mitteilung der Brüsseler Behörde nahm das „Heiratsbüro" im Zeitraum zwischen 1980 und 1983 fast 2000 Anfragen von Firmen aus der Gemeinschaft entgegen, die Interesse an einer Zusammenarbeit mit anderen EG-Unternehmen hatten.

Die organisatorisch unabhängige Informations- und Vermittlungsstelle hat sich vor allem zwei Ziele gesetzt:

- Eine breite Unterstützung von *Klein- und Mittelbetrieben* aus den beitrittswilligen Ländern bei ihren Bemühungen um eine Anpassung an die Marktbedingungen in der Gemeinschaft sowie
- technische Hilfestellungen bei der Knüpfung von grenzüberschreitenden Kontakten zwischen Klein- und Mittelbetrieben innerhalb der EG.

Dabei zeigte sich, daß von den damaligen Beitrittskandidaten Griechenland die Dienste des Büros am besten genutzt hat. Von *griechischen* Firmen wurden 299 Informations- und Vermittlungsanfragen nach Brüssel gerichtet, verglichen mit 96 aus Spanien und 54 aus Portugal.

In den kommenden Jahren will sich das Büro auf die Fortführung seiner bisherigen Arbeit konzentrieren. Zur Erweiterung und Verbesserung der Verbreitung von Informationen ist vor allem die Umstellung auf moderne Informationstechniken so wie die eventuelle Schaffung eines europäischen Netzes für den Informationsaustausch im Bereich der Unternehmenszusammenführung vorgesehen.

PRIVATE HYPOBANKEN

Kritik an Bonner Plänen für die Eigenheimförderung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Einen Kapitalmarktzins im Korridor von 7½ bis 8½ Prozent für Papiere mit zehnjährigen Laufzeiten erwartet der Verband deutscher Hypothekenbanken im Verlauf dieses Jahres, wobei eher mit Über- als mit Unterschreitungen gerechnet werden müsse. Natürlich wären niedrigere Zinsen wünschenswert, meinte Verbandsvorsitzender Hans Günther Schönmann vom Vorstand der Bayerischen Vereinsbank, doch seien acht Prozent bei Aufrechterhaltung der derzeitigen Geldwertstabilität ein vernünftiger Kompromiß zwischen den Interessen der Anleger und Kreditnehmer.

Dem Argument, der fünfprozentige Realzins sei zu hoch, hält Schönmann entgegen, daß sich die Anleger nicht an punktuellen Tagessätzen orientieren, sondern daß sie auch die ungewisse Zukunft, für die wieder Inflationsraten von fünf Prozent und mehr prognostiziert werden, in ihre Überlegungen einbeziehen. Schönmann ermutigte die Akteure am Kapitalmarkt, sich innerhalb des von den USA unabhängigen eigenständigen Zinsspielraums nicht durch einen hausbackenen Zitterkurs verrückt machen zu lassen, zu dem der Kaninchenblick auf die täglichen Dollar-Kursschwankungen verleitet.

Im Wohnungsbau, zu dessen Finanzierung die privaten Hypothekenbanken im letzten Jahr 18,5 Milliarden Mark (+ 14 Prozent) beigesteuert haben, überwiege inzwischen an vielen Teilmärkten das Angebot. Damit wachse die Gefahr, daß am Bedarf vorbeigebaut wird, auch in durchschnittlichen Lagen. In der Diskussion um die Förderung von Wohnungseigentum ist dem Verband die Freude an Neuem mangels finanzieller Masse vergangen; er plädiert daher für finanziell mögliche Verbesserungen der bisherigen 7b-Regelungen statt umstrittener neuer Lösungen.

Scharfe Kritik übt der Hypothekenverband an der von der Bundesregierung geplanten Einbeziehung der Hypothekenbanken in die Konzernkonsolidierung im Rahmen eines novellierten Kreditwesengesetzes und an einer gänzlichen oder teilweisen *Aufhebung der Emissionsgenehmigung*, die der Paragraph 795 des BGB vorschreibt. Mit der Konsolidierung bekämpfe der Gesetzgeber das Risiko am falschen Ort. Die Konsolidierungsmethode des Gesetzentwurfs wie der Anlaß für die Einbeziehung der Hypothekenbanken überhaupt stelle die Seriosität der Bonner Absichten in Frage.

Für sehr gefährlich hält Schönmann die Absicht, die Genehmigungspflicht für die Emission von Inhaberschuldverschreibungen aufzuheben, die unter „nachgeschobenen inhaltslosen, aber wie ein Kaugummi an der Hose klebenden Schlagworten Liberalisierung und Deregulierung" propagiert würden. Damit würde nur der Ausbeutung des Publikums durch Schwindelunternehmen Tür und Tor geöffnet.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

DIW kritisiert die Bundesbank-Politik

Berlin (VWD) – Eine kritische Bilanz der Geld- und Währungspolitik der Bundesbank zieht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Wochenbericht. Im vergangenen Jahrzehnt sei die Bundesbank den von ihr Mitte der 70er Jahre als richtig anerkannten Grundsätzen einer am Wachstumspotential orientierten, relativ stetigen Geldpolitik häufig untreu geworden. Allzu oft habe sie de facto eine prozyklische Politik verfolgt. Immer wieder habe sie mit ihren Aktionen auf konjunkturelle Spätindikatoren, vor allem die Inflationsrate und die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, reagiert. Die Maßnahmen der Bundesbank, die mit erheblicher Verzögerung zum Tragen kommen, hätten oft zum falschen Zeitpunkt gewirkt.

Commerzbank: Sechs DM

Frankfurt (dpa / VWD) – Die Commerzbank AG wird nach drei dividendenlosen Jahren erstmals wieder eine Ausschüttung vornehmen. Nach Angaben der Bank schlägt die Verwaltung der Hauptversammlung am 18. Mai in Hannover eine Dividende für das Geschäftsjahr 1983 von sechs Mark je 50 DM-Aktie vor. Zuletzt hatte die Commerzbank 1979 eine Dividende von 8,50 Mark gezahlt. Außerdem werden wie im Vorjahr wieder 50 Mill. Mark den offenen Rücklagen zugeführt. Der Jahresüberschuß des Commerzbank-Konzerns hat sich 1983 mit 213 Mill. Mark – nach 107 Mill. Mark im Vorjahr – fast verdoppelt. Mit den Rücklagen-Zuführungen bei den Tochter-Instituten erhöht sich das Eigenkapital aus dem Jahresergebnis 1983 um insgesamt 122 auf 2917 Mill. Mark.

Fast acht Prozent Rendite

Frankfurt (cd.) – Über vierjährige Kassenobligationen hat der Bund 1,26 Mrd. DM aufgenommen. Die zum Mindestzins von 7,5 Prozent angebotenen Titel wurden zum Kurs von 99,4 Prozent zugeteilt, was einer Rendite von 7,68 Prozent entspricht.

Aufschwung selbsttragend

Frankfurt (AP) – Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik ist nach Ansicht von Bundesbankvizepräsident Helmut Schlesinger inzwischen selbsttragend, die gesamtwirtschaftliche Lage der Bundesrepublik erscheine gegenwärtig „nahezu optimal". Dies dürfe aber nicht über „grundlegende Schwächepositionen unserer Wirtschaft hinwegtäuschen". Der Bundesbankpräsident verwies auf die unbefriedigende Finanzierungsstruktur, vor allem auf die schwache Eigenkapitalbasis der Unternehmen und die Konsequenzen für Investitionen und Wachstum sowie die damit verbundene überhöhte Beanspruchung der Wirtschaft und des Kapitalmarktes durch die öffentliche Hand.

Gegen Verstaatlichungen

Straßburg (dpa / VWD) – Das Europäische Parlament hat sich entschieden gegen Verstaatlichungen ausgesprochen. In einer Kampfabstimmung wurde die EG-Kommission aufgefordert, einen Bericht über Ausmaß und Folgen der Verstaatlichungen für den gemeinsamen Markt zu erstellen und zu veröffentlichen. Dabei soll die Kommission insbesondere die Auswirkungen der Banken-Verstaatlichungen in Frankreich auf den Wettbewerb im europäischen Kreditgewerbe untersuchen.

Kreditwürdigkeit geprüft

New York (AP) – Die USA, die Schweiz und Japan sind nach einer Umfrage des amerikanischen Fachblattes „Institutional Investor Magazine" die kreditwürdigsten Länder. Die Bundesrepublik Deutschland liegt in dieser Übersicht an vierter, Österreich an zehnter Stelle. Die Umfrage wurde im März bei rund 100 *internationalen Kreditinstituten* durchgeführt.

Mehr Kernkraft

Zürich (AP) – Im vergangenen Jahr haben nach Mitteilung der schweizerischen Informationsstelle für Kernenergie weltweit 23 neue Kernkraftwerke die Produktion aufgenommen. Am Jahresende waren somit 301 Kernkraftwerkblöcke mit einer Gesamtbruttoleistung von 203 171 Megawatt in Betrieb. Ohne die Ostblockländer stieg die Bruttostromproduktion der Kernkraftwerke gegenüber 1982 um 11,3 Prozent.

Handelsschranken beklagt

Punta del Este (rtr) – Lateinamerikanische Minister und Zentralbankchefs haben auf der Jahrestagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IADB) in Uruguay für eine Langzeitstrategie zur Lösung der akuten Schuldenprobleme plädiert. Die meisten der Delegierten stimmten IADB-Präsident Antonio Ortiz Mena zu, der die Industrienationen zu einem Abbau der Handelsschranken und zu weiteren Krediten an die Länder Lateinamerikas aufgefordert hatte, um den Schuldnern vernünftige Exportchancen zu verschaffen, mit dem sie dann ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen können.

SOZIALER WOHNUNGSBAU

Bei der Kostenmiete wird Mischkalkulation erwogen

GISELA REINERS, Bonn

Auf Fachebene werden im Bundesbauministerium Überlegungen angestellt, bei Sozialmieten eine Art „Mischkalkulation" zu gestatten. So soll Baugesellschaften die Gelegenheit gegeben werden, die Mieten sehr billiger Sozialwohnungen mit denen teurer Neubauten zusammen zu veranschlagen, um so die fast unvermitbaren Neubauten billiger zu machen und dadurch das Wohnungsangebot wieder auszuweiten

Dies soll nicht zu Mietsteigerungen im sozialen Wohnungsbau allgemein führen. Auch die angehobene Miete für die Altbauwohnung soll immer noch unter der Vergleichsmiete bleiben. Dies hätte den Vorteil, daß neuer Wohnraum, der die gleiche Ausstattung und Größe hat, aber wegen späterer Fertigstellung zu inzwischen gestiegenen Zinsen teurer ist, weniger verlustreich angeboten werden kann. Bisher gilt das Prinzip der genehmigten Miete; es könnte durch die „Unternehmensmiete" abgelöst werden. Diese Möglichkeit gibt es zur Zeit nur für Wohnungen, die in einem „örtlichen Zusammenhang" stehen. Künftig sollen Baugesellschaften auch Wohnräume zu Wirtschaftseinheiten zusammenfassen dürfen, die innerhalb einer Gemeinde oder in benachbarten Gemeinden liegen. Weiter wird im Bauministerium darüber nachgedacht, die komplizierte Mietanpassung zu vereinfachen. Dazu soll vom Prinzip der Kostenmiete abgegangen werden. Stattdessen sollen Bauherr und öffentliche Hand die Höhe der Förderung aushandeln.

OST-WEST-HANDEL / Staatshandelsländer konnten Nettoverschuldung abbauen

Mehr Investitionsgüter gekauft

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Ost-West-Handel hat sich nach einer jetzt von der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf vorgelegten Untersuchung im vergangenen Jahr wieder erholt. Für den Westen entwickelte sich der Warenaustausch mit den Staatshandelsländern dynamischer als mit dem Rest der Welt.

Das Volumen der Lieferungen der westlichen Industriestaaten in die Sowjetunion nahm um drei Prozent zu, etwas weniger als in den vorangegangenen *fünf Jahren. Dabei wurde* ein erheblicher Anstieg beim Export von Investitionsgütern zum größten Teil durch die geringeren Verkäufe von Agrarprodukten ausgeglichen. Die Käufe in der Sowjetunion wuchsen um sieben Prozent. Dies lag vor allem an der mengenmäßig um sechs Prozent höheren Einfuhr von Rohöl.

Nachdem er drei Jahre lang gesunken war, nahm 1983 auch der West*handel der kleineren osteuropäischen* Staatshandelsländer wieder zu. Nach einem Rückgang von 16 Prozent 1982 wurde 1983 wieder ein leichtes Plus registriert. Die Importe des Westens kletterten nach einem Fall von vier Prozent 1982 wieder um sieben Prozent. Dies lag vor allem am Re-Export von verarbeitetem Öl und dem Wiederanstieg der polnischen Kohlelieferungen.

Der Westen mußte im Handel mit den kleineren Staatshandelsländern 1982 *erstmals* seit *den frühen* sechziger Jahren wieder ein kleines Defizit hinnehmen, das im vergangenen Jahr auf mehr als eine Milliarde US-Dollar stieg. Der Westhandel der Sowjetunion war annähernd ausgeglichen. Wird auch die Dritte Welt einbezogen, so dürfte der Zahlungsbilanzüberschuß der kleineren Staatshandelsländer gegenüber den marktwirtschaftlich strukturierten Ländern im *vergangenen Jahr von einer auf drei* Mrd. Dollar gestiegen sein, der der Sowjetunion von vier auf sechs Milliarden.

Auf den internationalen Finanzmärkten wurde der Ostblock dadurch 1982 bereits zu einem Nettoanbieter, eine Position, die er 1983 behauptet hat. Die Nettoverschuldung des Ostens sank nach Angaben der ECE im vergangenen Jahr um sieben auf rund 60 Mrd. Dollar.

Für 1984 wird erwartet, daß der Außenhandel des Ostblocks stärker expandieren wird als die anderen wirtschaftlichen Aktivitäten. Eine weitere Verbesserung der Außenwirtschaftsbilanzen bleibt dabei, abgesehen von der Sowjetunion, ein wichtiges politisches Ziel. Der Handel innerhalb des Ostblocks soll rascher wachsen als der mit anderen Staaten.

FUTTERMITTEL

Verband beklagt EG-Beschlüsse

HENNER LAVALL, Bonn

Die „überhasteten Beschlüsse", die am Wochenende aus Brüssel zu erwarten seien, lassen die Futtermittelindustrie mit Pessimismus in die Zukunft blicken. „Was hier speziell auf die deutsche Landwirtschaft und die mit ihr eng verbundenen Industrien zukommt, ist die schlechteste aller Lösungen", meinte Ulrich Wagner, Vorsitzender des Fachverbandes Futtermittelindustrie e. V., Bonn.

Durch die abrupte Eindämmung der Milcherzeugung um sieben Prozent in der Bundesrepublik wird seiner Meinung nach gerade die Mischfutterbranche überproportional hart getroffen. „Aber eben dieser Industriezweig hat in den letzten Jahren erst eine intensive Tierhaltung mit ermöglicht", meinte Wagner und verwies auf die Entwicklung zahlreicher Futtermittel, die für jede Tierart abgestimmt sein mußten.

Nur diese Mischungen, mit den zugesetzten Vitaminen, Mineralstoffen, Aminosäuren und Spurenelementen, ernährten die Nutztiere optimal und ermöglichten hohe Leistungen zu vernünftigen Preisen. So sei die *Milcherzeugung je Kuh in den* vergangenen 20 Jahren um ein Drittel gestiegen, die Legeleistung je Henne um 54 Prozent, und ein Kilogramm *Fleisch habe statt mit* 4,5 *nun mit* 3,4 Kilogramm Mischfutter produziert werden können.

Wenn jetzt Brüssel Milchkontingente beschließe, so meinte Wagner, könne dies nach den Erfahrungen nur weitere Produktionsbeschränkungen auf anderen Veredelungssektoren nach sich ziehen. Der Mischfutter-Absatz drohe drastisch zu sinken, womit der Industrie ihre wirtschaftliche Grundlage entzogen werde.

Im Kalenderjahr 1983 konnte die Branche ihre Erzeugung in der Bundesrepublik allerdings nochmals steigern. Insgesamt wurden 17,7 Mill. Tonnen Mischfutter hergestellt, das waren knapp drei Prozent mehr als im Jahr zuvor. Tonnen. Die Landwirtschaft kaufte im Berichtsjahr für 9,9 (9,5) Mrd. DM Mischfutter bei der Industrie ein. Im Fachverband der Futtermittelindustrie sind 135 privatwirtschaftliche Hersteller mit 200 Werken zusammengeschlossen, in denen rund 6800 Menschen beschäftigt werden. Am deutschen Mischfuttermarkt halten die Mitglieder des Fachverbandes einen Anteil von knapp 50 Prozent.

FRANKFURTER HYPOTHEKENBANK / Erweiterter Zinsüberschuß der absolut höchste in der Branche

Spitzen-Ergebnis soll nicht einmalig bleiben

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Als „sehr gut" qualifiziert Klaus Ullmann, Vorstandsmitglied der Frankfurter Hypothekenbank, den 1983er Ertrag dieser zum Konzern der Deutschen Bank gehörenden drittgrößten deutschen Hypothekenbank, die mit ihrem „erweiterten Zinsüberschuß" von 183,9 Mill. DM absolut abermals das Branchen-Spitzenergebnis erzielt hat, das, so Vorstandsmitglied Bernt W. Rohrer, keineswegs *einmaligen Charakter als Folge* geschickter Ausnützung günstiger Refinanzierungsmöglichkeiten hat.

An der weiteren Ertragsverbesserung werden die Aktionäre, darunter die Deutsche Bank mit rund 90 Prozent, mit einer von 11 auf 12 DM erhöhten Dividende beteiligt. Außerdem werden die Rücklagen, wie bereits berichtet, wieder um 30 Mill. DM aufgestockt, wodurch sich der Emissionsspielraum auf 3,8 Mrd. DM und damit auf ein für 1984 als ausreichend angesehenes Niveau erweitert. Für das Betriebsergebnis nannte Ullmann eine Steigerung um 17,3 Prozent auf 139 Mill. DM.

Wie im Hypothekenbankgewerbe allgemein, so wuchsen auch bei der Frankfurter Hypo die Zinsrückstände (von 11,3 auf 14,7 Mill. DM) und die Zahl der Zwangsmaßnahmen. Doch das sei nicht besorgniserregend, rechnete Ullmann vor; denn die rückständigen Zinsen, die überwiegend später noch eingehen, machen lediglich 1,41 Prozent der planmäßigen Zinseinnahmen aus, und die Ausfälle bei Zwangsversteigerungen hielten sich unter einer halben Million Mark.

Dennoch hat die Bank ihre Risikovorsorge erhöht, denn, so Rohrer, man müsse sich darauf einstellen, daß die Preise am Immobilienmarkt in diesem Jahrzehnt eher sinken, so daß die Verwertungsrisiken zunähmen, besonders bei einer Bonitätsverschlechterung im gewerblichen Geschäft, das für diese Bank eine relativ große Bedeutung hat.

Auch hat der Vorstand wohl die eher noch zunehmenden Risiken im Geschäft mit Bauherren- und Erwerbermodellen im Auge, bei deren Finanzierung die Frankfurter Hypo traditionell eine führende Position im Gewerbe hat. Trotzdem darf man annehmen, *daß* ein erheblicher Teil der Risikovorsorge, die mehr als 40 Mill. DM Steuern sparte, den Charakter von stillen Reserven annehmen wird.

Das Neugeschäft von fast 4 Mrd. DM, das freilich das Vorjahresergebnis nur geringfügig übertraf, war das *lebhafteste in der Geschichte der* Bank. Dabei habe man nicht nur die „Bonitätslatte" hochgeschoben, sondern auch sehr margenbewußt agiert und auf das eine oder andere Geschäft mit nicht auskömmlicher Spanne (weniger als ½ Prozent) im Hypothekenbereich verzichtet.

Im Hypothekengeschäft, wo das Institut bei den Zusagen für den Wohnungsneubau (plus 9,1 Prozent) eine wesentlich größere Steigerung als der Durchschnitt der Hypothekenbanken erzielte, stammen rund 45 Prozent des Neugeschäfts aus Akquisitionen der Deutschen Bank. Von den zur Bedingungsanpassung anstehenden Darlehen (2,9 Mrd. DM) behielt die Frankfurter Hypo rund 80 Prozent im Hause. Daß sich die Bilanzsumme trotz des wieder sehr hohen Neugeschäfts nur geringfügig erhöhte, lag an den nach wie vor hohen Tilgungen und Rückzahlungen von Darlehen.

In den ersten Monaten dieses Jahres verlief das Hypothekengeschäft noch zögerlich; die Zusagen blieben um 12 Prozent hinter dem Januar/Februar-Ergebnis 1983 zurück. Der Vorstand hofft aber auf eine Belebung, wenn sich die Erholung der Baukonjunktur *fortsetzt und* wenn die Zinsen sinken, wofür Rohrer keinen „übermäßigen Spielraum" sieht.

Frankfurter Hypo	1983 Mill. DM	±%
Hypothekenzusagen	1974	+ 7,3
Kommunalkreditzusagen	2024	- 0,9
Tilgungsrückflüsse	2385	- 7,8
Darlehensbestand	23320	+ 5,7
Bilanzsumme	25069	+ 4,6
Zinsüberschuß in d. Einmalertrag	184	+ 15,4

FRANKREICH / Unternehmens-Sparbücher

Privatinitiative gefördert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung will *heute den letzten Abschnitt ihres* industriellen Umstrukturierungsplans, nämlich die Stahlsanierung, beschließen. Gleichzeitig befaßt sich der Ministerrat mit einem Gesetzentwurf zur „Entwicklung wirtschaftlicher Initiativen". Man erwartet, daß Staatspräsident Mitterrand dieser Vorlage gerade nach seiner Amerika-Reise besondere Bedeutung beimißt.

Das Ziel des von Wirtschafts- und Finanzminister Delors ausgearbeiteten Projekts ist die Förderung der Gründung zukunftsträchtiger Unternehmen. Dadurch soll die dritte industrielle Revolution vorangetrieben werden, heißt es. Mitterrand hatte schon die elektronische Revolution zur vornehmlichen Aufgabe seiner Regierungszeit erklärt. Er bediente sich dabei aber hauptsächlich dirigistischer Maßnahmen, insbesondere der Verstaatlichung von Thomson, CGE und Bull.

Aus den USA zurückgekehrt scheint der Präsident stärker auf die freie Unternehmerinitiative setzen zu wollen. Deshalb könnten jetzt diejeni*gen Bestimmungen der Vorlage noch* verbessert werden, die der Förderung des Risikokapitals dienen. In erster Linie geht es hier darum, leitenden Angestellten zur Gründung eigener Unternehmen zu verhelfen, und zwar insbesondere durch steuerliche Erleichterungen.

Zur Beschaffung des Gründungskapitals sollen neue Unternehmens-Sparbücher geschaffen werden, bei denen das eineinhalbfache der (verzinslichen) Sparbeträge an zinsgünstigen Krediten eingeräumt werden. *Die Zinsen dafür und für einen weite*ren Kredit sollen zur Hälfte von der Steuer abgesetzt werden können.

Allgemein sieht das Gesetzesprojekt die Verkürzung der Abschreibungsdauer auf ein Jahr für sämtliche Ausgaben auf dem Gebiet der Forschung- und Informatik vor. Gesellschaften, die Erfindern helfen, sollen unter bestimmten Bedingungen volle Steuerfreiheit genießen.

FINNLAND / Aufwertung und Mindestreserve-Erhöhung sollen Konjunktur bremsen

Ausfuhr-Überschuß im West-Handel

REINER GATERMANN, Helsinki

Die Aufwertung der Finnmark um ein Prozent, die am Dienstag beschlossen wurde, dürfte kaum größere Auswirkungen auf Finnlands Außenwirtschaft haben. Die Maßnahme sollte auch mehr vor dem innenpolitischen Hintergrund gesehen werden. Finnland befindet sich derzeit in schwierigen Tarifverhandlungen, die bisherigen Abschlüsse in der Industrie haben die Haushaltsprognosen von Finanzminister Ahti Pekkala etwas überschritten, und in einigen Branchen ist die Streikgefahr noch nicht gebannt. Andererseits läuft die Wirtschaft auf immer höheren Touren; nach der jüngsten Beurteilung des Finanzministeriums wird Finnland in diesem Jahr höhere Zuwachsraten erzielen als die meisten übrigen Staaten Europas.

Die Aufwertung der Finnmark bewegt sich innerhalb der vom Reichstag (Parlament) festgelegten Marge. Die Nationalbank begründet sie damit, daß seit Jahresanfang bereits eine De-facto-Veränderung von 0,5 Prozent eingetreten sei. Gleichzeitig wurden mehrere Maßnahmen beschlossen, die vor allem die private Kreditgewährung einschränken sollen. Unter anderem müssen die Geschäftsbanken höhere Mindestreserven bei der Notenbank unterhalten.

In den meisten Industriebranchen sind die Tarifverhandlungen allerdings abgeschlossen, ohne daß es zu den angekündigten Kampfmaßnahmen gekommen wäre. Die Vereinbarungen übertrafen freilich die volkswirtschaftlichen Leitdaten des Finanzministers. Der hatte drei Prozent als obere Grenze gesetzt, abgeschlossen wurde jedoch bereits bei ungefähr 3,2 Prozent; hinzu kommen einige Überhänge aus dem Vorjahr sowie eine Lohndrift von schätzungsweise drei Prozent, so daß die Arbeitskosten der Unternehmen voraussichtlich um gut acht Prozent steigen werden. Für 1985 wurde eine weitere Zulage um 3,6 Prozent vereinbart. Im öffentlichen Sektor stehen noch etliche Abschlüsse aus, und verschiedene Arbeitsniederlegungen sind angekündigt. Mit diesen Steigerungen *dürfte Pekkalas Ziel, die Teuerungs*rate 1983 auf sechs Prozent zu begrenzen (nach knapp neun im Vorjahr) kaum noch erreichbar sein.

Finnlands Außenhandel schloß 1983 mit einem Importüberschuß von umgerechnet 813,3 Mill. DM, eine Zunahme um 2,5 Prozent. *Das Zahlungs*bilanz-Defizit erhöhte sich drastisch von 58 Mill. auf 2,44 Mrd. DM. Finnland ist bestrebt, die nachlassende Nachfrage aus dem RGW-Raum insbesondere aus der Sowjetunion durch steigende Lieferungen in den Westen auszugleichen. Erste Erfolge wurden im zweiten Halbjahr 1983 erzielt. Im Warenaustausch mit der EG, die mit 36 Prozent an der Gesamtausfuhr *beteiligt war und zu 34 Prozent* an den Bezügen; mit der EFTA und den Entwicklungsländern verbuchte Finnland Exportüberschüsse.

Dieser Trend wird voraussichtlich 1984 anhalten; in den ersten beiden Monaten wurde bereits ein Ausfuhrüberschuß *von 533 Mill. DM* gegenüber 230 Mill. in der entsprechenden Vorjahresperiode registriert.

Großbritannien: Exporte gestiegen

WILHELM FURLER, London

Großbritannien hat im Februar eines seiner besten Außenhandels-Ergebnisse der letzten Zeit erzielt. Nach einem Defizit in der Leistungsbilanz für Januar von 89 Millionen Pfund kam es im Februar zu einem Überschuß von 819 Millionen Pfund oder 3,1 Milliarden Mark, der höchste seit Ende 1982. Von großer Bedeutung für die britische Wirtschaft ist dabei die Tatsache, daß der hohe Leistungsbilanz-Überschuß auf einen starken Anstieg der Warenexporte zurückgeht. So verringerte sich das Defizit im Warenhandel ausgenommen Öl von mehr als einer Milliarde Pfund im Januar auf nur noch 254 Millionen Pfund (965 Millionen Mark) im Februar ganz erheblich. Einschließlich Öl kletterten die Warenexporte gegenüber Januar von 5,224 auf 6,033 Milliarden Pfund, während die Importe von 5,563 auf 5,464 Milliarden Pfund leicht fielen. Die Dienstleistungsbilanz blieb mit einem Überschuß von 250 Millionen Pfund gegenüber Januar unverändert. Das Exportvolumen *von Waren ausgenommen Öl lag im* Februar um elf Prozent über dem des Vorjahres-Monats.

AT&T / Vertrieb in Europa und Japan geplant

Neue Computer-Konkurrenz

H.-A. SIEBERT, Washington

Der Wettbewerb auf dem internationalen Markt für Büro-Automatisierung wird noch härter. Nur drei Monate nach der staatlich verordneten Trennung von heute sieben regionalen Telefongesellschaften bietet die American Telephone & Telegraph *(AT&T), New York, eine achtteilige* Mehrzweck-Computerfamilie an. Sie besteht aus sechs verschiedenen Modellen der 3B-Serie und zwei lokalen *Arbeitsstationen, die kompatibel mit* fremden Informationssystemen und Datenverarbeitungsanlagen sind. Seit Januar 1983 verkauft AT&T bereits *ihr Unix Operationssystem.*

Entwickelt wurden die Geräte von AT&T Bell Laboratories, hergestellt werden sie von Western Electric. In den USA tritt AT&T in direkte Konkurrenz mit IBM, Digital Equipment Corp. und Wang Laboratories Inc. Die Palette setzt sich aus dem 3B2OD, geeignet für Bankdienste, Reservationen und militärische Aufgaben, den Supermicrocompoutern 3B20S, 3B20A und 3B5 100/200sowie dem Supermicrocomputer 3B2 zusammen. Hinzu kommen der 3B Net und PC Interface fü- Network Servicing. AT&T verkauft schon seit Jahren Computer, jedoch *nur* an die Telefongesellschaften.

Wie der stellvertretende Vorstandsvorsitzende, James E. Olson, erklärte, veranschlagt der Konzern das eigene Computergeschäft 1986 auf rund 7 *Mrd. Dollar.* Nach seiner *Schätzung* beträgt die Wachstumsrate weltweit insgesamt 20 bis 35 Prozent im Jahr; 1982 erreichte der globale Umsatz 65 *Mrd. Dollar*, wobei *67 Prozent auf den* Datenerwerb entfielen.

AT&T wird ihre Computerfamilie auf der Hannover Messe '84 vorstellen, wie Olson gegenüber der WELT sagte. Den Vertrieb in Europa übernimmt Olivetti. Laut Olson „ist Europa ein riesiger Markt. Gemessen an der Zahl der Anlagen, hinken die Europäer zwar etwa zweieinhalb Jahre hinter den USA her. Ihr Wachstumspotential ist jedoch größer". AT&T plant auch in Japan ein Verkaufsnetz; wie in der EG stehen die Geräte auch dort Wiederverkäufern zur Verfügung. Für einen späteren *Zeitpunkt* kündigte Olson die Herstellung eines Personal-Computers an.

LEONBERGER BAUSPARKASSE / Anteil gehalten

Zwischenkredite ausgeweitet

WERNER NEITZEL, Leonberg

Die Leonberger Bausparkasse AG, Leonberg, Nummer vier unter den privaten Bausparkassen, peilt für das Jahr 1984 im Neugeschäft eine Zuwachsrate von 5 Prozent an. Parallel dazu soll sich auch der Geldeingang entwickeln. Dabei baut das Institut auf die in Gang gekommene Klimaverbesserung in der Branche. Außerdem will die Leonberger über eine weitere Forcierung der Zwischenfinanzierung, wobei man stärker auf eine Umschichtung der Festgelder zurückgreift, zusätzlichen Schwung in das Geschäft bringen.

In den Monaten Januar und Februar dieses Jahres lagen die Zuwachsraten im Neugeschäft bei 5,5 bzw. 7,5 Prozent. Bei den Zuteilungsfristen, die sich branchenweit in den letzten Monaten und Jahren verlängert haben, sei das „Ende der Fahnenstange" absehbar. Am Jahresende lagen sie bei der Leonberger bei 51 Monaten (40prozentige Sofortauffüllung) und 45 Monaten (50 Prozent). Es sei allenfalls noch eine Verlängerung um einen Monat zu erwarten.

1983 hat die Bausparkasse 92 352 Verträge (plus 2,2 Prozent) über 2,87 Mrd. DM Bausparsummen (plus 4,7 Prozent) neu abgeschlossen. Der Anteil am gesamten Bausparmarkt wurde mit 3,86 Prozent gehalten. Etwa ein Drittel des Neugeschäfts entfiel auf die nach vorn drängenden Schnell- und Hochzinstarife. Banken brachten wieder 17 Prozent des Neugeschäfts. Hier glaubt die Leonberger an die Möglichkeit eines weiteren Ausbaus, wie sich auch der Teil (7 Prozent), den die mit der Leonberger im Verbund arbeitenden Allgemeine Rentenanstalt und Württembergische Feuer beisteuerten, kontinuierlich erhöhen soll.

Der Geldeingang verbesserte sich um 7 Prozent auf 1,98 Mrd. DM, davon entfielen 1,01 Mrd. DM (plus 2,4 Prozent) auf Sparleistungen. Zugeteilt wurden 1,70 (1,68) Milliarden DM Bausparsummen. Allein an Zwischenkrediten wurden 442 Mill. DM (plus 39 Prozent) ausgezahlt. Ende 1983 verwaltete die Leonberger 1,05 (1,06) Mill. Verträge über kaum verändert 36,2 Mrd. DM Bausparsummen.

Das Ergebnis sei alles in allem „befriedigend" ausgefallen. Zwar verringerte sich der Zinsüberschuß um 2,8 Prozent auf 146,3 Mill. DM, doch wurden Erfolge im Kostenbereich erzielt. All dies habe es auch erleichtert, in eine außergerichtliche Sanierung der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft (GSG), Stuttgart, einzusteigen. Auch für 1984 rechne man für die Leonberger mit einem „ordentlichen" Ergebnis.

PHILIPS / „Mit Grundig in Europa stärker" – Der kräftige Besserungstrend beim Ertrag hält an

Elektro-Multi spürt Aufwind im Weltgeschäft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Fürther Grundig AG werde auch künftig eine eigene Produktpolitik und Strategie behalten. Natürlich werde man die Produktion beiderseits gebrauchter Schlüsselkomponenten auf größere Betriebsserien konzentrieren. Doch von Kapazitätsschnitten bei Grundig sei nicht die Rede. Dafür habe man dieses Engagement, das von stufenweisen Erhöhungen des Grundig-Kapitals begleitet sein soll, nicht gemacht. Vielmehr mit dem Ziel, auf dem hart umkämpften Feld der Unterhaltungselektronik, wo man nun mit Grundig den Rang des Weltgrößten (Matsushita/Japan) erreiche, „mehr Arbeitsplätze für Europa zu sichern". Für ein Europa jedoch, auf dessen Märkten die Produktpreise um 5 Prozent niedriger sein könnten, wenn endlich überflüssiger nationaler Administrationsaufwand zugunsten eines echt gemeinsamen Marktes verschwände.

Mehr mochte Philips-Vizepräsident C. J. van der Klugt nicht zu der mit frischem Kartellamtssegen perfekten Eingliederung von Grundig in den Philips-Konzern per 1. April 1984 sagen. Schon gar nicht („da geht es um die Interessen einer Privatperson"), was insgesamt den holländischen Elektro-Multi dieses Engagement kosten wird. Bekannt ist nur, daß schon die vor vier Jahren vollzogene Abgabe von 24,5 Prozent seines Aktienkapital an Philips dem nun ausgeschiedenen Firmenpatriarchen Max Grundig einen 6prozentigen Anteil am damaligen Philips-Kapital einbrachte, der beim heutigen Börsenkurs der Philips-Aktie gut 0,5 Mrd. DM wert ist.

Durch Grundig gewinnt Philips rund 7 Prozent seines bisherigen Weltumsatzes hinzu. Der hat sich bei diesem Elektroriesen 1983 auch in der Absatzmenge mit einer Zuwachsrate von 5 (4) Prozent günstig entwickelt. Etwas besser noch erwartet es der Vorstand für 1984 mit etwa 6 Prozent Mehrabsatz – eher noch mehr, wenn die in Europa (54 Prozent des Weltumsatzes) noch zaghafte Konjunkturerholung das „anhaltende" Tempo Nordamerikas (28 Prozent des Umsatzes) erreichen sollte.

Weiter bessern soll sich auch der Ertrag. Schließlich ist man im „Betriebsergebnis" (vor Zinsen und Steuern) noch weit von den gewünschten 10 Prozent des Umsatzes entfernt, immerhin aber seit 1983 auf kräftigem Erholungskurs. „Wir ernten jetzt die Früchte unserer opferreichen Strukturanpassung der letzten Jahre", meint der Philips-Vizepräsiodent nicht zuletzt mit Blick auf die nun geschaffte Ertragswende in den Betrieben seines Heimatlandes.

Zuversicht zeigt der Vorstand trotz der stabil bleibenden Dividende von 1,80 hfl je 20-Gulden-Aktie auch den mindestens 300 000 Aktionären zur Hauptversammlung am 26. April: Sie sollen in ungewohnt kräftiger Relation von 10:1 Zusatzaktien erhalten, wobei getrost unterstellt werden darf, daß die bisherige „Traditionsdividende" von 1,80 hfl zumindest nicht unterschritten wird.

Musik in der Philips-Aktie wittertes schon 1983 vor allem die Amerikaner, die ihren Anteil am Kapital der Aktionärsholding N. V. Philips Gloeilampenfabrieken, Eindhoven, auf 25 (3) Prozent steigerten. Größte Nationalitätengruppe blieben die Holländer mit 47 (57) Prozent. Die Deutschen minderten ihren Anteil auf 10 (17,5) Prozent. Die Hamburger Deutschland-Zentrale des Konzerns erwartet für 1983 / 84 (30. 4.) einen in Menge und Wert um 8 Prozent auf 6,75 Mrd. DM erhöhten Umsatz mit unverändert 32 000 Beschäftigten, deren Zahl dank Geschäftsbelebung neuerdings leicht steige.

Etwas mehr als im Berichtsjahr will der Konzern 1984 investieren. Die Schwerpunkte liegen wie bisher vor allem bei jenen zwei der fünf großen Philips-Bereiche, die mit besonders hohem Tempo des Technologie-Fortschritts leben: „Industriezulieferungen" (14 Prozent Umsatzanteil) sowie „Produkte und Systeme für professionelle Anwendungen" (31 Prozent). Insbesondere bei Industriezulieferungen hat der Konzern 1983 eine besonders deutliche Besserung des Betriebsergebnisses erreicht. Im weiten Produktfeld der „Unterhaltungselektronik" hingegen (25 Prozent Umsatzanteil) kam es mit minus 1,6 (0,9) Prozent des Umsatzes endgültig ins Negative. Auch das soll ab 1984 deutlich besser werden.

Philips	1983	±%
Umsatz (Mill. hfl)[1]	46 183	+ 7,4
Betriebsergebnis	2 755	+ 29,3
in % vom Umsatz	6,0	(5,0)
davon aus Holland	570	(- 52)
in % v. Lieferungen	4,1	(- 0,4)
Belegschaft	343 000	+ 2,0
davon in Holland	71 000	- 2,7
Sachinvestitionen.	2 491	+ 3,9
Sachabschreibungen	2 114	+ 11,0
Gewinn nach Steuern[2]	689	+ 46,0
Reingewinn[3]	647	+ 49,4
dav.d. Gewinnrücklage	303	+186,0

[1] 1 hfl = 0,89 DM. [2] Darin 143 (109) Mill. hfl Gewinnanteile Konzernfremder. [3] Einschließlich 101 (70) Mill. hfl Gewinnanteile bei nicht konsolidieren Beteiligungen und ohne die Gewinnanteile Konzernfremder.

CALLWEY-VERLAG

Wieder aufwärts im Jubiläumsjahr

DANKWARD SEITZ, München

Optimistisch geht der auf Fachzeitschriften und hochwertige Fachbücher spezialisierte Münchner Verlag Georg D. W. Callwey in das zweite Jahrhundert seines Bestehens. Zwar mußte das 1884 von Georg Dietrich Wilhelm Callwey gegründete Familienunternehmen in den letzten drei Geschäftsjahren eine Umsatzeinbuße von insgesamt 5,7 Prozent auf zuletzt 9,9 Mill. DM hinnehmen, doch gilt die als „branchenspezifisch empfundene und durch das wirtschaftliche Umfeld bedingte Durststrecke" als überwunden.

Mit einem Umsatz von 10,9 Mill. DM im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) erwartet der geschäftsführende Gesellschafter und Firmenchef in der dritten Generation, Helmuth Baur-Callwey, ein Ergebnis, das das bislang beste Resultat (*1980/81: 10,5 Mill. DM*) noch übertrifft und gegenüber 1982/83 (9,9 Mill. DM) eine Umsatzsteigerung von rund 10 Prozent bedeutet.

Am Gesamtergebnis sind die sieben Fachzeitschriften mit rund 6,7 Mill. DM beteiligt. Nach Angaben von Baur-Callwey konnte dieser Bereich in den letzten Jahren noch ausgebaut werden, wobei der Erlös aus den Abonnements prozentual stärker als aus dem Anzeigenaufkommen gestiegen ist. Dieser Trend habe auch 1983/84 angehalten. Einbrüche gab es dagegen in der Vergangenheit im Buch- und Kalendersektor, was auf einen allgemeinen Rückgang des Interesses an Büchern mit Preisen über 100 DM zurückgeführt wird.

Als Reaktion auf das Marktgeschehen wurde die Zahl der jährlichen Neuerscheinungen in den vergangenen Jahren reduziert, im Jubiläumsjahr jedoch wieder auf rund 40 Titel gesteigert. Statt der früheren 320 lieferbaren Titel gibt es heute noch 250. Anlaß zum Optimismus, das für 1983/84 im Buchbereich gesteckte Umsatzziel von 4,2 Mill. DM (plus 10 Prozent) zu erreichen, sieht Baur-Callwey darin, daß die Neuerscheinungen vom Buchhandel „gut aufgenommen wurden und auf ein gesteigertes Interesse beim Publikum stoßen".

U-BIX / Im Inland Nummer vier bei Kopiergeräten

Weiter auf Expansionskurs

J. BRECH, Hamburg

Auf dem deutschen Markt für Kopiergeräte hat die U-Bix International GmbH, Hamburg ihre Position weiter gefestigt. Wie das Vertriebsunternehmen in einem ersten Überblick für das Geschäftsjahr 1983/84 (31.1.) mitteilt, stieg der Umsatz um 17 Prozent auf 183 Mill. DM. Das Wachstum erzielte U-Bix nur im Inlandsgeschäft. Hier wuchs das Volumen um 28 Prozent auf 121 Mill. DM.

Auf den Export entfielen unverändert 62 Mill. DM. Während U-Bix in der Bundesrepublik über eine eigene Vertriebsorganisation mit 12 Niederlassungen verfügt, werden im Ausland die Geräte an Generalagenturen verkauft. Die Exportumsätze, so heißt es bei U-Bix, stellten lediglich die Verkaufswerte an die Generalvertretungen dar, nicht aber den tatsächlichen Umsatz in den insgesamt 22 von U-Bix belieferten Ländern.

Im deutschen Markt reiht sich U-Bix auf den vierten Platz unter etwa 30 Anbietern ein. Der Marktanteil betrug nach eigenen Angaben bezogen auf die im Markt befindichen Maschinen knapp 7 Prozent. Auf Basis der gefertigten Kopien erreicht U-Bix einen Marktanteil von etwas mehr als 10 Prozent. In den Exportländern schwanken die Anteile zwischen 3 und 25 Prozent.

Als gemeinsame Tochtergesellschaft der Konishiroku Phono Ind. Co Ltd. und der Mitsubishi Corp zählt sich U-Bix zu den größten japanischen Arbeitgebern in der Bundesrepublik. 1983 wurden rund 580 Mitarbeiter beschäftigt,davon 30 Prozent im Vertrieb. Für 1984/85 erwartet das Unternehmen einen Gesamtumsatz von rund 200 Mill. DM. Ein deutliches Abflachen des Wachstums im Kopiermarkt erwartet U-Bix zum Ende dieses Jahrzehnts.

Fusion der Bremer Werften perfekt

dpa/VWD, Bremen

Die Fusion der Werften Bremer Vulkan AG und der Reparaturwerft der Hapag-Lloyd AG in Bremerhaven ist perfekt. Mit einer Erhöhung des vorhandenen Grundkapitals der Vulkanwerft um 10 auf 88 Mill. DM und einer Rücklageneinstellung von 15 Mill. DM wurden auf einer außerordentlichen Hauptversammlung des Vulkan die notwendigen Voraussetzungen für die Zusammenlegung der Unternehmen geschaffen.

Das bedeutet insgesamt eine Zufuhr an Eigenkapital von 25 Mill. DM. Von den anwesenden 1,18 Mill. Aktionärsstimmen, das entspricht 75,3 Prozent des Aktienkapitals, votierten nur 38 gegen einen entsprechenden Antrag des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Die Kapitalzufuhren werden von den Hauptaktionären Thyssen-Bornemisza, dem Land Bremen und der Hapag Lloyd AG, Hamburg, erfolgen.

NAMEN

Dr. Justus Stange, seit 1975 Mitglied des Vorstandes der Dortmunder Actien-Brauerei und verantwortlich für das Ressort Absatz, scheidet mit Ablauf der Hauptversammlung am 21. August „auf eigenen Wunsch im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat" aus dem Unternehmen aus.

Dr. Dr. **Johannes Schießl**, seit Anfang 1984 Vorstandsmitglied der Lebensversicherung von 1871 a.G., München, ist per 1. April vom Aufsichtsrat zum Vorsitzenden des Vorstandes ernannt worden. Er ist Nachfolger von Dr. **Albert Schreiber**, der nach Vollendung des 63. Lebensjahres am 31. März 1984 in den Ruhestand tritt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bersenbrück: Theodor Kreiling, Maurermeister, Nortrup; **Bielefeld:** Tonbildstudio Ruf City-Hifi-Handels-GmbH; **Crailsheim:** Erika Gronbach, Bad Mergentheim; **Essen:** Nachl. d. Klaus Margreff, Kaufmann; **Fritzlar:** Rohrtechnik-Industrie-Rohrleitungsbau GmbH + Co KG, Borken-Kleinenglis; **Hamm:** Wifi-Schalteranlagen und Apparatebau, Wiesner & Fischer GmbH & Co, Unna-Hemmerde; Wiesner & Fischer Gmbh, Unna-Hemmerde.

Köln: Hermann Josef Trimborn, Kaufmann; Nachl. d. Peter Christian Wilhelm Foeken; **Ludwigsburg:** Herbert Geiger, Installationsmeister, Inh. d. Herbert Geiger Gas-Wasser-Installationen, Freiberg/N.; **Mayen:** Nachl. d. August Hebel, Saffig, Hannelore Hebel, Saffig; **München:** Dr. med. Spreng Betriebsgesellschaft für Alten-, Wohn- und Pflegeheime mbH; Nachl. d. Richard Heinzelmann; Dipl.-Ing. Herbert Pferschy; **Nienburg:** Heinz Tümler, Bäckerei u. Konditorei, Hilgermissen.

Offenbach: Heinz A. Fenchel, Inh. einer Firma für Tankschutzdienst; **Schwarzenbek:** Klaus-Werner Doering, Bootsbauermeister, Siebenbäumen, Inh. d. Fa. Doering Boot Inh. Klaus-Werner Doering, Kühsen; **Stuttgart:** Alfred Fritz, Werbefachmann, Leonberg; **Syke:** Oentrich GmbH; **Winsen:** ISW-Stahlindustrie Stahlbau GmbH.

Vergleich beantragt: Berlin Charlottenburg: ASB Arbeitsgruppe für schlüsselfertiges Bauen mbH; **Remscheid:** Deutsche Spiralbohrer- und Werkzeugfabriken GmbH & Co. KG; **Seligenstadt:** Martin Wurzel Fertigteil- und Baugesellschaft mbH & Co., Hamburg.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kaum noch Chancen

Hannover (dpa/VWD) – Die Aussichten für eine Weiterführung der in Konkurs befindlichen Hanomag GmbH, Hannover, sind auf ein Minimum gesunken. Wie die mittelständische Unternehmensgruppe Papenburg-Gruber-Gassmann mitteilte, sind die Verhandlungen mit den Gläubigern und dem Konkursverwalter Egon Kretschmer gescheitert. Die Gläubiger hätten von der Gruppe eine Erhöhung ihres Angebotes um 7 Milll. DM gefordert, was aber nicht zu akzeptieren gewesen sei. Damit dürfte das Verwertungsangebot des Hamburger Unternehmers Ulrich Harms Chancen bei den Gläubigern haben, der erst kürzlich die in Konkurs geratene IBH-Tochtergesellschaft Zettelmeyer, Konz/Trier übernommen hatte. Das Konzept von Harms sieht vor, die Hanomag-Produktion im Sommer nach Konz zu verlegen.

Hagen Batterie: 5 Mark

Düsseldorf (Py.) – „Aus derzeitiger Sicht" rechnet die Hagen Batterie AG, Soest für das Jahr 1983 mit einem Ergebnis, „das die Fortsetzung der bisherigen Dividendenpolitik (für 1982: 5 DM je 50 DM-Aktie) ermöglicht". Nach einem Zwischenbericht des Börsenneulings blieb der Umsatz mit knapp 170 Mill. DM konstant, eine Folge des Ausfalls wichtiger Märkte beim Export von Starterbatterien, gesunkener Bleipreise sowie des Umsatzrückgangs von Schiffsantriebsbatterien. Der Exportanteil liegt bei 25,9 Prozent. Die Mitarbeiterzahl stieg laicht auf 1211 (1151). Das Investitionsvolumen erreichte 1983 mit 14 Mill. DM ein Rekordniveau.

Großrohre für Tschechen

Düsseldorf (J. G.) – Die Hoesch Export AG erhielt aus der Tschechoslowakei für *71,4 Mill. DM* den Auftrag zur Lieferung von kunststoffummantelten Gasleitungsrohren mit 1400 mm Durchmesser. Diese Großrohre, die für den Aufbau der 4. Transitgasleitung Sibirien/Westeuropa bestimmt sind, werden über das Großrohrkontor Hoesch Salzgitter in den beiden Werken Dortmund und Salzgitter produziert.

System 12 für Schweiz

Stuttgart (nl) – Die Schweizer Post, die sich kürzlich für die Einführung des von der SEL maßgeblich entwickelten digitalen Vermittlungssystems „System 12" entschieden hat, erteilte der SEL-Schwestergesellschaft Standard Telephon und Radio, Zürich, einen ersten Auftrag zur Einrichtung einer Fernsprech-Vermittlungszentrale in Zürich-Herdern mit über 6000 Anschlüssen.

Herstatt: Fünfte Besserungsquote

Py. Düsseldorf

Aus der Abwicklung des zusammengebrochenen Kölner Bankhauses I. D. Herstatt KGaA erhalten die Gläubiger die fünfte Besserungsquote auf ihre Forderungen. Wie aus dem Bericht der Treuarbeit AG für das Liquidationsgeschäftsjahr 1982/83 (26. 6.) hervorgeht, wird den Gläubigern nach dem Jahresüberschuß von 17,3 (38,8) Mill. DM aus dem sich daraus ergebenden Abwicklungsüberschuß von 18,8 (40,3) Mill. DM eine weitere Besserungsquote von 1 Prozent gezahlt. Mit der Gesamtbesserungsquote von 10,4 Prozent wird eine Befriedigung der Banken und Kommunen zu 65,4 (ursprünglich 55) Prozent und der privaten Gläubiger zu 75,4 (ursprünglich 65) Prozent der berechtigten Vergleichsforderungen erreicht.

Nach Mitteilung der Abwickler liegt der Schwerpunkt der Abwicklungsarbeiten weiter in der Durchführung von Rechtsstreitigkeiten. Nach der rechtskräftigen Verurteilung des überwiegenden Teils der im Herstatt-Strafverfahren angeklagten Personen hoffe man auch, in einigen anhängigen Zivilgerichtsverfahren im laufenden Geschäftsjahr Fortschritte erzielen zu können. Insbesondere zeichne sich ab, daß weitere Aktivprozesse aufzunehmen oder bestehende zu erweitern seien.

AFRIKANISCHE ENTWICKLUNGSBANK / 100-Millionen-Mark-Anleihe

Hervorragende Schuldner-Bewertung

INGE ADHAM, Frankfurt

Erstmals als „internationale Organisation mit weltweiter Aktionärsbeteiligung" – voll vergleichbar mit den anderen überregionalen Entwicklungsbanken wie Weltbank, Asiatische und Inter-Amerikanische Entwicklungsbank – präsentierte Deutsche Bank-Vorstandssprecher Wilfried Guth die Afrikanische Entwicklungsbank, mit Sitz in Abidjan, bei der Unterzeichnung einer 100-Mill.-DM-Anleihe. Nach einer Satzungsänderung der früher rein afrikanischen Bank hat das Institut jetzt 72 Mitglieder, darunter 22 außerafrikanische, die ein Drittel des 5,3-Mrd.-Dollar-Kapitals gezeichnet haben. Die Bundesrepublik ist daran mit 3,65 Prozent beteiligt.

Die Verbreiterung der Kapitalbasis zusammen mit einer straffen Geschäftsführung hat der Afrikanischen Entwicklungsbank die ausgezeichnete Schuldner-Bewertung „AAA" eingetragen. Ob der deutsche Anleger dies honoriert, ist freilich noch offen. Selbst Guth räumte bei der Vorstellung der Anleihe ein, daran müsse der Markt sich wohl erst noch gewöhnen. Derzeit wird die mit sieben Jahren Laufzeit und acht Prozent Verzinsung ausgestattete Anleihe im Interbanken-Geschäft mit 1¾ Prozent Abschlag getaxt.

Wila D. Mung'Omba, Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank, nannte die Konditionen der Anleihe „einen nicht schlechten Start". Er erinnerte an die „rigorose Überwachung" von Krediten – und ihre Investitionserfolge – durch die Bank und vor allem daran, daß selbst Schuldnerländer, die den Geschäftsbanken weltweit Sorgen machen (wie beispielsweise Zaire) gegenüber dem Institut keinerlei Zahlungsrückstände hätten. Dies ist übrigens auch bei den übrigen überregionalen Entwicklungsbanken so: Die Schuldnerländer versuchen unter allen Umständen, diese Kreditquellen nicht durch schlechte Rückzahlungsmoral zu verschütten.

Von den bis Ende 1983 begebenen Krediten der Bank in Höhe von 2,31 Mrd. Dollar sei nicht einer „faul" geworden, betonte Mung'Omba. Der Schwerpunkt der von der Bank finanzierten und kontrollierten Maßnahmen liegt mit 32,5 Prozent bei Öffentlichen Einrichtungen (u. a. Kommunikation, Energieversorgung, Wasserversorgung), gefolgt vom Transportsektor (22,9 Prozent), der Landwirtschaft (20,3 Prozent), der Industrie (19,6 Prozent), und Erziehung und Gesundheit mit 4,7 Prozent. Mung'-Omba ließ keinen Zweifel daran, daß es nach Ansicht der Bank – und in diesem Sinne spreche man mit den jeweiligen afrikanischen Länderregierungen – unumgänglich sei, die Landwirtschaft, dafür nötige Infrastrukturmaßnahmen und agro-industrielle Projekte stärker zu betonen.

Bei der Refinanzierung stützt sich die Afrikanische Entwicklungsbank auf Regierungs-Anleihen, Kredite von Geschäftsbanken und Anleihen am Kapitalmarkt, deren Anteil in Zukunft nach Vorstellungen des Bank-Managements steigen soll. Den Bedarf für dieses Jahr bezifferte Mung'Omba auf 260 Mill. Dollar (wobei er auch auf eine weitere 100 Mill.-DM-Anleihe im Herbst hofft); die Zielgröße für 1985 sei 450 Mill. Dollar.

Aktienkurse meist gut behauptet

Unsicherheit bremst die Anleger wie die Verkäufer

DW. – An der Mittwochbörse blieb das Aktiengeschäft klein. Drei Unsicherheitsfaktoren bremsen die Unternehmungslust an den deutschen Aktienmärkten: die Ungewißheit, wie die amerikanischen Zinsen sich weiterentwikkeln werden; Nachrichten, daß Argentinien seine fälligen Zinsen nicht pünktlich werde zahlen können; und die Sorge, daß es im Gerangel um und gegen die 35-Stunden-Woche doch zu Streiks kommen könnte.

Höhepunkte gab es im Geschäft an den einzelnen Märkten am Mittwoch nicht. Die Farbennachfolger lagen bei ruhigem Geschäft überwiegend gut behauptet. Auch Auto-Papiere *konnten geringfügige* Kursgewinne verzeichnen. Großbankaktien lagen etwas weicher. Auch im Elektrobereich gaben die Notierungen nach. Stahlaktien änderten sich kaum. Maschinenbauer zeigten trotz der Streikgefahren *uneinheitliche* Tendenz. *Teilweise* Kursgewinne bei den konsumnahen Warenhauspapieren.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 5 DM auf 270 DM und Breitenburger um 5 DM auf 535 DM. Hageda stockten um 4 DM auf 125 DM auf. Nachgegeben haben Hein. Lehmann um 5 DM, Rhein. Textil um 10 DM und Thüringer Gas um 5 DM. Hindrichs Auffermann verminderten um 5 DM und Keramag auch um 5 DM. Bei den Versicherungen gaben Aachen Münchner Bet. um 13 DM nach und Allianz Vers. stockten um 6 DM auf.

Frankfurt: Siemens gaben um 3,70 DM auf 402,50 DM nach, nach*dem laut Presseberichten eine* Kapitalberichtigung nicht bevorsteht. Die Sonderbewegungen bei Nebenwerten setzten sich fort. So bei Doppelplus Concordia Chemie 655 DM (plus 50 DM) mit nur 30 Prozent Zuteilung. Ansonsten blieben *Mainkraft 570 DM (minus 10 DM).* MAB 370 DM (plus 10 DM) und Deutsche Conti-Rück Namensaktien 1250 DM (plus 40 DM).

Hamburg: Reichelt schwächten sich um 5 DM auf 130 DM ab, HEW wurden mit 97,10 DM bezahlt und NWK-Vz. gaben um 1,30 DM auf 174,50 DM nach. Phoenix Gummi lagen bei 140,10 DM etwas leichter. Auf der Gewinnerseite standen Markt und Kühlhallen, die mit 310 DM den Besitzer wechselten. Weiterhin unverändert gehandelt wurden Vereins- und Westbank mit 305 DM.

München: Etienne Aigner erhöhten um 3 DM auf 289 DM und Audi *NSU um 4 DM auf 270 DM. Agrob* St. gaben um 8 DM auf 305 DM nach und Deckel AG um 1 DM auf 128 DM. Gehe AG verminderten um 1 DM auf 285 DM und Hasenbräu um 20 DM auf 980 DM. Leonische Draht verminderten um 12 DM auf 323 DM und Zahnräder Renk um 8 DM auf 232 DM.

Berlin: Concordia Chemie wurden um 60 DM höher taxiert. Schering lagen um 1,50 DM freundlicher. DUB-Schultheiss ermäßigten *sich um 3 DM, Herlitz Stämme um* 2 DM und Berthold um 1,80 DM.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex vom 28. 3.: 158,1 (158,0); WELT-Umsatzindex vom 28. 3.: 1737 (1357)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	28.3.	27.3.		28.3.	27.3.		28.3.	27.3.		28.3.	27.3.
H AachM Beteil. 9	960	980	H Breitenb.-C. *28	540G	540G	M En. Ostb. 5	288TG	285G	H Holsten-Br. 6+1	268	268
H Aach. M. Vers. 6+1	310G	310G	H Br. Straßb. *0	460B	465B	H Eiknoh 0	53	53	F Holzmann 10	424	425,5
D Aach. Rück. 9	1120T	1120G	H Br. Vulkan 0	59,8	59,1	B Engelhardt 7	240G	240G	D Horten 0	195	194
D Aseag *4	190T	190T	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	126	123,6	D Enka 2,67	171	173G	B Hw Kayser *12	275G	275G
M Ack-Gögg 0	127	130,5	F BBC 6	215,5	215,5	M Erlus 10	488G	488	D Hussel 7	254	252
H Adca 0	128	127	S BSU Textil %28	1300G	1300G	M Erste Kulmb. 8	970B	970B	D Huta Heg. 0	75T	75T
D Adler 9	305G	305G	D Buckau-W 0	127	127G	S esb *0	18,6bG	18	M Hutschenr. 9	269B	269B
F Adt AG 4	147	145,2	D *Buderus *12*	435G	435G	S Essl. Masch. *5	268bG	268G	H Hypo Hbg. 10+2,5	450	450G
F AEG-Telef. 0	94,2	94,9	M Bgl. Br. Ing. *11+1	750B	750G	M Exterer **10	504	504			
D AEG-Kabel 7,5	265T	265T	S Bgl. Brh Rav. *0	365TB	365TB	D Farb. Liqu. RM 0	11,2	11,5	D IKB 7	179G	179G
S Aesculap 8	334	334,9				F Flachglas 8	265bB	263bG	S IWKA 0	219	216,5
F AGAB 5	129,8G	129,8G	S Calw D. **18	660TG	660TG	D Ford *0	1170T	1170T	M Isar-Amper 6	290bG	290G
D Agrippina *7	630	630G	F Cassella *7	452	460	B Forst Ebn. *4	1700bB	1700B	D Isenbeck *9,5	320G	320G

Wien	28.3.	27.3.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	218	218
Gösser-Brauerei	326	325
Länderbank Vz.	212	213
Österr. Brau AG	299	299
Perlmooser	342	343
Reininghaus	376	376
Schwechater Br.	156	158
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	151	151
Universale Hoch Tief	211	214
Veitscher Magnesit	213	–
Index	54,95	55,04

Kopenhagen	28.3.	27.3.
Den Danske Bank	264	272
Jyske Bank	460	485
Kopenh. Handelsbk.	218	229
Novo Industri	2335	2300
Privatbanken	238	238
Ostasiat. Komp.	179	186
Dan. Sukkerfabr.	605	625
For. Bryggerier St.	830	825
Kgl. Porc. Fabr.	360	355

Brüssel	28.3.	27.3.
Arbed	1538	1545
Brux. Lambert	2520	2615
Cockerill Ougrée	234	240
Ebes	2500	2470
Gevaert	3105	3200
Kreditbank	6950	6950
Pétrofina	7230	7190
Soc. Gén. d. Belg.	1785	1795
Sofina	5740	5700
Solvay	4040	4000
UCB	4855	4855
Index	144,4	146,52

Singapur	28.3.	27.3.
Cycle + Car.	4,30	–
Cold Storage	4,22	–
Dev. Bk. of Sing.	9,70	9,90
Fraser + Neave	6,15	6,25
Kl. Kepong	2,92	2,96
Mal. Banking	10,10	10,10
Nat. Iron	5,95	6,00
OCBC	10,50	10,50
Sime Darby	2,47	2,52
Singapur Land	5,60	5,65
Un. Overs. Bank	5,35	5,35

Sydney	28.3.	27.3.
Bk. New S. Wales	3,48	3,64
Bridge Oil	3,20	3,20
Brok. Hill. Prop.	13,80	13,40
Coles	3,68	3,70
CRA	5,86	5,84
CSR (Thaiss)	3,77	3,82
Metals Expl.	0,70	0,75
MIM-Holdings	3,33	3,30
Myer Emporium	1,90	1,88
North Broken Hill	2,70	2,75
Oakbridge	0,87	0,86
Pelo Wallsend	5,78	5,38
Poseidon	4,95	4,95
Thomas Nat. Tr.	1,84	1,82
Waltons Bond	0,51	0,55
Western Mining	4,16	4,15
Woodside Petr.	1,05	0,97
Index	739,8	756,20

Optionshandel

Frankfurt: 28. 3. 84: 707 Optionen = 36 725 (33 800) Aktien, davon 130 Verkaufsoptionen = 6900 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-95/2,4, 7-75/28,4-28, 7-90/11,8, 7-100/5, 7-120/1, 10-95/13,8, BASF 7-170/8,5, 7-180/5,5, 7-190/2,9, Bayer 7-160/17,6, 7-170/10,5, 7-180/6, 7-190/3,8, 10-170/15, 10-180/10-9,55, 10-190/6,5, 10-200/5,4, BMW 4-400/15, 4-420/3, 4-430/2, 7-450/8, Commerzbk. 4-170/10, 4-180/1,4, 7-190/8, 7-300/5, 10-180/18,6, Conti 4-112,7/15-15,6, 4-120/9, 4-130/6, 7-130/10,5, 7-140/4,5, 7-150/1, 10-130/14,5, Daimler 7-60/14,5, 7-560/31, 10-650/10, Dt. Babcock St. 4-170/1,6, 7-180/6, Deutsche Bk. 4-350/28,75, 4-380/10, 4-390/4, 7-380/25, 7-390/20,6, 10-400/17, 4-410/10, 10-360/37,2, 10-410/18,4, Dresdner Bk. 4-170/7, 4-180/2, 7-180/9,6, 7-190/6, Hoechst 4-170/6, 4-190/1, 7-180/8, 7-190/4,5, 10-170/21,3, 10-190/9, 10-200/5, Hoesch 4-90/23, 4-100/13, 4-110/5,1, 4-120/1, 7-100/20, 7-110/12, 7-120/5,5, 7-130/3,8, 10-110/18, 10-120/10, 10-130/6,4, Klöckner 4-65/1,3, 7-50/19,4, 7-60/9, 7-65/5,4, 10-55/15,4, 10-65/7,4, 10-70/6,5, Lufthansa St. 7-170/7,9, Mannesmann 4-14/2, 7-140/10,4, 7-150/6, 7-160/3,5, Kali + Salz 7-200/12,5, Siemens 4-360/43, 4-390/18,2, 4-400/10, 4-410/6, 7-400/12,5, 7-410/17, 4-420/12,5, 4-430/7, 10-410/26, 10-420/18, Thyssen 7-80/10, 7-85/5,5, 7-90/4,3, 7-95/3, 10-85/10,5, 10-95/5, 10-100/4, Veba 4-170/3, 7-170/9, 7-180/4,5, 10-180/7, VW 4-200/8,5, 4-210/3, 7-200/18,4, 7-220/7,4, 7-330/5, 10-210/20, 10-230/10,6, Alcan 7-90/9, Chrysler 7-70/7,4, 7-75/5,6, Elf 7-75/5,5, 10-80/4,9, Philips 4-40/2,2, 7-40/4,55, 10-45/3,5, Royal Dutch 4-130/3, 7-130/11,4, 7-140/4. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-90/2,6, 7-95/4,5, 10-90/3,8, BC 4-230/11,5, BMW 4-410/7,6, Commerzbk. 7-170/1,5, 7-180/4,9, Conti 7-180/3,4, 10-130/5, Daimler 7-560/15, 7-650/58, Deutsche Bk. 4-380/3, 10-370/7, 10-380/9, Dresdner Bk. 7-180/8,5, Harpener 7-290/9, Hoechst 7-180/8, Hoesch 4-110/1, 4-120/4,4, 7-120/8,4, 10-120/8, Kaufhof 10-230/7,5, KHD 10-230/8, Klöckner 4-65/2, 7-65/4,5, Mercedes 4-530/30, Mannesmann 4-140/1,9, 10-140/4,4, RWE St. 4-180/12,9, 10-170/8, RWE Vz. 10-170/8,5, Siemens 7-380/1,3, 7-390/4,5, 7-400/10, 10-390/9, 10-400/13, Thyssen 4-85/2,5, VW 4-210/3,5, 7-200/3,5, 10-180/1,6, Alcan 10-90/5,5, General Motors 4-200/31,5, Litton 7-160/9,4, 10-160/12, Xerox 4-110/12. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅛–10½	5⅜–5⅝	3⅝–4
3 Monate	10⅝–10⅞	5½–5¾	3⅝–4
6 Monate	10⅞–11⅛	5⅝–6⅛	3¾–4⅛
12 Monate	11⅛–11⅜	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1805,00	2171,70
10 US-Dollar (Indian)**)	–	–
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	609,90
1 £ Sovereign alt	233,00	288,20
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	177,00	231,42
10 Rubel Tscherwonez	245,00	306,66
2 südafrikanische Rand	228,00	281,58
Krüger Rand, neu	1023,00	1206,12
Maple Leaf	1023,00	1206,12
Platin Noble Man	1045,00	1231,30
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	256,00	319,20
20 schweiz. Franken „Vreneli"	–	–
20 franz. Franken „Napoléon"	192,00	242,82
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1197,00	1444,38
20 österr. Kronen (Neuprägung)	188,00	237,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	447,00	549,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

28. 3. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,5885	2,6075	2,5705	2,55	2,64
London¹)	3,752	3,766	3,729	3,69	3,84
Dublin¹)	3,052	3,066	3,005	2,98	3,11
Montreal³)	2,0313	2,0393	2,0103	1,99	2,08
Amsterd.	88,485	88,705	88,475	87,75	89,75
Zürich	120,400	120,600	120,50	119,25	122,00
Brüssel	4,877	4,897	4,807	4,63	4,83
Paris	32,400	32,560	31,75	31,50	33,25
Kopenh.	27,220	27,340	27,01	26,25	28,25
Oslo	34,540	34,680	33,94	33,75	35,50
Stockh.**)	33,560	33,720	33,23	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,602	1,612	1,564	1,57	1,67
Wien	14,196	14,236	14,167	14,12	14,34
Madrid**)	1,739	1,749	1,696	1,70	1,82
Lissabon**)	1,965	1,985	1,875	1,80	2,40
Tokio	1,1555	1,1585	–	1,11	1,17
Helsinki	46,530	46,730	45,36	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	2,4980	2,5520	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,432	2,4510	–	2,37	2,48
Johannesbg.*)	2,085	2,1140	–	1,90	2,15

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Im Handel per Monatsultimo wies der US-Dollar am 28. 3. wieder eine etwas freundlichere Tendenz auf und erreichte am frühen Nachmittag zeitweise 2,6070. Zur amtlichen Notiz von 2,6035 verkaufte die Bundesbank 6,2 Mill. US-Dollar. Zu Beginn des Handels wurde mit 2,5840 die niedrigste Tagesbasis genannt. Die heutige Befestigung ist wohl einmal auf Ultimo und zum anderen auch auf neue Zinsängste, die von Ökonomen in den USA geschürt wurden, zurückzuführen. Die Kursentwicklung der übrigen Währungen wies in den meisten Fällen ebenfalls eine steigende Tendenz auf. Schwächer notierte lediglich das irische Pfund und der belgische Franc. Deutlich verbessert lag das englische Pfund mit 2,9 Promille und der Schweizer Franken mit 2,3 Promille Kursgewinn. Dollar in: Amsterdam 2,9380; Brüssel 53,27; Paris 8,0065; Mailand 1619,50; Wien 18,3050; Zürich 2,1606; Ir. Pfund/DM 3,050; Pfund/Dollar 1,4438; Pfund Dollar 3,759.

Ostmarkkurs am 28. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Wiederbefestigung der Dollar-Eurosätze führte am 28. März zu einer Erweiterung der Abschläge für US-Dollar gegen D-Mark per Termin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,15/1,05	3,35/3,25	6,57/6,37
Pfund/Dollar	0,21/0,23	0,65/0,68	1,37/1,41
Pfund/DM	1,70/0,30	3,80/2,40	6,50/5,10
FF/DM	28/12	80/64	151/135

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 3.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 28. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 5,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,80, Rendite 7,80.

Festverzinsliche uneinheitlich

Der Markt für festverzinsliche Wertpapiere verkehrte an der Mittwochbörse ausgesprochen ruhig. Die Nachricht von einer neuen Anleihe der Kreditanstalt für Wiederaufbau nahm der Markt ohne Begeisterung auf. Pfandbriefe knapp behauptet und teilweise etwas weicher.

Bundesanleihen

		28. 3.	27. 3.
F 5 Bund 78	5/84	99,95G	99,95G
6 dgl. 78 III	8/84	99,35	99,95
8¼ dgl. 76	9/84	100,85	100,85
6 dgl. 78 IV	12/84	99,9	99,95
6¼ dgl. 78	1/85	100	100
8½ dgl. 73 I	3/85	102	102
7 dgl. 79	4/85	100,7	100,75
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,95	100,95
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,65	101,65
8 dgl. 76 IV	10/85	101,85	101,9
5½ dgl. 78 II	3/86	97,2	97,95
5¼ dgl. 78	5/86	97,25	97,35
7¼ dgl. 76 I	12/86	100,45	100,45
6½ dgl. 79	1/87	98,65	98,45
7¼ dgl. 78 II	1/87	100,15G	100,15
6¾ dgl. 77	4/87	99,25	99,05
6½ dgl. 77	7/87	98,1	98,1
6 dgl. 77	10/87	96,25	96,35
6 dgl. 78 I	1/88	95,8	95,85
6¼ dgl. 78 I	9/88	97,25	97,2
6½ dgl. 78 II	12/88	96,9	96,85
6¾ dgl. 79	1/89	97,55G	97,55
7¼ dgl. 79 I	4/89	99,05	99,35
10 dgl. 81	4/89	108,45	108,45
7½ dgl. 79 I	6/89	99,3	99,35
8 dgl. 79 I	7/89	101,1	101,1
8 dgl. 79 II	8/89	101,1	101,1
7½ dgl. 79 II	9/89	99,2	99,35
7¾ dgl. 79 II	11/89	100,05	100,05
7¾ dgl. 80 I	1/90	100,05G	100,05
10 dgl. 80	4/90	109,1	109,2
5¾ dgl. 78	5/90	91,75	91,75
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,2	101,1G
8¼ dgl. 80 II	11/90	101,15	101,15
7¾ dgl. 82	11/90	99,2	99,25
9 dgl. 81	2/91	104,35	104,35
10¼ dgl. 81	7/91	110,85	110,85G
10¾ dgl. 81	9/91	113,85G	113,85
10 dgl. 81 II	12/91	109,9	109,9
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,6G	108,8
F 8½ dgl. 79	2/85	100,1	100,1
8½ dgl. 73	2/85	101,7G	101,7
7 dgl. 77	2/87	99,45	99,48
6 dgl. 77	9/87	96,2G	96,25
6 dgl. 78 II	7/88	94,65	94,65
8½ dgl. 77	5/89	95,4	95,4
8 dgl. 79 I	7/89	100,9	100,9
6 dgl. 78 I	2/90	92,45	92,45
8 dgl. 80 II	7/90	100,3	100,3
9 dgl. 81	3/91	104,25	104,25
10¾ dgl. 81	9/91	112,35G	112,35
10¼ dgl. 81	11/1	111,25	111,25
8 dgl. 80 I	2/92	99,35	99,35
10 dgl. 82	2/92	110,25	110,25
8½ dgl. 82	7/92	107,5	107,5
8 dgl. 82	11/92	99,3	99,35
7¾ dgl. 83	1/93	97,45	97,6
8¼ dgl. 83	10/93	100,45G	100,5

Bundespost

		28. 3.	27. 3.
F 6½ Bdpost 68	6/88	99G	99G
8 dgl. 72 I	9/87	101,35	101,35
10 dgl. 81	3/89	108,35	108,35
10¼ dgl. 81	6/89	109,35	109,35G
8 dgl. 80	3/90	100,4	100,4
7¾ dgl. 80	9/90	99,55G	99,55
8¾ dgl. 80	12/90	103,9	103,9G
10½ dgl. 81	10/91	112,2	112,2
9¾ dgl. 82	2/92	108,75G	108,75G
8¾ dgl. 82	8/92	103,05	103,05G
8½ dgl. 82	10/92	101,6	101,7
7¾ dgl. 83	2/93	97,5	97,5
8½ dgl. 83	9/93	101,75	101,75
8¼ dgl. 84	2/94	100,5	100,5

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester zeigten sich am Mittwoch die Gold-, Silber und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß. Höher wurden auch Kaffee und Kakao bewertet.

Aktuelle Rohstoffpreise aus USA und Kanada können erst nach Einführung der Sommerzeit (22. 4.) wieder veröffentlicht werden

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	28. 3.	27. 3.
Mai	358,50	361,00
Juli	344,00	345,50
Sept.	346,50	348,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	28. 3.	27. 3.
St. Lawrence 1 CW	241,75	261,55
Amber Durum	243,25	244,60
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	136,00	136,00
Mai	138,00	138,30
Juli	142,00	142,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	134,20	132,70
Mai	127,50	127,00
Juli	124,70	124,40
Hafer Chicago (c/bush)	28. 3.	27. 3.
Mai	183,00	184,25
Juli	179,75	180,75
Sept.	175,00	176,25
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	352,75	354,50
Juli	346,25	350,25
Sept.	320,00	321,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	28. 3.	27. 3.
März	130,40	130,30
Mai	131,50	131,60
Juli	132,00	132,40

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	28. 3.	27. 3.
Terminkontr. Mai	148,45	148,20
Juli	141,35	140,85
Sept.	137,50	136,80

Kakao New York ($/t)	28. 3.	27. 3.
Terminkontr. Mai	2525	2490
Juli	2535	2505
Sept.	2530	2463
Umsatz	–	3679
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,98	6,77
Juli	7,42	7,21
Sept	7,80	7,60
Okt.	8,03	7,80
Jan.	8,65	8,40
Umsatz	–	6065
Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	27. 3.	27. 3.
	6,45	6,53
Kaffee London (£/t) Robusta-	28. 3.	27. 3.
Kontrakt März	2078–2079	2110–2112
Mai	1993–1994	2012–2014
Juli	1950–1951	1981–1982
Umsatz	2481	4533
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1790–1797	1781–1787
Mai	1815–1817	1791–1793
Juli	1810–1811	1801–1802
Umsatz	3330	2762
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	175,40–175,60	180,60–180,80
Aug.	189,60–189,80	194,40–194,60
Okt.	200,40–200,60	204,80–205,20
Umsatz	3179	2023
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	28. 3.	27. 3.
schw. Sarawak spez.	332,50	335,00
weißer Sarawak	620,00	622,50
weißer Muntok	627,50	630,00

Orangensaft New York (c/lb)	28. 3.	27. 3.
Mai	173,80	171,30
Juli	172,75	170,60
Sept.	171,70	169,65
Nov.	169,25	167,45
Jan.	157,25	164,10
Umsatz	–	2800

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	28. 3.	27. 3.
Südstaaten fob Werk	50,00	50,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,75	28,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	29,43	29,60
Juli	29,45	29,62
Aug	28,50	28,70
Sept.	27,60	27,60
Okt.	28,55	26,45
Dez.	25,95	25,85
Jan.	25,70	25,75
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	31,00	31,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	30,00	30,00
Choise white hog 4% fr. F.	22,25	22,25
Talg New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Apr.	49,90	49,40
Juni	56,65	56,45
Juli	58,95	58,75
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	70,80	–
Juli	71,70	70,60
Aug.	70,40	70,60

Häute Chicago (c/lb)	28. 3.	27. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	62,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	56,00	55,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	786,50	786,00
Juli	795,00	796,00
Aug	787,00	786,50
Sept.	760,00	757,00
Nov.	734,50	732,00
Jan.	744,50	743,50
März	756,00	755,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	203,30	203,80
Juli	208,70	208,80
Aug.	209,50	209,50
Sept.	208,00	207,00
Okt.	201,50	201,50
Dez.	202,50	202,50
Jan.	204,00	203,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	28. 3.	27. 3.
März	358,50	358,50
Mai	357,00	355,50
Juli	362,00	361,00
Kokosöl New York (c/lb)	28. 3.	27. 3.
Westküste fob Werk	51,50	51,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	28. 3.	27. 3.
egl. Herk. cif	1140,00	1145,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
egl. Herk. ex Tank	485,00	435,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	925,00	925,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
ab Niederl. fob Werk	213,00	216,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1170,00	1125,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	295,00	298,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	28. 3.	27. 3.
Mai	80,80	80,00
Juli	80,73	80,15
Okt.	77,40	76,95
Dez.	75,23	74,80
März	–	75,85
Mai	–	76,35
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	57,00	57,00
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	28. 3.	27. 3.
März	405	405–417
Mai	423–430	426–431
Aug.	449–455	449–451
Umsatz	77	223
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	28. 3.	27. 3.
Mai	49,20	49,20
Juli	49,70	49,70
Okt.	50,00	50,00
Dez.	50,10	50,10
Umsatz	0	5
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standard-Type	28. 3.	27. 3.
Mai	575,0–577,0	577,5–578,0
Juli	588,0–589,5	589,0–589,5
Okt.	573,0–575,5	574,0–575,0
Umsatz	6	32
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	28. 3.	27. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	28. 3.	27. 3.
April	13 850	13 816
Mai	13 806	13 777
Kautschuk London (p/kg)	28. 3.	27. 3.
Nr. 1 RSS loco	75,50–78,00	76,00–78,00
Mai	76,90–79,00	74,50–80,50
Juni	86,50–88,50	75,00–80,50
Juli/Sept.	80,10–80,30	80,70–80,90
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	28. 3.	27. 3.
April	250,00–251,75	248,50–249,50
Mai	255,25–256,50	254,50–255,00
Nr. 2 RSS April	248,00–250,00	248,00–249,00
Nr. 3 RSS April	244,50–245,50	243,50–244,50
Nr. 4 RSS April	237,50–238,50	236,50–237,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	28. 3.	27. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	28. 3.	27. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	125,97–126,35	124,10–124,48
drittfolg. Monat	127,49–127,87	125,79–125,98
Zink: Basis London		
laufend. Monat	277,93–278,31	279,37–279,75
drittfolg. Monat	257,76–259,95	259,61–259,80
Produz.-Preis	273,79	272,03
Reinzinn 99,9%	3617–3653	3631–3667

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	28. 3.	27. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	405,60–407,48	407,23–409,10
Blei in Kabeln	133,75–134,75	132,00–133,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Runddbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vormaterial	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	28. 3.	27. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	390–399	390–400
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	434–437	435–437
MS 63	428–433	429–434

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	28. 3.	27. 3.
(Ring.-kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	28. 3.	27. 3.
Leg. 225	444–470	444–470
Leg. 226	446–472	446–472
Leg. 231	476–502	476–502
Leg. 233	486–512	486–512

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	28. 3.	27. 3.
Platin (DM je g)	35,45	35,85
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 890	32 850
Rücknahmepr.	32 100	32 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 840	32 720
Rücknahmepr.	32 130	32 210
verarbeitet	34 250	34 340
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 300	32 505
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	801,60	802,90
Rücknahmepr.	765,30	766,80
verarbeitet	837,10	838,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	28. 3.	27. 3.
10.30	385,75	388,10
15.00	385,75	388,85
Zürich mittags	386,00–386,50	388,75–389,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 750	100 050
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	651,75	655,65
3 Monate	665,95	668,55
6 Monate	679,50	684,20
12 Monate	709,80	713,90
Platin (£-Feinunze) London	28. 3.	27. 3.
fr. Markt	270,00	270,35
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	111,50	109,85

New Yorker Metalle	28. 3.	27. 3.
Gold [illegible]	386,75	[illegible]
Silber [illegible]	[illegible]	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	[illegible]	[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
April	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Sept.	[illegible]	[illegible]
Dez.	1002,00	[illegible]
Jan.	–	[illegible]
März	–	
Umsatz	–	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	28. 3.	27. 3.
April	70,20	[illegible]
Mai	70,70	[illegible]
Juli	72,00	71,70
Sept.	73,30	72,60
Dez.	75,25	74,35
Jan.	75,95	75,25
März	77,30	–
Umsatz	[illegible]	

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	28. 3.	27. 3.
Kasse	975,00–976,00	985,00–986,00
3 Monate	999,00–999,50	1004,0–1004,5
Blei (£/t) Kasse	333,00–334,00	329,50–330,[illegible]
3 Monate	338,00–338,50	334,50–335,00
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1064,5–1065,0	1072,0–1072,5
3 Monate	1082,0–1084,0	[illegible]
abends Kasse	1062,5–1063,5	1071,5–1072,[illegible]
3 Monate	1080,5–1080,0	1087,5–1088,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1052,0–1054,0	[illegible]
3 Monate	1074,0–1075,0	1084,0–1085,0
Zink (£/t) Kasse	736,00–737,00	744,00–746,00
3 Monate	710,50–711,00	716,50–717,50
Zinn (£/t) Kasse	8559–8570	8437–8442
3 Monate	8654–8655	8524–8535
Quecksilber ($/Fl.)	300–315	310–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	84–88	85–87

Jesus spricht:
„In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden."
Johannes 16, 33

Ellen Koncz geb. Hoehne

geb. 24. 5. 1925 in Dortmund
gest. 23. 3. 1984 in Göttingen

In Trauer
Prof. Dr. med. Josef Koncz
Dr. med. Stephanie Koncz

3400 Göttingen, Georg-Dehio-Weg 1

Die Beerdigung hat auf Wunsch der Verstorbenen im engsten Kreise stattgefunden.

MEDICA
Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Medizinischen Diagnostik e. V.

trauert um ihren Schatzmeister

Dr. med. Karl-Heinz Krone

Herford
Mitglied des Vorstandes

Dr. Krone hat als Gründungsmitglied große Verdienste um die Entwicklung einer hochwertigen ärztlichen Fortbildung. In bescheidener, zuverlässiger Treue hat er selbst in der Zeit schwerer Krankheit seinen unermüdlichen Einsatz für die von ihm als richtig anerkannte Aufgabe geleistet.

Karl-Heinz Krone war ein hervorragender Arzt. Er hat Wertvolles für die medizinische Betreuung unserer Bevölkerung getan.

Wir trauern um einen guten Freund!

Im Namen des Vorstandes
Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Ernst Fromm
Präsident

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,00 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 3 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Verein gegen Männerfrust

P.Jo. – „Wir armen, armen Mädchen /sind gar so übel dran.
Ich wollt', ich wär kein Mädchen
Ich wollt', ich wär ein Mann."
So klang es einst von der Opernbühne, und die armen Jungfern, die sich vom Schicksal wegen ihrer weiblichen Rolle benachteiligt fühlten, sangen es eifrig mit.

Heute, werden wir jetzt durch ein Rundschreiben belehrt, müßte das Lied ganz anders heißen. „Wir armen, armen Männer..." wäre eine angemessene Einleitung. Worin das Elend dieser armen Männer besteht, *wird dann in zehn Punkten* aufgezählt. Unter 1. liest man: „Die männliche Rolle wird Sie 5 – 8 Jahre früher ins Grab bringen als eine Frau. (Kürzliche US-Forschungen haben gezeigt, daß die Lebenserwartung der Geschlechter aufgrund der *Rolle* und *nicht* der Biologie verschieden ist)". Auch wird vermerkt: „Sie werden wahrscheinlich 5 Jahre länger arbeiten müßen bis zu ihrer Pensionierung als eine Frau." Oder: „Für dasselbe Verbrechen werden Sie wahrscheinlich härter bestraft als eine Frau." Da packt einen (Mann) schon das ganze Elend dieser Welt.

Da es alle Männer dieser Welt betrifft, wird dieser Jammerkatalog auch gleich noch englisch, französisch und niederländisch wiederholt. Die „Europäische Maskulistenbewegung und Europäische Organisation für geschiedene Männer" wendet sich damit ans Europa-Parlament, um eine Anhörung zu fordern.

Da werden wir wohl bald Männerkneipen haben, in die keine Frauen dürfen, und Männerbuchhandlungen, die Männerliteratur nur an Männer verkaufen. Männerfilme, Männerzeitschriften werden sicher folgen. Und dann kommt auch die Zeit, an den Hochschulen die Einrichtung von Lehrstühlen für Männerstudien zu fordern.

Schade nur, daß man Esther Vilar, weil sie eine Frau ist, nicht zum Präsidenten der Bewegung ernennen kann. Denn schließlich hat sie sich mit ihrem „Dressierten Mann" schon vor Jahren um den Männerfrust verdient gemacht.

Hörspielpreis der Kriegsblinden: G. Rühms „Wald"

Angst vor den Menschen

Wie macht man aus dem Waldsterben ein Hörspiel? Schier unüberwindlich scheinen die Schwierigkeiten, da doch, wie inzwischen jedermann weiß, der Tod der Bäume ein geräuschloser ist. Da muß dichterische Freiheit in Anspruch genommen werden: Ächzend und splitternd stürzt als akustische Schlußapotheose so ein Baumriese mit ohrenbetäubendem Lärm in sich zusammen, ganz unrealistisch und doch durchaus eindrucksvoll. Wirkung zu überhöhen, notfalls auch im Widerspruch gegen die komplizierte Wirklichkeit, war immer Funktion der Kunst. Je mehr sie künstlerisch überzeugte, desto leichter hatte sie es, über diese Wirklichkeit in einem höheren Sinne zu triumphieren. Ob dies auf Gerhard Rühms vom WDR am 6. Dezember 1983 gesendetes Hörstück „Wald" (Untertitel: „Ein deutsches Requiem"), den diesjährigen Preisträger beim Hörspielwettbewerb der deutschen Kriegsblinden, tatsächlich zutrifft, bleibt ein wenig ungewiß.

Der 54jährige Österreicher Rühm, der seit Jahren in Köln lebt und sich komponierend, musizierend und schreibend ein wenig als Künstler zwischen den Stühlen der Kunstgattungen versteht, montiert in seinem nur halbstündigen (dies als Lob gemeint) Werk. Widersprüchliches aneinander: Pressemeldungen und Politikerverlautbarungen, musikalisch zu Rezitativen (teils von einem Chor, teils vom Autor selbst zu Cello- und Klavierbegleitung gesprochen oder gesungen) aufbereitet, die Stimmen von Passanten, die zu dem Thema befragt werden, Geräusche der „todbringenden" Mächte der Zivilisation. Das ist sauber gemacht, stellenweise sogar eindrucksvoll geglückt, wobei die Musik den wohl wichtigeren Part spielt.

Und doch bleibt es ein menschenloses Hörspiel. Die befragten Leute mit ihrer klischeehaften Ratlosigkeit, deren Sprüchlein der Autor geschickt in einen sich langsam aufblendenden Chor des allgemeinen Denk- und Sprachwirrwarrs münden läßt, füllen die Lücke nicht. Sie zählen nicht mehr als die vorbeirasenden Autos oder die öffentlichen Beschwörungsformeln.

Die Angst der Macher vor den Menschen scheint immer noch zu wachsen. Ehe man sich darauf einläßt, verarbeitet man lieber ein Thema direkt, sozusagen als handlicheren Rohstoff, ohne jene störende Verselbständigung, wie sie menschliche Figuren samt den sie verkörpernden Sprechern möglicherweise zwischen Autor (Gerhard Rühm) und Regisseur (Gerhard Rühm) hätten heraufbeschwören können. Aber trotz allem: Ein durchaus berechtigter Preisträger, freilich in einem Hörspiel-Produktionsjahr 1983, dem die künstlerischen Höhepunkte offenbar fehlten.

Eine Minderheit der Jury plädierte für Günter Herburgers, vom Südwestfunk produziertes Hörspiel „Der Garten" (Regie: Hermann Naber). Es ist das quälend im Kreise drehende Einschlafgespräch zwischen einer Mutter und ihrem behinderten Kind. Die Rollen wechseln mitunter aufs Feinste: Da gibt plötzlich das in seiner Situation fast weise gewordene, psychisch überlegene Mädchen, das selbst die geheimen Tötungswünsche der Mutter zu ahnen und zu verzeihen scheint, der Verzweifelten an seiner Seite Halt und Tröstung. Am Ende kein Ausweg, nur das erschöpfte gemeinsame Einschlafen. Ein passagenweise hervorragendes Stück, das freilich mitunter etwas allzu manieriert wirkt.

Mehr oder weniger enttäuschend der Rest, enttäuschend vor allem, wo prominente Autoren beteiligt sind: zweimal Günter Kunert („Countdown" und „Briefwechsel"), einmal Ingomar v. Kieseritzky, mit einem Erstling der Schauspieler Ernst Jacobi, der doch mit seiner unvergleichlichen Stimme und Sprechkultur so viele meisterhafte Hörspiele anderer Autoren erst möglich gemacht hat.

Allgemeine Trends sind beim deutschen Hörspiel nur noch unter Schwierigkeiten auszumachen. Das Pathos der Rebellion scheint verebbt. Vergangenheit ist ein häufiger werdendes Thema, Vergangenheit auf eine schlichtere, ehrlichere Art als viele Versuche einer tönernen pseudopolitischen Bewältigung. Aber Ernst Gethmanns „Liebe Lene" (SWF) oder Erich Loests „Schlesisches Himmelreich" (HR), um Beispiele zu nennen, waren zu bieder, zu betulich vielleicht auch, um höheren Ansprüchen zu genügen.

Das Hörspiel – eine sterbende Kunstgattung? Jahr für Jahr taucht diese Frage immer wieder auf. Aber selbst eine relativ magere Ernte wie die des diesjährigen Wettbewerbs bietet keinen Anlaß, sie zu bejahen. Zumindest gute, interessante Hörspiele jedweder Thematik haben immer noch ihr Publikum, wie eine Umfrage des Südwestfunks jüngst gezeigt hat. Es ist ein Publikum, das zwar klein ist, aber besser, genauer zuhört als die Millionen der nur Berieselten. Es sind Menschen. Man wird sich fragen müssen, ob das Hörspiel ihnen auf die Dauer menschenlos wird entgegentreten können.

JOACHIM NEANDER

Ein Führer durch „Die deutschen Heimatmuseen"

Von Aachen bis Zwiesel

Das Wort „Heimat" bereitet manchen Unbehagen. Denn alles, was mit der Bindung an den Ort der Herkunft, an die - *horribile dictu* – heimatliche Scholle zu tun hat, ist ihnen ein Greuel. Die „Heimatmuseen" geraten dadurch leicht zu einer Metapher des Unbehagens. Davon ist auch Siegfried Lenz mit seinem Roman „Heimatmuseum" nicht ganz frei. Der Mißbrauch des Erbes scheint, will man solchen literarischen Zeugnissen glauben, näher zu liegen als der Nutzen.

Das ist allerdings ein Vorurteil der veröffentlichten Meinung, einer Minderheit, und offenbar noch nicht einmal einer qualifizierten. Denn die Mehrheit der Deutschen schätzt die Heimatmuseen. Gut ein Fünftel aller Museumsbesuche können diese meist kleinen Museen verzeichnen. Elf Millionen waren das immerhin 1981, dem Jahr mit der bisher höchsten Besucherzahl von insgesamt 54 Millionen. Darauf verweist Hanswilhelm Haefs in seinem Führer „Die deutschen Heimatmuseen" (Krüger, Frankfurt am Main, 336 S., 28 Mark). Es ist die erweiterte Teilausgabe des „Deutschen Museumsführers" desselben Verlages. Allerdings wurde bei den Heimatmuseen auf die dazwischengestreuten Farbabbildungen verzichtet (mit Ausnahme jenes Einschubes, in dem das Kempener Kramer Museum ausführlich als exemplarisch für diesen Sammlungstyp vorgestellt wird).

Der Band verzeichnet die Museen alphabetisch nach Ortsnamen – vom Museum Burg Frankenberg, Aachen, bis zum Waldmuseum in Zwiesel – mal knapp, mal ausführlich von der Telefonnummer und den Öffnungszeiten bis zur Beschreibung der Bestände. Dazu kommen Sach- und geographisches Register, ein Personenverzeichnis und – wegen der zahlreichen Eingemeindungen in jüngerer Zeit – eine Ortsnamenkonkordanz. Außerdem wurde auch eine Zusammenstellung der Heimatstuben, -museen, -sammlungen und Archive der Vertriebenen aufgenommen.

Wer mit dem Band auf Reisen geht, kann also erfahren, woher wir kommen. Und vielleicht hilft er uns auch zu lernen, wohin wir gehen (sollten).

PETER JOVISHOFF

Ein Mädchen mogelt sich in die Talmud-Schule – Barbra Streisands Film „Yentl" nach I. B. Singer

Lernen mit der Seele eines Mannes

Frühling 1904 irgendwo in Osteuropa. Markttag in einem kleinen jüdischen Städtchen. An Fisch- und Gemüseständen drängeln sich dicke Frauen, schnattern wie die Gänse und feilschen um die Preise. Eindringlich rücken die Gesichter ins Bild, minuziöse Porträtstudien, bräunlich vergilbt wie alte Fotos. Dann wieder folgt die Kamera dem quirligen Marktgeschehen, jagt prallbunte Szenen so rasch am Auge vorbei, daß sie verschwimmen wie hinter Schleiern. Ein Mädchen namens Yentl, etwa Ende zwanzig, wird von *den Frauen als „alte Jungfer" verulkt.* Das Mädchen streicht um einen Bücherkarren, auf dem die religiöse hebräische Literatur für den Mann und die jiddisch geschriebenen heiteren Almanache für Frauen streng getrennt sortiert sind. Denn das Studium der Wissenschaften ist strikt den Männern vorbehalten; der Talmud bekräftigt das per Gesetz.

Doch hinter verriegelten Türen und verhängten Fenstern studiert der alte Reb Todros mit seiner Tochter Yentl die Tora wie mit einem Sohn, brütet mit ihr über der Mischna, der Gemarra und den anderen Kommentaren oder auch über dem Schachbrett. Und wenn das Mädchen, das mit dem Vater allein lebt, das Essen anbrennen läßt oder die Milch wieder einmal überkocht, dann pflegt der Alte zu sagen: „Yentl, du hast die Seele eines Mannes, aber den Körper einer Frau!" Und er läßt keinen Zweifel daran, daß der liebe Gott hier offenbar geirrt habe.

Barbra Streisand ist Yentl in ihrem Regie-Erstling, für den sie außerdem noch als Drehbuchautorin und Produzentin verantwortlich zeichnet. Eine Menge eigenes Geld hat sie in dieses 16-Millionen-Dollar-Projekt gesteckt und sich damit zugleich einen lang gehegten Wunsch erfüllt. Ihr „Film mit Musik" basiert auf einer 1964 entstandenen Erzählung von Isaac Bashevis Singer, dem 1935 von Warschau nach New York emigrierten Schriftsteller, dessen Geschichten allesamt im polnischen Judentum angesiedelt sind. Schon vor fünfzehn Jahren hat Singer die Filmrechte für „Yentl" an Barbra Streisand verkauft. Ihr ist das Milieu dieser Story vertraut seit ihren Kindertagen im ärmlichen Einwandererviertel von Brooklyn.



Hochzeitsnacht, schnoddrig in Witz und Chuzpe verpackt: Amy Irving (links) und Barbra Streisand in dem Film „Yentl" FOTO: UIP FILM

Dem Mädchen Yentl, das Männerkleider anlegt, um – entgegen aller Tradition – studieren zu können, das schließlich paradoxerweise sogar eine Frau heiratet, um den Mann ihres *Lebens nicht zu verlieren, fühlt sie* sich eng verwandt. Der Vater Reb Todros (Nebemiah Persoff ist dieser alte Lehrer, ergreifend in seiner Güte und Kraft) faszinierte sie seit Jahren. Im Nachspann hat sie den Film ihrem toten Vater gewidmet.

„Yentl" ist die Geschichte einer Freundschaft und die Geschichte einer Liebe, traurig und doch voller komödiantischem Witz, den der Film viel stärker ausspielt als die Erzählung. Um drei Menschen vor allem geht es, deren Wege und Gefühle sich kreuzen. Nach dem Tod des Vaters verläßt Yentl ihre Heimatstadt auf der Suche nach einer Talmud-Schule. Sie hört jetzt auf den Männernamen Anschel. Im schwarzen Kaftan, mit fein umrandeter Nickelbrille und kurzgeschnittenem Haar ist sie ganz „Mann", wenngleich erschreckend bartlos. In einer Schänke wird sie von den Burschen als milchgesichtiges Muttersöhnchen verspottet, findet aber in dem Studenten Avigdor (Mandy Patinkin, dem Che Guevara aus dem Broadway-Musical „Evita"), der sie bei seinem Rabbiner einführt, einen Beschützer und Freund.

Auf langen Spaziergängen – David Watkins Kamera malt hier die schönsten Landschaftsidyllen in braunen und gelblichgrünen Tönen aus – führen Anschel und Avigdor ebenso witzige wie anregende Debatten über den Sinn des Lebens und den Kern aller Dinge. Und bald schon empfindet Anschel für ihren Studiengefährten mehr als nur Freundschaft. Als der sie inständig bittet, seine hübsche Verlobte Hadass (Amy Irving) zu heiraten – die Eltern des Mädchens weisen Avigdor zurück, weil sein Bruder Selbstmord beging –, willigt sie ein.

Es folgen Sequenzen, die der Streisand jede Möglichkeit geben, ihr immenses komödiantisches Talent zu entfalten. Exakt bis in die Fingerspitzen hinein trifft sie die Gestik des Talmud-Studenten, den Singer beschreibt. Selten sah man eine Hochzeitsnacht so schnoddrig in Witz und Chuzpe verpackt wie in Streisands Film. Kissenschlachten anstelle von intimem Bettgeflüster. Heimliche Komplizenschaft zwischen den frisch Vermählten, denn Hadass gesteht ihre Liebe zu Avigdor ein, und ihr angetrauter „Ehemann" quittiert das mit Nachsicht. Anschel gibt die für beide Frauen demütigende Rolle jedoch auf, als Hadass eines Tages beginnt, sie tatsächlich zu lieben.

Sie schifft sich nach Amerika ein, nicht ohne Avigdor ihr Geheimnis preisgegeben und ihre Gefühle für ihn offenbart zu haben. Es kommt zu einer rührenden Liebesszene, die in Singers Erzählung fehlt, ebenso wie auch die neun Lieder, die Barbra Streisand immer dann singt, wenn Yentls Gefühle hervorbrechen wollen und sich doch verbergen müssen. Diese musikalischen Einlagen sind umstritten. Ohne Frage machen sie die ansonsten schlicht und wunderbar weiblich erzählte Geschichte streckenweise zur Schnulze. Fans der Sängerin Streisand wird das freilich nicht anfechten, im Gegenteil.

„Yentl" wurde in den USA hochgelobt, prämiert, für fünf Oscars nominiert und vom Publikum gefeiert. Nur Isaac Singer grollt. Die Yentl des Films, erklärt der fast 80jährige, habe nichts mit seiner Heldin gemein, und, noch schlimmer, der Film verfälsche das jüdische Milieu. Die amerikanischen Zeitungen haben Barbra Streisand gegen den Vorwurf des „Unjüdischen" einhellig in Schutz genommen. Selbst die der Sängerin gegenüber recht kritisch eingestellte „Jüdische Allgemeine" attestierte dem Film enormes Flair und nannte ihn ein Hollywood-Ereignis ersten Ranges. Dabei wies sie vorsichtig auf die gekränkte Eitelkeit Singers hin, dessen Drehbuch Frau Streisand verworfen hatte, um es selber zu schreiben.

Sie hat ihre Heldin Yentl, die etwa zehn Jahre älter ist als bei Singer, stark autobiographisch getönt, gab sie sensibler und verletzbarer, als sie in der literarischen Vorlage ist. Sie machte aus der geistig-intellektuellen Figur, der etwas Stoisches, ja sogar Diabolisches anhaftet, eine Frau, die am Ende nicht nur zu ihrem Verstand, sondern auch zu ihren Gefühlen steht. Eine Frau auch, die träumen kann und die all ihre Träume wahrzumachen versucht. Diese kleine Retouche zugunsten des Weiblichen fand die amerikanische Kritik durchaus zulässig.

Als Singer diese Figur geschaffen habe, merkt die „Jüdische Allgemeine" leicht amüsiert an, habe ihm seine Tante Yentl vorgeschwebt, ein *Blaustrumpf, der mit Bibelzitaten* und Volksweisheiten nur so um sich geworfen habe. Von ihr freilich fehlt in der Filmversion jede Spur. Für den Zuschauer ist das allemal ein Glück. „Yentl" ist ein hinreißender Film, der einer zauberhaften Frau gleicht: unorthodox und launig, naiv und zärtlich, rätselhaft und immer unberechenbar.

DORIS BLUM

Der Sänger Bobby McFerrin auf Europa-Tournee

Akrobat der Stimme

Die Stimme gehört untrennbar zu Kopf und Gehirn. Daraus folgt, daß alle Dinge, die man im Kopf hat, sich auf die Stimme übertragen lassen." Der Mann, der dies sagte, muß es wissen. Bobby McFerrin (32), das Vokal-Phänomen aus Kalifornien, hat die Kunstform des Gesanges zu musikalisch neuen Ufern geführt. Der liebenswerte, immer frohgemute Stimm-Akrobat zieht die Zuhörer in ein bisher unentdecktes Märchenland der Laut-Malerei, zaubert in seinem Vortrag gleichsam die unendliche Geschichte der vokalen Klangwelt herbei. McFerrins Lippen-Bekenntnisse versetzen inzwischen Publikum und Kritiker in aller Welt in Entzücken. Derzeit fegt der neue Gesangsstar über die Konzert- und Festivalbühnen Europas – und läßt dabei nicht nur Jazz-, Soul- und Popfans in Jubel ausbrechen, sondern auch die Klassik-Freunde.

So geriet denn auch der Abend in der ausverkauften Hamburger Musikhalle zu einem wahren Triumph. Zweieinhalb Stunden lang versetzte Bobby McFerrin das Publikum nahezu in Trance. Er zelebrierte nur mit einem Mikrofon und einem Stuhl ausgestattet – einen Soloabend der ausgefeilten Vokalkunst. Mit Lippe, Zunge, Kehle, Mundtrichter und Finger entfachte er den Sound eines ganzen Orchesters, imitierte einsame Cello- und Kontrabaß-Soli, schwenkte zu näselnden Dudelsack-Klängen über, stieß ins unsichtbare Frenchhorn, hauchte die unterschiedlichsten Flötentöne ins Parkett – und war dazu noch tänzerisch dauernd auf dem Sprung.

Unmöglich scheint es fast, die einsamen, nahtlos aneinandergekoppelten Darbietungen in Kategorien oder Stile einzuordnen. Mal tönt von der Bühne archaischer New-Orleans-Jazz herab, dann – mit täuschend ähnlichem Baß – „Pling-Plong-Plang" – ein heiteres Stück Swing („Take the 'A'-train"), gleich darauf summt eine Bach-Toccata durchs Auditorium, und schließlich kriegen Neutöner und Avantgarde-Musiker einen ironischen Seitenhieb ab. Immer wieder meint man, da oben auf dem Podium tatsächlich einen verbissenen Fagottisten zu sehen und zu hören, einen zischenden und tuschelnden Schlagzeugbesen zu vernehmen – oder einem andächtig singenden Gospelchor zu lauschen. Aber auf der großen Bühne steht Bobby ganz solo und a capella.

Ab und zu werden allerdings die Zuhörer in den Vortrag einbezogen. Die Fans müssen dann einzelne Passagen von bekannten Beatles-Songs oder besonders markante Partien aus Dizzy Gillespies „Night in Tunesia" mitsingen. Das klappt hervorragend. Nach diesem Gemeinschaftswerk jubelt und klatscht der fröhliche Mann da oben dem Publikum zu. Und zum Schluß bekommt er diesen Dank zurück, da bebt die Musikhalle vor Beifall.

KLAUS BERGER

Hannover präsentiert „Schätze indischer Kunst"

Aufmarsch der Götter

Das Relief aus grauem Schiefer zeigt nackte Figürchen, die eine schwere Blumen-Girlande schleppen. Das könnte, so scheint es, ein Tempelfries aus spät-hellenistischer Zeit sein. Doch dieser Eindruck täuscht. Die 51 Zentimeter lange Platte stammt von einer Stupa aus dem nordindischen Gandhara, nahe der heutigen Grenze zu Afghanistan. Sie ist eines der Beispiele dafür, wie durch die Alexanderzüge die hellenistische Kultur Einfluß auf die Kunstschule von Gandhara gewann. Das spiegelt sich auch in dem Atlanten mit den mächtigen Flügeln und in dem Lächeln des stehenden Boddhisattva, die wie der Erotenfries, im zweiten und dritten nachchristlichen Jahrhundert entstanden.

Für die indische Kunst sind diese Steinarbeiten jedoch nicht typisch. Das belegen die vielen Götter und Dämonen aus Stein, Bronze und Elfenbein in der Ausstellung „Schätze indischer Kunst", die im Forum des Hannoverschen Landesmuseums einen Überblick über die indische Kultur aus 2200 Jahren gibt.

Da sitzt der Gott Ganesha mit seinem wuchtigen Elefantenkopf auf dem rundlichen Menschenkörper, umgeben von Halbgöttinnen unter dichten Blumengirlanden. Da tanzt Gott Shiva über dem Symbol der Unwissenheit. Neben ihm thront der vierarmige Vishnu, aus grauschwarzem Chloritschiefer in Ostbengalen im 12. Jahrhundert gefertigt.

Indiens Götterhimmel ist überreich. Ihm sind die meisten der 124 Exponate gewidmet, die hauptsächlich aus dem Museum für indische Kunst in Berlin kamen. Nur gelegentlich taucht die Büste eines weltlichen Herrschers zwischen all den mythischen Figuren auf. Nicht viel anders ist es bei den Beispielen für die indische Miniaturen-Malerei aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Neben Szenen aus dem höfischen Leben, Liebespaaren und vereinzelten Porträts von Mogul-Kaisern machen sie sich vor allem von den Mythen und Volksepen wie das Ramayana – ein farbenfrohes Bild.

Es ist eine Ausstellung, die durch die gute Auswahl der Kunstwerke und durch ihre sorgfältige Präsentation ein anschauliches Bild von der Kultur eines uns noch immer weitgehend fremden Landes vermittelt. (Bis 6. Mai, Katalog 22 Mark).

MARGARETE v. SCHWARZKOPF



Reicher Götterhimmel: Shiva und Parvati (Bronzen, 10. Jh.). Aus der Ausstellung in Hannover FOTO: KATALOG

KULTURNOTIZEN

An der 7. „Woche des jungen französischen Theaters" vom 3. bis 13. Mai in Saarbrücken werden sich 14 Theatergruppen des Nachbarlandes beteiligen.

Ein internationaler Kongreß für Raffael-Studien findet vom 6. bis 9. April in Urbino und vom 1o. bis 14. Mai in Florenz statt.

„Leonardo und der Leonardismus" heißt eine Ausstellung im römischen Palazzo Barberini. (bis 18. April).

Zum Jugendbuch des Monats März wählte die Akademie für Kinderliteratur in Volkach Dietrich Seifferts „Zitterfritz".

In Bayern wurde jetzt geregelt, daß das ResidenzTheater noch bis zum Jahresende 1987/88 bespielt und das Prinzregenten-Theater bis zu diesem Zeitpunkt in Form der sog. „kleinen Lösung" fertiggestellt werden kann.

Hans Priegnitz, Pianist und Komponist, ist 70jährig in Hannover gestorben.

JOURNAL

Eine neue Form der Kunstförderung

dpa, Münster

Der Westfälische Kunstverein in Münster hat zwei wertvolle Altarbilder des italienischen Malers Giovanni di Paolo für 2,5 Millionen Mark an die Westdeutsche Landesbank verkauft. Es wurde vereinbart, daß die Bilder im Landesmuseum für Kunst in Münster bleiben, in dem auch der Kunstverein seine Räume hat. Mit dem Geld soll eine Stiftugn zur Förderung der zeitgenössischen Kunst in Westfalen gegründet werden.

Bessere Grundlage der Filmbewertungsstelle

dpa, München

Bayern betreibt nach Angaben seines Kultusministers Hans Maier keine Auflösung der Filmbewertungssstelle der Länder in Wiesbaden. Die von Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein vollzogene Kündigung der Verwaltungsvereinbarung über die Länderstelle zum Jahresende 1984 sei nur eine „Änderungskündigung" und solle lediglich die Rechtsgrundlagen verbessern. Der bayerischen Landesregierung gehe es um eine Berufung der Ausschußmitglieder nach einem Länderschlüssel und um eine Zweidrittelmehrheit (statt einfacher Mehrheit) für die Vergabe des Filmprädikats „Besonders wertvoll".

Generalintendanz Bennings dementiert

dpa, Berlin

Der Berliner Kultursenator Volker Hassemer hat eine Meldung der „Wiener Zeitung" dementiert, wonach der Senat den Vertrag mit Heribert Sasse für die künftige Generalintendanz an den staatlichen Schauspielbühnen aufkündigen und den bisherigen Direktor des Wiener Burgtheaters, Achim Benning, zum neuen Generalintendanten ernennen wolle.

Venedigs Festival für Musikinstrumente

M.v.Z. Venedig

„Geigen in Venedig" heißt das erste Festival, das die Vereinigung „Hommage für Venedig" vom 25. 8.–30. 9. mit Konzerten und Ausstellungen je einer Gruppe von Instrumenten widmen will. Im nächsten Jahr sind Cembalo, Spinett und Orgel vorgesehen, für 1986 Blasinstrumente. Neben den berühmtesten Geigen von Cremona (im Olivettigeschäft am Markusplatz), zeigt die Accademia die Ausstellung „Die Saiteninstrumente in der Malerei".

Der Juden „Heilige Gemeinde Worms"

DW. Worms

Aus Anlaß des 950. Geburtstages der Synagoge in Worms (s. WELT v. 13.3.) weist die Stadt mit mehreren Ausstellungen und Publikationen auf die Geschichte einer der ältesten jüdischen Gemeinden in Deutschland hin. In der Ausstellung „Jüdisches Worms" im Raschi-Haus wird mit Bildern, Dokumenten, Kult- und Gebrauchsgegenständen die Geschichte der „Heiligen Gemeinde Worms" erzählt. In der Stadtbibliothek erinnern „Bücher, die zu Buche schlagen" an die Leistungen jüdischer Bürger in Literatur und Wissenschaft. In einem Sonderband der wissenschaftlichen Zeitschrift „Der Wormsgau" wurde von Fritz Reuter eine Abhandlung über „Warmaisa – Tausend Jahre Juden in Worms" (Verlag Stadtarchiv Worms, 24 Mark) vorgelegt. Außerdem erschien eine Schallplatte „Jüdisches Worms" (Rheinelektra, 24 Mark), die mit dem „Collegium Musicum Judaicum Amsterdam" in der Raschi-Synagoge aufgenommen wurde.

Wolfgang Clemen 75

Eigentlich hatte er klassische Philologie studieren wollen. Aber der Familienrat fand, daß eine Eins Minus in Griechisch und Latein für ein solches Studium nicht ausreichten. Also paukte Wolfgang Clemen Englisch, um sich der Anglistik und seinem Lieblingsdichter Shakespeare zu widmen, dessen „Bildwelt im dramatischen Werk" er 1936 zum Thema seiner Dissertation wählte. Man mag einen derartigen Karrierebeginn in den Bereich der Anekdote verweisen. Tatsache ist jedoch, daß Clemen sich im Laufe seines Universitätsdaseins als Shakespeare-Forscher internationale Reputation verschaffen konnte, auch und gerade in angelsächsischen Ländern. Der gebürtige Bonner habilitierte sich 1938 in Köln als Literaturwissenschaftler, lehrte in Kiel, München und an der New Yorker Columbia University. In den unruhigen 60er Jahren bemühte er sich um eine Reform des Studiums der englischen Sprache und Literatur. ZuClemens Auszeichnungen gehören das Große Bundesverdienstkreuz, der Orden Pour le Mérite für Wissenschaften; 1972 wurde er zum Honourable Commander of the British Empire ernannt. Heute feiert er seinen 75. Geburtstag. no

Einer „technischen Sensation“ geht die Luft aus

JOCHEN LEIBEL, Paris

Genau 127 Jahre lang hat sie treue Dienste geleistet, jetzt wird ihr der Druckluft-Hahn abgedreht: der Pariser Rohrpost, einer ehrwürdigen Einrichtung aus der Kinderzeit der industriellen Revolution.

Als sie im Jahr 1867 zwischen der Pariser Börse und dem „Grandhotel“ – auf genau 1000 Meter Länge – ihren Dienst aufnahm, galt sie genauso als Weltsensation wie einige Jahrzehnte später der Eiffelturm. Geschäftsleute ließen sich „auf moderne Art“ Börsenkurse an den Frühstückstisch im Hotel bringen, Journalisten konnten – endlich – richtige Artikel absetzen.

Bis dahin wurden eilige Nachrichten nur über den Telegraphen geschickt. Das bedeutete, daß nicht viel mehr als Stichwörter möglich waren. Weil der telegraphische Dienst völlig überlastet war, wagte sich die französische Post an eine neue Technik, eben die Rohrpost. Gußeiserne Röhren von 65 Millimeter Durchmesser wurden einen Meter unter dem Pariser Straßenpflaster vergraben, und durch sie sausten Briefe, die nicht mehr als 30 Gramm wiegen durften.

Einige Jahre später riß man nicht mehr das Straßenpflaster auf, sondern nutzte für das ständig wachsende Netz der Rohrpostlinien die bereits existierenden Abwasserkanäle der Hauptstadt. Kurz vor der Jahrhundertwende hatten alle Pariser Postbüros einen Rohrpostanschluß. Mehr als 200 Kilometer Röhren waren verlegt worden. Für die wichtigsten Linien vergrößerte man sogar den Durchmesser auf 80 Millimeter. Die Briefe wurden an einem Postamt aufgegeben, sausten unterirdisch an das für den Empfänger zuständige Amt und wurden von hier aus per Boten ausgeliefert.

Ihren Höhepunkt erlebte die Rohrpost im Jahr 1934. Knapp 500 Kilometer unterirdische Röhren sorgten dafür, daß ein Brief spätestens zwei Stunden nach der Aufgabe in einem Postamt beim Empfänger ankam. Doch der Fortschritt machte der einstigen „technischen Sensation“ nun selbst schwer zu schaffen. Die normale Briefbeförderung wurde schneller, das Telegramm-System wurde der Rohrpost zur Konkurrenz, und schließlich kam auch noch die Telex-Übermittlung dazu. Die Pariser ließen die Rohrpost links liegen. Nur knapp eine halbe Million Briefe wurden im vergangenen Jahr noch „per Rohr“ aufgegeben. Zehn Jahre zuvor waren es noch drei Millionen.

Folge der Nicht-Auslastung war ein steigendes Defizit des Druckluft-Systems unter der Erde. „Der Fortschritt hat uns überholt“, meinte melancholisch einer der knapp 100 Postbeamten, die zur Zeit noch für die Rohrpost zuständig sind.

Morgen hat nun endgültig das letzte Stündlein für die Pariser Rohrpost geschlagen. Punkt 17 Uhr werden die Druckluft-Kompressoren abgeschaltet. Ihre Aufgabe wird von kupfernen Telefonleitungen übernommen. Anstatt der unterirdischen Briefübermittlung bietet die französische Post nämlich ab sofort den „Postblitz“ („poste éclair“) an, ein System, bei dem eilige Schriftstücke über einen telefonischen Fernkopierer von einem Postamt ans andere geleitet werden. Die ehrwürdige Rohrpost hat allerdings noch eine Zukunft – im Pariser Postmuseum. (SAD)

Am tiefen Binger Loch schlagen die Wellen hoch. Die Bürger der Stadt am Rhein haben nicht nur Angst, daß ihnen der Blick aufs andere Ufer verbaut wird, Fachleute fürchten auch „sintflutartige Zustände“ für den bekannten Ausflugsort. Stein des Anstoßes ist eine geplante Mauer mitten im Strom, die die Insel mit dem Mäuseturm (Foto) quasi einfassen soll.
FOTO: FVV RHEINL.-PFALZ



Eine ganze Stadt geht auf die Barrikaden

Von D. GURATZSCH

Einmalig in Deutschland: Ein Oberbürgermeister mit CDU-Parteibuch ruft zur Gründung einer Bürgerinitiative auf. Einmalig auch dies: An die Spitze wird auf seinen Vorschlag ein SPD-Politiker gestellt: Jakob Schadt, langjähriger Betriebsratsvorsitzender, 30 Jahre lang Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion und heute Pensionär und Ehrenbürger seiner Stadt in Bingen. In der Stadt am Rhein kocht die Volksseele, denn der Ort, so argumentierten vorgestern abend auf einer Sondersitzung des Stadtrates Sprecher aller Parteien, werde bald einen Spottnamen tragen: „Bingen an der Mauer“ oder „Bingen am Kanal“. Und dagegen läuft die Stadt nun Sturm.

Der Fall: Mitten im Rhein, genau auf der Grenze zwischen den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz, will die Wasser- und Schiffahrtsverwaltung eine zwei Kilometer lange Mauer bauen, die bei Niedrigwasser (an mindestens zwanzig Tagen im Jahr) bis zu 70 Zentimeter aus den Fluten ragt. Der Plan ist einige Jahre alt und soll die Schiffahrtsverhältnisse in dem seit alten Zeiten tückischen „Binger Loch“ verbessern.

Schon Karl der Große und vor ihm die Merowinger haben an dieser Stelle gebuddelt. Denn einst sperrten hier Felsenriffe den Rheinstrom in voller Breite und ließen ihn über eine Schwelle brausen, die vielen Schiffen zum Verhängnis wurde. Doch, so Bingens OB Erich Naujack heute: „Seit der Römerzeit bis zum Anfang dieses Jahrhunderts ist man bei der Stromregulierung behutsamer vorgegangen als jetzt.“

Wie es zu den jüngsten Planungen gekommen ist, schilderte in der Stadtratssitzung der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Günter Lorey, der ein mehr als 50 Seiten starkes Gutachten vorlegte. Er sprach von „hausgemachten Problemen der planenden Behörde“. Als man in den 60er Jahren für 44 Millionen Mark das Binger Riff mit einer 120 Meter breiten Fahrrinne „geöffnet“ habe, da hätten sich die Wasserbauer schlicht verrechnet. Statt auf die in europäischen Verträgen geforderte Wassertiefe von 2,10 Meter bei Niedrigwasser, habe sich der Wasserspiegel auf „knapp 1,90 Meter“ eingependelt. Nun wollten die „Beton- und Mauerfetischisten“ für weitere 13 Millionen Mark eine „Nachkorrektur“ vornehmen. Dabei solle die idyllische Insel mit dem „weltberühmten Mäuseturm“ an beiden Seiten von dem neuen sogenannten Leitwerk, einer an der Krone zwei Meter breiten Mauer, eingefaßt werden.

Schon 1981 habe die Stadt dem Wasser- und Schiffahrtsamt Bingen deswegen Klagen angedroht – vergebens. Am 8. Februar 1984 habe die Behörde den letzten Stand der Planung erläutert und die schlimmsten Befürchtungen der Stadt bestätigt.

Die Empörung der Binger ist einhellig. Der neue „Laufsteg für die Mäuse des Bischofs Hatto“ werde das Bett des Vaters Rhein in einem Kanal verschwinden lassen, bei Hochwasser werde die Stadt „sintflutartige Zustände“ bekommen, die Nahe werde gestaut, Klärwerke, Pumpstationen, Brückenpfeiler würden gefährdet, der Fremdenverkehr getroffen, die aufwendige Herrichtung bebauungsreifer Ufergrundstücke (drei Millionen Mark) würde sich als „gigantische Fehlinvestition“ herausstellen.

Deftige Vokabeln fielen. Von „Schandmauer“ sprach der SDP-Chef Seppel Götze, vom „Skandal im Binger Loch“ sein CDU-Kollege Clemens Hahn. Und FDP-Chefin Helga Freundlieb vermutete, daß die liebliche Rheinlandschaft den Interessen einer „kleinen Gruppe von Wirtschaftsgiganten“, nämlich internationalen Schiffsreedern, geopfert werden solle.

Bauoberrat Heiko Steinweller von der Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe hält allerdings vor allem die Hochwassersorgen der Binger für unbegründet. Um auch noch den letzten kritischen Zentimeter wegzubringen, wolle man in der Nahemündung baggern. Insgesamt seien 72 Varianten für das Leitwerk an einem mehr als 100 Meter langen Modell in seinem Hause getestet worden, erklärte Steinweller der WELT. Aber das Modell ist überraschend im Januar abgebaut worden. Günter Lorey in Bingen spricht deshalb von einer „Leiche, die schnell beiseite geschafft worden ist, damit man sie nicht obduzieren kann“.

Im Stich gelassen von der Obersten Landespflegebehörde, der Bezirksregierung in Neustadt, setzen die Binger nun auf juristische Schritte. CDU und SPD haben je schon an die 2000 Unterschriften gesammelt. Der Landespflegebeirat, der Bundesverband der Binnenschiffer und die städtischen Pensionäre sind mit von der Partie. Einen Trumpf haben die Binger in der Hinterhand. Die Karlsruher Anstalt hat bei ihren Berechnungen vergessen, daß gegenüber am hessischen Ufer die Bundesstraße bei Rüdesheim bis zu 80 Meter in den hier etwa 300 Meter breiten Strom hinausgebaut werden soll. Das werde die Strömung des Flusses „total verändern“, sagt man in Bingen. Die Planungen für das „Leitwerk“ seien hinfällig.

Ein Raumflugzeug für den Krisenfall

US-Luftwaffe plant für die 90er Jahre außerathmosphärischen Allwetter-Jet

A.v.KRUSENSTIERN, New York

Die amerikanische Luftwaffe plant nach einem Bericht des Fachblattes „Aviation Week And Space Technology“ ein bemanntes Raum-Flugzeug, das nach einem Alarm innerhalb von Minuten von gewöhnlichen Flugplätzen starten und in den außeratmosphärischen Raum vorstoßen und dort manövrieren kann. Nach den gegenwärtigen Plänen soll dieses Raum-Flugzeug eine Besatzug von zwei Mann haben und eine Nutzlast von 9000 Kilogramm befördern können.

Zwei Aufgaben

Nach den gegenwärtigen Vorstellungen soll dieses Raum-Flugzeug zwei Aufgaben haben: Es soll amerikanische Satelliten und Raum-Flugkörper vor einer sowjetischen Bedrohung schützen, und es soll in einem Krisenfall kleine Nachrichtensatelliten in kürzester Zeit auf ihre Umlaufbahn bringen.

Im Gegensatz zur Raumfähre, die zwar eine Nutzlast von 29 Tonnen befördern kann, deren Starts aber langer Vorbereitung bedürfen, soll das kleinere Raum-Flugzeug ständig einsatzbereit sein und an einem Tag bis zu zweimal starten können.

Bis vor kurzem gab es noch nicht die technischen Voraussetzungen, die die Entwicklung eines solchen Raum-Flugzeuges ermöglicht hätte. Die Entwicklung neuer Baustoffe und Antriebsaggregate hat aber jetzt, wie das Fachblatt berichtet, die Entwicklung eines solchen Flugzeuges „in den Bereich der gegenwärtigen Technologie“ gerückt.

Allerdings befindet diese Technologie sich noch selbst in der Entwicklung. Erst wenn sie ausgereift ist, kann mit der Planung sogenannter Sub-Systeme begonnen werden. Die ersten Prototypen eines echten Raumflugzeuges werden voraussichtlich erst in den neunziger Jahren gebaut werden.

In der Zwischenzeit beschäftigt die U. S. Airforce sich mit der Entwicklung des „letzten konventionellen Flugzeugs“. Die Entwicklung läuft unter dem Stichwort „Advanced Technology Fighter“ (ATF). Dabei ist an ein Flugzeug gedacht, das in Höhen um 30 000 Meter mit dreifacher Schallgeschwindigkeit operieren kann. Das echte Raum-Flugzeug hingegen wird jenseits der Atmosphäre mit zwanzig- bis dreißigfacher Schallgeschwindigkeit fliegen können.

Mehrere Forderungen

Das ist aber noch nicht alles. Die Luftwaffe hat bereits eine Reihe von Forderungen genannt, die sie an das Raum-Flugzeug stellt:

- Es muß ohne Auftanken die Erde umfliegen können.
- Es muß auch bei stürmischem Wetter von jedem regulären Flugplatz starten und landen können.
- Es muß beim Wiedereintritt in die Atmosphäre durch einen integrierten, metallenen Hitzeschild gegen die Reibungshitze der Luft geschützt werden und nicht durch keramische „Kacheln“, die bei der Raumfähre immer wieder Probleme verursachen.
- Es muß eine Landegeschwindigkeit von maximal 250 km/Std. haben.

(SAD)

Unruhe im Kleingarten

Präsident des Bundesverbandes gegen die „pingelige Ordnung“

EVI KEIL, Bonn

Einen Ritt über den Bodensee probt zur Zeit der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büchler. Er will die „pingelige Ordnung“ im deutschen Klein- und Schrebergarten abschaffen. Büchler, oberster Gartenfreund der Republik in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde denkt dabei weiter: „Für die Zukunft will ich den ökologisch einwandfreien Kleingarten.“

Für aufrechte Schrebergärtner mag es sehr wohl aufrührerisch klingen, wenn der Abgeordnete ein noch schwereres Geschütz auffährt: „Ich bin für die totale Offenhaltung der Kleingartenanlagen“, sagt er. „Ich stelle mir vor, man könne von einer Gartenanlage zur anderen wandern, in der Mitte müßte eine Kneipe stehen und ein einwandfreier Spielplatz für Kinder.“

Bei den Schrebergärten in Hannover sei es schon soweit, versichert Büchler. Die meisten Schrebergärtner aber werden sich, wie die Erfahrung lehrt, mit Händen und Füßen gegen solche Pläne wehren. Bei dem Gedanken, die gute alte Brennessel könnte im Schrebergarten als Hauptfutter für Schmetterlinge ein Eckchen zurückerobern, hob Hans Stephan, Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Gartenfreunde, erschrocken die Hand. „Nee, nee“, erklärte er kategorisch.

Sein Amtsnachfolger Büchler sieht das anders: In mehr Kooperation mit anderen Grünverbänden plädiert er für „Schulungskurse“. Hier sollen möglichst viele der 14 Millionen deutschen Gartenbesitzer lernen, mit Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln richtig umzugehen. Massiv griff Büchler die Städte an „die immer noch alles totspritzen, was nicht in die Landschaft paßt“.

Seine „Kritik an der heiligen Ordnung des deutschen Kleingartenwesens“ verbindet Büchler mit einer weiteren Sorge: „Eine Arbeiterfamilie ist heute kaum noch in der Lage, für einen Schrebergarten die übliche Ablösesumme von 20 000 Mark zu zahlen.“ Fazit: „Das Bildungsbürgertum verdrängt immer mehr jene Familien, die am dringendsten den Kleingarten brauchen.“

BGH: „Sprayer“ kann ausgeliefert werden

DW. Karlsruhe

Der sogenannte Sprayer von Zürich, der Schweizer Künstler Harold Nageli, kann ausgeliefert werden. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Verfassungsbeschwerde des 43jährigen gegen einen Beschluß des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichts mangels ausreichender Aussicht auf Erfolg nicht zur Entscheidung angenommen.

Das Obergericht Zürich hatte den Sprayer in Abwesenheit zu neun Monaten Gefängnis ohne Bewährung und zu einem Schadenersatz von 101 534,60 Schweizer Franken. Er war für schuldig befunden worden, in mehr als 100 Fällen öffentliche und private Bauwerke in Zürich und anderen Orten der Schweiz mit Figuren besprüht und damit den Tatbestand der wiederholten und fortgesetzten Sachbeschädigung nach Artikel 145 Abs. 1 des schweizerischen Strafgesetzes erfüllt zu haben.

Das Bundesverfassungsgericht entschied nun, das schleswig-holsteinische Oberlandesgericht habe „das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für eine Auslieferung des Beschwerdeführers an die schweizerische Eidgenossenschaft in verfassungsrechtlich nicht zu beanstandender Weise“ bejaht. Die vom Oberlandesgericht vorgenommene Prüfung der „beiderseitigen Strafbarkeit“ des Verhaltens des Beschwerdeführers lasse einen Verstoß gegen das Grundgesetz nicht erkennen. In der Bundesrepublik Deutschland wie in der Schweiz könne sich die Kunst auch ohne Beschädigung fremden Eigentums entfalten. Schließlich überschreite die vom Obergericht Zürich verhängte Strafe nach Art und Höhe die „Unerträglichkeitsgrenze“ nicht. (Aktenzeichen 2 BVR 1 aus 84).

Gefängnis-Meuterei

dpa, Lima

Bei der Niederschlagung einer Meuterei mit Geiselnahme im Zentralgefängnis von Lima sind gestern 19 Menschen getötet worden. Das blutige Ende des 13stündigen Dramas spielte sich unter den Augen von Tausenden von Zuschauern ab – es wurde im Fernsehen übertragen.

Neuer Schnupfenapparat

AFP, Paris

Einen Anti-Schnupfen-Apparat von der Größe eines Telefons hat der französische Medizin-Nobelpreisträger Andre Lwoff erfunden. An den 15jährigen Forschungsarbeiten waren französische und israelische Wissenschaftler beteiligt. Der wesentliche Heilfaktor besteht darin, daß Wasserdampf mit einer konstanten Temperatur von 43 Grad eingeatmet wird. Durch den hohen Wärmegrad soll der Virus verschwinden.

Brillen-Krieg

AP, Philadelphia

Eine in den USA besonders beliebte modische Brillenfassung eines Münchner Herstellers hat der Polizei in Philadelphia ein ganz neues Problem beschert: Brillen werden Trägern auf offener Straße von der Nase gerissen, und auch Mord und Totschlag hat es schon gegeben. Es geht um eine Fassung der Marke Cazal (von 220 bis 390 Mark). In drei Fällen wurden Brillenträger, die sich gegen Diebe wehrten, getötet.

„Jadekönig“

AP, Peking

Ein riesiges Stück Jade, das vor mehr als 20 Jahren in China entdeckt wurde, wiegt gut doppelt so viel wie ursprünglich angenommen. Nach Zeitungsberichten wurde das zunächst zwischen 125 und 160 Tonnen eingeschätzte Gewicht mit 235 Tonnen festgestellt.

Sensationeller Fund

SAD, Miami

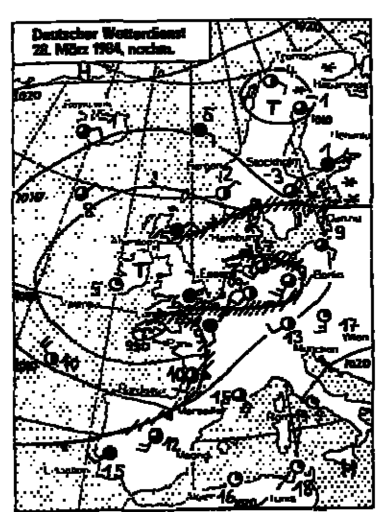
Bei Tampa (US-Bundesstaat Florida) sind jetzt Eiszeit-Fossilien entdeckt worden, die in Art und Umfang von den Paläontologen als sensationell bezeichnet werden. David Webb vom „Florida State Museum“ vermutet, daß die Wissenschaft wahrscheinlich auf die größte Kollektion von Eiszeit-Tieren ganz Nordamerikas gestoßen ist und daß sich unter den Fossilien Arten befinden, die bisher nicht bekannt waren.

ZU GUTER LETZT

„Osterei-Sucher zerstören Denkmäler“ - Überschrift einer Meldung der Deutschen Presseagentur.

WETTER: Schauer

Wetterlage: Ein zur Nordsee ziehendes Teiltief lenkt frische Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:

Gesamtes Bundesgebiet: Wechsel zwischen aufgelockerter und starker Bewölkung und besonders am Nachmittag einzelne Schauer. Temperaturen nahe 10 Grad, nachts 5 bis 2 Grad. Frischer Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Am Freitag kühles Schauerwetter, am Samstag vorübergehend Wetterberuhigung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	–°
Bonn	10°	Kopenh.	5°
Dresden	11°	Las Palmas	18°
Essen	9°	London	8°
Frankfurt	10°	Madrid	12°
Hamburg	7°	Mailand	10°
List/Sylt	4°	Mallorca	15°
München	13°	Moskau	–1°
Stuttgart	12°	Nizza	12°
Algier	16°	Oslo	0°
Amsterdam	8°	Paris	9°
Athen	17°	Prag	11°
Barcelona	16°	Rom	14°
Brüssel	7°	Stockholm	–3°
Budapest	13°	Tel Aviv	–°
Bukarest	14°	Tunis	18°
Helsinki	1°	Wien	17°
Istanbul	11°	Zürich	12°

*Sonnenaufgang am Freitag: 7.02 Uhr, Untergang: 19.52 Uhr, Mondaufgang: 6.57 Uhr, Untergang: 17.35 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Denn bei der Post, geht's nicht so schnell. . .

E. v. WEHRENALP, Morcote

Er ist erst 34 Jahre alt, in Giubiasco (Tessin) geboren und bereits ein erfolgreicher Maler. Chris Carpi hat auf 15 Ausstellungen, Biennalen und in Galerien ausgestellt. Die Bilder, die alle von seinem Astronomiestudium künden, hängen in Privatsammlungen der Schweiz, Italiens, Frankreichs und der USA. Drei- bis etwa zehntausend Schweizer Franken kosten sie. Nun aber soll Chris Carpis neueste Idee ihn etwas kosten.

So malte er meisterliche Briefmarken, mit den Köpfen von Ronald Reagan, Margaret Thatcher, Sandro Pertini aber auch mit seinem eigenen. Er frankierte damit Briefe, die er bei verschiedenen Postämtern in Bern, Lausanne, Locarno und Lugano aufgab – an Adressaten in der Schweiz, in Italien, in Frankreich und in Stuttgart. Alle 25 Briefe wurden von der Schweizer PTT ohne Beanstandung abgestempelt und den Adressaten zugestellt. Nur die Stuttgarter Post verlangte „Nachporto“. Selbst manche Empfänger der Briefe merkten erst, daß es sich nicht um normale Marken auf ihren Briefen handelte, sondern um kleine Kunstwerke, als sie die Briefe öffneten und darin einen Zettel fanden, auf dem stand: „Achtung auf die Briefmarken . . . “

Die Schweizer Postverwaltung bekam sogar noch später Wind, nämlich erst, als die Zürcher Galerie Arrigo eine Ausstellung „Arte postale – Gestempelte Kunst“ mit Carpis Marken veranstaltete und die abgestempelten Marken in den Zeitungen abgebildet wurden. Es erschienen Geschichten mit den Schlagzeilen „PTT in Alarmstimmung“, „PTT ohne Humor“ und sogar die seriöse „Neue Zürcher Zeitung“ widmete dem Fall in ihrer Rubrik „Philatelie“ eine Spitzenmeldung: „Der junge Tessiner Chris Carpi hat sich als 'Briefmarkenschöpfer' versucht – übrigens mit fast mehr Talent als verschiedene 'offizielle' Markenentwerfer – und Schweizer 'Sonderpostmarken' eigener Art zu Papier gebracht.“ Und sie urteilte: „In Darstellung und Farben sehen die meisten der Schöpfungen im Kleinformat drei mal zwei Zentimeter echten Briefmarken täuschend ähnlich und getäuscht wurden – es ist zwar kaum zu glauben – immer wieder einheimische Postbeamte, die Umschläge mit solchen 'Marken' arglos stempelten und expedierten.“

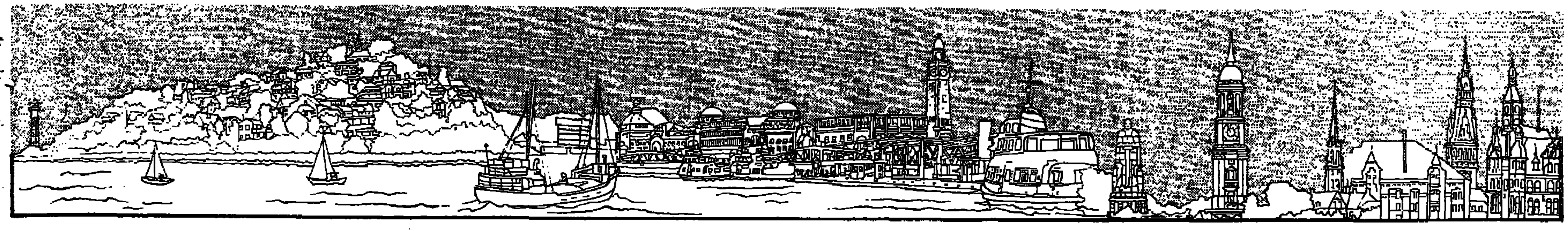






Friedensreich Hundertwasser erzählt gerne, daß Briefmarken in ihm den Wunsch wachsen ließen, Maler zu werden. Bei Chris Carpi (Foto) war es umgekehrt. Dem schon bekannten Künstler, kam die Idee, Briefmarken zu malen. Die Schweizer Post reagierte - mit der gehörigen amtlichen Verzögerung - sauer.

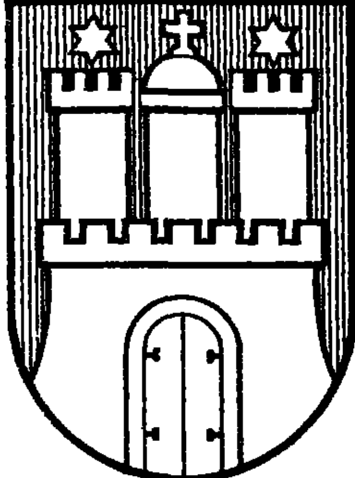
Nun hat die PTT Klage gegen den eigenwilligen Künstler eingereicht und die in Zürich ausgestellten Briefe beschlagnahmen lassen. Carpi droht eine Buße bis zu 40 000 Schweizer Franken oder – im schlimmsten Falle – drei Monate Haft. An die bei den Empfängern eingetroffenen Briefe kann die Post aber nicht heran. Für Sammler werden sie nun den Wert von künstlerischen „Kuriositäten“ haben. Und der könnte noch ganz enorm steigen. Jedenfalls hat die „Aktion“ den Preis von Carpis Bildern schon fast verdoppelt.



Es ist nicht schwer, Hamburg lieben zu lernen

Welthafen, Industriestadt, Bankplatz, Verkehrsknoten – kulturelle Vielfalt, sportliche Höhepunkte: Das sind nur wenige Stichworte, um die Freie und Hansestadt Hamburg zu beschreiben. Sie sagen schon viel, aber bei weitem nicht alles. Denn das muß man selbst erleben: an der Alster sitzen, die Segler bewundern, den Ruderern applaudieren; an der Elbe spazierengehen und die „dicken Pötte" am Horizont verschwinden sehen, Richtung Nordsee; vom „Michel", von St. Petri oder vom Fernmeldeturm aus einen Rundblick über die Stadt genießen; im Strom eines internationalen Publikums auf den eleganten Geschäftsstraßen der City flanieren; in einer kleinen urigen Kneipe ins Gespräch kommen; auf der „sündigen Meile" St. Paulis die Reeperbahn von Hans Albers suchen und kaum noch finden ... Das alles sollte man kennenlernen und noch manches mehr – wenn es hier nicht ausdrücklich genannt ist, bedeutet das nicht, daß es nicht seinen Wert und seinen Reiz hätte. Man muß die Menschen suchen; denn jeder kann einem etwas Neues, etwas anderes zeigen, was gerade ihm lieb oder interessant ist. Die Hamburger wirken, wie auch die Bewohner der anderen beiden nördlichen Hansestädte Lübeck und Bremen, auf einen Fremden vielleicht zunächst zurückhaltend, aber sie sind (Ausnahmen gibt's überall) höflich und hilfsbereit. Und wenn man erst einmal jemand für sich gewonnen hat, dann kann man sich auch auf ihn verlassen. Temperamentlos sind die Hamburger aber keineswegs. Man kann oft und überall erleben, daß die angeblich so kühlen Hanseaten ganz schön aus sich herausgehen können. Hamburg ist eine Stadt, in der es sich gut leben läßt. Sie hat ihre Sorgen und Probleme, und die Bürger müssen sich über manches ärgern. Aber wo gibt es das nicht? Es ist nicht schwer, Hamburg lieben zu lernen.

Hamburg



Außenhandel
Kernstück Freihafen S. II

Container
Genormte Revolution S. II

Quartiersleute
Von Consorten S. II

Theater
Farbigere Landschaft S. III

Musik
Hanseatisch tariert S. III

Museumsschiff
Windjammer kommt S. IV

Einkaufen
Gut bedacht S. V

Parks
Grüne Kette S. V

Museen
Der Queen Liebe S. VI

Mäzene
Stets offene Hand S. VII

Kaufmannsstadt
Weltweites Netz S. VII

Industrie
Von A bis Z S. VII

Reeder
Maritime Zukunft? S. VIII

Börse
Ehrbare Hallen S. VIII

Verkehrsknoten
Bahn, Bus, Fähren S. IX

Forschung
Desy, Doris, Petra S. IX

Die Freie und Hansestadt muß neue Wege erschließen

Die Wirtschaftskrise hat einen gewaltigen Strukturwandel verursacht

Von JAN BRECH

Die Freie und Hansestadt Hamburg galt lange Zeit als das „Musterländle" des Nordens. Es reihte sich Superlativ an Superlativ, wenn es um die Beschreibung hanseatischer Wirtschaftskraft ging: die „reichste Region der EG", das höchste Einkommensniveau der Republik, die meisten Millionäre, der mit 930 000 Arbeitsplätzen größte deutsche regionale Arbeitsmarkt.

Hamburg hat noch immer seine Vorteile. Die Stadt ist nach wie vor reich, sie ist vital, schön und kulturell interessant. Das Stadtbild mit Binnen- und Außenalster ist für Besucher wie Hamburger Bürger gleichermaßen faszinierend.

Aber die Stadt hat auch Probleme. Vor etwa zehn Jahren sind erste Nebel aufgezogen, die sich inzwischen zu Wolken verdichtet haben. Die Elbmetropole, die früher dank ihrer breit gestreuten Industriestruktur, ihrer außenwirtschaftlichen Flanke und des hohen Dienstleistungsanteils konjunkturelle Einbrüche weit besser als andere Regionen überstanden hatte, läuft heute hinter der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung her. Sie ist wirtschaftlich und strukturell in eine handfeste Krise geraten.

Die Schwäche dokumentiert sich einmal in unbefriedigenden Wachstumsraten. Das Hamburger Brutto-Sozialprodukt von rund 78 Milliarden Mark ist im vergangenen Jahr nominal nicht gestiegen.

Die Kasse stimmt nicht

Noch schmerzlicher ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Hamburg, das bis Anfang der 80er Jahre stets erheblich geringere Arbeitslosenquoten als das Bundesgebiet aufwies, ist 1983 in eine wenig rühmliche Spitzenposition gerückt. Zur Jahreswende war in Hamburg jeder zehnte arbeitsfähige Bürger arbeitslos.

Schließlich leidet Hamburg trotz nach wie vor hohem Steueraufkommen unter zerrütteten Finanzen. Die Aufstellung des Etats 1984 hat die allein regierenden Sozialdemokraten fast gespalten. Um den Staatshaushalt auszugleichen und die Verschuldung nicht ins Uferlose treiben zu lassen, muß die Stadt in den kommenden Jahren erheblich sparen und neue Steuerquellen anzapfen. Die sogar mögliche Gefahr der Zahlungsunfähigkeit will der Senat durch eine Umstellung der Kreditfinanzierung vom Brutto- auf ein Nettosystem bannen, nach dem alte Kredite über neue Schulden getilgt werden sollen. Zu diesem Punkt hat die CDU-Opposition Verfassungsklage erhoben.

Die Fehlentwicklungen in der einst wirtschaftlichen Hochburg Hamburg sind sich zu einem guten Teil unmittelbare Folge der allgemeinen Talfahrt in Binnen- und Weltwirtschaft. Zu einem anderen Teil beruht der Niedergang freilich auch auf hausgemachten Fehlern.

Einmal ist die industrielle Struktur aus dem Gleichgewicht geraten. Die Ansiedlungspolitik früherer Jahre, die auf „große Fische" ausgelegt war, hat sich als falsch erwiesen. Im Hamburg sind heute zukunftsträchtige Wachstumsbranchen erheblich unterrepräsentiert.

Das Resultat verfehlter Industriepolitik ist ein starkes Süd-Nord-Gefälle mit zunehmender Sogwirkung. Außerdem haben Betriebsverlagerungen nach Schleswig-Holstein die industrielle Position Hamburgs ausgehöhlt. Der Nachbar im Norden bietet neben finanziellen Anreizen vor allem weniger Bürokratie.

Auf Talfahrt ist die Industrie schließlich durch die schlechte Lage gerade solcher Branchen, die hier stark vertreten sind und früher den Wohlstand mitgetragen hatten: Schiffbau, Schiffahrt, Bauwirtschaft, Mineralölwirtschaft, Zigarettenindustrie.

Im Zuge der notleidenden Weltwirtschaft sind zu allem Unglück auch noch Schatten über den Hafen gefallen, der mit all seinen nachgelagerten Bereichen das Herzstück der Hamburger Wirtschaft darstellt. Erhebliche Umschlagsrückgänge und geringere Auslastung der vorhandenen Verarbeitunngskapazitäten belasten den wirtschaftlichen Kreislauf einer Stadt, die traditionell nach außen orientiert ist.

Die Probleme in Industrie und Hafen wiegen umso schwerer, als die Wachstumschancen des Dienstleistungs- und Verwaltungssektores weitgehend erschöpft sind. Früher hatte dieser Bereich verlorengegangene Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe noch kompensiert. Inzwischen freilich müssen die Verwaltungen und vor allem der aufgeblähte Behördenapparat ausgedünnt werden. Über die industrielle Arbeitslosigkeit legt sich die „Weiße-Kragen"-Arbeitslosigkeit.

Negativen Einfluß auf die Lage Hamburgs hat schließlich eine über Jahre nur an eigenen Bedürfnissen ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Die Stadt hat wenig Initiativen gezeigt, Probleme, die auch die Nachbarländer betreffen, gemeinsam anzugehen. Darunter leidet nun die ganze Region und zu allererst Hamburg als deren natürliches Zentrum.

Erste positive Zeichen

Ist Hamburg unter all diesen Bedingungen dem wirtschaftlichen Verfall preisgegeben? Sicher nicht. Die Nöte der Stadt können aber nur gemildert werden, wenn man die Probleme energisch anpackt. Dafür gibt es Anzeichen. Das Verhältnis der Nachbarn zueinander entspannt sich. Auch regt es sich in der Hamburger Wirtschaftspolitik.

Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat kürzlich neue wirtchaftliche Ziele fixiert und Wege dorthin aufgezeigt:

Hamburg müsse die bestehenden Stärken wie Hafen, Außenhandel und Dienstleistungen pflegen, seine Bedeutung als Medienplatz ausbauen sowie Forschung und Entwicklung fördern. Die Stadt müsse die Standortbedingungen für die Industrie verbessern, neue Rahmenbedingungen schaffen, um die Grundbedürfnisse Wohnen, Arbeit und Freizeit besser in Einklang zu bringen, den Bürokratismus und die kommunale Verfilzung eindämmen. Schließlich müsse sich der Stadtstaat gegenüber dem Umland öffnen und die Metropolfunktionen bewußt ausüben, auch wenn das mit Risiken verbunden sei.

Resignation ist in Hamburg nicht zu spüren und auch fehl am Platz. Der Sturz ist so tief, weil man von sehr hoch oben kommt. Trotz aller Probleme sind Voraussetzungen gegeben, den Wiederaufstieg zu schaffen.

Auf einen Blick

- Die Freie und Hansestadt Hamburg ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland und gleichzeitig eine Gemeinde. Die Fläche des Stadtstaates umfaßt 753 Quadratkilometer – einschließlich der Insel Neuwerk im Wattengebiet von Cuxhaven. Davon sind 692 qkm Land- und 61 qkm Wasserfläche. Etwa die Hälfte des Staatsgebietes – genau 370 qkm – bestehen aus Acker-, Garten- und Grünland, Wald sowie Grün- und Parkanlagen.
- Die Landesregierung heißt in Hamburg Senat, an dessen Spitze der Erste Bürgermeister steht – zur Zeit Klaus von Dohnanyi (SPD). Nach der Verfassung ist er jedoch nur „primus inter pares" (Erster unter Gleichen). Der Senat hat 14 Mitglieder, zwölf von der SPD, zwei parteilos. Hamburg verfügt im Bundesrat über drei Stimmen.
- Das Landesparlament, die Bürgerschaft, besteht aus 120 Mitgliedern. Nach der jüngsten Wahl am 19. Dezember 1982 sind es 64 Abgeordnete der SPD, 48 Abgeordnete der CDU und acht Abgeordnete der Grün-Alternativen Liste (GAL).
- Untergliedert ist die Hansestadt in sieben Bezirke mit jeweils einer eigenen, aus direkten Wahlen hervorgegangenen Bezirksversammlung.
- Der Haushalt 1984 umfaßt etwa 13,6 Milliarden Mark, davon allein 870 Millionen Mark für Sozialhilfe.
- Hamburg zählt rund 1,613 Millionen Einwohner, davon sind 154 000 Ausländer. Es ist damit nach Berlin die bevölkerungsreichste Stadt der Bundesrepublik.
- Von den 900 000 Arbeitsplätzen der Hamburger Wirtschaft und Verwaltung sind etwa 175 000 von Einpendlern aus dem Umland besetzt.
- Das Brutto-Inlandsprodukt betrug im vergangenen Jahr 78 Milliarden Mark.
- Das Wappen der Freien und Hansestadt trägt eine weiße Burg auf rotem Feld. Das Kreuz und die „Mariensterne" über den Türmen erinnern daran, daß Hamburg einmal Erzbistum war. Türme, Mauern und Zinnen symbolisieren die Befestigung. Das geschlossene Tor zeigt an, daß die „Freie Stadt" ihre Tore keinem Landesherren öffnen mußte. – In der Flagge der Stadt steht die Burg weiß auf rotem Grund.

Vom hohen Roß heruntergestiegen

Hamburg und seine Nachbarländer – es gibt kein Thema in der Politik der alten Stadtrepublik an der Elbe, das so lange und so erbitterte, emotionsgeladene Auseinandersetzungen ausgelöst hat. Die Drei-Länder-Anstalt NDR, das Kernkraftwerk Brokdorf, der Großflughafen Kaltenkirchen, die Abwerbung von Firmen, die Großwerft HDW – jedes dieser Stichworte stand Jahre hindurch für politische Brisanz, für Dauerstreit, für gereizte Korrespondenzen und kontrovers verlaufene Konferenzen von Regierungschefs, Ministern, Senatoren.

Die Gründe waren komplex und gewiß nicht nur in Hamburg zu suchen; doch es spricht vieles für die These, daß vor allem introvertiertes Denken, eine kleinkarierte Aufrechnungsmentalität und eine gehörige Portion Hochnäsigkeit führender Politiker der Hansestadt (und besonders der sozialdemokratischen Regierungspartei) jenseits der Landesgrenzen jene tiefen Irritationen erzeugt haben, die das Klima zwischen der Landesregierung in Hamburg, Kiel und Hannover belasteten.

Inzwischen freilich ist ein Wandel eingetreten, zu dem Bürgermeister Klaus von Dohnanyi viel beigetragen hat. Ihm ist ebenso wie seinen christdemokratischen Amtskollegen Uwe Barschel und Ernst Albrecht klar, daß der Norden nur gemeinsam in der Lage sein wird, seine Interessen gegenüber der zunehmenden Dominanz der süddeutschen Bundesländer zu wahren.

Wille zur Einigung wächst

So ist Dohnanyi daran gegangen, die von seinem Amtsvorgänger Hans-Ulrich Klose in der norddeutschen Landschaft hinterlassenen Konfliktfelder geduldig zu entschärfen – nicht ohne Erfolg: Nicht nur ist der Umgangston sachlicher geworden, in dem etwa über die Abwicklung des ad acta gelegten Flughafenprojekts Kaltenkirchen verhandelt wird, sondern auch der Wille zur Einigung ist gewachsen.

Auch aus der Hamburger SPD, die jahrelang Themen wie Brokdorf oder Kaltenkirchen vor allem mit der ideologischen Elle auszumessen pflegte, sind neue Töne zu hören. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hennig Voscherau zum Beispiel rief seinen Genossen auf dem SPD-Landesparteitag Ende Februar '84 zu, Hamburg müsse „herunter vom hohen Roß".

Er meinte damit zwar vor allem das Finanzgebaren der Stadt, die allen Grund hat, den Etatgürtel enger zu schnallen; doch kann diese selbstkritische Bemerkung durchaus über das rein Fiskalische hinaus grundsätzliche Geltung beanspruchen, und so war sie auch gemeint.

Umdenken tut not

Die Hamburger müssen gegenwärtig einen Lernprozeß absolvieren, der dem traditionellen hanseatischen Selbstverständnis und Selbstbewußtsein erkennbar zu schaffen macht. Die Stadt steckt in einer wirtschaftlichen und finanziellen Strukturkrise, die in vielen Bereichen nicht nur ein Umdenken, sondern handfeste Konsequenzen erfordert. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat das kürzlich in einer vielbeachteten – im Senat freilich auch umstrittenen – Rede vor dem Übersee-Club deutlich gemacht: Der Hafen, der Seehandel, könne künftig nicht mehr das alleinige A und O hamburgischer Wirtschaftspolitik sein: Die Industrie, vor allem in Zukunftsbranchen, müsse mindestens das zweite Standbein werden.

Zugleich wird der politischen Führungsschicht Hamburgs durch die Entwicklung ziemlich rigoros die Einsicht beigebracht, daß die Metropolfunktion der Stadt zunehmend von einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Umland, vor allem mit den anderen norddeutschen Landesregierungen, abhängig ist. Hamburgs Entsorgungsprobleme sind dafür ein besonders illustratives Beispiel.

Umgekehrt wächst in Kiel und Hannover die Einsicht, daß es nicht im Interesse der gesamten Region liegen kann, wenn die Hansestadt durch das Fördergefälle wirtschaftlich ausblutet und von einem „Speckgürtel" abgewanderter Betriebe umklammert wird – zu Lasten seiner finanziellen Ressourcen und seiner Fähigkeit, unverzichtbare Metropolfunktionen wahrzunehmen.

UWE BAHNSEN

Für den Außenhandel ist der Freihafen Hamburgs Kernstück

Auf dem 16 Quadratkilometer großen Gelände gelten strenge Zollbestimmungen

Der Hamburger Hafen gehört zu den größten Universalhäfen Europas. Güter aller Art werden hier umgeschlagen. Seit der jüngsten Vertiefung der bis zur Nordsee noch 120 Kilometer langen Unterelbe kann der Hafen von Schiffen mit einer Tragfähigkeit von 110 000 Tonnen angelaufen werden. Die durchgehende Fahrwassertiefe beträgt bei mittlerem Tidehochwasser 16,5 und bei mittlerem Tideniedrigwasser 13,5 Meter. Infolge seiner geographischen Lage ist er nicht nur der östlichste Nordseehafen, sondern zugleich, via Nord-Ostsee-Kanal, der „westlichste Ostseehafen".

Kernstück des Hamburger Hafens ist der 16 Quadratkilometer große Freihafen. Er wurde geschaffen beim Zollanschluß der Stadt an das Deutsche Reich im Jahre 1888. Vorher war der Stadtstaat Hamburg praktisch eine Freihafenstadt.

Der alte Freihafen von 1888 wurde 1910 nach Westen hin wesentlich erweitert. In diesem neuen Freihafenteil liegen unter anderem die *beiden größten* Container-Terminals: Waltershof am Burchardkai und Eurokai am Predöhlkai.

Nach den Bestimmungen des Zollgesetzes dient der Freihafen dem Umschlag und der Lagerung von Waren des Außenhandels. Dabei soll der Güterverkehr möglichst wenig durch Zollvorschriften behindert werden.

Außerdem sind Industriebetriebe im Freihafen angesiedelt. Es sind im wesentlichen Werften sowie Betriebe der Mineralöl- und Maschinenbauindustrie. Zu ihnen kommen noch rund hundert Schiffsausrüsterfirmen, die vom Freihafen aus alle Hamburg anlaufenden Seeschiffe versorgen.

Auf dem Weg von See bis zum Freihafen und umgekehrt dürfen Schiffe frei von jeglicher Gestellungs- und Anmeldepflicht verkehren, wenn sie ein Zollzeichen führen. Import-, Export- und Transitgüter dürfen im Freihafen ohne zollrechtliche Beschränkung aus-, ein- und umgeladen sowie gelagert werden. Lagerzeit und Menge der zu lagernden Waren sind unbegrenzt.

Lagerbehandlung ist gestattet (zum Teil mit zollamtlicher Zulassung). Eine Zollbehandlung findet grundsätzlich nur statt, sobald Waren aus dem Freihafen in das deutsche Zollgebiet eingeführt werden. Erst dann müssen Zölle und andere Eingangsabgaben entrichtet werden.

Im Freihafen dürfen Schiffe ohne zollrechtliche Beschränkung gebaut, umgebaut, ausgebessert, ausgerüstet und abgewrackt werden. Im alten Freihafen dürfen Waren gewerblich be- und verarbeitet werden.

Der Warenhandel ist im Freihafen insoweit beschränkt, als der Handel mit Schiffsbedarf einer besonderen Erlaubnis bedarf.

Wichtig ist: Der Freihafen gehört zum Geltungsbereich, aber nicht zum Erhebungsbereich der Verbrauchssteuergesetze. Wer also hier eine Zigarette rauchen oder einen Schnaps trinken will, darf das durchaus. Es muß sich lediglich um versteuerte, also außerhalb des Freihafens gekaufte Ware handeln.

Eine Ausnahme von der Regel ist die kürzlich von der SPD-Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft durchgesetzte Getränkesteuer. Sie wird auch im Freihafen erhoben, in den *Kantinen der Hafen*betriebe. Ob dieses Verfahren mit dem Freihafen-Status rechtlich zu vereinbaren ist, wurde noch nicht gerichtlich untersucht.

Im Freihafen wird eine riesige Lagerkapazität vorgehalten. Die überdachten und Frei-Lagerflächen sind zusammen mehr als zwei Millionen Qua*dratmeter groß*. Bisweilen staut sich hier ein ganzer Jahresbedarf der Bundesrepublik Deutschland, beispielsweise an Orientteppichen oder Gewürzen.

Für die Sicherung des Freihafens von außen ist das Hauptzollamt Hamburg-Kehrwieder verantwortlich. An Land begrenzt ein 23 Kilometer langer und drei Meter hoher Maschendrahtzaun das Freihafengebiet. Zur Überwachung von 25 Land- und zwölf Wasserübergängen sind 240 Grenzzolldienstbeamte und 85 Männer des Wasserzolldienstes im Einsatz.

Bei der Bekämpfung des Schmuggels hat sich eine Sondereinheit, die „Schwarze Gang", Verdienste erworben. Sie wird vor allem von Rauschgiftschmugglern gefürchtet.

Wer mehrmals beim Versuch der Schmuggelei gestellt wird, muß damit rechnen, mit Zugangs- und Beschäftigungsverbot für den gesamten Freihafen belegt zu werden. dfh

Eine Lok für Indonesien

Diese Schwergutverladung ist Alltagsarbeit für Spezialisten im Hamburger Hafen: Ein indonesisches Schiff übernimmt mit eigenem Ladegeschirr eine 41 Tonnen schwere Lokomotive der Thyssen-Henschel AG. Bestimmungshafen ist Djakarta. Alle 14 Tage ist ein Mehrzweckfrachter der Reederei Indonesian National Lines in Hamburg zu Gast. FOTO: HAFEN HAMBURG



Hinter den Zinnen und Erkern der Speicherstadt im Freihafen verbergen sich hochmodern eingerichtete Lagerhallen für Waren aus aller Welt. Die Backsteinbauten bilden den größten zusammenhängenden Lagerhauskomplex der Welt FOTO: JÜRGEN WIECHMANN

Das System Container hat sich durchgesetzt

Beinahe hätte man den Bremern das Geschäft überlassen

Mit der Einführung der Container, der weltweit einheitlich genormten großen Kästen, begann die Revolutionierung des Seeverkehrs. Auch in den Häfen haben sich gewaltige Veränderungen ergeben. Noch vor knapp 20 Jahren wurde in Hamburg ernsthaft überlegt, ob man den „neumodischen Kram" nicht der Konkurrenz, den bremischen Häfen, überlassen solle. Wäre das geschehen, würde schon heute der Hamburger Hafen in Bedeutungslosigkeit versunken sein.

Mit zwei Container-Umschlagsanlagen *in Waltershof, im westlichen* Hafenteil, hat Hamburg den Einstieg in das Container-Zeitalter gewagt. Heute verfügt der Hafen über vier große Container-Terminals, und an vier weiteren Anlagen werden Container und konventionelle Stückgüter nebeneinander umgeschlagen.

25 Containerbrücken löschen und laden die Schiffe in wenigen Stunden. Riesige Stapelkrane, von Com*putern gesteuert, stapeln die Kisten* bis zu fünf Lagen hoch. Gabelstapler und hochbeinige Container-Hubwagen oder Straddle Carrier sorgen für den Transport zwischen Kai und Abstellflächen.

Im vorigen Jahr mußte der Hamburger Hafen beträchtliche Umschlagseinbußen hinnehmen. Nur im Stückgutverkehr gab es noch Zuwachsraten – fast ausschließlich gingen sie auf das Container-Konto.

Eine positive Bilanz

Helmut F. H. Hansen, der Generalvertreter des Hafens, sagte dazu: „Für unseren Hafen besonders wichtig war die Tatsache, daß Hamburg seine Position im Behälterverkehr mit allen Kontinenten verbessern konnte. Insgesamt weist die Containerbilanz für 1983 ein Plus gegenüber 1982 auf. *Dies zeigt, daß* – trotz oder auch gerade wegen der weltweiten Konjunkturschwäche – das System 'Container' sich weiter durchgesetzt hat."

Bei Statistiken werden Container auf ein einheitliches Maß umgerechnet, die 20-Fuß-Einheit, internatioal mit TEU (twenty-foot equivalent unit) bezeichnet. Im größten deutschen Seehafen wurden 1983 insgesamt 930 338 TEU geladen und gelöscht. Ihr *Gesamtgewicht* betrug 8,7 Millionen Tonnen. Jede fünfte Box (20,6 Prozent) war dabei allerdings leer. Im Jahr zuvor waren es 22 Prozent gewesen.

Bedeutendstes Fahrtgebiet im Container-Verkehr von und nach Hamburg ist Ostasien. Hier betrug 1983 das Aufkommen 341 211 TEU mit einem Gewicht von 3,1 Millionen Tonnen (plus 11,3 Prozent). Auf die anderen Gebiete Asiens entfielen weitere 85 275 TEU.

Daß die genormten Behälter nicht nur für den Verkehr über die Weltmeere, sondern auch für kurze Strekken benutzt werden, zeigt die Statistik ganz klar. Im Verkehr mit anderen europäischen Häfen wurden 1983 in Hamburg 195 792 TEU umgeschlagen. Ihr Gewicht betrug 1,8 Millionen Tonnen (plus 10,2 Prozent).

Nicht alle diese Container blieben an Land, zum Weiterverkehr per Lastwagen oder Bahnwaggon. Hamburg ist ein sogenannter Basishafen der großen, weltweit operierenden *Container-Reedereien*. Hier werden die Kisten gesammelt und verteilt. Die Vor- oder Weiterbeförderung von und zu den kleineren europäischen Häfen erfolgt mit kleineren Zubringer oder Feeder-Schiffen.

Weltweite Steigerungen

Zuwachs gab es in praktisch allen Fahrgebieten. So wuchs der Amerika-Verkehr auf 134 404 TEU oder 1,3 Millionen Tonnen (plus 10,1 Prozent). Den Zuwachs lieferten einmal die Großen Seen und Kanada, zum anderen Südamerika. Die drei Küsten der USA (Atlantik, Golf und Pazifik) stag*nierten im Transportvolumen*.

Im Verkehr mit Afrika wurden 117 553 TEU oder 1,1 Millionen Tonnen (plus 17,3 Prozent) registriert. Auch die Behälterverladungen mit Australien/Neuseeland erreichten mit 60 103 TEU oder 568 807 Tonnen (plus 14,3 Prozent) einen neuen Höchststand.

Für das laufende Jahr erwartet die Hafenwirtschaft weitere Steigerungen. *Ob dabei die Eine-Million-TEU*-Marke überschritten werden kann, erscheint jedoch noch äußerst ungewiß. Gerüstet sind die Hafenanlagen jedenfalls auch schon für weit größere Mengen.

Sorgen bereitet den Hafenunternehmen die Tatsache, daß immer mehr Container im Haus-Haus-Verkehr laufen. Für den Verlader ist das von großem Vorteil, weil der Empfänger die Ware so erhält, *wie* sie verpackt wurde. Doch für die Kaibetriebe entfällt das – arbeitsintensive und damit wertschöpfende – Verpakken. Damit sinkt auch die Zahl der Menschen, die im Hafen Lohn und Brot finden. DIETER F. HERTEL

Wie der „Baas" angeblich zu seinen drei Consorten kam

Der Hamburger Hafen zeichnet sich nicht allein durch hochmoderne Umschlagstechniken, schnelle Schiffsabfertigung und zahlreiche Liniendienste in alle Ecken der Welt aus, er verfügt auch über viele Spezialisten mit besonderen Warenkenntnissen: die Quartiersleute, die ihren Sitz überwiegend in der Speicherstadt im Freihafen haben.

Die Fassaden der Speicher muten romantisch an, mit Zinnen, Erkern und Balkönchen. Doch hinter ihnen verbirgt sich ein Warenlager des Welthandels: Kaffee, Tee, Nüsse, Trockenfrüchte, Gewürze und Konserven, aber auch Computer und Fernsehgeräte. Meterdicke Mauern sorgen dafür, daß in den Lagerräumen zu jeder Jahreszeit konstante Temperaturen herrschen, ganz ohne energieaufwendige Klimaanlage.

Die Speicher haben einen Keller, den „Raum" (das Erdgeschoß) und bis zu sechs „Böden" (Stockwerke). Insgesamt ergibt sich eine Lagerfläche von knapp 500 000 Quadratmetern. Damit bilden die im 19. Jahrhundert errichteten Backsteinbauten den größten zusammenhängenden Lagerhauskomplex der Welt. Die Lagerung von Waren ist nur eine der Aufgaben, die von Quartiersleuten wahrgenommen werden. Ihre Arbeit fängt beim Entladen des Seeschiffs an und endet mit der Warenübergabe an den Kunden. Dazwischen gilt es, die Güter zu sortieren, zu markieren, zu etikettieren, umzupacken, zu prüfen und zu begutachten. Manche Partien müssen begast und gereinigt werden, um sie von Ungeziefer zu befreien.

Auch das Mischen, Reinigen und Trocknen von Kaffee, Kakao, Kernen und Hülsenfrüchten wird erledigt. Außerdem sorgen die Quartiersleute für die reibungslose Abwicklung der Formalitäten, für den Papierkrieg mit Zoll und sonstigen Überwachungsbehörden. *Als anerkannte Lagerhalter* sind sie an den großen Produktenbörsen zugelassen. Sie sind berechtigt, Orderlagerscheine auszustellen, die handelbar sind.

Trotz vieler Veränderungen durch die moderne Technik ist diesem Gewerbe eines erhalten geblieben: das Vertrauensverhältnis zwischen dem Quartiersmann und dem Importeur.

Die Herkunft des Namens Quartiersmann, der seit dem 18. Jahrhundert gebräuchlich ist, läßt sich nicht eindeutig klären. Einmal führt man ihn darauf zurück, daß früher Ge*schäftsräume gelegentlich „Quartier"* genannt wurden. Zum anderen glaubt man, der Name komme daher, daß sich jeweils vier Leute zusammenschlossen, wobei der „Baas" den Namen gab und die drei anderen seine Consorten waren.

Quartiersleute sind heute noch daran zu erkennen, daß der Firmenname den Zusatz „& Cons." trägt. dfh

Der Hafen in Zahlen

- Die Gesamtfläche des Hamburger Hafens beträgt rund 87 Quadratkilometer
- Wasserfläche des Hafens 31,7 Quadratkilometer
- Länge der Uferstrecken 235 Kilometer, Länge des Straßennetzes 185 Kilometer
- 33 Becken für Seeschiffe mit 39 000 Meter Kailänge
- 27 Becken für Binnenschiffe mit 29 000 Meter Uferlänge
- 500 Liegeplätze für Seeschiffe an Kais und Pfahlgruppen (Dalben)
- 179 Brücken
- Hafenbahn mit 680 Kilometer Gleislänge, drei Haupt- und 16 Bezirksbahnhöfen, 350 Anschlußstellen, etwa 1000 Ladestellen und Stellplätze
- 81 Hafen- und 385 Elblotsen
- 152 Schlepper, davon 30 hochseetüchtig, 51 Festmacherboote, mehr als 200 Barkassen, 1145 Schuten
- Rund 500 Kaikräne, 22 Containerbrücken, 19 Schwergutbrücken, 12 Schwimmkräne und etwa 2000 Gabelstabler

Die Theaterlandschaft ist farbiger geworden

Den staatlichen Häusern wird harte Konkurrenz geboten

Wenn am 29. September im Deutschen Schauspielhaus der Vorhang aufgeht für „Dantons Tod", werden die Hamburger erstmals seit Jahrzehnten wieder unter den prächtigen, erst kürzlich freigelegten alten Deckenmalereien sitzen, die von dikken weißen Farbschichten rüde verdeckt waren. Nach fast dreijähriger Renovierungs- und Restaurierungszeit wird ihr berühmter Musentempel wieder im alten Glanz erstrahlen.

Doch werden mit dem alten rotgoldenen Glanz auch die guten alten Theaterzeiten wiederkehren, die die Hanseaten immer noch mit der triumphalen Ära Gustaf Gründgens' am Deutschen Schauspielhaus gleichzusetzen pflegen?

Tiefgreifende Wandlung

Wohl kaum. Denn Hamburgs Theaterlandschaft, mit dem Schauspielhaus und dem Thalia Theater an der Spitze, hat sich in den letzten fünfzehn Jahren auf grundlegende Weise geändert. Nicht nur Insider wissen, daß das Schauspielhaus – nach den glücklosen Interregnen eines Schuh, Lietzau und Monk – selbst der Hauptmotor dieser Wandlung gewesen ist. Im Nachvollzug einer scharfen Politisierung des Theaters hat man sich an der Kirchenallee in den siebziger Jahren zusehends als „agent provocateur" verstanden. Die Folge war eine starke Polarisierung des Publikums und eine Flucht der alten Abonnenten.

Solchem Ideal hat sich auch Niels-Peter Rudolph als Nachfolger Ivan Nagels verpflichtet gefühlt, wenn er etwa eine Polit-Revue gegen Atomkraftwerke unter dem sarkastischen Titel „Strahlende Zukunft" spielen ließ. Doch überregionales Interesse brachte und bringt ihm anderes ein: Sein und anderer Regisseure Versuch einer Neusicht der Klassiker, von Shakespeare über Schiller bis hin zu Brecht, und die engagierte Präsentation zeitgenössischer Dramatiker. Man darf dabei nicht vergessen, daß Rudolph aber auch über eine Schar hochkarätiger Schauspieler verfügt.

Hinzu kommt zurzeit bei vielen Inszenierungen der exotische Reiz der alten, verlassenen Kampnagelfabrik in Hamburg-Barmbek, die dem Schauspielhaus während der Renovierung des angestammten Sitzes an der Kirchenallee neben dem Operettenhaus als zweite attraktive Ausweich-Spielstätte dient. Von September an wird Rudolph allerdings zeigen müssen, daß er auch ohne dieses schickschäbige Ambiente der Riesenhallen unter historischem Rankenwerk und lieblichen Putten zündendes Theater machen kann, das sich nicht im Wiederkäuen modischer Ideen verliert. Keine ganz leichte Aufgabe, zumal man nicht mehr wie einst aus dem vollen Staatssäckel schöpfen kann.

Das gilt auch für Hamburgs zweite Statsbühne, das Thalia Theater, und seinen Intendanten Peter Striebeck. In politisch aufgeheizten Zeiten hatte es Gobert hier fertiggebracht, unterhaltsames, traditionsgebundenes Theater zu machen, ohne sich jedoch dem Experiment und dem Zeitgeist zu verschließen. Der enthusiastische Zuspruch der Hanseaten ist Striebeck nicht im gleichen Maße sicher.

Doch hat er mit der Verpflichtung etwa Rudolf Noeltes oder des hochbegabten Benjamin Korn, der uns einen eigenwillig-schönen „Nathan" bescherte, und der eindrucksvollen Wiederbelebung der Dramen Ernst Barlachs Profil bewiesen. Möge es Jürgen Flimms, der Striebeck 1985 als Intendant ablöst, gelingen, auch in schwieriger werdenden Zeiten einen eigenständigen Weg zu finden, der das Amusement, für das das Thalia-Theater einst geliebter Garant war, nicht verachtet und die Bühne doch auch als moralische Anstalt versteht.

Privatbühnen sind wach

Unumschränkter Herrscher über die Hamburger Theaterfans, das wissen die Verantwortlichen, sind die beiden Staatstheater ohnehin nicht mehr. Die Privattheater, von denen die meisten auf ein treues Stammpublikum bauen können, haben ihnen eine ganze Reihe verunsicherter Abonnenten abgejagt.

Und eine neue Gruppierung schickt sich an, ihnen allen Konkurrenz zu machen: die starke Fraktion der freien Theatergruppen. Noch versichern sich diese der Hilfe und des Zuspruchs der Großen, doch werden sie möglicherweise schneller als gedacht flügge sein.

KLÄRE WARNECKE



Aufsehenerregende Premieren

John Neumeier hat dem Ballett der Hamburgischen Staatsoper, das er seit einem Jahrzehnt leitet, Weltgeltung verschafft. Seine Premieren sind Ereignisse, die weit über Hamburg hinaus Aufsehen erregen, auch wenn sie – wie „Artus" oder die „Matthäus-Passion" – nicht immer unumstritten sind. Der gebürtige Amerikaner, mit seiner Hamburger Compagnie auch auf einer Tournee durch die USA umjubelt, gibt alljährlich bei den „Hamburger Ballett-Tagen" einen repräsentativen Querschnitt durch das Repertoire, das inzwischen zum Beispiel die „Kameliendame" ebenso einschließt wie den „Sommernachtstraum" oder die Dritte Sinfonie von Gustav Mahler. Unser Foto zeigt eine Szene aus der „Matthäus-Passion", getanzt in der Michaelis-Kirche. FOTO: GRIMM

Moderne Malerei, Grafik und Plastik

Mehr als 50 Galerien bringen in regelmäßigen Ausstellungen ein vielseitiges Angebot

Auch auf dem Gebiet der bildenden Künste hat Hamburg sich zu einem wichtigen kulturellen Zentrum entwickelt. Mehr als fünfzig private Galerien zeigen ein vielseitiges und attraktives Angebot an Malerei, Grafik und Plastik, das ein breites Spektrum der klassischen und aktuellen Moderne vermittelt, gleichzeitig aber die regionalen Tendenzen im norddeutschen Raum spiegelt.

Die Galerie Commeter, die 1821 gegründete älteste Privatgalerie der Hansestadt, wurde schon um die Jahrhundertwende durch wegweisende Ausstellungen von Munch, Nolde und den Brücke-Expressionisten überregional bekannt. Wie die Galerie Lochte konzentriert sie sich heute in erster Linie auf gut verkäufliche Grafik der Gegenwart.

Zu den Galerien, die sich als Vertreter bestimmter Richtungen der Moderne einen Namen machten, zählen an erster Stelle Brockstedt und Levy. Bei Brockstedt findet man die drei Bereiche Jugendstil, Neue Sachlichkeit und Phantastische Kunst von heute, bei Levy dominiert der Surrealismus aller Spielarten.

Jugendstil und Art deco bilden die Schwerpunkte der Galerie XX. Die Hamburger Realisten und Impressionisten in der Tradition der Lichtwarkzeit haben in der Galerie Riemenschneider eine Heimstatt gefunden. Dem Nachlaß von Eduard Bargheer, aber auch verwandten Strömungen widmet sich die Galerie Pro Arte. Vorwiegend norddeutsche Beiträge zur Gegenwartskunst präsentiert die Galerie Hauptmann.

Auch Elke Dröscher und Gabriele von Loeper sind durch ihren Einsatz für beachtliche Tendenzen der Gegenwartskunst hervorgetreten. Das gilt ebenso für die „Galerie in Flottbek" und die Galerie Evelyn Hagenbeck, die darüber hinaus Grafik alter Meister in ihr Programm einbeziehen. Auf Op art und visuelle Kinetik hat sich die Galerie Meißner spezialisiert.

Von den Expressionisten bis zur Wiener Schule des phantastischen Realismus erstreckt sich das Angebot der Galerie Hoeppner. Pop art und verwandten Tendenzen begegnet man in der Galerie Kammer. Naive und Professionelle sind bei Hochhuth und „Happy Joss" zu sehen.

Weltanschaulich engagierte Kunst findet sich in der Galerie Schnecke und in der Galerie Rose im Kunsthandwerkshaus, auf Glaskunst und Keramik konzentriert sich die Galerie L im Heine-Haus.

Zu den Pionieren avantgardistischer Bestrebungen gehört Neuendorf; die „Neuen Wilden" und ihre verschiedenartigen Vorläufer finden in den Galerien Munro, Büning, Crone und Hans Barlach vielbeachtete Präsentationen. Barlach stellt auch zeitgenössische Bildhauer in größerem Rahmen vor.

Als besondere „Hamburgensie" ist schließlich das Atelier Mensch in den historischen Krameramtshäusern am Michel zu nennen, in dem die naive Kunst verschiedenster Art die Szene beherrscht.

HANNS THEODOR FLEMMING

Die schönen Dinge sind hanseatisch ausgewogen

Hermes rangiert vor Polyhymnia, aber desungeachtet hat Musik ihren Stellenwert als immaterielles Gegengewicht zur Realität der Banktresore und Container. Das Angebot – je nach Geschmack wird man im einzelnen darüber streiten können – alles in allem reichhaltig und hanseatisch ausgewogen: Mit Experimenten ist man sparsam, das konservative Element überwiegt.

Das musikalische Profil Hamburgs prägen nach außen natürlich die „offiziellen" Institutionen – die Staatsoper und die Konzerte der Sinfonieorchester: der Philharmoniker, des Norddeutschen Rundfunks und der Symphoniker.

Die ehrwürdige, über 300 Jahre alte Staatsoper erwartet ihren neuen Hausherrn: Kurt Horres wird Christoph von Dohnanyi ablösen, den es aufs Konzertpodium zieht. Horres, glänzender Regisseur und echter pater familias, könte der Arbeit neue Impulse in einem besseren Klima geben. Der von ihm für die erste Saison vorgelegte Spielplan sieht interessant aus, beginnt mit „Boris Godunow", erinnert an Nonos „Intoleranza" und vergißt mit „My fair Lady" die Kasse nicht.

Ihm muß das Kunststück gelingen, zusammen mit seinem Finanzchef Rolf Mares, den internationalen Ruf des Hauses an der Dammtorstraße, den ihm nach dem Kriege Günther Rennert und Heinz Tietjen errangen, den Rolf Liebermann spektakulär und weltumspannend ausweitete, nach den beiden Amtszeiten August Everdings und Christoph von Dohnanyis nun zu stabilisieren und weiterzuführen. Das bedeutet gleichzeitig die Verpflichtung, dem Neuen gegenüber aufgeschlossen zu sein: Das Experiment in der Werkstatt bleibt wichtiger, verpflichtender Aspekt.

Hans Zender, neuer Generalmusikdirektor und in Personalunion Chef der Philharmoniker, ein dem zeitgenössischen Klang aufgeschlossener Dirigent von hoher Intelligenz, dürfte für die Kontinuität dieser Haltung garantieren.

Das NDR-Sinfonieorchester erfährt zur Zeit unter der souveränen Leitung Günter Wands eine neue Blüte, die an die legendäre Zeit des Beginns mit Hans Schmidt-Isserstedt anknüpft. In den von Wand dirigierten Konzerten erweist sich das NDR-Sinfonieorchester eindeutig als das im Augenblick beste der Stadt.

Die Symphoniker, nun nicht mehr das dritte Hamburger Sinfonieorchester, sondern eines der drei, ist unter Heribert Beissels Leitung zu einer konkurrierenden Kraft geworden: Sind sie gefordert, leisten sie Ausgezeichnetes.

Die „Freunde der Kammermusik" pflegen das Repertoire der kleinen Ensembles. Bei ihnen trifft sich alles, was gut und teuer ist. Die Streichquartette von internationalem Ruf, die hier auftreten, sind Beweis dafür, daß – ob Orchester, Ensembles, Sänger, Instrumentalsolisten oder Dirigenten – in Hamburg zu hören ist, was Rang und Namen hat oder dabei ist, ihn sich zu erobern.

Das gilt für die „Pro-Arte"-Reihen, veranstaltet von einer privat geführten Konzertdirektion, wie für die Kirchenmusik, deren Impulse aus den fünf Hauptkirchen ihren Niederschlag in zahlreichen kleineren Kirchen finden. Es gilt für die vielen Chöre, vom Monteverdi-Chor bis zum Bergedorfer Kammerchor, vom Symphonischen Chor bis zur Altonaer Singakademie.

Anteil daran, daß das Musikleben nicht zum bloßen Betrieb verkommt, haben auch die Aktivitäten in den Stadtteilen. In den Wellingsbüttler Torhauskonzerten, den Volksdorfer Konzerten im Spiekerhus, den Altonaer Museumskonzerten, den Bergedorfer Schloß- und Lichtwarkkonzerten zum Beispiel wird mit wenig Geld ein respektables Niveau gehalten.

Und nicht vergessen werde dürfen die Initiatoren des Nachwuchses, die Konzerte des Jugendorchesters, des Harvestehuder Studentenorchesters, die Hochschulkonzerte, die der Oscar- und Vera Ritter-Stiftung und die von der Vereins- und Westbank ins Leben gerufene Reihe „Jugend kulturell".

Kunst kostet Geld. In Hamburg ist man von jeher bereit, sich für die schönen Dinge des Lebens zu engagieren. Mit Herz und Portemonnaie.

HANS OTTO SPINGEL

Das Handwerk hat auch einen farbigen Boden

1000 Betriebe mit 6000 Mitarbeitern in der Maler-Innung

In der Hansestadt gibt es 11 300 Handwerksbetriebe von A – den Augenoptikern – bis Z – den Zahntechnikern. Sie sind in 50 Innungen vertreten, die die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen. Zu den großen Innungen gehören die des Baugewerbes, des Kraftfahrzeughandwerks, der Bäcker, Holz- und Kunststoffverarbeitung, der Elektro- und Sanitärtechnik, um nur einige aus der breiten Palette der ansässigen Gewerbe zu nennen.

Zwischen Alster und Elbe hat das Handwerk nicht nur einen goldenen, sondern auch einen farbigen Boden. Dafür zeichnet eine der ältesten Innungen verantwortlich, die Maler- und Lackierer-Innung, die vor 609 Jahren gegründet wurde. Sie besitzt als Schutzpatron den Evangelisten St. Lukas. Heute gehören in Hamburg 1000 Betriebe mit 6000 Mitarbeitern dieser Innung an, die sich zu Zeiten ihrer Gründung noch Maleramt nannte.

Das Ziel der Jünger des St. Lukas heißt: Grau 'raus und Farbe 'rein in die Stadt. Unter ihren geschickten Händen wurde Hamburg eine farbige, aber keine bunte Stadt.

Als Altmeister Claus Schmarje 1952 seine Villa im feinen Harvestehude in einem aufsehenerregenden Rosa, Weiß und Gold erstrahlen ließ, da sprachen die Banausen von einem Bonbon-Haus, während die anderen in Scharen in die Badestraße pilgerten, um sich inspirieren zu lassen.

Es hat noch zwanzig Jahre gedauert, und selbst 1972 galt es als revolutionär, sein Haus farbig streichen zu lassen. Heute leuchten die Jugendstilfassaden fünfstöckiger Etagenhäuser in den Vierteln rund um die Alster in edlen Pastellfarben, die harmonisch aufeinander abgestimmt sind. Und mehr als fünfzig Prozent der Bürger erklären: „Das ist schön", und sie sprechen sogar von einer Humanisierung durch die Farben.

Es gibt Villenbesitzer, die sehr mutig in pompejanischem Rot oder dem leuchtenden Blau des Malers Raoul Dufy streichen lassen. Die Innung bestätigt allerdings, daß es schon immer etwas teurer war, einen besonderen Geschmack zu haben.

„Grau ist doof", erklärte auch der Pfälzer Wahlhamburger Hans-Gustl Agné, der als Gestalter trister Häuserwände in der Stadt unübersehbare Zeichen gesetzt hat. Er malte klassizistische Hausfassaden dorthin, wo nichts war als Platz für dumme Schmierparolen. Er malte überdimensionale Katzen auf fade Wandflächen, und das Museum für Kunst und Gewerbe gab die Wand des Innenhofes frei, damit Agné die zerstörte Kaiserhof-Fassade aufleben lassen konnte.

Der Beruf des Malers und Lackierers ist im wahrsten Sinne des Wortes ein farbiger Beruf. Drei Jahre muß man lernen, um alle Techniken und Werkzeuge zu beherrschen. Die Meister unter ihnen stellen Restauratoren und Kirchenmaler, Faßmaler, Vergolder und Designer.

Die Innung hat Hamburg nicht nur mit seinen Farben schöner und attraktiver gemacht, sie eröffnet im Mai auch in einem restaurierten historischen Gebäude, dem Glockenhaus an der Bille, das erste „Deutsche Maler- und Lackierer-Museum".

GISELA KRANEFUSS



In allen Stadtteilen sieht man die in geschmackvollen Farben liebevoll restaurierten Häuser FOTO: CHRISTA KUJATH

Sie wollen einen Windjammer haben

In zwei Jahren soll ein restauriertes Segelschiff an den Landungsbrücken festmachen

Was andere Hafenstädte schon längst haben, Hamburg will es sich jetzt auch gönnen. Schon in zwei Jahren soll an den St. Pauli-Landungsbrücken ein restauriertes Segelschiff festmachen. Vorausgesetzt natürlich, die Hamburger lassen fleißig Spendengelder in die Kasse des Vereins „Windjammer für Hamburg" hineinklingeln.

Bremerhaven hat seine „Seute Deern", in Bremen liegt das „Schulschiff Deutschland", in Lübeck-Travemünde ist die „Passat" vor Anker gegangen. Nur Hamburg, einst Deutschlands größter Segelschiffhafen, ist bisher leer ausgegangen. Und das nicht ohne Grund. (Die Elb-Hanseaten sind seit jeher dafür bekannt, daß sie ihre Probleme haben, wenn es gilt, die eigene Geschichte zu bewältigen.)

Als der Wunsch nach einem eigenen Windjammer sich endlich festsetzte in den Herzen Hamburger Bürger, da waren die Meere der Welt schon fast leer. Die stählerne Viermastbark „Peking" wäre günstig zu haben gewesen. Doch man befürchtete, das Schiff werde seine letzte Reise von England nach Hamburg nicht überstehen. So verzichtetete man – und mußte staunend zusehen, wie andere zugriffen und es über den Nordatlantik nach New York brachten: ohne Schäden.

Der Kauf der norwegischen „Statsraad Lemkuhl" war schon beinahe perfekt, da empörte sich skandinavischer Nationalstolz gegen den Verkauf des Schiffes. Hamburg hatte wieder einmal das Nachsehen.

Doch 1983 waren die Bemühungen des Vereins und seines rührigen Vorsitzenden Wilhelm (Fiete) Schmidt von Erfolg gekrönt. Für rund 350 000 Mark wurde der sieben Jahre alte Stahl-Gaffelschoner „Anne Linde" gekauft und aufgemöbelt. Im Austausch für dieses Schiff gab Portugals Marine dann ihre verwahrloste, entmastete „Santo Andre" für Hamburg frei.

Dieser Segler hat eine bunte Geschichte. Als „Rickmer Rickmers" fuhr der Dreimaster für die Reederei Rickmers in der Ostasien- und Südamerikafahrt. Die Hamburger Reederei C. Krabbenhöft setzte das Schiff als „Max" in der Salpeterfahrt ein.

Im Ersten Weltkrieg nahm Portugal den Segler als Kriegsbeute, taufte ihn „Flores", baute ihn zum Segelschulschiff „Sagres" der Kriegsmarine um. 1962 wurde er außer Dienst gestellt – und lag als Hulk im Hafen von Lissabon.

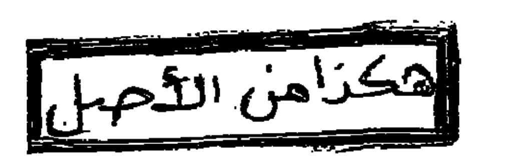
Der Rumpf des Schiffes ist noch tadellos in Ordnung. Das bestätigte der Germanische Lloyd (der Seeschiffs-TÜV) bei einer Dockung im Dezember. Doch die Wiederherstellung von Decks und Außenhaut, die Neubemastung und das Aufriggen werden noch viel Geld kosten. Je 400 000 Mark, so rechnet der neue Vereinsvorsitzende Heinrich Martin Gehrckens – gewählt, als Schmidt kurz nach dem Schiffserwerb starb –, müssen an Spenden hereinkommen, wenn das Schiff zum 797. Hafengeburtstag im Mai 1986 vorgezeigt werden soll.

Über eines war man sich von Anfang an klar: Mit Staatsgeldern wollte man nicht rechnen – abgesehen von der indirekten Staatshilfe, die sich durch die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden automatisch ergibt.

Doch jetzt will es der Zufall, daß öffentliche Gelder auf die alt-neue „Rickmer Rickmers" fließen. Das Zauberwort heißt ABM: Vorerst für ein Jahr hat die Arbeitsverwaltung zwölf Stellen im Rahmen ihrer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bewilligt. Wert rund 800 000 Mark. Und für das nächste Jahr ist eine Wiederholung angekündigt. Arbeitslos gewordene Werftarbeiter nehmen so im quasi-öffentlichen Dienst ihre erlernte Tätigkeit wieder auf.

Wenn dann die „Rickmer Rickmers" an den Landungsbrücken liegen wird, soll sie als Museum und Restaurant zugleich dienen. Ständige Ausstellungen über Segelschiffe und ihren Bau, ihre Matrosen nicht zu vergessen, sind vorgesehen. Im Wechsel sollen Schiffsbilder und -modelle gezeigt werden. In maritim ausgestatteten Gasträumen wird es Herz- und Schmackhaftes zu essen, Hoch- und Niederprozentiges zu trinken geben. Vom Erlös soll eingiges übrigbleiben, damit das Schiff dauerhaft instandgehalten werden kann.

DIETER F. HERTEL



Beim Schaufensterbummel kann das Wetter jetzt vergessen werden

Zahlreiche neue Einkaufspassagen durchziehen die City – Es begann mit Sillem's Bazar

Gute Einkaufsmöglichkeiten sind für eine Millionenstadt eine Selbstverständlichkeit. Außer den zahlreichen Einzelhandelsgeschäften in den Wohngebieten gibt es, vor allem an der Peripherie, große Einkaufszentren, die neben ihrer Branchenvielfalt den Kunden vor allem die Annehmlichkeit großflächiger Parkplätze bieten – ein Problem, das allen Geschäftsinhabern in den innerstädtischen Gebieten Kopfzerbrechen macht. Zum Bummelvergnügen ist das Einkaufen jedoch durch die Passagen geworden, die seit einigen Jahren die Innenstadt durchziehen.

Die Hamburger haben den Kommerz unter Dach und Fach gebracht, sie haben sich die Einkaufspassage in allen Spielarten zunutze gemacht.

Südländische Vorbilder

Zwar war die Ahnherrin der noblen Einkaufsstraßen zwischen Gänsemarkt und Alster, Sillem's Bazar, im 19. Jahrhundert finanziell ein Flop. Doch in dem neuzeitlichen rund 1500 Meter langen Passagennetz der Innenstadt drängen sich Flaneure und Kauflustige.

Arabische, südländische oder historische Vorbilder – einerlei: Wenn die Hamburger schon nicht zuverlässig unbeschirmt an jedem Sommertag über die Straßen schlendern können, dann sollen sie es wenigstens in den Passagen tun. In den glasgedeckten, ebenen oder verwinkelten Einkaufsparadiesen entwickelte sich geradezu südländische Atmosphäre.

Wissenschaftlich untersucht sind sie auch, die Passagen, in denen sich am Tag bis zu 20 000 Menschen drängen – je nach Lage. Spitzenreiter ist das Hanse Viertel, das dem eher abgelegenen Ende der Großen Bleichen unerwartete Popularität bescherte: Fein gemauerter Backstein unter Glasarkaden mit gediegenen Bronzeornamenten und hanseatischem Glockenspiel lassen nicht nur Hamburger Herzen höher schlagen, sondern des sonntags auch Touristenbusse halten.

Klassizistische Kühle mit Blick aufs Fleet bietet die Galleria gegenüber, derzeit das jüngste Passagenkind. Eindrucksvolle Architektur offenbart die Passage im restaurierten und modernisierten Kaufmannshaus nebenan. Durch winklige Gänge und gedämpftes Licht bummelt man im Hamburger Hof, dem ursprünglichen Hotel, in dem Kaiser und Könige logierten. Verknüpft mit Hamburger Geschichte ist auch der kleine Weg durch die Alte Post. Vielbesuchte Verbindungen sind schließlich die Route Gerhof – Neuer Gänsemarkt und die Gänsemarkt-Passage mit ihrer futuristischen Stahl-Architektur als Verbindung zu den Collonnaden – einer Mischung aus Wohnstraße und Arkadengang.

Nahezu unbemerkt „leben" im Passagen-Geäst der City noch zwei alte, überdachte Einkaufswege – eine Verbindung vom Neuen Wall zu den Alsterarkaden und die Steinweg-Passage, die im Zuge der Neustadt-Sanierung wieder aufgebaut werden soll.

Die historischen Alsterarkaden, eines der Hamburger Wahrzeichen, die der Architekt Alexis de Chateauneuf an der Kleinen Alster entlangführte, könnte man ebenfalls in die Reihe der Passagen aufnehmen, auch wenn sie dem strengen Konzept des überdachten Wandelganges nicht genau entsprechen.

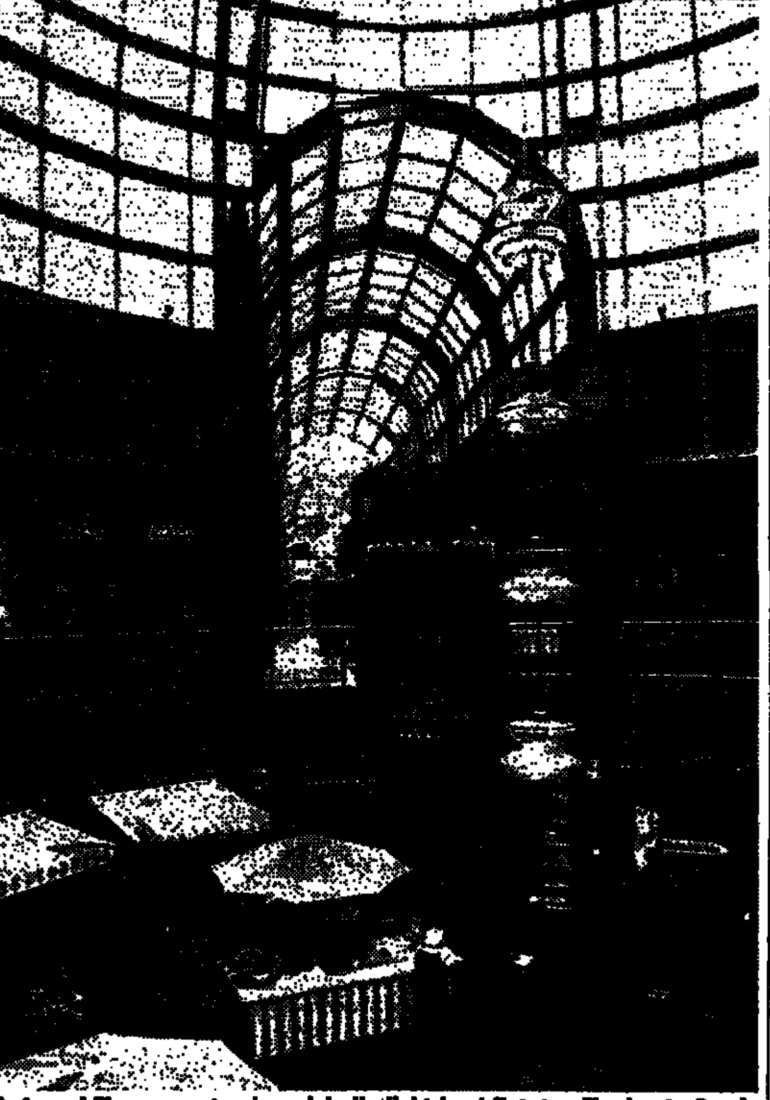
Der Boom beginnt erst

Der Passagen-Boom ist offenbar noch nicht verblüht. Die Erfolge des Handels, der auf mehr als 30 000 Quadratmetern Ladenfläche entlang der wettergeschützten Einkaufswege überwiegend gute Kasse macht, inspirieren weitere Interessengemeinschaften, ihre Quartiere unter Dach zu bringen.

Die Zusammensetzung des Warenangebotes, aktive Werbearbeit sowie Anziehungspunkte in Form von Cafés, Schlemmerständen und Kiosken tragen dazu bei, die Passanten in die Passage zu locken und sie möglichst lange am Ort zu halten.

Ebenso bedeutend ist schließlich die Lage der Einkaufsstraße: Sie muß Wegeverbindung, möglichst Abkürzung sein, keine Sackgasse wie einst Sillem's Bazar.

gs



Auf zwei Ebenen erstrecken sich die lichtdurchfluteten Flanierstraßen in der größten der Innenstadt-Passagen, dem Hanse Viertel mit seinen zahlreichen Fachgeschäften FOTO: CHRISTA KUJATH

„Du und Deine Welt" ist der Spitzenreiter

Praller Terminkalender für die Messen und Kongresse

In diesem Jahr ist die Hansestadt 18 Messen und 52 große Kongresse wert. Vom Liebesleben der Ameisen bis zur Blauen Mauritius, vom Looping bis zum Microchip wird kaum ein Thema ausgespart. Dazu finden im Congress Centrum Hamburg (CCH) weitere 300 wissenschaftliche, wirtschaftliche, technische und politische Tagungen statt.

Die „Hamburg Messe und Congress GmbH." lockt mit ihrem einmaligen Verbundangebot von moderner Kongreßtechnik und Ausstellungsfläche – beides im Herzen der Stadt und eingebettet in Grün. Von Jahr zu Jahr kommen mehr bedeutende Veranstaltungen. Der Messeplatz Hamburg hat einen ungeheuren Aufschwung genommen.

Es begann mit „Mode '49"

An den bescheidenen Anfang erinnern sich selbst Fachleute nur noch schemenhaft. Die erste Nachkriegsveranstaltung war 1949 die Hamburger Textilmusterschau. In Zelten wurde einem staunenden Publikum nach Jahren textiler Abstinenz „Mode" präsentiert. Die Zelte wurden durch Loks der Deutschen Bundesbahn beheizt.

Eindrucksvoller als die Mode '49 waren offenbar die ersten „Freß- und Schnaps-Messen". Da schwärmt mancher heute noch von den kostenlosen Proben, die freizügig verteilt und gleich an Ort und Stelle geschluckt wurden.

Die Lebensmittelfachausstellung und die Schau für die Frau (heute der Spitzenreiter „Du und Deine Welt") waren von morgens bis abends randvoll. Heute herrscht in 13 Hallen kaum weniger Gedränge. Manche Schau platzt aus allen Nähten. Zu „Du und Deine Welt '84" werden 52 000 Quadratmeter zur Verfügung stehen. Die Halle 8 bietet sich dann im New Look mit Kuppeldach und Galerie.

Jetzt sind die Hallen 10, 11 und 12 an der Reihe, alle drei marode und nicht mehr zu modernisieren. Sie werden durch Neubauten ersetzt, die denjenigen der Halle 8 entsprechen. Im nächsten Bauabschnitt soll die Ernst-Merck-Halle erneuert oder – besser noch – eine Halle 14 auf dem Gelände des Zollvereins errichtet werden. Der randvolle Terminplan der Messegesellschaft beweist, wie dringend zusätzliche Stellfläche gebraucht wird.

Die Gesellschaft macht einen jährlichen Eigenumsatz von 50 Millionen Mark. Damit ist ihre Bedeutung für die hiesige Wirtschaft nicht erschöpft, denn jeder Kongreßgast (über Messebesucher gibt es keine entsprechenden Aussagen) läßt pro Tag etwa 220 Mark in der Stadt. 1983 wurden 305 000 Kongreßteilnehmertage gezählt, das macht stolze 67 Millionen Mark.

Hans-Joachim Hoerenz – er leitet seit 1966 die Geschicke der Messegesellschaft und hat wesentlichen Anteil an der positiven Entwicklung – erklärt: „Der Verlauf der ersten Messen, die in diesem Jahr bei uns stattfanden, rechtfertigt einigen Optimismus. Im Mai werden wir mit 'Dach und Wand' eine der großen turnierenden Fachausstellungen hier haben, und im Juni mit der Internationalen Messe für Postausrüstung IMPA die größte Erstveranstaltung einer deutschen Messegesellschaft aus der Taufe heben. Dies zeigt, daß Hamburg ein sehr aktiver Messeplatz ist, der mit seinem marktgerechten und zielgruppenorientierten Angebot in der Tradition des Marktplatzes Hamburg steht."

Weit gespannter Bogen

Das Programm im CCH führt wieder eine Reihe bedeutender Ärztekongresse auf. Zum deutschen Juristentag werden 3000 Teilnehmer erwartet. Die nach Teilnehmerzahl und Dauer größte internationale Konferenz auf Regierungsebene, die jemals in der Bundesrepublik stattfand, ist der XIX. Weltpostkongreß im Juni/Juli. Es ist die erste Vollversammlung einer Sonderorganisation der UNO im CCH.

Die Entomologen (Insektenforscher) und die Kleintier-Veterinäre halten ihre Weltkongresse an der Alster ab. Schausteller und Genossenschaftler aus aller Welt tagen hier ebenso wie die Aquarien- und Terrarienfreunde, die Vertriebsfachleute der Zeitungen und die Union of Cristallography. Der Rahmen der kulturellen Veranstaltungen spannt sich von Howard Carpendale bis zum israelischen Staatsballett. Viele Kongresse sind mit Fachausstellungen verbunden.

CARIN STAVENHAGEN

Vierzehn grüne Oasen – aufgereiht wie eine Perlenschnur

Beim Wettstreit um das meiste Grün ist die Stadt zwischen Alster und Elbe noch immer die Nummer eins unter den Großstädten der Bundesrepublik. Die Gesamtausdehnung des Stadtstaates mit 1,62 Millionen Einwohnern beträgt 75 400 Hektar. Davon sind 6004 Hektar, nämlich 7,9 Prozent, Grünflächen.

Mit 130 000 Straßenbäumen liegt Hamburg an zweiter Stelle hinter Berlin, aber deren Zahl wächst, weil Bürgerinitiativen junge Bäumchen pflanzen, sie pflegen und schützen. Hamburg besitzt auch, was keine andere Stadt vorzuweisen hat: 6244 Hektar Wasserfläche und mehr Brücken als Venedig. Das sind Zahlen, aber sie sind mehr als ein Spiel.

Viel mehr sprechen die „grünen Lungen" für sich, die es trotz des sauren Regens und des vielerorts übersäuerten Bodens gibt. Daß der Umweltschutz warnend den Finger hebt, um zu erhalten, was unsere Stadt attraktiv und liebenswert macht, ist nur zu begrüßen.

Staubfrei durchatmen

Aufgereiht wie eine Perlenschnur liegen vierzehn grüne Oasen am Elbwanderweg. Sie zu erleben, beginnt man am „Altonaer Balkon" und endet in Wittenberger im Sven-Simon-Park. Während man auf dem Geestrücken durch prächtigen Mischwald spaziert und sogar Hirsche füttern kann, tuten unten auf dem Strom die dicken Pötte, die den Duft der weiten Welt bringen und hinausfahren.

Aber auch in der City kann man staubfrei durchatmen, wenn man durch den Alsterpark oder durch die Wall-Anlagen und „Planten un Blomen" spaziert. Der letztgenannte Park heißt auf hochdeutsch „Pflanzen und Blumen". Die Alster ist sozusagen der „Hausbach" der Hamburger und das ganze Alstertal bis zu seiner Quelle ein einziger erholsamer Wanderweg.

Besucher sollten auch nach dem Duvenstedter Brook fragen, auf dessen Pfaden durch herrlichen Mischwald der Wanderer höchstens durch das Grunzen einer Wildschweinfamilie aufgeschreckt wird. Rund um Hamburg grünt es noch immer so grün, daß es eine Augenweide ist.

Auf Entdeckungsreise

Ob im Niendorfer Gehege oder im Volksdorfer Wald, im Wandsetal, Sachsenwald oder Klövensteen oder im Forst Hagen bei Ahrensburg – es sind alles kleine Entdeckungsreisen. Im Forst Hagen wandert man gar auf geschichtsträchtigem Grund, denn hier sind Spuren eiszeitlicher Rentierjäger gefunden worden.

Aber auch wer im Stadtgebiet bleiben will, kommt auf seine grünen Kosten und kann in jedem Stadtteil gepflegte Parks bewundern. In Hagenbecks Tierpark gibt es außer dem lebenden Inventar eine großartige Gartenlandschaft.

Gar nicht sentimental stimmt der Besuch von Europas größtem Friedhof: Ohlsdorf gilt als eine der schönsten Parkanlagen. Neben einem riesigen alten Baumbestand, gepflegten Rosengärten, faszinieren die Rhododendron-Wälder, die wegen ihrer Ausmaße nur so zu bezeichnen sind.

Hamburgs Landesfarben sind Weiß und Rot. Das Grün gehört aber dazu.

gk

Sogar die Queen weiß die Kunsthalle zu schätzen

Hamburgs Museen sind so gut wie die Berlins, Münchens oder Kölns nicht nur bei spektakulären Sonderausstellungen eine Reise wert. Dies sollte sich inzwischen auch bis in den Süden der Republik herumgesprochen haben. Hat die Hamburger Kunsthalle doch international ein solches Renommee, daß Queen Elizabeth ihr sogar als einzigem deutschen Museum schon zum zweitenmal 50 Leonardo-Zeichnungen aus ihrem Privatbesitz anvertraute.

Tausende pilgern in diesen Wochen geduldig in langer Schlange zu den kleinformatigen Natur- und Landschaftsstudien Leonardo da Vincis, die sonst in der Bibliothek von Schloß Windsor nur Auserwählten zugänglich sind.

Die „hauseigenen" Schätze, die in diesem von Alfred Lichtwark begründeten Museum gehütet werden, reichen von der Gotik bis zur Moderne – besondere Prunkstücke sind die mittelalterlichen Altäre der Meister Bertram und Francke, aber auch die Gemälde der alten Holländer, die Meisterwerke der Romantik von Runge und C. D. Friedrich, die französischen Impressionisten und die deutschen Expressionisten sind Attraktionen, und die Graphik-Sammlung ist von exzeptioneller Qualität.

Der Kunsthalle benachbart und mit ihr zu einer „Museumsinsel" zwischen Hauptbahnhof und Alster vereint, präsentieren Kunstverein und Kunsthaus die Zeitgenossen, geben dem Berufsverband Bildender Künstler Ausstellungsmöglichkeiten und stellen aktuelle Tendenzen zur Diskussion.

Doch ist die Kunsthalle, deren Direktor Werner Hofmann durch zyklische Sonderausstellungen wie zum Beispiel „Die Kunst um 1900" Furore machte, nur eines von insgesamt sechs staatlichen Museen in Hamburg, zu denen noch verschiedene Außenstellen wie etwa das Bergedorfer Museum, das großbürgerliche Jenisch-Haus oder das bäuerliche Rieck-Haus zu rechnen sind.

Große Jugenstilsammlung

Das Museum für Kunst und Gewerbe, das Kunsthandwerk im weitesten Sinne beherbergt, besitzt die bedeutendste Jugendstilsammlung aller deutschen Museen. Auch seine Sammlung von Keramik, Fayencen und Ostasiatica sucht ihresgleichen. Gegenwärtig wird hier eine eigene Foto-Abteilung aufgebaut.

Das Museum für Völkerkunde, nach neuem didaktischen Konzept völlig umgestaltet und jüngst mit einer großen Zigeuner-Ausstellung im Gespräch, hat reiches Anschauungsmaterial über die Entwicklung fremder Kulturen. Ob indianischer Goldschmuck, afrikanische Bronzen oder Südsee-Masken: Vor allem auch jugendliche Besucher finden hier vieles, was sie fasziniert.

Jungen Menschen wird überhaupt viel Attraktives geboten. Im Altonaer Museum, das der Kultur- und Landesgeschichte Norddeutschlands gewidmet ist und das 1980 durch einen Brand schwer gelitten hat, ist es die Sammlung von Bauernhaus-Modellen, von altem Gerät, von Schiffsmodellen und Galionsfiguren, von Spielzeug und Puppen aus dem vorigen Jahrhundert.

Im Museum für Hamburgische Geschichte, das die Entwicklung der Stadt, ihres Handels und ihrer Bürger dokumentiert (die umfangreiche Abteilung „Hafen und Schiffahrt" wird zur Zeit neu gestaltet), reizt vor allem die größte Modelleisenbahn-Anlage Europas mit ihren Vorführungen Väter und Söhne.

Malen, Drucken, Töpfern

Das Harburger Helms-Museum widmet sich der Vor- und Frühgeschichte der Region und hat mit seiner Außenstation am Kiekeberg, wo alte bäuerliche Kultur studiert werden kann, eine reizvolle Freilicht-Dependance, in der im Sommer Brot gebacken, gesponnen und gewebt wird.

Museal und verstaubt ist es nirgends mehr. Dafür sorgt schon der Museumspädagogische Dienst mit seinen vielfältigen Aktivitäten. Er bietet nicht nur Führungen, Gespräche und Kinderprogramme in den Schulferien an, die regelmäßig gestürmt werden, sondern auch Nachmittags- und Abendkurse in den Museen: Jugendliche und Erwachsene können hier Malen, Drucken, Töpfern oder Radieren lernen – ein Angebot, das besonders auch für Arbeitslose gedacht ist. Außerdem organisiert der Museumspädagogische Dienst eigene Ausstellungen, deren Thematik vorwiegend junge Besucher anziehen soll.

Nicht zu vergessen die Museums-Gastronomie: Ob die urig-gemütliche „Destille" im Museum für Kunst und Gewerbe, wo mittags kein Platz frei bleibt, oder die stilechte „Vierländer Kate" in Altona mit ihren norddeutschen Spezialitäten – sie sind zu wahren Treffpunkten geworden und ziehen ein neues Publikum in die Museen.

Doch Hamburgs Museumslandschaft besteht ja nicht nur aus den staatlichen Häusern, zu denen jetzt die Gedenkstätte im ehemaligen KZ Neuengamme hinzugekommen ist und die 1985 durch ein geplantes „Museum der Arbeit" bereichert werden soll. Sie hat viele, auch skurrile Gesichter und die 1985 durch ein geplantes „Museum der Arbeit" bereichert werden soll.

Insgesamt gibt es an die 30 Museen in der Hansestadt, vom Auto- über das Post- und Elektrizitäts- bis zum kleinen privaten Indio-Museum, von der geologischen Sammlung bis zum Planetarium. Und natürlich haben auch die Großen, die hier oder in der Nähe lebten, ihre eigenen Museen: von Barlach (geboren in Wedel) bis zu Bismarck (gestorben in Friedrichsruh).

BELINDE BÜTOW



Die Musikhalle, Mittelpunkt des Konzertlebens, ist eine Stiftung des Segelschiff-Reeders Carl Laeisz – ein Beispiel für großzügiges Hamburger Mäzenatentum FOTO: MATTHIAS JÜSCHKE

Bürger hatten stets eine offene Hand

Der Großzügigkeit ihrer Mäzene hat die Stadt heute wie einst viel zu verdanken

Musikhalle, Universität, Brahms-Denkmal – sie sind in Hamburg Wahrzeichen eines großzügigen Mäzenatentums. Das, was der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Heimatstadt schlicht „Bürgersinn" nannte, was er in manchen vertraulichen oder öffentlichen Gesprächen mit bedeutenden Vertretern der Hamburger Wirtschaft zur Nachahmung anregte, hat in der Hansestadt alte Tradition.

Schon vor mehr als 500 Jahren bedachte das Tidecke-Winkelmann-Testament nach seinem Statut „arme Jungfrauen, die ehelich geboren wurden", mit einer Aussteuer.

Dezente Unterstützung

Die Musikhalle, für deren Bau der Segelschiffreeder Laeisz 1,2 Millionen Mark bereitstellte, die Universität, für deren Gründung Bürgermeister von Melle eine Million Mark spendete, legen genauso Zeugnis von dem Mäzenatengeist in der Metropole Merkurs ab wie die Barlach-Sammlung, die Hermann Reemtsma zur Verfügung stellte, wie der Sven-Simon-Park, den der Verleger Axel Springer stiftete.

Das sind die Förderungen von Musikern und Bildenden Künstlern durch große Unternehmen der Zigarettenindustrie oder Mineralölkonzerne oder die Veranstaltungsreihe „Jugend kulturell" und die zahlreichen Kunstausstellungen, mit denen die Vereins- und Westbank hervortritt. Und so mancher Hamburger zückt regelmäßig sein Scheckheft, um in aller Stille zu helfen und zu fördern.

An zwei Unternehmern kristallisiert sich seit 20 Jahren das Mäzenatentum in der Hansestadt – ja, sie dürften sogar als Einzelpersonen die größten Mäzene der Bundesrepublik sein: Alfred C. Toepfer (89) und Kurt A. Körber (74). Beide sind auf einem bemerkenswert breiten kulturellen, wissenschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Feld als Mäzene und Stifter – Körber bevorzugt den Begriff „Anstifter" – ebenso einfallsreich wie finanzstark tätig.

Der Getreidekaufmann Toepfer gründete schon in den zwanziger Jahren Stiftungen zur Förderung von Kunst und Wissenschaft. 1931 rief er die Stiftung F. V. S. ins Leben – mit dieser Abkürzung erwies Toepfer sowohl Friedrich von Schiller als auch dem Freiherrn vom Stein seine Reverenz. Die Auszeichnungen, die von unabhängigen Kuratorien vergeben werden, reichen vom Hansischen Goethe-Preis bis zum Shakespeare-Preis, vom Fritz Schumacher-Preis für Städtebau und Architektur bis zum Herder-Preis.

Es gibt den Robert-Schumann-Preis, den Montaigne-Preis, den Rembrandt-Preis und den hochrangigen „Europa-Preis für Staatskunst", dotiert mit einem Betrag in der Höhe des Nobelpreises. Jährlich stellt die Stiftung Preise und Stipendien im Werte von 1,2 Millionen Mark zur Verfügung.

Körber, alleiniger Inhaber eines Unternehmens, das ein Weltmonopol in der Herstellung von Maschinen und Anlagen für die tabakverarbeitende Industrie besitzt, gibt über die nach ihm benannte Stiftung jährlich zwischen fünf und sechs Millionen Mark für kulturelle und soziale Zwecke aus.

Millionen für die Oper

Sein Engagement reicht vom „Bergedorfer Gesprächskreis" bis zum „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte", von der Gründung zweier Senioren-Zentren – eins davon mit einem eigenen, höchst erfolgreichen Theater – bis zur Stiftung der Brahms-Gedenkstätte in Hamburg für drei Millionen Mark und zur Vergabe des „Boy-Gobert"- und des „Rolf-Liebermann-Preises".

Millionenbeträge hat er allein in die Förderung der Staatsoper und des Thalia-Theaters gesteckt. Für sein Engagement erhielt er die höchste Auszeichnung, die auf diesem Gebiet in Deutschland vergeben wird – den „Freiherrn-vom-Stein-Preis". Der Stifter ist sein Mitstreiter im Mäzenatentum der Hansestadt, Alfred C. Toepfer.

HERBERT SCHÜTTE

Hohe Studentenzahlen förderten Forschung

Fünfter Platz hinter Berlin, München, Münster und Köln

Die jüngste deutsche Hochschule, die Technische Universität in Hamburg-Harburg, wird wohl auch für lange Zeit die letzte Neugründung bleiben. Langfristig weit mehr als 300 Millionen Mark an Baukosten wird das Prestige-Objekt verursachen. Dabei sollen an der nördlichsten deutschen TU bis Ende der achtziger Jahre 2000 Studenten lernen.

Nach dem Herzstück der Harburger Uni, dem 1982 für 36 Millionen Mark vollendeten Technikum, wächst derzeit der „erste Bauabschnitt" für über hundert Millionen, der also genaugenommen schon der zweite ist. Rund 150 Studenten sind in den Lernbetrieb an der TU eingestiegen, das erste Studentenheim in Harburg ist fast fertig, und die Hochschule hat für die Forschung ihre ersten Drittmittel eingeworben.

Die Fachrichtungen und Forschungsschwerpunkte halten übrigens engen Bezug zu Gegenwartsproblemen. Umweltschutztechnik und Gewässerreinigung werden ebenso berücksichtigt wie Biotechnologie oder Stadterneuerung.

Zwar wurde die Planung der neuen Universität bis 1979 im Senat heiß diskutiert. Verglichen mit der Entstehungsgeschichte der alten Hamburger Universität aber war die TU geradezu ein Selbstgänger.

Jahrzehntelang hatten Hochschul-Anhänger mit potentiellen Geldgebern schon im 19. Jahrhundert über die Notwendigkeit einer solchen Bildungsstätte gestritten. 1919 endlich wurde die Universität an der Edmund-Siemers-Allee gegründet. Das heute 95 Jahre alte, ehemalige Allgemeine Krankenhaus in Eppendorf wurde Universitätsklinik.

Während des Zweiten Weltkrieges waren nur 1866 Studenten an der Uni eingeschrieben, mehr als 1200 im Fach Medizin. Heute studieren 38 000 an der Universität. Die wachsenden Studentenzahlen brachten auch eine Blüte der Forschung. Die jüngste Bilanz des Forschungsberichts umfaßt 1200 Seiten und 2500 Einzelvorhaben.

Neben der alten und der neuen Universität bilden sich 8000 Studierende an Fachhochschulen weiter, 1600 studieren an der Hochschule der Bundeswehr. Insgesamt verzeichnet die Statistik 54 000 Studenten in Hamburg, das ist nach Zahlen der fünfte Platz in Deutschland nach Berlin, München, Münster und Köln.

Das nötige Hintergrundwissen zuzüglich der erforderlichen Unterhaltung lesen sich die Studenten und andere bildungshungrige Hanseaten in den Bibliotheken der Hansestadt an. Das sind außer der Universitätsbibliothek mit mehr als zwei Millionen Bänden vor allem die gut fünfzig Öffentlichen Bücherhallen, die im vergangenen Jahr mit rund neun Millionen Ausleihvorgängen Besucherrekord verzeichneten.

Spezial-Informationen findet man unter anderem im Weltwirtschafts-Archiv mit einer Dreiviertelmillion Bände, in der nordelbischen Kirchen- oder der Commerz-Bibliothek in der Börse.

Nur noch das Gebäude erinnert an eine bedeutende Privatbibliothek, die Kern eines bedeutenden Institutes geworden ist: In der Heilwigstraße 116, hinter einer Klinkerfassade, standen die zuletzt rund 70 000 Bände einer kulturhistorischen Bibliothek, die Aby Warburg seit 1901 zusammengetragen hatte. Der Bankierssohn (1866 – 1929) hatte den Eintritt in das Familienunternehmen verweigert und statt dessen Kunstgeschichte und Archäologie studiert. 1933 wanderte die Bibliothek, nach dem Tode des Gründers, mit allem Inventar nach London aus und wurde Urzelle des heute weltberühmten Warburg-Courtauld-Institutes.

GISELA SCHÜTTE

Ur-Hamburg auf der Spur

Forscher wurden in der City bei Ausgrabungen fündig

Auf dem Domplatz im Herzen der City sind die Archäologen den Ursprüngen der Hansestadt auf der Spur. Nach ihren Erkenntnissen haben sogar schon in der Steinzeit Menschen hier ihr Lager aufgeschlagen. Und aus geschichtlicher Zeit hat man einen Spitzgraben aus dem 6. Jahrhundert entdeckt, der unter der Hammaburg – 831 zum erstenmal urkundlich erwähnt und bisher als Beginn der Stadtwerdung angesehen – lag.

Vermutlich schützte dieser Grabenring eine spätsächsische Wegsperre, denn das Terrain lag hochwassergeschützt auf einer Geestzunge inmitten einer Sumpf-Marsch-Landschaft. Ein Handelsweg führte über diesen Geestrücken von der Mündung der Alster in die Elbe nach Norden ins Stormarner Land.

Auf dem Gelände der Hammaburg entstand später die erste steinerne Kirche Hamburgs, danach in mehreren Bauphasen der gotische Mariendom. Als das Gotteshaus Anfang des 19. Jahrhunderts baufällig wurde, ließen die Stadtväter es abreißen – nicht ohne Stein für Stein gewinnbringend zu verkaufen.

Das freigewordene Gelände wurde zunächst Exerzierplatz; 1836 entstand dort die berühmte Gelehrtenschule des Johanneums, die 1943 im Bombenhagel zerstört wurde. Nach dem Krieg wurde die Urzelle Hamburgs ein profaner Parkplatz.

Das künftige Aussehen ist ungewiß.

gs

Bedeutend und reich durch Bier

Brauerstraße, Hopfenmarkt, Hopfensack, Hopfenstraße – die Namen sprechen Bände. Sie alle sind Zeugen alter hamburgischer Brautradition. „Hamburg und sein Bier" ist seit Jahrhunderten ein fester Begriff. Bierbrauen gehört seit der Erhebung der Stadt zum Erzbistum vor mehr als tausend Jahren zu den wichtigsten Erwerbsquellen und hat diese Bedeutung bis heute bewahrt.

Bier zählt zu den Produkten, die die Stadt bedeutend und reich gemacht haben. Unter den Hanseaten hieß es: „Lübeck ist ein Kaufhaus, Hamburg ist ein Bierhaus."

Führende Exporteure

Ruf und Stärke haben die hanseatischen Brauer vor allem auf den Weltmärkten erlangt. Im 14. Jahrhundert erreichte der Anteil von Bier an der Hamburger Gesamtausfuhr bis zu 60 Prozent, und noch heute gehören die Hamburger Brauereien zu den führenden deutschen Bierexporteuren.

Von den einst 600 Braustätten in den Mauern der Stadt sind nur noch drei übrig geblieben. In vorderster Front und immer dabei, wenn es um den Hamburger Biertrinker geht, ist die größte Gruppe, die Holsten Brauerei AG. Ihre jetzige Form hat sie unter der Führung ihres agilen Vorstandsvorsitzenden Dr. Klaus Asche gefunden.

Zu den Betrieben der Holstengruppe in Altona, Kiel und Neumünster sind Brückenköpfe im südlich angrenzenden Niedersachsen gekommen, so die Lüneburger Kronen-Brauerei AG, in der das Premium-Bier „Moravia Pils" gebraut wird, und die Feldschlößchen AG in Braunschweig.

Mit ihren großen Marken kommt die Holsten-Braugruppe auf einen Bierausstoß von rund 3,5 Mill. Hektolitern. Preisbewußtsein, straffe Sortimentspolitik und betriebswirtschaftlicher Durchblick haben bei Holsten zudem eine grundsolide finanzielle Basis geschaffen, die es ermöglicht, die Positionen noch auszubauen.

Fruchtbare Konkurrenz

Dabei muß sie freilich immer mit der wachen Konkurrenz der zweiten großen Braugruppe in Hamburg rechnen. Unter dem in Sachen Hamburger Bier nimmermüden Vorstandschef Dr. Uwe Paulsen ist die Bavaria–St. Pauli-Brauerei AG der Holsten-Gruppe seit Jahren auf der Spur. Mit ihren drei Braustätten in Hamburg, Oldenburg und dem Friesischen Brauhaus zu Jever sowie eine Reihe anderer Tochtergesellschaften kommt Bavaria auf einen Ausstoß von rund 1,7 Mill. Hektolitern. Perle im Sortiment ist außer der Konsummarke „Astra" das „Jever Pilsner", das seit Jahren solide Zuwachsraten bringt.

Kleinste der Hamburger Brauereien ist die Elbschloss-Brauerei AG mit einem Ausstoß von rund 410 000 Hektolitern. In ihrem Brauhaus hoch über der Elbe an der vornehmen Elbchaussee gelegen, braut sie seit 30 Jahren ihr „Ratsherren Pils". Zu ihr gehört ferner eine Mehrheitsbeteiligung an der lukrativen Einbecker Brauhaus AG, wo der „Bock" zur Welt kam. bre

„Die machen in Kaffee und Kakao" ist eine gewaltige Untertreibung

Die Kaufmannsstadt: Das Netz der Niederlassungen erstreckt sich über alle Kontinente

Hamburg ist der größte Außenhandelsplatz der Bundesrepublik. Diesen Ruf hat sich die Hansestadt stets bewahrt. Weit mehr als 2000 reine Außenhandelsfirmen unterhalten von Hamburg aus enge Beziehungen zu fast allen Ländern der Erde. Das Netz ihrer Niederlassungen und Korrespondenzbüros, ihrer Tochterfirmen und Consultingbüros erstreckt sich über alle Kontinente.

Vom gesamten deutschen Außenhandel werden gut zehn Prozent über Hamburg abgewickelt. Dabei gibt es kaum ein Gut dieser Welt, das nicht über einen Hamburger Außenhändler bezogen werden könnte.

Blühen im verborgenen

Die nicht nur im Binnenland, sondern auch hier übliche Beschreibung: „Die machen in Kaffee und Kakao", ist eine gewaltige Untertreibung. Über die hanseatischen Handelshäuser wird praktisch alles gehandelt, was es überhaupt zu handeln gibt.

Die Hanseaten machen nicht viel Aufhebens von sich. Vor allem die Außenhändler sprechen ungern über ihre wirtschaftlichen Erfolge und über das Volumen des Geschäfts. Handelshäuser mit großen Umsätzen und weltweiten Aktivitäten blühen häufig wie Veilchen im Verborgenen. Immerhin sind in Hamburg mindestens fünf Handelshäuser bekannt, die mehr als eine Milliarde Mark umsetzen und weitere 20 mit Geschäftsvolumen von 100 bis 500 Millionen Mark.

Diesem Wandel haben sich die Handelshäuser an der Küste angepaßt. Sie bieten Detailkenntnisse über Absatz- und Bezugsmärkte, sie finanzieren, sie lagern die Ware, und in manchen Fällen übernehmen sie sogar die Warenaufbereitung durch Sortieren und Vepacken. Das moderne Handelshaus hat außer der reinen Warenfunktion umfangreiche Dienstleistungsfunktionen übernommen.

Zusätzliche Bindungen werden zwischen den Außenhandelsfirmen und den Märkten draußen durch ein Engagement bei infrastrukturellen Maßnahmen geknüpft, oder durch Beteiligungen an der jungen Industrie in Entwicklungsländern. Ein Handelsunternehmen, das sich in Entwicklungsländern an der Produktion beteiligt, festigt seinen Ruf als verläßlicher Partner.

Die Importhäuser sind zudem von tradtionellen Waren auf verwandte Industrieerzeugnisse übergegangen: Von tropischen Früchten zu Konserven, von Kaffee zu Kaffeemaschinen. Zur Verbreiterung des Programms haben sie auch ganz neue Produkte aufgenommen.

So ist ein bekanntes Hamburger Importhaus für Kakao unter anderem Alleinimporteur für Produkte des Hauses Chanel, Paris. Und wer in Bayern oder am Rhein seinen Whisky, Cognac oder Gin kauft, hat höchstwahrscheinlich eine Flasche in der Hand, die direkt aus Hamburg kommt. Denn hier sitzen zwei der führenden Importeure von Marken-Spirituosen: Charles Hosie und Borco-Marken-Import.

Die Entwicklung im Export verläuft analog. Wer früher Schraubenschlüssel exportierte, muß heute ganze Maschinen liefern und dabei nicht nur die technische Ausstattung, sondern ein ganzes Bündel zusätzlicher Leistungen: Von Finanzierungs- und Absatzhilfen bis zu Wartung, Reparatur und Ersatzteillieferung.

Was alle eint

Ihre Positionen auf den Weltmärkten haben die Handelshäuser zum Teil mit einem breit angelegten Sortiment, zum Teil mit Spezialprogrammen erobert. Die Grenzen sind dabei fließend. Auch wird Außenhandel bisweilen nur auf Einbahnstraßen betrieben, indem sich Firmen entweder ganz auf den Import oder Export konzentrieren.

So bunt das Erscheinungsbild des Außenhandels auch sein mag, eines eint ihn. Alle Außenhändler halten nicht nur aus Eigennutz die Fahne des freien Handels hoch. Als Vorhut auf den internationalen Märkten sind sie von Anschlägen auf den liberalen Handel immer zuerst getroffen. Viele Hamburger Außenhandelshäuser können ein Lied davon singen, wie politische Krisen und protektionistische Maßnahmen das unternehmerische Konzept verderben. bre



Die Kaffeesäcke werden in die Lager gehievt und gestapelt FOTO: HAFEN HAMBURG

Von A wie Airbus bis Z wie Zigarette

Größte Industriestadt der Bundesrepublik – Es dominieren Klein- und Mittelbetriebe

Außenhandelsfunktionen haben den Ruf Hamburgs als Wirtschaftsmetropole des Nordens entscheidend mitgeprägt. Seine Bedeutung als Stadt der Kaufleute, als Hafen-, Handels- und Schiffahrtsplatz ist stetig gewachsen.

Es mag dieser historische Hintergrund sein, daß Hamburg als Industriestadt bisweilen unterschätzt wird. Hinzu kommt, daß die Stadt auf den ersten Blick wenig von jener Atmosphäre ausstrahlt, die den Ballungszentren der Schwerindustrie eigen ist.

Gleichwohl zählt Hamburg zu den wichtigsten Industriemetropolen Europas. Es ist die größte Industriestadt der Bundesrepublik, und der Umsatz seiner Betriebe erreicht einen höheren Anteil am Sozialprodukt als alle anderen Bereiche.

Unter den 500 umsatzstärksten deutschen Unternehmen haben 52 ihren Sitz in Hamburg, von den 100 größten Industrieunternehmen allein 17. Manche Branchen sind mit ihren Umsatzspitzenreitern fast vollständig hier vertreten.

Führende Unternehmen

In der Mineralölindustrie sind fünf der sieben Schwestern, die das Geschehen an den Märkten mitbestimmen, mit ihren Tochtergesellschaften in Hamburg ansässig. In der Zigarettenindustrie residieren mit Reemtsma und BAT die Branchenführer an der Elbe, mit den Hauni-Werken ein Monopolist bei Tabakverarbeitungs-Maschinen. Unilever und Maizena gehören zu den führenden Lebensmittelunternehmen in Deutschland.

Ihre bedeutende Stellung unter den deutschen Industriestädten verdankt Hamburg aber nicht allein diesen Umsatzgiganten. Kennzeichnend für das industrielle Potential ist einmal die Vielfalt der Produktion, die von A bis Z reicht, vom Airbus bis zu Zigaretten.

Kennzeichnend für die Struktur ist zum anderen die dominierende Zahl der kleinen und mittleren Betriebe. Von den 950 Unternehmen, die insgesamt 165 000 Mitarbeiter beschäftigen, haben nur knapp 65 eine Belegschaft von mehr als 500 Mann.

Die industrielle Landschaft Hamburgs prägen drei große Gruppen. Da sind zunächst jene Unternehmen, die importierte Güter weiterverarbeiten und veredeln. Hierzu gehören die Mineralölindustrie, die Aluminium- und Kupferverarbeitung, die Stahlerzeugung, die Ölmühlen, die Kaffee- und Teeverarbeitung sowie die Fischindustrie.

Eine zweite Gruppe umfaßt die Unternehmen und ihre Zulieferanten, die in Abhängigkeit von Hafen- und Wasserbau, Umschlagstätigkeit und seewärtigem Gütertransport entstanden sind: Werften, Teile der Elektrotechnik, des Maschinenbaus und der Bauindustrie.

Das gewichtige Bevölkerungspotential von knapp drei Millionen Menschen im Großraum Hamburg hat schließlich eine beachtliche verbraucherorientierte Konsumgüterbranche entstehen lassen. In diesen Bereich fallen die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die pharmazeutische und kosmetische Industrie, das Verlags- und Druckereigewerbe.

Bezogen auf die Beschäftigung ist die Investitionsgüterindustrie mit rund 85 000 Mann der größte Industriebereich, gefolgt von der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (42 000 Beschäftigte).

Neue Prioritäten

Die Branchenvielfalt und die Flexibilität der mittelständisch geprägten Industriestruktur haben Hamburg früher besser als manche andere Region wirtschaftliche Rückschläge und hohe Arbeitslosigkeit wegstekken lassen. Dieser „Hamburg-Bonus" ist in jüngster Zeit freilich ausgeblieben.

Die Industrie hat sich vielmehr immer mehr zum Sorgenkind der Stadt entwickelt. Durch Stillegungen und Konkurse, durch den Niedergang ganzer Märkte wie etwa dem Schiffbau, vor allem aber durch die Abwanderung von Betrieben in die Nachbarländer ist die Struktur aus dem Gleichgewicht geraten. In den letzten 25 Jahren hat die Stadt fast 137 000 Arbeitsplätze verloren. Kein Wunder, daß in der Wirtschaftspolitik gezielte Industrieförderung höchste Priorität hat. -ech

Kaffeeduft am Sandtorkai

Kaum zu glauben, daß sich hinter den dicken Backsteinmauern der Speicherstadt im Freihafen eines der Zentren des internationalen Kaffeehandels verbirgt, ausgestattet mit hochmodernen Lagern und Büros. Als „die" Adressen gelten in der Branche Sandtorkai und Pickhuben, wo sich die mit dem Kaffee verbundenen Firmen dicht an dicht drängen.

Rund 60 Importeure, Makler und Agenten vermitteln jährlich ungefähr ein Achtel des weltweit exportierten Rohkaffees. Gelöscht werden in Hamburg jährlich ca. 450 000 Tonnen Rohkaffee, von denen etwa 90 Prozent in deutschen Landen bleiben; für den Rest ist die Hansestadt eine Zwischenstation auf dem Weg in andere Verbraucherländer.

Der Rohkaffee kommt vor allem aus Kolumbien, Brasilien, Kenia und El Salvador. Bis zum Weitertransport oder zur Weiterverarbeitung lagern fast alle Importeure und auch zahlreiche Röster den eingeführten Kaffee bei Quartiersleuten in den Speichern des Freihafens.

Die Tätigkeit dieser „Lagerhalter" wird sich im Zuge der neuen Techniken aber sicher verändern. Schon steht in der Speicherstadt ein Kaffee-Silo, schon wird an der Entwicklung von Containern gearbeitet, in denen Kaffee als Schüttgut transportiert werden kann.

Erst damit wird ein solcher Silo effektiv; Arbeitsgänge, die mit der Lagerung von Kaffee in Säcken zusammenhängen, fielen dann fort. Bis dahin werden allerdings noch einige Jahre vergehen. Und so lange werden die Säcke weiter in den wohltemperierten Räumen der Speicherstadt gestapelt.

Gelagert und direkt in Hamburg weiterverarbeitet werden allerdings nur gut 40 Prozent des eingeführten Rohkaffees; denn aus steuerlichen Gründen haben viele Unternehmen ihre Röstereien nach Berlin verlegt. In Hamburg angesiedelt sind noch etwa 20 Röstereien. Trotzdem dürfen die Hamburger nach wie vor behaupten, in einer Kaffeestadt zu leben.

Dieses Verhältnis zu dem (nach dem Mineralöl) zweitwichtigsten Welthandelsgut hat sich im 19. Jahrhundert entwickelt. 1827 schloß Hamburg mit Pedro I. von Brasilien einen Handels- und Schiffahrtsvertrag; die Liniendienste Hamburger Reedereien ließen nicht lange auf sich warten. 1869 schipperten die ersten Dampfer auf Südamerika-Kurs. 1871 wurde die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft gegründet. Dieses Engagement führte zu einem zweiten Sonderabkommen mit dem brasilianischen Kaiser, inzwischen Pedro II.

Hamburg avancierte zum bedeutendsten Kaffeemarkt Europas. 1886 wurde der „Verein der am Caffeehandel beteiligten Firmen zu Hamburg", ein Jahr später die einzige deutsche Kaffeebörse gegründet.

KAREN SÖHLER

Die Rolle des Vermittlers ist Verfassung

„Die Freie und Hansestadt ... will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein". Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik hat eine Landesverfassung sich diesen Blick über die Landesgrenzen hinaus als konstitutionellen Auftrag gegeben.

Die Interessen der Hamburger Kaufleute waren immer schon nach Übersee gerichtet. Kein Wunder, daß sich in der Handels-, Hafen- und Industriemetropole Auslandswissen angesammelt hat, wie wohl kaum in einer anderen deutschen Großstadt.

Konsularplatz Nummer 1

Mit 74 konsularischen Vertretungen ist Hamburg Konsularplatz Nummer 1 in Europa. Die Tradition dieser weltweiten Verbindungen kommt nicht nur im Matthiae-Mahl – dem 1356 gestifteten, ältesten noch bestehenden Festmahl der Welt – zum Ausdruck, einem Essen zu Ehren der Vertreter „der Hamburg wohlgesonnenen Mächte" – es manifestiert sich auch in der Handelskammer, der größten und ältesten der Bundesrepublik. Die Pflege der Beziehungen zu ausländischen Staaten wird schließlich von zahlreichen Ländervereinen und Instituten wahrgenommen.

Der Ibero-Amerika-Verein, 1916 gegründet, feiert noch heute den „Dia de la Raza" am 12. Oktober, den Tag der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus. Der Nah- und Mittelost-Verein pflegt die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten dieser Region. Der Ostasiatische Verein, 1900 ins Leben gerufen, wendet die Blicke nach Fernost; Anfang März findet in jedem Jahr das „Ostasiatische Liebesmahl" mit internationalen Gästen aus Politik und Wirtschaft statt.

Vor 20 Jahren wurde das „Deutsche Übersee-Institut" gegründet, das praxisorientiert die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den Ländern der Dritten Welt sowie in den ostasiatischen und pazifischen Industriestaaten analysiert.

Schatzkammer voll Wissen

Hier gibt es das Institut für Asienkunde, das deutsche Orient-Institut, das Institut für Ibero-Amerika-Kunde und das Institut für Afrika-Kunde, alle mit umfangreichen, ständig aktualisierten Bibliotheken auch für hohe wissenschaftliche oder fachspezifische Anforderungen gerüstet. So bezieht das Institut für Asienkunde allein mehr als 100 chinesische und japanische Zeitungen und Zeitschriften.

Wer über fremde Länder forschen, zu ihnen Kontakte aufnehmen, wer ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kennenlernen will, dem schließt sich in Hamburg eine Schatzkammer von Wissen und Informationen auf. Kein Wunder, daß wohl jeder deutsche Diplomat, der in Übersee sein Amt antritt, zur Vorbereitung nach Hamburg fährt, um in Gesprächen mit Kammer, mit Im- und Exportfirmen, mit den Ländervereinen und -instituten ein bißchen von dem mitzunehmen, was Hamburg sich selbst als Verfassungsauftrag verordnet hat. hs

Stimmt das Klischee?

Gibt es den typischen Hamburger? Hat es ihn je gegeben? Eine schwierige Frage, die sich dem kritischen Beobachter immer wieder aufdrängt.

Das Klischee des tüchtigen, ehrbaren, zum „Understatement" neigenden Kaufherren aus der Tiefkühltruhe ist längst überholt, ohne daß wir indes den Kaufherren von heute als weniger zuverlässig, dafür aber angeberisch und von Temperament sprühend hinstellen wollen.

Auch die Dame kleidet sich nicht mehr ausschließlich sportlich schlicht in erlesene Stoffe englischer Herkunft, die feine Perle im Ohrläppchen, und nutzt nicht mehr unsere frische Brise als einziges Kosmetikum für den Teint. So will es das Klischee, das mit erstaunlicher Zähigkeit überlebt. Weg damit und her mit den kleinen Eigenheiten, durch die wir uns vom Rheinländer, Schwaben oder gar vom Bayern unterscheiden.

Dabei stellt sich vor allem ein Zug heraus, der schon unseren Großeltern eigen war und daher typologisch ernsthaft in Anspruch genommen werden darf. Der Hamburger ist ein Mensch, der immr nur nach Hause will.

Endlich zu Hause, rührt er sich nicht mehr vom Fleck. Während man sich anderswo zwischen Arbeitsschluß und Heimkehr gern zum Umtrunk mit Bier oder beim Wein zusammensetzt, zieht es den Hamburger unwiderstehlich in die eigenen vier Wände.

Der Grund bleibt rätselhaft. Nennen wir es also Selbstbescheidung oder einfach Sturheit, selbst auf die Gefahr hin, damit ein neues Klischee zu schaffen und mit der Einschränkung, daß die ganz Jungen dies hin und wieder vorsichtig anknabbern.

EDITH OPPENS

Hat die Hansestadt noch eine maritime Zukunft?

Hamburg verdankt seinen wirtschaftlichen Aufstieg in erster Linie Handel und Schiffahrt mit dem Hafen als Mittelpunkt." Oder: „Die Schiffahrt hält Hamburgs Wirtschaft über Wasser." So sagten es führende Hamburger Politiker noch vor zwei, drei Jahren, und alle waren sich einig in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Jetzt soll alles anders sein. In den Amtsstuben Jahr für Jahr fortgeschriebene Wachstumsraten hatten den Senat in eine optimistische Selbstsicherheit versetzt – sie fiel spätestens am 29. November 1983 in sich zusammen. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi schockte sein zum Übersee-Club gehörendes Publikum: Hamburgs Zukunft liegt nicht mehr *in erster Linie auf dem Wasser – wir* müssen uns stärker binnenländischen Aktivitäten zuwenden.

Die These hat zunächst einiges für sich: Die Schiffbau-Industrie ist in Bedrängnis geraten, die Beschäftigung quer durch die Hamburger Wirtschaft ist stärker gesunken als im Bundesdurchschnitt, der Hafenumschlag hat bei Massengut erhebliche Einbußen erlitten, die in Hamburg beheimatete Seeschiffstonnage ist geschrumpft und droht weiter zu schrumpfen, die Einwohnerzahl ist rückläufig, die Staatsverschuldung steigt – kurz, nach dem warnenden Beispiel der Hanseschwester Bremen sprechen einige nun auch von „Hamburg in Not".

Läßt sich das aber wirklich so pauschal sagen? Natürlich nicht. Das Kernstück der Hamburger Wirtschaft, der Hafen, ist nach wie vor einer der größten und leistungsfähigsten Universalhäfen der Welt.

Wesentliche Teile der Industrie, auch der Schiffbau- und Schiffbau-Zulieferindustrie, sind dabei, sich nun beschleunigt neuen Entwicklungen anzupassen. Früheres Bummeltempo (manche sagen, dies war zum Teil subventionsbedingt) muß wettgemacht werden.

Nicht übersehen sollte man auch einige weiter bestehende Standortvorteile des Nordens:

- Mit der Lage an seeschifftiefem Wasser direkte Anbindung an die Weltwirtschaft über ein hochspezialisiertes Seeverkehrssystem
- Brückenfunktion zu Nord- und Osteuropa (also nicht nur „Randlage")
- Leistungsfähigkeit und spezielles Know-how der hier ansässigen Erwerbstätigen (auch in Forschungseinrichtungen, in Konsulaten, Wirtschaftsvereinigungen usw.).

Diese Punkte sprechen dafür, daß die wirtschaftliche Zukunft der Küste und insbesondere Hamburgs noch nicht am Ende ist. Sie wird weiterhin wesentlich von den maritimen Funktionen her geprägt sein: Hamburgs Außenwirtschaft wird jetzt und auf absehbare Zeit verkehrswirtschaftlich gesehen weit überwiegend vom Seeverkehr getragen. Dabei ist zwar der Anteil der Seeschiffahrt unter deutscher Flagge etwas zurückgegangen, ohne daß ihr damit schon ihre qualitative Kernfunktion abgesprochen werden könnte.

Hamburg ist nach wie vor bedeutendster Reedereistandort der Bundesrepublik, ist Heimathafen für die meisten Seeschiffe und hat erhebliche maritime Anteile beim Brutto-Inlandsprodukt, bei der Investitionsleistung, beim Steueraufkommen und bei der regionalen Seetransport-Bilanz. Vor allem: Hamburg ist nach wie vor größter nationaler Seehafen der drittgrößten Seehandelsnation der Welt und damit der deutsche *„Brückenkopf zur Weltwirtschaft"*.

Aus einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung über Hamburgs Außenwirtschaft im Verhältnis zu Asien, Afrika, Lateinamerika, dem Nahen und Mittleren Osten lassen sich keine eindeutigen Belege für die These des Bürgermeisters ableiten. Vielmehr besteht die Schlüsselfunktion des maritimen Sektors in Hamburg nach wie vor darin, daß ein Wegfall dieses Sektors die Hansestadt – bei aller Bedeutung der insgesamt überwiegenden sonstigen Wirtschaftsbereiche – zu einer weniger bedeutenden Provinzhauptstadt machen würde. Hamburg wäre nicht mehr Welthafenstadt im Sinne der Präambel seiner Verfassung.

Wenn es dem Bürgermeister in seiner provozierenden Rede allerdings darum ging, die überkommenen Stärken Hamburgs nicht etwa zu vernachlässigen, sondern wieder zu stärken und zugleich noch unterentwickelte, mehr binnenländisch orientierte Aktivitäten aufzubauen, so kann dies nur gemeinsames Ziel aller an Hamburg Interessierten sein. Was wäre zu tun?

Allgemein läßt sich wohl sagen, daß alle für sich und gemeinsam mehr tun müßten als bisher: die Unternehmer mehr unternehmen (und mehr qualifizierte Arbeitsplätze anbieten), die Arbeitnehmer sich mehr engagieren, die Wissenschaftler gründliche und durchdachte Analysen erarbeiten; auch Beamte und Politiker müßten „in die Hände spukken" und für die vorhandenen Chancen kämpfen.

Unerläßlich aber ist es, das bewährte Klima der geistigen und wirtschaftlichen Freiheit zu erhalten, wie es am Rathaus der Freien und Hansestadt geschrieben steht: „Libertatem quam peperere maiores digne studeat servare posteritas" – die Freiheit, die schwer die Alten errangen, trachte die Jugend in ihrer Würde zu bewahren.

HORST KREUSSLER

Dr. Kreussler ist Referent für Volkswirtschaft im Verband Deutscher Reeder



Nobel, aber schlicht sind alle Säle der Hamburger Börse gehalten FOTO: JOSE L. CAMEJO

Hallen Eines Ehrbaren Kaufmanns

Der traditionsreichen Position der Hansestadt als internationaler Seehandelsplatz entsprechen die lange Geschichte und die Bedeutung ihrer Handelskammer und ihrer Börse.

Die Kammer entstand aus der 1665 gegründeten Commerzdeputation; dazu hatten sich die Hamburger Kaufleute, anknüpfend an ihre freiwillige Selbsthilfe-Organisation der Hansezeit („gemene Kopman") angesichts des Niedergangs der Hanse zusammengeschlossen.

Die Handelskammer erhielt ihren heutigen Namen 1867 nach langem und schließlich erfolgreichem Widerstand gegen Versuche des Senats, die *Commerzdeputation an einer neuen* Behörde für die Hamburger Wirtschaft, der „Deputation für Handel und Schiffahrt", mitverantwortlich zu beteiligen. Mit dem Erhalt der Selbständigkeit folgte zur Unterscheidung der neue Titel, der die „Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns", eine Art Selbstkontrolle der Kaufleute, sowie seit der Jahrhundertwende die Vertretung der kommerziellen Interessen der Industrie einschloß.

Heute vertritt die Handelskammer Hamburg als unabhängige Vertretung und Selbstverwaltungseinrichtung der hamburgischen Wirtschaft die Interessen von 65 000 Betrieben.

Das Plenum besteht aus höchstens 62 ehrenamtlichen Mitgliedern, das Präsidium bilden der Präses und sechs Vizepräsides.

Außer der Hauptgeschäftsführung sind acht Hauptabteilungen mit 22 Fachabteilungen tätig; es gibt 17 Ausschüsse und Arbeitskreise. Die 1735 gegründete Commerzbibliothek gehört zu den ältesten Kaufmannsbibliotheken der Welt. Sie ist nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg wieder auf 147 000 Bände gewachsen.

Die Kammer legt großen Wert auf die Vielfalt der Hamburger Wirtschaft; sie wirkt als unabhängige Beraterin von Senat, Bürgerschaft, Behörden und Gerichten.

Zusammen mit der Börse, deren Trägerin sie ist, residiert sie seit 1841 in einem Gebäude, an das sich seit Ende des 19. Jahrhunderts das Rathaus lehnt, auf diese Weise einen gemeinsamen Hof bildend.

Die Börse begann 1558 unter freiem Himmel (später erhielt sie einen bescheidenen Holzbau) an der Trostbrücke, wo damals die Schiffe das Zentrum der Stadt erreichen konnten und wo sich der Kran, die Waage, das Zollhaus und das alte Rathaus befanden. Heute treffen sich die Kaufleute, Kommissionäre und Makler eben hinter dem neuen Rathaus.

Neben der Allgemeinen Börse, die jetzt in erster Linie von der Immobilienwirtschaft genutzt wird, haben sich als Einzelbörsen entwickelt die Wertpapierbörse, die Versicherungsbörse und die Warenbörsen. khr

Ein Bankplatz des Außenhandels

Bei 210 Kreditinstituten kann für jede Branche jedes Geldgeschäft abgewickelt werden

Außenhandel, Hafen und Schiffahrt, wichtige Grundpfeiler der Hamburger Wirtschaft, haben auch das Gesicht des Bankplatzes Hamburg seit jeher mitgeprägt. So ist Hamburg nicht nur Geburtsstätte des Giroverkehrs und der ersten Sparkasse in Deutschland, sondern auch des merchant banker, des erfahrenen, versierten Überseekaufmanns, der das Bankgeschäft zunächst nur nebenbei, im Laufe der Zeit aber immer mehr gleichberechtigt neben dem Handelsgeschäft betrieb.

Dieser Banktyp, vereinzelt auch heute noch anzutreffen, hat lange Zeit hindurch dem Bankplatz Hamburg eine unverwechselbare spezifische Ausprägung gegeben. Die Folge war die Entwicklung und Verfeinerung spezifischer, auf den Außenhandel ausgerichteter Finanzmethoden und -instrumente. Die Außenhandelsfinanzierung hat daher in Hamburg eine große Tradition.

Auch heute ist die Freie und Hansestadt Hamburg dank einer fast einzigartigen Konzentration von Wirtschaftspotential und Bevölkerung ein Bankplatz von herausragender, ja von internationaler Bedeutung. Gegenwärtig sind hier 210 Kreditinstitute tätig, 80 ortsansässige und 130 auswärtige; mit ihren 555 Zweigstellen bieten somit 765 Bankstellen ihre Leistungen an – eine Häufung, wie sie kein anderes deutsches Bankenzentrum selbst Frankfurt nicht, aufzuweisen hat. Die Vielfalt der Institute gewährleistet, daß am Bankplatz Hamburg für jedes Unternehmen, für jede Branche, jedes Bankgeschäft abgewickelt werden kann.

Kennzeichnend für die besondere Stellung des Bankplatzes Hamburg sind auch seine Finanzierungsleistungen. So haben die Kreditinstitute an Wirtschaftsunternehmen, öffentliche Haushalte und Privatpersonen Kredite von mehr als 100 Milliarden Mark hinausgelegt; das entspricht in etwa sechs Prozent der Gesamtausleihungen aller deutschen Banken und Sparkassen – verglichen mit Hamburgs Anteil an der westdeutschen Bevölkerung von nicht einmal drei Prozent am Bruttosozialprodukt von knapp fünf Prozent eine sicherlich bemerkenswerte Leistung.

Der internationale Charakter des Bankplatzes Hamburg wird auch dadurch unterstrichen, daß namhafte ausländische Banken aus allen bedeutenden Handelsländern der Welt mit 21 Niederlassungen bzw. Zweigstellen und mit 28 Repräsentanzen hier vertreten sind.

Die Hamburger Kreditinstitute haben an ausländische Unternehmen und an ausländische Staaten Kredite in Höhe von rund 4,5 Milliarden Mark gewährt. Hinzu kommen fast sechs Milliarden Mark Ausleihungen an ausländische Banken. Umgekehrt unterhalten ausländische Banken erhebliche Einlagen bei Hamburger Instituten.

Große Industrieunternehmen aus dem Bundesgebiet, die ihre Auslandsgeschäfte früher in hohem Maße durch Hamburger Firmen abwickeln ließen, sind verstärkt zum Direktimport und Direktexport übergegangen. Die Finanzierung übernahm dabei oft die Hausbank am Ort und refinanzierte sich dann oftmals bei einem Hamburger Bankinstitut. Die in Hamburg ansässigen Großunternehmen mit Zugang zum Euromarkt – die Hansestadt ist bevorzugter Standort deutscher Firmenleitungen internationaler Konzerne – nutzen heute verstärkt diese zum Teil günstigere Finanzierungsquelle.

HANS FAHNING

Dr. Fahning ist Geschäftsleitender Direktor der Hamburgischen Landesbank

Medien-Metropole mit Zukunft

Die Küstenländer müssen enger zusammenarbeiten – „Im Zweifel für den Norden"

Die Beletage im „Deutschen Haus" haben die norddeutschen Länder weitgehend für Süddeutschland räumen und sich mit bescheideneren Quartieren begnügen müssen. Beim langsamen Driften durch die Wirtschaftsflaute in den vergangenen Jahren sind die Strukturmängel des Nordens offen zutage getreten.

Doch wäre es falsch, in Resignation zu verfallen. Das globale Bild ist ein zu ungenaues Raster. Immerhin betreiben allein in Hamburg mehr als 300 Unternehmen aus allen Industriebereichen intensive Forschung und Entwicklung. Annähernd 8 000 qualifizierte Ingenieure und Naturwissenschaftler sind mit diesen Aufgaben betraut, für die die Unternehmen jährlich zwischen 500 und 600 Millionen Mark aufwenden.

Und unangefochten ist Hamburg Deutschlands größter Medien- und Kommunikationsplatz. Rund 30 000 Mitarbeiter sind in diesen Sektoren beschäftigt. Mehr als 170 Verlage, darunter die drei größten Verlagshäuser der Bundesrepublik, sind hier ansässig. Mit der Entscheidung von 165 Tageszeitungen, die Redaktions- und Produktionszentrale für das ab 1985 zu empfangende private deutsche Fernsehprogramm in Hamburg und nicht in München aufzubauen, kann die Hansestadt ihren Platz als Medien-Metropole noch ausbauen.

Angesichts dieser Vorleistung ist es nun an Hamburg, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Zulassung neuer privater Rundfunkveranstalter zu schaffen, um nicht gegenüber den Nachbarländern ins Hintertreffen zu geraten und in diesem Bereich wettbewerbsfähig zu bleiben.

Der wirtschaftliche Strukturwandel bedingt vor allem eines: Zusammenarbeit. Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und den Regierungen, die nicht überall die Nöte der Betriebe richtig bewertet haben; Kooperation der vier norddeutschen Regierungen und Zusammenarbeit mit Bonn. Denn Schwachstellen in Norddeutschland sind bekannt: Trotz aller Einzelanstrengungen bestehen etwa deutliche Defizite im Bereich der Forschung.

Bei der Vergabe von Forschungsmitteln an private Unternehmen unterstützt der Bund Norddeutschland nur weit unterdurchschnittlich. Die Zusammenarbeit mit dem Bund ist daher unabdingbar, damit beispielsweise in der bundesweiten Planung und finanziellen Ausrüstung die Technische Universität Harburg nicht zu knapp bedient wird.

In der Verkehrspolitik müssen sich die Länder beim Ausbau einer leistungsfähigen Ost-West-Straßenverbindung untereinander verständigen. Oft genug haben die Küstenländer in diesen Fragen gegeneinander taktiert, um Pendlerströme – und damit Steuerausfälle – zwischen den Ländern zu verhindern.

Ein Feld für die norddeutsche Zusammenarbeit ist auch die Energiepolitik, bei der die Abstimmung über Art und Standorte von Kraftwerken im Rahmen eines großräumigen Verbundes zu wünschen übrigläßt. Hierzu gehören ebenso die Umweltpolitik wie gemeinsame Wirtschaftswerbung durch Bildung eines norddeutschen Informations- und Beratungsdienstes für Ansiedlungsmöglichkeiten.

Die Verständigung der Regierungschefs aus Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in jüngster Zeit auf Projekte, die für die einzelnen Länder wichtig sind, läßt hoffen, daß die Devise „Im Zweifel für den Norden" Vorrang vor partikularistischen Einzelinteressen erhält.

HANS J. BECHTOLF

Dr. Bechtolf ist Vorstandsmitglied der Vereins- und Westbank.

MESSE

Hannover ist nur ein Katzensprung von Hamburg

Hannover – das ist die größte internationale Messe der Welt, die größte Industrie-Schau, bei der gerade die international orientierte Hamburger Wirtschaft vollständig vertreten sein muß, als Aussteller oder als Besucher zur Information."

Das ist die einhellige Meinung aller Hamburger Wirtschafts-Repräsentanten, ob Unternehmer, Manager oder Vertreter der Handelskammer.

Hannover-Messe – das ist eine altgewohnte Übung, eigentlich schon eine Selbstverständlichkeit, bei der man sich genau auskennt.

Die Erfahrenen benutzen den täglich verkehrenden Sonderzug „Messe-Rapid"; sehr bequem, weil man direkt vor dem Eingang zur Messe aussteigt und keinen – meist weiter entfernten – Parkplatz suchen muß.

Viele Firmen empfangen ihre auswärtigen Geschäftspartner in Hamburg, bringen sie auch hier unter und lassen sie mit dem Messezug nach Hannover fahren.

Dort bietet sich die günstige Gelegenheit, sich nicht nur im eigenen Fachbereich zu orientieren, sondern auch auf anderen Sektoren Informationen zu gewinnen.

Der „Katzensprung" von und nach Hamburg macht es möglich. khr

Vom Pferdeomnibus zum Verkehrsverbund

Bahnen, Busse und Fähren erschließen Stadt und Umland

Wenn man vom Verkehrsknoten Hamburg spricht, ist nicht allein von den Bahnhöfen die Rede. Das Autobahnnetz, der Hafen, die Elbquerungen und nicht zuletzt der Flughafen prägen den Ruf als Drehscheibe im nationalen und internationalen Verkehr.

Der gesamte Personen- und Güterverkehr auf der Schiene zwischen Süd-, West- und Nordeuropa rollt durch das Nadelöhr Hamburg. Ein international bekannter Begriff ist die „Vogelfluglinie", die nach der Teilung Deutschlands und damit Europas von den westeuropäischen Eisenbahnverwaltungen aus der Taufe gehoben wurde. Mehr als fünf Millionen Reisende jährlich nutzen diesen Weg vom Kontinent nach Skandinavien und umgekehrt.

Doch nicht nur der Schienenstrang führt über Hamburg. Die Autobahnen vom Westen und Süden in Richtung Norden gehen durch die Stadt und den eigens dafür gebauten drei Kilometer langen Elbtunnel.

Doch was wäre der Verkehrsknoten Hamburg ohne den Hafen? Zwar liegen die Hauptumschlagplätze südlich der Elbe, doch angefangen hat es einmal auf der Nordseite. Als hier kein Platz mehr war, dehnte sich der Hafen über den Strom aus. Erst mit dem Groß-Hamburg-Gesetz 1937, als Hamburg seinen heutigen Umfang erhielt, kam Altona mit seinem kleinen Hafen dazu. Und der Amerika-Hafen in Cuxhaven gehört, obwohl im Niedersächsischen gelegen, noch immer der Hansestadt.

„Luftkreuz des Nordens"

Außer dem Seehafen verfügt die Stadt über einen „trockenen" Hafen; gemeint ist Fuhlsbüttel. Mehr als vier Millionen Passagiere jährlich beginnen oder beenden hier ihre Flugreisen. Es gibt kaum eine europäische Großstadt, die nicht von Fuhlsbüttel aus direkt angeflogen wird. Aber auch Ziele in den USA und dem Fernen Osten werden nonstop bedient.

Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln der Region Hamburg fahren täglich etwa 1,5 Millionen Menschen zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zu Besuchen. Vom ersten Pferdeomnibus bis zu einem der leistungsfähigsten Schnellbahnnetze in der Bundesrepublik war es ein weiter Weg.

Öffentliche Verkehrsmittel gab es schon 1838; das war der besagte Pferdeomnibus. Bereits 1906 begann Hamburg mit dem Bau einer U-Bahn. Später kam die S-Bahn dazu. Der Pferdeomnibus wurde von Straßenbahnen und motorisierten Bussen abgelöst. Und mit der Stadt wuchsen im Laufe der Jahrzehnte die Verkehrsnetze.

Um den immer zahlreicher werdenden Autofahrern die Benutzung von Bahnen und Bussen schmackhaft zu machen,wurde im November 1965 der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) gegründet. Und im Januar 1976 gab es endlich einen Gemeinschaftsfahrschein für alle Schnellbahnen, Straßenbahnen, Busse, Hafenfähren und Alsterschiffe. Ein gemeinsamer Fahrplan wurde abgestimmt auf Anschlüsse und den tatsächlichen Bedarf.

Ein Beispiel für Europa

Der HVV wurde zum Vorbild. Heute noch kommen Experten aus aller Welt, um sich über das Zusammenwirken der verschiedenen Verkehrssysteme zu informieren.

Der Verbund bildet das Dach für die einzelnen Partner und „kauft" bei ihnen ihre Leistungen. Dafür erhält jedes Unternehmen nach einem bestimmten Schlüssel sein Geld. Außerdem ist der Verbund für Marketing und Werbung zuständig. Die Partner sind sonst selbständig und müssen von ihren Einnahmen das Personal, den Wagenpark und den Unterhalt ihrer Verkehrswege bezahlen.

Heute umfaßt das Verbundgebiet die Stadt Hamburg und das Umland in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die Hauptlast tragen die Schnellbahnen. Die Busse sollen mehr und mehr als Zubringer dienen. Die Straßenbahnen wurden im Laufe der 70er Jahre abgeschafft. Der Rationalisierung zum Opfer fielen auch die Alsterschiffe, die künftig nur für die Touristik genutzt werden – zum großen Bedauern vieler Hamburger.

Im Verbundgebiet befahren die Schnellbahnen ein Schienennetz von 322,7 Kilometer Länge. Das Busnetz ist 2696 Kilometer lang. Die Hafenfähren verkehren nur noch auf zehn Linien mit insgesamt 46,2 Kilometer Länge.

p. z.

Knochenhartes Geschäft von Woche zu Woche

Rund um die Uhr auf dem Obst- und Gemüsemarkt

Wenn Hamburg schläft, wird es im Bauch der Stadt lebendig. Auf dem größten deutschen Obst- und Gemüsemarkt geht der Betrieb fast rund um die Uhr. Was zählt, ist die Schnelligkeit, mit der die Ware ausgeladen, in Kühlräumen zwischengelagert und verkauft wird. Ein knochenhartes Geschäft, von Sonntag bis Freitag, Woche für Woche, in der Hochsaison auch am Samstag.

Das Gros der Lastzüge trifft nach Mitternacht ein, von zwei Uhr an wird abgeladen. Um vier Uhr beginnt der Handel. Bis dahin müssen die Importeure, Kommissionäre und Großhändler ihre Stände hergerichtet haben.

Das Angebot kommt aus aller Welt. War früher der Handel von den umliegenden Erzeugern abhängig, gibt es heute keine Jahreszeiten mehr. Schnelle Züge aus dem Süden und Großraumjets bringen aus allen Anbaugebieten ständig das, was der Kunde verlangt. Entscheidend sind Qualität und Frische, der Preis richtet sich nach Angebot und Nachfrage.

Chancen hat dabei nur, wer auf den Acht-Stunden-Tag verzichtet. Zwölf und mehr Stunden Arbeit sind notwendig, wenn „der Rubel rollen" soll, wie die Marktleute sagen. Und die Disziplin ist sprichwörtlich. Wer etwas mitgehen läßt, ist seinen Job los.

Der Obst- und Gemüsemarkt versorgt nicht nur Hamburg und den norddeutschen Raum, sondern auch Berlin, Teile Nordrhein-Westfalens und sogar Süddeutschland; mit Südfrüchten auch Österreich, die Schweiz, Skandinavien und Länder im Ostblock.

Großmarkt Nummer 2 ist das Vieh- und Fleischzentrum mit dem Schlachthof. Mehr als 90 Prozent der 290 000 Rinder, Schweine und Schafe, die jährlich aufgetrieben werden, werden auch hier geschlachtet.

Der Blumengroßmarkt ist ebenfalls der größte seiner Art in der Bundesrepublik. Etwa zehn Millionen Verbraucher in Norddeutschland werden von hier aus mit Schnittblumen, Topfpflanzen und Schnittgrün versorgt. Auch diese Ware kommt aus allen Erdteilen.

Kleinster Großmarkt der vier ist der Altonaer Fischmarkt. Mehr als zehn Prozent vom hier gelandeten Frischfisch, Frostfisch und anderen Meeresfrüchten werden von den ansässigen Betrieben verarbeitet. Beim Spezialitätenimport wie Hummer, Kaviar oder Lachs liegt Hamburg an der Spitze Europas. In den Tiefkühlhäusern können bis zu 12 000 Tonnen Fischprodukte gelagert werden.

Die Existenz dieser vier Großmärkte ist die Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Hamburger Nahrungsmittelindustrie mit einem Jahresumsatz von mehr als acht Milliarden Mark.

ANTJE NASNER



Obst und Gemüse aus aller Welt werden auf dem Großmarkt umgeschlagen – ein hartes, schnelles Geschäft FOTO: THOMAS KAISER

Die erste Halle stand auf der grünen Wiese

4,3 Millionen Passagiere 1983 auf Flughafen Fuhlsbüttel

Begonnen hatte es mit einem Vortrag von Ferdinand Graf von Zeppelin am 6. März 1910. An diesem Tag hielt der Luftschiffer vor zahlreichen Hamburgern eine mitreißende Rede. Er machte sich für seine „fliegenden Zigarren" stark und appellierte an die Opferbereitschaft der Bürger zugunsten der Luftschiffahrt. Der Erfolg war überwältigend. Am 10. Januar konstituierte sich die Hamburger Luftschiffhallen GmbH. 1912 stand die erste Halle, weit draußen auf der grünen Wiese in Fuhlsbüttel.

Schon bald danach kamen auch die ersten Aeroplane. Und ein Menschenalter später war aus dem morastigen Wiesengrund ein moderner Verkehrsflughafen geworden.

Noch heute steht das halbrunde Hauptgebäude aus dem Jahr 1929. Aber man muß schon genau hinschauen, um die Architektur von damals zu entdecken. Zahlreiche Umbauten und Modernisierungen sind im Laufe der Zeit erfolgt.

Zweimal hat sich Fuhlsbüttel wie der Phönix aus der Asche erhoben: 1919 und 1945. Wurden nach dem Ersten Weltkrieg die Luftschiffhallen gesprengt und die noch vorhandenen Flugzeuge vernichtet, der Flughafen fast dem Erdboden gleichgemacht, konnten 1945 die Engländer die Anlage fast unbeschädigt übernehmen. Zunächst ließ die britische Luftwaffe keinen zivilen Betrieb zu. Nach und nach konnten ausländische Gesellschaften Hamburg anfliegen.

1947 wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen, es fiel der Startschuß für einen Ausbau des Flughafens. Kaum hatten 800 Arbeiter mit dem Tiefbau begonnen, da stand dem „Airport Hamburg" auch schon eine Bewährungsprobe bevor: die Berlin-Blockade. Auch in Fuhlsbüttel starteten und landeten die „Rosinen-Bomber".

Am 1. Oktober ging die Verwaltung wieder in deutsche Hände über. Mit dem allgemeinen Wiederaufbau gewann Fuhlsbüttel zunehmend an Bedeutung. Und als die Deutsche Lufthansa am 1. April 1955 den Betrieb aufnahm, wurde in Hamburg ihre technische Basis aufgebaut, die Lufthansa-Werft, ein bedeutender Arbeitgeber.

Heute umfaßt der Flughafen ein Gelände von 564 Hektar, das Zehnfache von 1911. Wurden 1913 bei Luftschiff-Rundflügen 823 zahlende Passagiere begrüßt, waren es 1919 auf der Strecke Hamburg–Berlin 233 Fluggäste, so zählte man 1950 fast 128 000 und 1954 schon 453 000 Passagiere. 1983 wurden in Fuhlsbüttel 4,3 Millionen Passagiere registriert.

PETER ZERBE

Von den drei klugen Hamburger Deerns Desy, Doris und Petra

Desy, Doris, Petra, so heißen die drei Hamburger „Mädchen", die in der Welt der exakten Naturwissenschaften Furore machten. Die Geburt der vierten, Hera, ist avisiert. Von ihr versprechen sich die Physiker die Antwort auf jene Frage, für die Goethes Faust vergeblich Mephistopheles bemühte: Was hält die Welt im Innersten zusammen?

Desy, Doris, Petra und Hera – das sind die Akronyme für Forschungseinrichtungen, die Hamburg und die Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Elementarteilchenforschung an die wirkliche Weltspitze katapultiert haben.

Katapultiert; denn Desy, das vor 25 Jahren als Stiftung „Deutsches Elektronen-Synchrotron" gegründet wurde und im Verhältnis 9:1 vom Bund und der Stadt Hamburg finanziert wird, „katapultiert" Elektronen mit Hilfe starker und kompliziert konfigurierter elektromagnetischer Felder auf nahezu Lichtgeschwindigkeit, um sie dann mit elementarer Gewalt gegen Materie zu schleudern.

Natürlich nicht so zum Spaß. Bei der Karambolage fliegen die „Fetzen", und aus der kunstreichen, nur noch mit Computern zu bewältigenden Analyse der „Fetzen" rekonstruieren die Gelehrten das Innenleben der so traktierten Materie.

Da kommen Elementarteilchen zu Tage, von der sich unsere Schulweisheit nichts hat träumen lassen. Früher glaubte man, die Welt noch durch das Zusammenwirken von elektrisch positiv geladenen Protonen, elektrisch neutralen Neutronen und elektrisch negativen Elektronen „erklären" zu können. Doch kleine Ungereimtheiten blieben. Die Peniblen unter den Forschern gingen den Ungereimtheiten nach – und entdeckten den „Zoo der Elementarteilchen".

Mit immer stärkeren „Mikroskopen" – als die kann man Desy und andere Teilchenbeschleuniger auch interpretieren – drangen sie in die äußerst verwirrende, scheinbar in sich widersprüchliche Welt des Allerkleinsten. Doris, der Doppelring-speicher, Petra, die Positron-Elektron-Tandem-Ringbeschleunigungsanlage, und Hera, die projektierte Hadron-Elektron-Ringbeschleuniger-Anlage – das sind Desy-Töchter, die das immer energiereichere „Licht" erzeugen, um den Hades der subnuklearen Welt auszuleuchten. Es sind riesige Maschinen, im Durchmesser 100 Meter (Desy) bis zwei Kilometer (Hera) groß und sündhaft teuer – Hera soll knapp 600 Millionen Mark kosten.

Niemand weiß, ob und wann die Hochenergiephysik – so nennen die Elementarteilchenforscher ihre Fakultät – etwas wirklich „Nützliches", vielleicht auch für die Menschheit Schicksalhaftes hervorbringen wird. Das wußte freilich auch James Maxwell nicht, der im 19. Jahrhundert die elektrische und die magnetische Kraft zur Theorie des Elektromagnetismus vereinigte. Das wußte Heisenberg nicht, der mit der Quantentheorie letztlich auch die Voraussetzung für die moderne Elektronik schuf. Und das wußte Otto Hahn nicht, der dem Menschen die Kernenergie zu treuen Händen übergab.

Viele Hochenergiephysiker, die heute vorwiegend im internationalen Team arbeiten, vermuten eine enge Verwandtschaft zwischen allen Naturkräften und eine fundamentale, geradezu ästhetische Symmetrie im Aufbau der Materie, die sich selbst in reine Mathematik auflöst.

Vielen Physikern wäre die Sicherung dieser letzten Erkenntnis jede Mühe wert. Alle diese Indizien deuten darauf hin, daß das Ziel im Bereich des Begreifbaren liegt. Mit kräftiger Hand greift auch Hamburg danach...

KLAUS BRUNS

Die schöne, berühmte Silhouette der Türme

Die fünf Hauptkirchen haben Feuer und Bomben überlebt

Am 1. Januar 1977 wurde die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche gegründet. Sie löste auf Veranlassung Hamburgs die bis dahin bestehende fast 500jährige Einrichtung der Landeskirche ab. Die Nordelbische Kirche ist aus dem Zusammenschluß der Landeskirchen von Hamburg, Lübeck, Eutin, Schleswig-Holstein und dem hannoverschen Kirchenkreis Harburg entstanden; ihr Sitz ist in Kiel.

Sie gliedert sich in drei Sprengel, an deren Spitze ein Bischof amtiert: in Hamburg Peter Krusche, für Lübeck/Holstein Ulrich Wilckens und für Schleswig Karlheinz Stoll. Die Sprengel wiederum gliedern sich in 27 Kreise und diese in 671 Gemeinden. Waren es 1976 noch 3,3 Millionen Kirchenmitglieder in Nordelbien, so schrumpfte ihre Zahl bis heute auf *knapp drei Millionen, die zum* Kummer der Pastoren bei weitem nicht alle fleißige Gottesdienstbesucher sind.

Aber alle Mitglieder leisten ihren finanziellen Beitrag. Für 1984 rechnet die Nordelbische Kirche mit einem Steueraufkommen von 465 Millionen Mark. Das sind 3,6 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Der Kirchenetat sieht Einnahmen und Ausgaben von 592 Millionen Mark vor.

Die Sanierung ist teuer

Wie überall fehlt es auch der Kirche an Geld. An Geld, um den vielen sozialen Aufgaben gerecht zu werden, aber auch für die Instandhaltung der alten Kirchen, an denen nicht nur der Zahn der Zeit nagt, sondern denen Abgase immer wieder neue Schäden zufügen.

Trotz allem, die Hochhausriesen können den Türmen unserer Hauptkirchen die Schau nicht stehlen, die Hamburgs schönste Kulisse bleiben.

Das Kirchenspiel St. Michaelis entstand Anfang des 17. Jahrhunderts. Die Kirche, zweimal vernichtet und zweimal wieder aufgebaut, leuchtet weithin mit ihrem meergrünen, kupferbeschlagenen, 132 Meter hohen Turm. Neben der Dresdner Frauenkirche ist der „Michel" Norddeutschlands bedeutendster Barockbau.

1984 soll das 200jährige Jubiläum *des Turms gefeiert werden, den Johann Georg Sonnin* geschaffen hat. Aber auf den zweiten Blick sieht der Turm nicht gut aus, er ist durchlöchert wie ein Schweizer Käse. Als guter Rat viel zu teueer war, kam die „Himmelsbotschaft". Ein Hamburger, vor vielen Jahren nach Übersee ausgewandert und dort reich geworden, spendete unter der Bedingung, anonym zu bleiben, vier Millionen Mark. Die Turmsanierung hat begonnen.

St. Katharinen, die „Schöne Katharina", ist eine hochgotische, 1350 erbaute Basilika. Die Sage erzählt, daß die goldene Krone des Turmes aus dem legendären Schatz des Seeräubers Klaus Störtebeker stammt, der auf dem Grasbrook hingerichtet wurde.

Mahnmal für Kriegsopfer

Eine teure Stahlkur, die durch das Zusammenwirken von Kirche, Gemeinde und Privatleuten möglich wurde, hat die Kirche gerettet, die 1943 durch Brandbomben zerstört und wieder aufgebaut worden war.

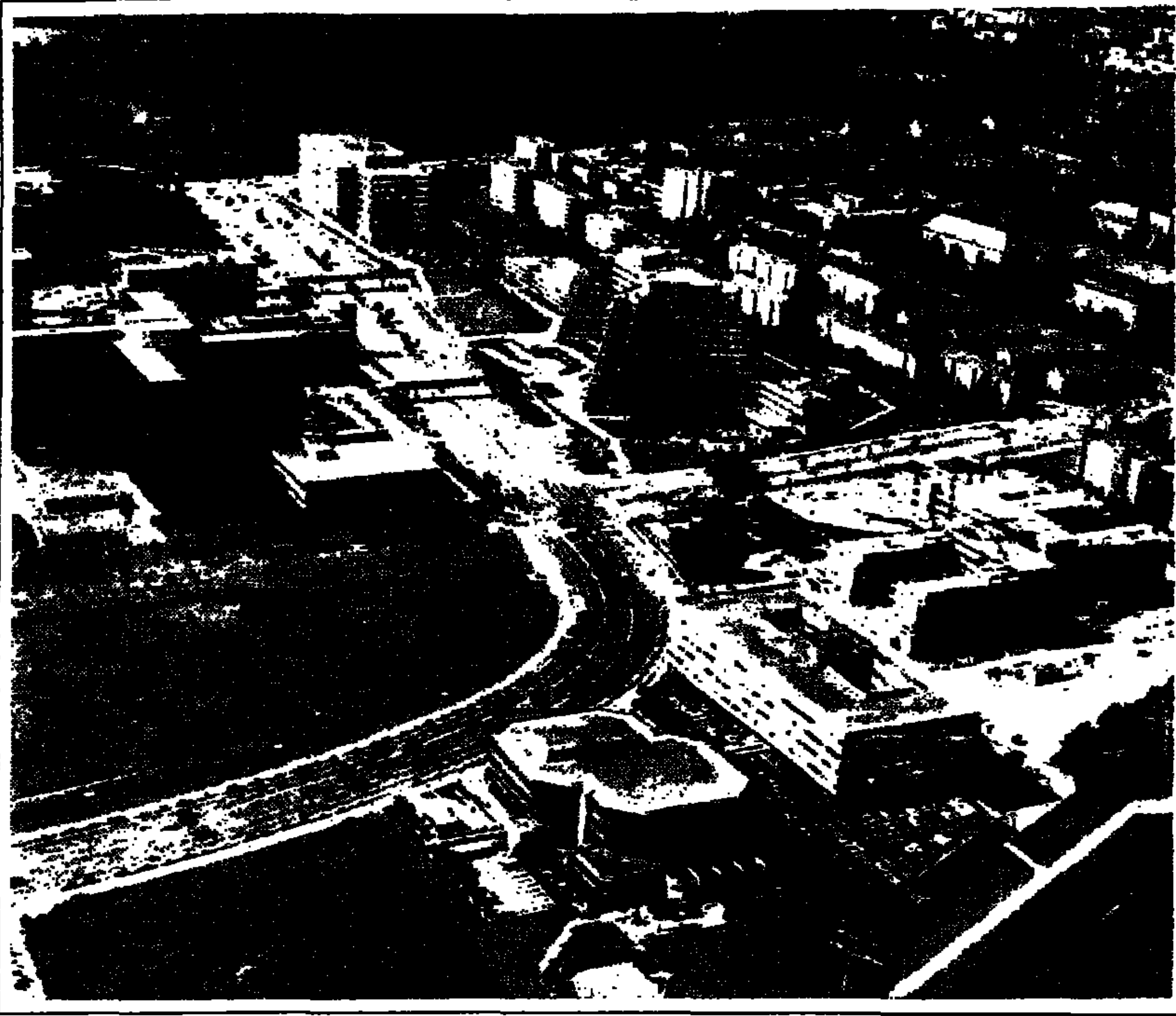
Am Hopfenmarkt grüßt stumm die Turmruine von St. Nikolai. Deutschlands dritthöchster Kirchturm (nach Ulm und Köln) ist rauchgeschwärzt. Er wurde für 2,2 Millionen Mark gesichert und ist jetzt ein Mahnmal für die Opfer des Krieges.

Oskar Kokoschka entwarf und stiftete für den offenen Turmraum ein Mosaik. „Ecce Homo" zeigt einen bäuerlichen Christus am Kreuz, dem ein Soldat einen Essigschwamm reicht.

St. Petri, ein heute vierschiffiger Hallenbau, wurde dreischiffig im 12. *Jahrhundert gegründet. Am Turm*portal befindet sich Hamburgs ältestes Kunstwerk, ein Türklopfer von 1342. In Blickweite steht St. Jacobi, ebenfalls vierschiffig, aus der zweiten Häfte des 14. Jahrhunderts stammend. Zu den Kostbarkeiten der Kirche gehört die 1689 erbaute Arp-Schnittger-Orgel, *auf* der J. S. Bach 1720 zur Probe spielte.

Mit vielen kulturellen Aktivitäten, zu denen die berühmten Kirchenkonzerte gehören, ist man bemüht, die Bürger wieder in die Gotteshäuser zu laden und neue Brücken zu schlagen.

GISELA KRANEFUSS



Einzigartig, umstritten, imponierend

Als architektonisches Unikum von *hohem* Gebrauchswert könnte man die City Nord definieren. Zur Entlastung der Innenstadt entstand am nördlichen Rand des Stadtparks auf einem ehemaligen Kleingartengelände von 120 Hektar ein Geschäftsviertel für Großunternehmen verschiedener Art. 1967 wurde das erste Bürohaus bezogen. Gegenwärtig arbeiten in mehr als 20 Gebäuden ca. 25 000 Menschen als Angestellte städtischer Betriebe, bei Industriekonzernen, im Versicherungswesen.

Durch U-Bahn und Busse ist das gigantische Gebilde ans Verkehrsnetz angebunden. Ein Drittel des Geländes besteht aus Grünflächen. Da die Architekten freie Hand hatten, schufen sie ein Ensemble imponierender, wenn auch teilweise umstrittener Bauten. Der Gesamteindruck ist zugleich phantastisch und steril.

Davon abgesehen hat sich das einzigartige Wagnis, durch Verlegung geballter Arbeitsplätze an die Peripherie das Stadtzentrum vorm Ersticken zu schützen, immerhin gelohnt. Unser Foto mit einem Großteil der Gebäude macht das Konzept deutlich.

FOTO: BAUBEHÖRDE, FREIGEGEBEN DURCH LUFTAMT HAMBURG NR. 478/83

Es gibt noch viel mehr als nur den HSV

Beim *Stichwort „Hamburger* Sport" denken viele sicher zuerst oder gar allein an den HSV, aber diese Beschränkung würde dem Thema nicht gerecht. Denn Hamburg stellte, was den Spitzensport betrifft, 1983 nicht weniger als zehn Weltmeister, 23 Vize-Weltmeister, 43 Europa- und fünf *Vize-Europameister, neun Dritt*plazierte bei Welt- und Europameisterschaften sowie 81 deutsche Meister.

Neben den Fußballern des HSV gehören zu den herausragenden Hamburger Athleten Michael Kolbe (Ruder-Weltmeister im Einer), Michael Marx (Radbahn-Weltmeister in der Vierer-Verfolgung), Alexander Schowtka (Weltmeister mit der bundesdeutschen Schwimm-Staffel), die Segler Achim Griese und Michael Marcour (Vize-Welt- und Vize-Europameister im Starboot), Uwe Sauer (Mannschafts-Europameister *mit der deutschen Dressur-Equipe)*, Ernst Libuda (Vize-Weltmeister im Einer-Kanadier) und die Vize-Weltmeister im Zweier-Kanadier (Wildwasser) Andreas Berngruber und Mathias Eckard.

Hamburger Sport ist jedoch nicht allein Hochleistungssport, trotz der traditionsreichen internationalen Sportereignisse wie Derby-Woche in Horn, Spring-Derby in Flottbek und Tennis-Meisterschaften am Rothenbaum. Und der HSV ist auch nicht der größte Hamburger Sportverein, denn vor ihm liegen nach der Zahl der Mitglieder der Niendorfer Turn- und Sportverein (6003) und der SC Poppenbüttel (5319, HSV: 4845). Dahinter rangiert Deutschlands überhaupt ältester Sportverein, die Hamburger Turnerschaft von 1816 (4832), die übrigens mit dem „Club Saltatio" den Vize-Weltmeister im Standard-Formationstanz stellt.

Hamburger Sport – *das* sind auch alle anderen der 324 631 Mitglieder in 605 Vereinen mit insgesamt 42 verschiedenen Sportarten, von denen Turnen (77 237) vor Fußball (47 532), Tennis (35 764), Handball (14 651), Schwimmen (13 983), Segeln (11 073) und Kegeln (10 509) rangiert. Dazu kommen noch rund 75 000 Mitglieder des Betriebssportverbandes, so daß fast jeder vierte Hamburger am organisierten Sport teilnimmt.

Besonders stolz ist Dr. Friedel Gütt, der Präsident des Hamburger Sport-Bundes, auf die „Stiftung Hamburger Spitzen- und Leistungssport", die Ende vergangenen Jahres in Zusammenarbeit mit Vertretern des öffentlichen Lebens und der Hamburger Wirtschaft gegründet wurde, um Hamburgs Spitzensportlern und Talenten optimale Möglichkeiten für ihr Training zu bieten.

Bemerkenswert ist andererseits die gute Versorgung mit Sportstätten für den Breitensport, wesentlich ein Verdienst des langjährigen Leiters des Hamburger Sportamtes, des Speerwurf-Olympiasiegers von 1936, Dr. Gerhard Stöck, und des Olympia-Dritten im 200-Meter-Brustschwimmen von 1952, Herbert Klein. Er betreut bei den Hamburger Wasserwerken die 44 Hallen- und Freibäder, unter denen die repräsentative Alster-Halle, im Volksmund „Schwimm-Oper" genannt, an der Spitze steht. Dazu kommen 138 öffentliche Sportplätze und 48 staatliche Sporthallen.

Dagegen fehlt leider eine große Mehrzweck-Sporthalle für internationale Wettkämpfe. Das ist vielleicht der einzige Schönheitsfehler im Hamburger Sport, der sich sonst auf allen Ebenen sehen lassen kann.

KARL HEINZ RÜCKE

Es muß ja nicht immer die Aalsuppe sein

Sage mir, was du ißt, und ich sage dir, wer du bist. Weit davon entfernt, eine kühne Behauptung zu sein, läßt sich der Nachweis dieses Angebots ohne große Mühe erbringen. *Hamburg* ist nicht nur das Tor, sondern auch sozusagen das Küchenfenster zur Welt. Von A bis Z sind hier alle gastronomischen Spezialitäten vertreten, und *die Summe der natio*nalen Küchen ergibt ihren internationalen Duft.

In der Hansestadt ißt man von afghanisch bis zypriotisch. Man ißt, man speist, man tafelt, was gut und teuer ist.

Aber das Gute kann auch preiswert sein, und das Teure muß nicht immer auch gut sein. Die Hamburger und ihre Dauergäste wissen langst, wo sie immer wieder einkehren, weil's ihnen schmeckt und weil sie sich wohlfühlen in der guten Gastlichkeit, die ihnen geboten wird.

Wer sich nicht auskennt und mit Geschäftsfreunden etwa eines der Nobelrestaurants, der Repräsentation wegen, aufsucht, dem kann es schon passieren, daß er als König kam und als Bettler von dannen ging. Doch wer tut das schon? Wer hingeht, weiß, daß er auch nicht enttäuscht wird.

Ebensowenig enttäuscht aber ist, wer sich der heimatlichen Küche in die weit geöffneten Arme wirft. Nicht nur am Fischmarkt, sondern auch in der Innenstadt oder am Stadtrand erwarten ihn die leckeren Früchte, die das Meer zu bieten hat oder die aus *fernen Ländern importiert werden.* Die Zunge, der Gaumen haben ihre große Stunde dabei.

Österreich, die Schweiz, ein bißchen Norddeutschland, aber auch die romanischen Länder, der Balkan, der Orient und Fernost verbreiten Wohlgeschmack und Wohlgeruch. Die einen mögen dies, die anderen bevorzugen jenes.

Junge Leute finden sich oft und immer wieder bei „ihrem" Griechen oder Chinesen zusammen. Wo Balkan und Orient Knoblauch hineinzaubern, essen eben alle Knoblauch. Das Exotische hat seinen Siegeszug längst angetreten, aber Bauernfrühstück, Aalsuppe und Schweinshaxe haben ihren Platz behauptet. Wer was ißt, erkennt man am Typus. Und so könnten wir auch behaupten: Sage mir, wer du bist, und ich sage dir, was du ißt.

WALTER DEPPISCH